

Alois Schmid

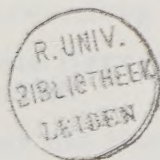
DIE WAHRUNG DER INTERESSEN
IM GESCHÄFTSBERICHT
DER AKTIENGESELLSCHAFT

München 1957

Die Wahrung der Interessen im Geschäftsbericht
der Aktiengesellschaft

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu
München

vorgelegt von
ALOIS SCHMID
1957



Referent: Prof. Dr. Hintner

vorgelegt von:

Alois Schmid, Rosenheim, Hafnerstraße 9

Tag der mündlichen Prüfung:

26. Juli 1957

Gliederung

	Seite
Einleitung	
Die Aufgaben des Geschäftsberichts	6
I. Kapitel	
Der Interessentenstandpunkt in der Geschichte der Geschäftsberichterstattung	14
II. Kapitel	
Grundsätze der Geschäftsberichterstattung	37
III. Kapitel	
Das Interesse der Aktionäre am Geschäftsbericht	59
I. Berichterstattung über Gewinnentstehung und -Verteilung	65
1. Schilderung des Geschäftsverlaufs durch den Vorstand	65
2. Berichterstattung über die Bewertungspolitik	67
3. Berichterstattung über die Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen	72
4. Berichterstattung über die Belastung der Gesellschaft durch soziale Aufwendungen	75
5. Berichterstattung über bestehende Genußrechte	78
6. Berichterstattung über die Konzernzugehörigkeit	80
7. Berichterstattung über gesetzlich vorgeschriebene Gewinnverwendung	83
II. Berichterstattung über die Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft	86
1. Berichterstattung über die Herrschaftsaktien	88
2. Berichterstattung über Maßnahmen der Gesellschaft zur Kapitalbeschaffung a. d. Kapitalmarkt	93

	Seite
3. Berichterstattung über den Einfluß von Konzernbeziehungen auf die Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft	97
IV. Kapitel	
Das Gläubigerinteresse am Geschäftsbericht	100
I. Berichterstattung über eigene Aktien	103
II. Berichterstattung über Maßnahmen der Gesellschaft zur Kapitalbeschaffung über dem Kapitalmarkt	106
III. Berichterstattung über Haftungsverhältnisse, die aus der Bilanz nicht ersichtlich sind	108
IV. Berichterstattung über die stillen Reserven	115
V. Berichterstattung über die Konzernbeziehungen	117
VI. Berichterstattung über die Liquiditätslage der Gesellschaft	119
V. Kapitel	
Das Interesse der Belegschaft am Geschäftsbericht	121
I. Das Problem	121
II. Rechtliche Grundlagen der Berichterstattung gegenüber der Belegschaft	123
III. Voraussetzungen für eine Berichterstattung der Belegschaft gegenüber	126
IV. Inhalt des Geschäftsberichts für die Belegschaft, Form und Verteilung	128
VI. Kapitel	
Das Interesse der Öffentlichkeit am Geschäftsbericht	133
I. Grundsätzliches	133
II. Berichterstattung volkswirtschaftlich bedeutender Unternehmungen	135

	Seite
III. Berichterstattung der Gesellschaft über die Zugehörigkeit zu preis- oder absatzregelnden Verbänden	137
IV. Berichterstattung über die Konzernbeziehungen	140
VII. Kapitel	
Das Interesse der Betriebswirtschaftslehre am Geschäftsbericht	143
VIII. Kapitel	
Der Geschäftsbericht im Ausland	149
I. Die Geschäftsberichterstattung in den Vereinigten Staaten	149
II. Die Publizität in Schweden	155
III. Die Publizität in der Schweiz	157
IV. Die Publizität in Großbritannien	160
IX. Kapitel	
Die Reform der Geschäftsberichterstattung	162
I. Die Problematik einer kommenden Aktienrechtsreform	162
II. Vorschläge zur Erweiterung der Geschäftsberichte	167
III. Überwachung der Einhaltung der Publizitätsbestimmungen	171
IV. Organisatorische Voraussetzungen einer Publizitätsreform	176
Ausblick	180
Literaturangaben	184

EINLEITUNG

Die Aufgaben des Geschäftsberichts

Das immer stärkere Vordringen des Großbetriebs ist wohl der deutlichste Beweis für die revolutionäre Entwicklung in den letzten hundert Jahren. Mit dieser Entwicklung hängt auch die wachsende Beliebtheit der Aktiengesellschaft als Unternehmungsform des modernen Großbetriebs zusammen, weil gerade die Aktiengesellschaft es ermöglicht, "kleine Kapitalbeträge von vielen zu wirtschaftlich machtvollen und leistungsfähigen Einheiten zusammenzuführen." (1)

Die Verfassung der Aktiengesellschaft basiert auf dem Gedanken Rousseaus vom Gesellschaftsvertrag als dem freiwilligen Zusammenschluß gleichberechtigter Mitglieder. Die Praxis aber hat bewiesen, daß die Aktionäre keineswegs alle gleichberechtigt sind. Die Großaktionäre können durch ihre Stimmenmacht Einfluß in den Gesellschaftsorganen gewinnen und so ihre Wünsche in der Gesellschaft meistens durchsetzen. Der Kleinaktionär dagegen ist auf das angewiesen, was ihm die Geschäftsleitung an Dividenden, Informationen usw. zukommen lassen will.

Der Kleinaktionär ist natürlich mit diesem Zustand ganz und gar nicht einverstanden. Ihn verbindet zwar mit der Verwaltung "seines" Unternehmens der Wunsch, daß die Gesellschaft möglichst günstig abschneidet. Die Gesellschaft aber will die verdienten Gewinne in der Gesellschaft belassen, um die Unternehmung zu stärken. Der Kleinaktionär dagegen möchte die Gewinne als Dividenden ausgeschüttet erhalten.

Dieser für das Verhältnis Aktionäre - Verwaltung charakteristische Interessengegensatz wird nicht ganz zu Unrecht für die Tatsache verantwortlich gemacht, daß der Wertpapiermarkt heute über so wenig Anziehungskraft beim sparenden Publikum verfügt. Da aber die Wiederbelebung des

(1) Bühler: "Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne", 2. Aufl., Berlin und Frankfurt 1953, Seite 82

Kapitalmarktes für die Befriedigung der wachsenden Finanzbedürfnisse der Unternehmungen von größter Bedeutung ist, werden aktienrechtliche Probleme immer häufiger in der Fachpresse und in wissenschaftlichen Erörterungen, ja manchmal sogar in Tageszeitungen und auf politischen Versammlungen besprochen.

Die Ergebnisse dieser Diskussionen sind leider in der Regel recht mager, und nur die wenigsten Vorschläge lassen sich in der Praxis verwirklichen. Der Grund dafür liegt in der Methode, die in diesen Diskussionen fast immer eingeschlagen wird. Zuerst werden die Zustände im Aktienwesen genau beschrieben und aus dieser Beschreibung werden dann die entsprechenden Schlüsse gezogen, d. h. je nach dem Standpunkt des jeweiligen Betrachters wird auf tatsächliche oder auch nur vermeintliche Mißstände im Aktienwesen hingewiesen und deren energische Abhilfe gefordert.

Eine derart formale Betrachtungsweise genügt aber nicht zur klaren Erfassung der "Vereinsmacht". Darauf hat vor allem Müller - Erzbach hingewiesen. (1) Nach Ansicht Müllers - Erzbachs muß an die Stelle dieser formalen Betrachtungsweise das "kausale Rechtsdenken" in aktienrechtlichen Erörterungen treten. Nicht die Beschreibung der einzelnen Verhaltensweisen der Aktionäre, Gläubiger und Verwaltungen führt demnach zu einer endgültigen Form des Aktienrechts; zunächst müssen die Hintergründe für diese ganz bestimmten Verhaltensweisen geklärt sein. Erst die genaue Kenntnis dieser Hintergründe wird dann eine wirklich tiefgreifende Reform des Aktienwesens ermöglichen.

Müller - Erzbach betrachtet für die Rechtsentwicklung im Aktienwesen grundsätzlich drei Komponenten als entscheidend: Interesse, Macht und Vertrauen. So fordert z. B. das Aktionärsinteresse von der Gesellschaftsleitung jährliche Rechenschaftslegung und Berichterstattung über die geschäftliche Situation der Unternehmung. Nach dem Aktiengesetz soll deshalb auch der Jahresabschluß im Verein mit dem Geschäftsbericht den Aktionären alles mitteilen, was

(1) Müller - Erzbach: "Das private Recht der Mitgliedschaft als Prüfstein eines kausalen Rechtsdenkens", Weimar 1948

für die Beurteilung der Gesellschaft und ihrer Aktien wichtig ist, allerdings mit der Einschränkung, daß der Bericht verschweigen darf, was der Gesellschaft schaden könnte. (§ 128, Abs. IV Akt. Ges.)

Wenn aber auch das Aktionärsinteresse an der Publizität der Gesellschaften gesetzlich anerkannt und geschützt wird, so sind doch die Aktionäre mit der Berichterstattung der Gesellschaftsorgane im allgemeinen ziemlich unzufrieden. Die Verwaltungen widersetzen sich einer Ausdehnung der Publizität mit der Begründung, daß aus der erweiterten Berichterstattung nur die Konkurrenz profitiere und den Aktionären doch nicht geholfen werde. In Wirklichkeit sträuben sich die Gesellschaften gegen eine weitgehende Offenlegung ihrer geschäftlichen Lage jedoch deshalb, weil sie verhindern wollen, daß die tatsächlich erzielten Gewinne in der Öffentlichkeit bekannt werden und dann unter Umständen an die Aktionäre verteilt werden müßten.

Aktionäre und Verwaltung haben zwar gemeinsam ein Interesse daran, daß die Unternehmung erfolgreich arbeitet. Bei der Disposition der Gewinne beginnt aber ein Interessenkonflikt. Die Unternehmungsleitungen wollen die Ausschüttung der Gewinne vermeiden und glauben dieses Ziel am leichtesten dadurch zu erreichen, daß die Gewinne erst gar nicht bekannt werden. Die Erfahrungen der Praxis haben die Richtigkeit dieser Anschauungen vielfach bewiesen. Die Aktionärsinteressen verlangen also eine möglichst weitgehende Offenlegung der Gewinne der Unternehmungen, die Vorstandsinteressen dagegen lassen eine Verheimlichung der Gewinne der Unternehmung geraten erscheinen.

Wer in diesem Konflikt seine Interessen durchsetzen kann, ist eine reine Machtfrage. Rechtlich und tatsächlich ist der Vorstand in einem solchen Machtkampf meistens in der stärkeren Position. Durch das Führerprinzip in der Verfassung der Aktiengesellschaft hat er weitgehende Vollmachten erlangt und außerdem kann der Vorstand sehr leicht auch eine Aktionärsgruppe gegen die andere ausspielen, eine Strategie, die umso besser gelingt, wenn auch noch hinter dem Vorstand eine einflußreiche Aktionärsgruppe steht.

Wenn es darum geht, die Unternehmensinteressen gegen die Aktionärsinteressen zu verteidigen, dann sind die Vorstän-

de erfahrungsgemäß in der Wahl ihrer Mittel nicht besonders wählerisch. Immer wieder werden die Aktionäre von den Verwaltungen glatt überspielt. In der Regel hat deshalb auch der Aktionär wenig Vertrauen zu seiner Gesellschaft, weil seine Interessen infolge der für ihn ungünstigen Machtverhältnisse in der Gesellschaft so mangelhaft gewahrt werden können. Diese Vertrauenskrise, von der die Beziehungen der Aktionäre zu ihrer Gesellschaft bestimmt werden, ist einer der Gründe dafür, daß die Aktiengesellschaften in eine gefährliche Isolierung geraten sind.

Diese Entwicklung sollte von den Unternehmungen nicht nur deshalb mit Besorgnis betrachtet werden, weil die Gesellschaften nur mehr sehr schwer Kapital auf dem freien Kapitalmarkt bekommen können. Die Exklusivität des Aktienbesitzes auf einige wenige hat dazu geführt, daß das Aktienwesen von vielen Bürgern mit größtem Mißtrauen betrachtet wird. Dem Arbeiter erscheint die Aktiengesellschaft als eine Institution, die einigen wenigen Kapitalisten auf Kosten der Allgemeinheit und insbesondere der Arbeiterschaft hohe Gewinne verschafft. Der kleine Geschäftsmann aus dem Mittelstand hält die Aktiengesellschaft in erster Linie für einen gefährlichen Konkurrenten.

Wenn die Aktiengesellschaft ihre Stellung auf die Dauer behalten will, muß diese Exklusivität des Aktienbesitzes gebrochen werden. Ernstzunehmende Bestrebungen zielen heute bereits dahin, durch Einführung der sog. "Volksaktie" die Aktie dem Mittelstand und der Arbeiterschaft als Anlagemöglichkeit für ihre Ersparnisse zu empfehlen. Diese Bestrebungen werden solange ohne Erfolg bleiben, als es den Aktiengesellschaften nicht gelingt, das Vertrauen des Publikums zu gewinnen.

Bei der Werbung der Unternehmungen um das Vertrauen der Öffentlichkeit kommt der Berichterstattung eine sehr große Bedeutung zu. Die Gesellschaften müssen sich darüber klar werden, daß das sparende Publikum zuerst gut unterrichtet werden muß, wenn es hinterher einer Gesellschaft sein Geld anvertrauen soll.

Schon bei der Berichterstattung den eigenen Aktionären gegenüber muß die Informierung der Öffentlichkeit beginnen. Trotzdem aber darf man den Geschäftsbericht nicht mehr

allein unter dem Gesichtspunkt der Mitgliedschaftsrechte betrachten. Im Zuge der fortschreitenden Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens fordern neben den Aktionären auch noch andere Kreise Rechenschaftslegung von den Gesellschaften. Die Publizität in der Aktiengesellschaft ist von einem aktienrechtlichen Problem zu einem Problem des Unternehmens an sich geworden.

So kann beispielsweise die Forderung der Arbeitnehmer nach einer Unterrichtung über die wirtschaftliche Lage durch die Geschäftsleitung nicht mehr übergangen werden. Grundsätzlich wurde ein Informationsanspruch der Belegschaft auch bereits durch den Gesetzgeber anerkannt. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz können die Arbeitnehmer Vertreter in die Aufsichtsräte entsenden, wo sie in gleicher Weise wie die Aktionärsvertreter von der Unternehmensleitung Rechenschaft fordern können.

Nicht vergessen werden dürfen bei der Berichterstattung der Gesellschaften aber auch die Gläubiger, die Lieferanten und die Abnehmer der Betriebswirtschaften, deren Betriebsbereitschaft manchmal entscheidend vom berichtenden Unternehmen beeinflußt wird. Die besondere Situation dieser Kreise wird von den Unternehmungen heute bereits vielfach dadurch berücksichtigt, daß eine durch Geschäftsbeziehungen dem Unternehmen nahestehende Persönlichkeit eine maßgebliche Position im Aufsichtsrat der Gesellschaft zugewillt erhält. So findet man nicht selten als den Vorsitz im Aufsichtsrat einer Gesellschaft einen Hauptlieferanten, Hauptabnehmer, Bankenvertreter oder sonstigen Kreditgeber des Unternehmens.

In diesem Zusammenhang soll auch noch auf die besonderen Interessen der Investmentparer hingewiesen werden. Die Investmentparer erwerben Anteile an wirtschaftlichen Unternehmungen, ohne daß sie an einer bestimmten Gesellschaft direkt interessiert wären. Sie können deshalb nicht individuell ihre mitgliedschaftlichen Rechte auf Unterrichtung über die wirtschaftliche Lage einer ganz bestimmten Gesellschaft geltend machen. Der Investmentparer wird aber in der Regel indirekt dadurch ein Informationsrecht bekommen, daß der Vertreter der Investmentgesellschaft als Großaktionär in den Aufsichtsrat der Gesellschaft aufgenommen wird.

Wenn das Entgegenkommen der Unternehmungen bei der Schaffung besonderer Kontrollbefugnisse und -möglichkeiten für außerhalb der Gesellschaft stehende Kreise der Öffentlichkeit auch zu begrüßen ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Lösung des Publizitätsproblems durch eine Erweiterung der Aufsichtsräte im besten Falle doch nur eine Teillösung von sehr stark begrenztem Wert darstellen kann.

In Wirklichkeit wird das Publizitätsproblem erst dann einer allseits befriedigenden Lösung näherkommen, wenn weite Kreise der Öffentlichkeit durch die Publizität der Unternehmungen erfaßt werden können. In diesem Falle darf aber der Informationsanspruch nicht mit der Mitgliedschaft in der Aktiengesellschaft verbunden werden. Eine Erweiterung des "Adressatenkreises" für die Geschäftsberichte kann deshalb auch nicht durch aktienrechtliche Vorschriften erzwungen werden. Die Unternehmungen müssen sich vielmehr freiwillig bereitfinden, auch die Öffentlichkeit über ihre Arbeit zu unterrichten.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist notwendig, daß die Unternehmensleitungen zuerst einmal einsehen, daß eine gutinformierte Öffentlichkeit auch für die Unternehmungen selbst von größtem Vorteil ist. In der Tagespresse, im Rundfunk, in fast allen politischen Versammlungen stehen wirtschaftliche Fragen im Mittelpunkt der Diskussion. Mit dem Anwachsen der Anteilnahme der Öffentlichkeit an den Problemen der Wirtschaft hat aber die Vermehrung des konkreten Wissens über die Wirtschaft und über die Träger dieser Wirtschaft, die Unternehmungen, nicht Schritt gehalten. Diese Unwissenheit ist schuld an vielen Mißverständnissen, die durch eine entsprechende Aufklärung leicht hätte vermieden werden können.

Die Formung der öffentlichen Meinung über die Unternehmungen mußte sich bisher unkontrolliert vollziehen. Die Unternehmungen haben nämlich meistens die Bedeutung einer wirksamen Beeinflussung und Formung der öffentlichen Meinung nicht erkannt. Jahrzehntelang wurde die bewußte Pflege der Beziehungen von den Gesellschaften zur Öffentlichkeit vernachlässigt. Die Folge war, daß die Gesellschaften in eine Art "splendid isolation" geraten sind, aus der sie heute nur mehr schwer wieder herauskommen können.

Die unkontrollierte Formung der öffentlichen Meinung konnte sich sowohl positiv als auch negativ auswirken. In einem günstigen Sinne kann die öffentliche Meinung über eine Aktiengesellschaft durch das gute soziale Klima beeinflußt werden, das in der Gesellschaft herrscht. Auch regelmäßige Dividendenzahlungen an die Aktionäre, prompte Einhaltung ihrer Verpflichtungen und die Qualität der Erzeugnisse einer Firma sorgen für den guten Ruf einer Unternehmung.

Die unkontrollierte Formung der öffentlichen Meinung über eine Unternehmung kann sich aber auch im ungünstigen Sinne gegen die Gesellschaft auswirken, ohne daß die betroffene Firma an einer solchen Entwicklung immer schuld sein müßte. Es sei dabei nur an die Möglichkeiten einer Flüsterkampagne unternehmungsfeindlicher Kreise erinnert, die sich sowohl innerhalb des Unternehmens bei der Belegschaft schädlich auswirken, als auch außerhalb der Firma den guten Ruf einer Unternehmung gefährden können.

Viele Unternehmungen haben in der Vergangenheit den Fehler begangen, die Reaktion der öffentlichen Meinung entweder ganz zu ignorieren oder aber doch rein passiv zu beobachten. Bei der Bedeutung der öffentlichen Meinung in der modernen Zeit ist es aber eine wichtige Führungsaufgabe der Unternehmungsleitungen geworden, auf die Bildung der öffentlichen Meinung Einfluß zu gewinnen, um sie im Sinne des Unternehmens formen zu können.

Ein wichtiges Instrument der Unternehmungen zur bewußten Formung der öffentlichen Meinung durch die Geschäftsleitungen bildet der Geschäftsbericht. Der Geschäftsbericht erhält dabei zusätzlich zu seinen bisherigen Aufgaben eine neue Funktion: Die Öffentlichkeit über die Gesellschaft zu informieren und bei den Geschäftsberichtslesern um Vertrauen und Verständnis für die Probleme der Unternehmung zu werben.

Der Geschäftsbericht erscheint für diese Aufgabe ganz besonders gut geeignet, weil nach alter Tradition auf eine reklameartige Ausgestaltung der Geschäftsberichte in der deutschen Berichterstattung ganz bewußt verzichtet wird. Gerade aus diesem Grunde kann man auch mit einer Empfehlung amerikanischer Praktiken in der Geschäftsbericht-

erstattung gar nicht vorsichtig genug sein, obwohl gerade die deutsche Geschäftsberichterstattung sehr viel von amerikanischen Vorbildern profitieren könnte. In den USA besteht zu leicht die Gefahr, daß Publizität mit "Publicity" verwechselt wird. (1) Die manchmal berechtigte Abneigung konservativer deutscher Beobachter gegen "Amerikanismen" aller Art sollte aber doch keinesfalls dazu verleiten, brauchbare Gedanken für die Publizitätsreform in Deutschland nur deshalb abzulehnen, weil sie aus Amerika stammen.

Abschließend wäre zum Problem der Verbesserung der Geschäftsberichterstattung zu sagen, daß es zwar sehr viele gutgemeinte Ratschläge zur Publizitätsreform gibt, daß die wirklich guten Geschäftsberichte heute aber immer noch sehr selten sind.

Dies ist sehr bedauerlich, weil gerade Beispiele von guten Geschäftsberichten erzieherisch wirken könnten, ja vielleicht sogar mehr Erfolg hätten als das beste "gesetzliche Reglement".

Die gesetzgeberische Ökonomie verlangt, daß Interesse und Recht im Einklang stehen. (2) Die Publizitätsreform kann deshalb nie im Zuge einer Aktienrechtsreform zu wirklich befriedigenden Ergebnissen führen, weil es neben den Aktionärsinteressen auch noch andere Interessen gibt, die heute bei der Berichterstattung der Unternehmungen berücksichtigt werden müssen.

(1) Vgl. "Betrieb", 1950, Seite 87; Schmölder in: "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", 1950, Seite 286 und Minz in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1951, Seite 435

(2) Müller - Erzbach: "Das Aktienwesen seit der Inflationszeit", Tübingen 1926, Seite 6

I. K A P I T E L

Der Interessentenstandpunkt in der Geschichte der Geschäftsberichte

I. Bis zum Inkrafttreten des Handelsgesetzbuches 1900

Es ist interessant, die allmähliche Entwicklung der Geschäftsberichterstattungsfunktionen bis in die Anfänge der Geschäftsberichterstattung zurückzuverfolgen. Die ersten Geschäftsberichte finden wir in Deutschland um die Mitte der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Das Wettbewerbsprinzip des damals unumschränkt herrschenden Liberalismus hatte die Gesellschaften zu einem erbitterten Konkurrenzkampf um die Gunst des anlagesuchenden Publikums gezwungen. Dieser Konkurrenzkampf äußerte sich zunächst in der Gewährung immer höherer Dividenden an die Aktionäre. Die Gesellschaften mußten aber gleichzeitig dafür sorgen, daß ihre günstige Lage allgemein bekannt wurde. Damit war der eigentliche Anstoß für die Geschäftsberichterstattung gegeben.

Regelmäßige Geschäftsberichte lassen sich bis etwa 1856 nachweisen. Damals veröffentlichte z. B. die Gothaer Feuerversicherungsbank einen ersten Geschäftsbericht für ihre Aktionäre. In diesem Bericht wurde über den Umfang und die Entwicklung der Geschäfte der Gesellschaft gesprochen, die Bewegung auf den Konten der Buchführung erläutert und zur Anlagenpolitik und Reservenpolitik der Gesellschaft Stellung genommen. Außerdem fanden die Aktionäre die für sie wohl interessanteste Meldung, daß 60 % der eingezahlten Versicherungsprämien als Dividende ausgeschüttet wurden. Gerade aus dieser Angabe geht der reklameartige Charakter dieses Berichts ganz besonders deutlich hervor. Eine Bilanz oder eine Erfolgsrechnung war in diesem frühen Geschäftsbericht noch nicht enthalten. (1)

Die Bedeutung des Geschäftsberichts als Werbemittel im Kampf um die Gunst des kapitalbesitzenden Publikums wurde bald erkannt. In den folgenden Jahren wuchs die Zahl der berichtenden Gesellschaften ziemlich rasch an. Soweit sich

(1) Nach Weste: "Der Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft", Würzburg 1939, Seite 9

die Berichterstattung der damaligen Zeit heute noch überblicken läßt, waren die Berichte recht ausführlich gehalten. Der beinahe reklamemäßige Charakter dieser früheren Geschäftsberichte mag vielleicht mit ein Grund für diese Ausführlichkeit gewesen sein. (1)

Für die Aktionäre aber waren diese Geschäftsberichte bald wesentlich mehr als nur Reklame der Gesellschaften zur Zeichnung von Aktien. Die Aktionäre besaßen nämlich nach der damaligen Rechtslage keinerlei Möglichkeit, von den Gesellschaften etwa die Vorlage von Bilanzen oder Gewinn- und Verlustrechnungen zu verlangen. Nur die Geschäftsberichte gewährten ihnen eine Möglichkeit, über die Gesellschaften unterrichtet zu werden.

Die Bedeutung, die den Geschäftsberichten von den Aktionären bereits damals zugemessen wurde, geht aus den Protokollen der Kommission hervor, die im Auftrage der deutschen Bundesversammlung 1857 in Nürnberg zusammengetreten war, um ein für alle deutschen Staaten gültiges "Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch" zu beraten. Schon damals stand die gesetzliche Festlegung einer allgemeinen Berichtspflicht für alle Aktiengesellschaften zur Debatte. Man verzichtete aber dann doch auf die Kodifizierung von Bestimmungen, die für die Aktiengesellschaft die Berichtspflicht gegenüber ihren Aktionären eingeführt hätten. Besonders der Vertreter der Hansestädte in diesem Ausschuß - die Hanseaten waren ja seit jeher in Deutschland besonders eifrige Verfechter der liberalistischen Wirtschaftstheorie - sprach sich heftig gegen die Aufnahme von Vorschriften in das neue Gesetz aus, die über die Verpflichtung der Kaufleute zur Buchführung hinausgingen, weil solche Bestimmungen eine unerträgliche Bevormundung der Kaufmannschaft durch den Staat mit sich bringen müßten. (2)

Der Gesetzgeber mußte sich aber schon bald nach der Einführung des ADHGB trotzdem mit der Geschäftsberichterstattung der Aktiengesellschaften befassen. Vielfach hatten

(1) Andere Beispiele für frühere Geschäftsberichte bei Weste, a. a. O.

(2) Schmalenbach: "Die dynamische Bilanz", 10. Aufl., Essen und Opladen 1948, Seite 176

nämlich unsolide Gesellschaften in betrügerischer Absicht Geschäftsberichte veröffentlicht, die nicht den Tatsachen entsprachen und dadurch bei den Aktionären und Gläubigern über die wirkliche Lage der Gesellschaft falsche Vorstellungen erweckten. Um die Aktionäre vor solchen Machenschaften besser schützen zu können, wurden 1870 in das ADHGB die Artikel 249 a - 249 g neu eingefügt. Nach Artikel 249 d wurde mit Gefängnis bis zu einem Jahre und zugleich mit einer Geldstrafe bis zu 10.000, -- Mark bedroht:

"Wer in öffentlichen Bekanntmachungen wissentlich falsche Tatsachen vorspiegelt oder wahre Tatsachen entstellt, um zur Beteiligung an einem Aktienunternehmen zu bestimmen; wer in betrügerischer Absicht auf Fäuschung berechnete Mittel anwendet, um auf den Kurs von Aktien einzuwirken."

Eine enge Auslegung des angezogenen Artikels 249 d des ADHGB wollte zunächst die Strafandrohungen nur auf die Veröffentlichung falscher Bilanzen bezogen wissen. Von dieser engen Auslegung rückte aber die Rechtsprechung ganz entschieden ab. So kam das Obertribunal zu der Auffassung, daß alle falschen Darstellungen strafbar seien, über die "wahrheitsgemäß unterrichtet zu werden gleichwohl für die Aktionäre wie für die Gläubiger der Gesellschaft oder für das sonstige mit der Gesellschaft möglicherweise in Verbindung tretende Publikum von Interesse sein kann." (1)

Diese Entscheidung des Obertribunals ist außerordentlich wichtig.

Das Gericht hatte nämlich damals schon erkannt, daß nicht nur die Aktionäre auf die Geschäftsberichte Wert legten und deshalb vor einer falschen Berichterstattung geschützt werden müßten, sondern das gesamte "mit der Gesellschaft möglicherweise (!) in Verbindung tretende Publikum" habe schutzwürdiges Interesse an der Geschäftsberichterstattung. Diese Auffassung fand dann auch sofort Eingang in die zeitgenössischen Kommentare. So weisen z. B. Gareis/Fuchsberger darauf hin, daß durch die Strafbestimmungen

(1) Simon: "Betrachtungen über Bilanzen und Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften", Sonderdruck der Festschrift der Juristischen Gesellschaft Berlin, Berlin 1906, Seite 410

des ADHGB "wirksamer wie bisher die wissentliche Aufstellung unrichtiger Bilanzen und die Täuschung der Aktionäre bzw. des Publikums durch absichtliche unwahre Darstellungen oder Verschleierungen des wirklichen Standes der Verhältnisse der Gesellschaften" bekämpft worden wären. (1)

Auf die Einführung der Berichtspflicht selbst aber hatte auch die Novelle des Jahres 1870 verzichtet. Eine Publizität gab es nach dem ADHGB nur zur Klärung der Rechtslage. So sagte z. B. Endemann, die Publizität nach dem ADHGB bestehe lediglich "in einem System von Registervermerken und Zeitungspublikationen, die ... darauf berechnet sind, daß sich das Publikum über die Rechtslage in der Gesellschaft jederzeit informieren kann. Dem Erfordernis der Offenlegung und Durchsichtigkeit der wirtschaftlichen Situation ist nicht Rechnung getragen." (2)

Das Fehlen von zwingenden Publizitätsvorschriften für alle Aktiengesellschaften wurde seinerzeit von vielen Kritikern als Grund für die Vermögensverluste zahlreicher Aktionäre und Gläubiger in den Wirren der Gründerjahre angegeben. (3) Als besonders nachteilig wurde es im Börsenverkehr empfunden, daß viele Gesellschaften mit an den Börsen eingeführten Wertpapieren über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich keinerlei Angaben machten. Der Vorstand der Berliner Wertpapierbörse sah sich deshalb 1881 gezwungen, nur mehr solche Wertpapiere zum Handel an dieser Börse zuzulassen, für die mindestens ein Prospekt veröffentlicht worden war. Der Inhalt dieser Prospekte wurde von einer Sachverständigenkommission vorgeschrieben. Im Jahre 1885 wurde dann durch § 13 der Börsenordnung der Berliner Börse noch die Prüfungspflicht für diesen Prospekt eingeführt. (4)

(1) Gareis/Fuchsberger: "Kommentar zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch", Berlin 1891, Seite 553

(2) Endemann: "Handbuch des deutschen Handels-, See- und Wechselrechts", Leipzig 1881, Seite 553

(3) Vgl. Wiener: "Zur Reform der Aktiengesetzgebung, Berlin 1873

(4) Göppert: "Das Recht der Börsen", Berlin 1932, Seite 210

Inzwischen aber war die Zeit auch für eine gesetzliche Regelung reif geworden. 1857 und 1873 waren entsprechende Vorlagen noch am erbitterten Widerstand der Liberalen gescheitert; 1883 aber wurde dem Bundesrat erneut ein Entwurf vorgelegt. Dieser Entwurf wurde dann nach verschiedenen Abänderungen durch den Bundesrat und später auch durch den Reichstag am 18. Juni 1884 als Artikel 239 des ADHGB in der folgenden Fassung als Gesetz verkündet:

"Der Vorstand ist verpflichtet, Sorge zu tragen, daß die erforderlichen Bücher der Gesellschaft geführt werden. Er muß in der durch den Gesellschaftsvertrag bestimmten Frist, welche über die ersten sechs Monate des Geschäftsjahres nicht erstreckt werden kann und in Ermangelung einer solchen Frist in den ersten drei Monaten desselben über das verflossene Geschäftsjahr eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung, sowie einen den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickelnden Bericht dem Aufsichtsrat und mit dessen Bemerkungen der Generalversammlung vorlegen. Er hat die Vorlage mindestens zwei Wochen vor der Generalversammlung in dem Geschäftslokale der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre auszulegen. Jeder Aktionär ist berechtigt, auf seine Kosten eine Abschrift der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie des Geschäftsberichts zu verlangen. "

Durch die Novelle des Jahres 1884 wurde also dem Aktionär als dem Gesellschafter der Aktiengesellschaft ein Recht eingeräumt, das dem Gesellschafter einer Personengesellschaft schon längst zustand, nämlich, die Bücher und Schriften der Gesellschaft einzusehen und sich daraus eine Bilanz anzufertigen. (Art. 105/106 ADHGB)

Freilich konnte dem Aktionär als dem Gesellschafter der Aktiengesellschaft dieses Recht nicht in dem gleichen Umfange zugestanden werden, als es beispielsweise für den vollhaftenden Gesellschafter einer Personengesellschaft angebracht ist. Sonst wäre es einem Konkurrenten leicht gefallen, unter der Vorspiegelung berechtigter Aktionärsinteressen in die Interna einer Gesellschaft Einblick zu nehmen und daraus für seine eigenen Zwecke Vorteile zum Schaden der berichtspflichtigen Gesellschaft zu ziehen.

Diese Regelung der Aktienrechtsnovelle hätte sich zum Be-

sten der gesamten Wirtschaft auswirken können, wenn sie durch eine entsprechende Weiterentwicklung der Börsenbestimmungen über die Geschäftsberichterstattung ergänzt worden wäre. Durch Art. 239 ADHGB wurde nämlich keineswegs die Publizität der Aktiengesellschaften eingeführt. Gesellschaften, deren Aktionäre auf die Vorlage einer Bilanz und eines Geschäftsberichts verzichteten, waren nicht verpflichtet, ihren Jahresabschluß und ihren Geschäftsbericht durch die Einreichung zum Handelsregister oder durch die Veröffentlichung in der Wirtschaftspresse allgemein zugänglich zu machen.

Familiengesellschaften und Gesellschaften in Mehrheitsbesitz, bei denen ein Aktionärsinteresse an der Berichterstattung nicht bestand, waren also von der Berichtspflicht automatisch befreit. Die Weiterentwicklung der Geschäftsberichte über die Börsen hätte sich in der Folgezeit aber nach den tatsächlichen Bedürfnissen von Wertpapierbesitzern vollziehen können, ohne daß sich die Familiengesellschaften usw. gegen diese Entwicklung hätten wehren müssen.

II. Die Geschäftsberichterstattung in der Zeit vom Inkrafttreten des Handelsgesetzbuches (1900) bis zur Aktienrechtsreform des Jahres 1931

Die maßvolle Vorschrift des Art. 239 ADHGB hatte die Befürworter einer generellen, im Aktienrecht begründeten Berichtspflicht für alle Aktiengesellschaften nicht befriedigt. Bei der Beratung des Handelsgesetzbuches wurden deshalb zwei voneinander vollständig verschiedene Ansichten vertreten: Die eine Richtung setzte sich für eine Erweiterung der Publizität der Aktiengesellschaften mit großem Nachdruck ein, während die andere Richtung sich weitgehend darauf beschränkte, diesen Bestrebungen Widerstand zu leisten.

Das Ergebnis dieses erbitterten Tauziehens zwischen den Verfechtern der beiden antagonistischen Anschauungen war, daß schließlich beide Parteien das Spiel verloren haben. Die Gegner einer Einführung der Publizitätspflicht für alle Aktiengesellschaften konnten nicht verhindern, daß durch § 265 HGB die Veröffentlichung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Geschäftsberichts durch die

Einreichung zum Handelsregister verwirklicht wurde.

Die Befürworter einer Einführung der allgemeinen Berichtspflicht dagegen mußten dieses Zugeständnis der Publizitätsgegner mit großen Abstrichen von ihren ursprünglichen Forderungen erkaufen. So war z. B. damals schon die Berichterstattung über die Bewertungspolitik der Gesellschaften umstritten. In einem Entwurf zum HGB war nämlich zunächst die Bestimmung enthalten: "In dem Geschäftsbericht ist insbesondere anzugeben, nach welchen Grundsätzen die Werte in der Bilanz angesetzt und die Abschreibungen vorgenommen worden sind. Ist hierbei nach anderen Grundsätzen verfahren als bei den Aufstellungen der letzten Jahresbilanz, so sind die Gründe der Abweichungen anzugeben." (1)

Diese Bestimmung mußte von der zuständigen Reichstagskommission vor allem deshalb gestrichen werden, weil von der Mehrheit befürchtet wurde, eine so weitgehende Offenlegung könne den Gesellschaften schaden. (2) Ein weiteres Argument der Gegner einer so ausführlichen Berichterstattung aber war, daß viele Aktiengesellschaften reine Familienunternehmen waren, bei denen das Aktionärsinteresse eine Publizierung solcher Tatsachen nicht erforderlich machte, bzw. sogar schädlich erscheinen ließ. Dieser Gesichtspunkt der Publizitätsgegner wurde durch zahlreiche Petitionen aus dem Publikum nachdrücklichst unterstützt. (3)

Schon die Beratungen über die Schaffung eines neuen Handelsgesetzbuches lassen also mehr als deutlich erkennen, daß die generelle Lösung des Publizitätsproblems auf diejenigen Gesellschaften in erster Linie Rücksicht nehmen mußte, bei denen es auf die Geschäftsberichterstattung im Aktionärsinteresse weniger oder überhaupt nicht ankam. Man kann vielleicht sogar sagen, daß durch die generelle Lösung die Diskussion über den Geschäftsbericht schließlich allein durch den Schutz der Interessen der Unternehmungen vor einer "übertriebenen" Publizität bestimmt wur-

(1) Zitiert nach Makower: "Kommentar zum Handelsgesetzbuch", Berlin 1906, Seite 692

(2) Makower, a. a. O.

(3) Weste, a. a. O., Seite 12

de, wo doch der Schutz der Aktionäre, der Gläubiger und des Publikums im Mittelpunkt der Aussprache hätte stehen müssen.

Diese Verkehrung der Standpunkte fand ihren sinnfälligen Ausdruck in der mehr als vagen Fassung der Berichtspflichten der Aktiengesellschaften durch § 260 HGB. Trotzdem aber knüpfte die Öffentlichkeit an diese nunmehr endgültig festgelegte Berichtspflicht der Aktiengesellschaften große Erwartungen. So glaubte z. B. auch Rehm, daß durch das HGB dem Recht der Aktionäre und Gläubiger auf Offenlegung der finanziellen Verhältnisse durch die Aktiengesellschaften endlich zum Durchbruch verholfen worden sei. (1)

Diesen Hoffnungen aber standen schon von Anfang an die realistischen Betrachter der Situation mehr als skeptisch gegenüber. Besonders Simon wies darauf hin, daß durch die Geschäftsberichte die "stillen Reserven" nicht offengelegt werden müßten, die ja von jeher der "berechtigte Stolz solider Aktiengesellschaften" gewesen seien. Simon setzte sich weiter dafür ein, daß nicht "unrichtige" Darstellungen, sondern nur "unwahre" Schilderungen der Lage der Gesellschaft strafbar sein sollten. Nicht "Verhüllung" allein, die "Verschleierung" der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft sei durch das Gesetz verboten worden. (2)

Die Praxis der Geschäftsberichterstattung verlief durchaus in der von Simon angegebenen Richtung. Die Familiengesellschaften, die gegen die Aufnahme von Publizitätsvorschriften in das HGB am meisten opponiert hatten, sabotierten die Geschäftsberichterstattung von vornherein. Sie rechtfertigten diese Praxis in einleuchtender Weise damit, daß sie die Rechtsform der Aktiengesellschaft aus ganz anderen Gründen als den vom Gesetzgeber offenbar angenommenen gewählt hätten, d. h. sie legten keinen Wert auf die Kapitalsammlungsfunktion der Aktie und dürften deshalb nicht schlechter behandelt werden, als die anderen Gesellschaften.

Da die Interessen dieser Gesellschaften teilweise tatsächlich schutzwürdig waren, konnte auch über die Rechtspre-

(1) Rehm in "Deutsche Juristenzeitung", 1904, Seite 34

(2) Simon, Betrachtungen a. a. O., Seite 411

chung eine Ausdehnung der mehr als vagen Pflichtangaben nach dem HGB nicht ermöglicht werden. Wie bei einem Geleitzug das langsamste Schiff die Geschwindigkeit des Konvois bestimmt, so konnte der Gesetzgeber und später auch die Rechtsprechung von der Geschäftsberichterstattung der Unternehmungen im Rahmen der generellen Lösung nur soviel verlangen, als selbst die publizitätsfeindlichste Gesellschaft mitzuteilen bereit war.

Die Lösung des Publizitätsproblems im Handelsgesetzbuch krankte vor allem auch daran, daß die Berichterstattung der Gesellschaften keiner externen Prüfung unterworfen werden konnte. Für die Prüfung der Geschäftsberichte war nach dem HGB nur der Aufsichtsrat der Gesellschaft zuständig. Daran knüpfte vor allem die Kritik der damals immer stärker in den Vordergrund tretenden Bücherrevisoren an der Lösung des Publizitätsproblems durch das HGB an. Die groben Pflichtverletzungen von Aufsichtsräten häuften sich immer mehr; dadurch wurde es verantwortungslosen Vorständen von Aktiengesellschaften erst recht möglich, die an sich schon ziemlich unbefriedigenden Publizitätsbestimmungen des HGB zum Schaden der Aktionäre und Gläubiger der berichtspflichtigen Gesellschaften zu umgehen. (1)

Die Publizitätsvorschriften des Handelsgesetzbuches waren aber nicht nur im Hinblick auf den Geschäftsbericht mangelhaft; auch Verschönerungen, ja Frisuren der veröffentlichten Bilanzen waren an der Tagesordnung. Beigel sprach von einer "Bilanzverwilderung", die es "draußenstehenden Interessenten", also Aktionären und Gläubigern, einfach unmöglich machte, sich über die tatsächliche Vermögenslage der Unternehmungen klare Vorstellungen zu machen.

Diese Zustände wurden vor allem von den Vertretern der damals noch sehr jungen Betriebswirtschaftslehre bedauert, weil sich auf ungenauen, ja frisierten Bilanzen keine Bilanzkritik aufbauen ließ. Hier wäre nach Ansicht der Betriebswirte einer wirklich guten Berichterstattung der Unternehmungen größte Bedeutung zugekommen. Leitner z. B. wollte in den Geschäftsberichten insbesondere unklare Benennungen von einzelnen Bilanzpositionen näher erläutert wis-

(1) Beigel: "Lehrbuch der Buchführungs- und Bilanzrevision", 2. Auflage, Dresden 1914, Seite 95

sen, weil in Ermangelung eines einheitlichen Bilanzschemas und einer allgemein anerkannten Bilanzterminologie in den veröffentlichten Bilanzen immer wieder Posten auftauchten, unter denen sich ein uneingeweihter Leser der betreffenden Bilanz nichts Rechtes vorstellen konnte. So fanden sich in den damaligen Bilanzen immer wieder sogenannte "Interimskonten", Konten, auf die kurzerhand alle Beträge abgebucht waren, für die noch keine eigenen Konten bestanden. Solche Konten wollten die Betriebswirte vor allem in den Geschäftsberichten erläutert wissen. Leider aber seien die Geschäftsberichte von einer solchen Praxis weit entfernt, ja manchmal glänzten die Berichte weniger durch ihre besondere Ausführlichkeit als durch ihre "raffinierte Kürze", resignierte Leitner. (1)

Ein besonderes Anliegen an die Geschäftsberichterstattung der Unternehmungen fand in der Forderung der Betriebswirte aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg seinen Niederschlag, nämlich, daß die Gesellschaften auch ihre Umsätze in den Geschäftsberichten angeben würden. Zu unserem Bedauern müssen wir bei der Lektüre der meisten Geschäftsberichte aus unseren Tagen feststellen, daß diesem Anliegen der Betriebswirtschaftslehre auch heute noch viel zu wenig Rechnung getragen wird. Gerstner z. B. sah in der Angabe der Umsatzziffern geradezu einen Gradmesser für den Wert eines Geschäftsberichts. (2)

Gegen die Offenlegung der Umsatzziffern sträubten sich vor allem wieder die Familiengesellschaften und zwar mit dem Argument, daß durch diese Angabe der Konkurrenz Interna der Gesellschaft bekannt würden, ohne daß die eigenen Aktionäre aus dieser Angabe Vorteile ziehen könnten. Da die Mitteilung der Umsatzhöhe weder gesetzlich vorgeschrieben war, noch von der Rechtsprechung mit Rücksicht auf die Familiengesellschaften durchgesetzt werden konnte, gingen auch Gesellschaften, die vor 1900 bereits regelmäßig in ihren Geschäftsberichten ihre Umsätze angegeben hatten, von dieser Übung wieder ab, weil sie ja auch mit etwas weniger Offenheit noch im Rahmen des Gesetzes blie-

(1) Leitner a. a. O. Seite 175

(2) Gerstner: "Bilanzschlüssel", 1914, Seite 64

(3) Leitner a. a. O. Seite 164

ben. So hatten z. B. die Aktienbrauereien bis zum Braujahr 1908/09 regelmäßig ihre Ausstoßziffern mitgeteilt. Als Folge großer Hopfenpreisschwankungen und eines außergewöhnlich schlechten Sommers war der Bierabsatz in diesem Jahr aber sehr stark zurückgegangen. Diesen Rückgang der Ausstoßziffern wollte man aber aus naheliegenden Gründen den Aktionären und der Öffentlichkeit verheimlichen. Nach aussen aber begründeten die Brauereien diesen Schritt damit, sie wollten in Zukunft die "Hektoliterjagd" nicht mehr mitmachen. (1)

Schon dieses eine Beispiel - und solche Beispiele ließen sich noch mehrere anführen (2) - zeigt, daß die mit Rücksicht auf die Gesellschaften mit nur wenigen Aktionären bewußt unbestimmt gehaltenen Publizitätsvorschriften des Handelsgesetzbuches teilweise sogar das Gegenteil von dem erreicht hatten, was sie eigentlich erreichen wollten: Die Berichterstattung der Gesellschaften hatte sich durch die gesetzliche Festlegung der Berichtspflicht nicht nur nicht gebessert, sie war ganz im Gegenteil dazu in mancher Beziehung sogar schlechter geworden.

Der Kreis der Kritiker der bestehenden Publizitätsverhältnisse in der deutschen Wirtschaft, der schon vor dem ersten Weltkrieg nicht gerade klein war, erweiterte sich nach dem großen Krieg ganz bedeutend. Die Vorschriften über die Geschäftsberichte und die zu veröffentlichenden Bilanzen und Erfolgsrechnungen waren nämlich nicht nur in ihrem Umfange nach ungenügend, sie waren auch durch die Konzentrationsbewegungen in der deutschen Wirtschaft überholt worden. Auf diese Tatsache hatte insbesondere der Enquêteausschuß hingewiesen. Die Geschäftsberichterstattung der Unternehmungen schnitt bei diesen Untersuchungen besonders schlecht ab. Der Ausschuß war nämlich der Auffassung, der Gesetzgeber habe 1897 bei der Schaffung der Bilanzierungsbestimmungen diese Konzentrationsbewegung nicht vorhersehen können. Aus den Bilanzen habe deshalb diese Entwicklung nicht hervorgehen können. Anders aber sei es mit den Geschäftsberichten. Aus ihnen hätten die

(1) Leitner a. a. O. Seite 164

(2) Weste a. a. O. Seite 15

veränderten Verhältnisse ersichtlich sein müssen. (1)

Als Grund für dieses Versagen der Geschäftsberichterstattung nannte der Enquêteausschuß einmal das Nachlassen des Drucks durch die Zulassungsstellen der Börsen (2); die Gesellschaften wären bestimmt bereit gewesen, ihre Berichtspflichten ernster zu nehmen, wenn ihnen bei einer Verletzung dieser Pflichten der Zugang zu den Kapitalquellen verschlossen worden wäre. Den schlagendsten Beweis für diese Vermutung liefert die Berichterstattung der gleichen Unternehmungen, die ihren deutschen Kapitalgebern gegenüber mit Nachrichten gar nicht vorsichtig und zurückhaltend genug sein konnten, den amerikanischen Kreditgebern gegenüber, die von den deutschen Gesellschaften in den 20iger Jahren sehr stark umworben waren. Die amerikanischen Kreditgeber erhielten nämlich von ihren deutschen Partnern einen soweitgehenden Einblick in ihre wirtschaftlichen Verhältnisse, wie ihn "der deutsche Aktionär nicht einmal mit der Feuerzange der Anfechtungsklage herausgeholt hätte." (3)

Als einzigen Ausweg aus der verfahrenen Situation, in die die deutsche Geschäftsberichterstattung allmählich geraten war, sah man die gesetzliche Einführung eines Pflichtkatalogs für den Inhalt des Geschäftsberichts. So forderte z. B. schon im Enquêteausschuß Buchheim folgende Pflichtangaben für die Geschäftsberichte: (4)

1. Angabe des Umsatzes der Gesellschaft unter Ausschluß der konzerninternen Umsätze;
2. Angaben über betriebsinterne Störungen, die die Ertragsfähigkeit des Unternehmens für mehr als sechs Wochen beeinträchtigt haben;
3. Angabe der Zahl der Angestellten und Arbeiter, Arbeiter-

(1) Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur (Enquêtebericht), 1928, Seite 31 ff.

(2) Enquêtebericht Seite 243 und 473

(3) Netter: "Probleme des lebenden Aktienrechts", Berlin 1929, Seite 71

(4) Enquêtebericht Seite 119

bewegung (d. h. Beschäftigungsstand am Anfang und am Schluß des Geschäftsjahres);

4. Angabe der Höhe der gezahlten Löhne, sowie eine Mitteilung darüber, ob im Geschäftsjahr Lohnerhöhungen oder -herabsetzungen erfolgt sind;
5. Entwicklung der Marktpreise der verkauften Waren;
6. Angabe der Bewertungsgrundsätze;
7. Angaben über die Angliederung neuer Betriebszweige oder neuer Produktionsgegenstände;
8. Angaben über die Zugehörigkeit zu markt- und absatzregelnden Verbänden (Kartellen oder Syndikaten), Höhe oder Beteiligungsquote;
9. Staffelung der von der Gesellschaft gewährten Warenkredite oder Forderungen, Angaben über Kredite an abhängige Unternehmungen, Angabe der fälligen bzw. überfälligen Debitoren;
10. Angabe der Höhe der bezahlten Steuern, getrennt nach Körperschafts- und Umsatzsteuer, Ausführung über die Höhe der sozialen Lasten;
11. Angabe der gezahlten Darlehenszinsen, sowie der Fertigungs- und Handelsgewinne;
12. Angabe aller Transaktionen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft, die den Gewinn der einen oder anderen Gesellschaft beeinflußt haben.

Buchheim verbindet mit diesen Forderungen nach einem Pflichtinhalt des Geschäftsberichts das Postulat, die Aktionäre sollten auch während des Geschäftsjahres laufend über die Lage der Gesellschaft informiert werden und nicht erst Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres. Buchheim hatte dabei wohl die sog. "Stockholder Reports" der amerikanischen Gesellschaften im Auge, die in den Vereinigten Staaten schon damals weit verbreitet waren.

Die "Vereinigung Berliner Handelsredakteure" setzte sich ebenfalls für die gesetzliche Festlegung eines Katalogs für den Pflichtinhalt der Geschäftsberichte ein, der sich an die

Buchheim'schen Vorschläge z. T. eng anschloß. (1)

Auch im Reichsjustizministerium war man unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise zu der Auffassung gekommen, daß die Publizitätsvorschriften des Handelsgesetzbuches einer umgehenden Revision bedurften. Nach einer eingehenden Prüfung von vorliegenden Stellungnahmen aus Kreisen der Wirtschaft, veröffentlichte das Reichsjustizministerium 1930 einen "Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien." (2) In den erläuternden Bemerkungen zu diesem Entwurf kam zum Ausdruck, durch den Mißbrauch der leergewordenen Bestimmungen des HGB habe das Vertrauen der Aktionäre und Gläubiger in die Unternehmungen starken Schaden genommen. "Der Entwurf erblickt in einer erheblich gesteigerten Offenlegungspflicht eine Vorbedingung für die Wiederherstellung und Festigung dieses Vertrauens. Er verstärkt die Auskunftsrechte der Aktionäre in der Generalversammlung und die Pflichtmitteilungen des vom Vorstand zu erstattenden Geschäftsberichtes." (3)

Die Erläuterungen zum Entwurf verweisen insbesondere auf das amerikanische Vorbild der rückhaltlosen Offenlegung der Geschäftsverhältnisse in den Geschäftsberichten. Die Angleichung der deutschen Verhältnisse an das amerikanische Vorbild sollte offensichtlich § 110 des Entwurfes erreichen. § 110 des Entwurfes hatte folgenden Inhalt:

1. In dem Geschäftsbericht sind der Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft darzustellen und der Jahresabschluß zu erläutern.
2. Bei der Erläuterung des Jahresabschlusses sind auch Abweichungen gegenüber dem früheren Jahresabschluß zu erläutern; hierbei ist auch auf wesentliche Veränderungen in den Verhältnissen der Gesellschaft im Laufe des Geschäftsjahres hinzuweisen.

(1) Weste a. a. O. Seite 22

(2) "Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien", veröffentlicht durch das Reichsjustizministerium, Berlin 1930

(3) Entwurf Seite 95

3. Soweit die Verhältnisse der Gesellschaft durch die Beziehungen zu einem anderen Unternehmen maßgebend beeinflusst werden, ist auch über dieses Unternehmen und die Beziehungen zu ihm zu berichten. Dies gilt insbesondere von den Beziehungen zu einer Tochtergesellschaft.
4. In dem Geschäftsbericht ist anzugeben, ob und durch welche Stelle eine Prüfung des Jahresabschlusses stattgefunden und ob die Prüfung nach ihrem Ergebnis zu wesentlichen Beanstandungen Anlaß gegeben hat oder nicht.
5. Die Berichterstattung hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaftslegung zu entsprechen. Sie kann nur insoweit unterbleiben, als das überwiegende Interesse der Gesellschaft oder der Allgemeinheit es erfordert.

Nach § 110 Abs. 5 des Entwurfes wurden außerdem genaue Angaben gefordert über:

1. Gebundene Aktien, ihre Verwertung und ihren Erlös,
2. das genehmigte Kapital,
3. das Vorhandensein von Genußscheinen,
4. Fälligkeiten langfristiger Verbindlichkeiten,
5. genaue Angabe aller Haftungsverhältnisse, einschließlich der Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen, die in der Bilanz nicht berücksichtigt sind und andere aus der Bilanz nicht ersichtliche Rechtsbeziehungen, die Rechte oder Verbindlichkeiten für die Gesellschaft begründen,
6. wahrscheinliche Verluste,
7. die Zugehörigkeit der Gesellschaft zu Kartellen, Syndikaten, Konventionen und anderen Verbindungen,
8. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Ende der Berichtszeit eingetreten sind,
9. auf Rechnung der Gesellschaft von den Gründern oder sonstigen Personen übernommene Aktien der Gesellschaft.

Dieser Aktiengesetzentwurf wurde in der Öffentlichkeit sehr

freundlich aufgenommen. Die Ausweitung der Berichtspflichten für die Aktiengesellschaften wurde dabei besonders begrüßt. Mit Bedauern stellte man nur fest, daß im Pflichtkatalog die Berichterstattung über die Entwicklung des Beschäftigtenstandes, der Auftragslage, der Produktions- und Absatzverhältnisse und der Bewertungsgrundsätze ausgespart geblieben ist. (1)

III. Die Geschäftsberichterstattung nach der Novelle des Jahres 1931 bis zum Inkrafttreten des Aktiengesetzes 1937

Da der Erlaß eines neuen Aktiengesetzes doch längere Zeit in Anspruch genommen hätte, andererseits aber die große Wirtschaftskrise im Jahre 1931 rasch ihrem Höhepunkt zutrieb, erwies sich eine schnelle Beseitigung der ärgsten Mißstände auf dem Gebiete des Aktienwesens als dringend notwendig. Deshalb wurde auf dem Wege einer Notverordnung des Reichspräsidenten vom 19. September 1931 der die Publizität der Aktiengesellschaften betreffende Teil der Aktienrechtsreform vorweggenommen.

Die Aktienrechtsnovelle des Jahres 1931 schloß sich, was die Geschäftsberichte betrifft, im wesentlichen an den § 110 des Entwurfes aus dem Jahre 1930 an. Die Novelle hielt also an dem für die Publizität im allgemeinen verhängnisvollen Grundsatz einer generellen Lösung der Berichtsfrage für alle Aktiengesellschaften fest. Dabei wurde wie schon 1897 bei der Schaffung des Handelsgesetzbuches übersehen, daß im Rahmen der generellen Lösung des Publizitätsproblems eine Gewichtsverschiebung in der Interessenlage der Beteiligten stattfinden muß. Die konkurrierenden Interessen der Familienunternehmen und ganz kleinen Aktiengesellschaften auf der einen Seite und der Aktionäre, Gläubiger und des Publikums auf der anderen Seite, mußten auf jeden Fall zu einschneidenden Abstrichen auf der Wunschliste der Aktionäre usw. führen. Die Erfahrung hat nämlich gezeigt, daß bei einer Konkurrenz der Interessen an der Geschäftsberichterstattung die Argumente der an der Publizität weniger interessierten Gesellschaften stärker zu wie-

(1) Welter: "Der Aktienrechtsentwurf", Sonderdruck aus der Frankfurter Zeitung, Frankfurt 1930, Seite 21

gen pflegen als die noch so berechtigten Wünsche der Aktionäre.

Dies mag einmal daran liegen, daß die Unternehmungen in den gesetzgebenden Versammlungen, Parlamenten, Gerichten usw. über die besseren Interessenvertreter verfügen und daher die Aktionäre, Gläubiger usw. regelmäßig überspielen können. Dann darf man aber auch nicht vergessen, daß die Publizitätsvorschriften für die Aktiengesellschaft gegenüber anderen Rechtsformen einen schweren Nachteil darstellen, wenn eine Aktiengesellschaft ihren Finanzbedarf nicht auf dem offenen Kapitalmarkt deckt und folglich ein Aktionärsinteresse an den Geschäftsberichten dieser Gesellschaft nicht oder doch nur in geringem Maße vorhanden ist.

Die Fixierung eines Pflichtinhalts für den Geschäftsbericht aller Aktiengesellschaften konnte aus diesen Gründen keine wirkliche Lösung des Publizitätsproblems bedeuten, weil dadurch die Ursache allen Übels, die Konkurrenz der Interessen nicht aus dem Wege geräumt werden konnte. Dieses Ziel hätte nur durch eine Differenzierung der Berichtspflichten der einzelnen Gesellschaften gelöst werden können. Das heißt, die Aktienrechtsnovelle hätte die Gesellschaften, bei denen das Aktionärsinteresse an der Geschäftsberichterstattung der Gesellschaft fehlt, aus der allgemeinen Regelung ausnehmen sollen.

Diese Differenzierung ist in der Aktienrechtsnovelle nicht durchgeführt worden. Die Folge war, daß die Diskussion um eine Einschränkung bzw. Erweiterung der Berichterstattung der Unternehmungen auch heute noch nicht beendet ist. Dies zeigte sich schon an der endgültigen Formulierung des § 260 a HGB. In dieser Formulierung wurde vor allem die Verpflichtung der Gesellschaften vermißt, die Bewertungsgrundsätze mitzuteilen. Damit habe sich die Novelle sogar selbst widersprochen, meinte Staub. (1) An anderer Stelle werden nämlich von den Gesellschaften gefordert, sie müßten in ihren Geschäftsberichten ihre Verhältnisse so "entwickeln", daß ein "sicherer Einblick in die Lage der Gesellschaft" möglich sei.

(1) Staub/Pinner: HGB Kommentar, 14. Auflage, Berlin und Leipzig 1933, Band II, Seite 514 ff.

Die Darstellung der "Entwicklung" der Verhältnisse der Gesellschaft forderte nach Staub von der Unternehmungsleitung weiterhin die Erwähnung "aller wichtigeren Geschäftsvorgänge und äußeren Einwirkungen, die von wesentlichem Einfluß auf die Geschäftsentwicklung gewesen sind." (1) Dazu rechnete Staub die Angabe der Umsatzhöhe bei Industrie- und Handelsgesellschaften. Die Praxis der Unternehmensberichterstattung folgte Staub in diesem Punkte nicht. Die Angabe des Umsatzes in Geschäftsberichten blieb auch weiterhin die Ausnahme.

In einer abschließenden Würdigung der Auswirkungen der Aktienrechtsnovelle auf die Berichterstattung der Unternehmungen kann neben den grundlegenden Einwänden gegen die generelle und deshalb gezwungenermaßen oberflächliche Regelung vor allem auf das Fehlen der Umsatzangabe und der Erläuterungen zur Bewertungspolitik der Unternehmungen hingewiesen werden. Auf diese beiden Fragen muß eingegangen werden, wenn er den Aktionären einen wirklichen Einblick in die Entwicklung des Unternehmens geben soll. Ein Geschäftsbericht, der die Umsatzangabe vermissen läßt, ist vom Standpunkt der Interessenten aus gesehen unvollständig, auch wenn diese Angabe gesetzlich nicht notwendig ist. (2)

Trotz dieser zweifellos sehr schwerwiegenden Einwände gegen die Zweckmäßigkeit und die Vollständigkeit eines Katalogs für den Pflichtinhalt der Geschäftsberichte, wurde seinerzeit gerade dieser Katalog als Novum für eine gesetzliche Regelung der Geschäftsberichterstattung hervorgehoben. Schon Walter Hallstein hatte auf die Neuartigkeit dieses Versuches bei seiner Besprechung des Entwurfs für ein Aktiengesetz 1930 hingewiesen. (3) Verschiedentlich wurde sogar die Rezeption von § 260 a HGB in die Rechte fremder Staaten vorgeschlagen. (4)

(1) Staub/Pinner a. a. O.

(2) Vgl. z. B. Lehrer: "Der Bilanzvergleich", Berlin 1935, Seite 272

(3) Hallstein: "Die Aktienrechte der Gegenwart", Berlin 1931, Seite 346

(4) Vgl. z. B. Meithner: "Die Bilanzen der Bankunternehmungen" in Festgabe für Julius Ziegler, Band II, S. 285 ff.

Interessant ist aber, daß kein einziges Land dem deutschen Beispiel gefolgt ist.

IV. Die Geschäftsberichterstattung seit dem Inkrafttreten des Aktiengesetzes 1937

Die Aktienrechtsnovelle von 1931 hatte die Ausweitung der Bestimmungen über den Geschäftsbericht hauptsächlich mit der gestiegenen Macht der Verwaltung und der daraus folgenden Entmachtung der Aktionäre begründet. Die Novelle ging dabei in erster Linie von der Überzeugung aus, daß der immer stärker gestiegenen Macht der Verwaltung eine gesteigerte Treupflicht der Gesellschaftsleitungen gegenüber ihren Aktionären entsprechen müsse.

Durch das Aktiengesetz von 1937 wurden die Befugnisse der Verwaltungen im Vergleich zu den Verhältnissen im Jahre 1931 aber noch ganz beträchtlich erweitert. So entzog man z.B. den Aktionären das Recht, den Jahresabschluß festzustellen. Die Hauptversammlung hat nach dem Aktiengesetz nur noch die Möglichkeit, die Verteilung des bereits festgestellten Gewinns zu beschließen, ein Recht, das praktisch bedeutungslos ist. (1)

Da das nunmehr endgültig durchgesetzte "Führerprinzip" in der Verwaltung der Aktiengesellschaften die Gesellschaft vor den "dividendenhungrigen" Aktionären zu schützen vermag, wäre es nicht mehr als recht und billig gewesen, wenn man die Aktionäre dafür durch eine Erweiterung ihrer Informationsrechte entschädigt hätte. Solange der Jahresabschluß von der Generalversammlung festzustellen war, mag eine gewisse Vorsicht der Verwaltungen bei ihrer Berichterstattung vielleicht nicht ganz unberechtigt gewesen sein; vielfach wurde nämlich befürchtet, unbequeme, grundsätzlich oppositionelle Aktionäre könnten durch zu ausführliche Geschäftsberichte Informationen in die Hände gespielt erhalten, die sie dann in der Hauptversammlung gegen die Verwaltung gebrauchen könnten. (2)

(1) Vgl. Hueck: "Gesellschaftsrecht", 3. Aufl., München und Berlin 1951, Seite 163

(2) Vgl. Beckmann/Trültzsch: "Der Jahresabschluß nach dem neuen Aktienrecht", 2. Auflage, Halle 1937, S. 116

Hätte man also nun vermuten können, daß die Aktionäre für den Rechtsverlust durch die Einbuße des Bilanzfeststellungsrechts mit einem erweiterten Recht auf Information entschädigt worden wären, so täuscht man sich. Die Publizitätspflichten der Unternehmungen wurden durch eine Neuformulierung der sogenannten "Schutzklausel" sogar noch weiter eingengt. Der Grund für diese Maßnahme ist heute klar: Die Staatsführung konnte und wollte nicht zulassen, daß die 1937 bereits auf Hochtouren laufende Aufrüstung an Hand der Geschäftsberichte genauer verfolgt werden konnte. "So kam es zu einer weitgehenden Aushöhlung der Berichterstattung an die Aktionäre und der daraus entstehenden Verödung der Generalversammlungen." (1)

Es wäre bedauerlich gewesen, wenn der Gesetzgeber etwa nur durch die Aufrüstung veranlaßt worden wäre, die Schaffung guter Beziehungen zwischen den Verwaltungen und den Aktionären durch eine gute Berichterstattung zu vernachlässigen, aber man hätte sich eben damit abfinden müssen, daß eine Kriegswirtschaft eben von allen Beteiligten Opfer verlangt. Viel schlimmer aber ist es, daß der Gesetzgeber bei der Neuordnung des Aktienrechts offenbar gar keinen Versuch unternehmen wollte, das Verhältnis Verwaltung - Aktionäre in etwas freundschaftlichere Bahnen zu lenken. Schlegelberger, einer der Hauptverantwortlichen des neuen Gesetzes, sagte ganz offen, daß es ein Unding wäre, "künstlich auf ein persönliches Verhältnis des Aktionärs zur Verwaltung hinzuwirken. Man handelt sentimental und nicht realpolitisch, wenn man sich um die Freundschaft von Aktionär und Verwaltung bemüht." (2)

Unter solchen Auspizien war natürlich an eine Erweiterung der Berichtspflichten des Vorstandes durch das Aktiengesetz gar nicht zu denken, ganz im Gegenteil, es wurde z. B. die Berichtspflicht über das Vorhandensein von gebundenen Aktien wieder aufgehoben, weil man der Verwaltung die Möglichkeit nicht nehmen wollte, in bestimmten Fällen auf

- (1) Forberg "Wertpapier und Sparer", in "Der Volkswirt" Sonderheft vom 23. April 1955, Seite 23
- (2) Schlegelberger vor der Industrie- und Handelskammer Hamburg am 15. 8. 1935 zit. nach Fischer in "Der praktische Betriebswirt", 1935, Seite 1026

die Hauptversammlung einen Einfluß auszuüben. (1)

Dieses Argument kann man unter bestimmten Umständen sogar gelten lassen. Aber war es auch notwendig, der Verwaltung diese Einflußnahme auch so quasi unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu gestatten? Wenn die Interessen der Unternehmung, die durch die gebundenen Aktien gewahrt werden müssen, tatsächlich schutzwürdig sind, dann hat doch wahrscheinlich auch gegen die Verwendung der gebundenen Aktien zur Erreichung dieses Zweckes niemand etwas einzuwenden.

Neu war in der Regelung der Geschäftsberichterstattung der Unternehmungen die gesetzlich vorgesehene Trennung des Berichts in Lage- und Erläuterungsbericht. Diese Regelung war notwendig, weil man die Prüfungspflicht auf den Erläuterungsbericht begrenzen mußte. Da man nämlich einerseits dem Vorstand die Möglichkeit geben wollte, sich zur Lage und den Zukunftsaussichten der Gesellschaft zu äußern, es aber andererseits dem Wirtschaftsprüfer nicht gut zumuten konnte, diese rein subjektiven Ansichten des Vorstands mit dem Bestätigungsvermerk zu versehen, muß im Interesse der Öffentlichkeit diese Aufteilung des Geschäftsberichts begrüßt werden. Damit war einer Forderung genügt worden, die schon wiederholt aus Wirtschaftsprüferkreisen erhoben worden war. (2)

Überraschen mag in diesem Zusammenhang, warum das Aktiengesetz nicht auch die Berichterstattung über die sozialen Verhältnisse in den Gesellschaften allgemein verbindlich geregelt hat. Nachdem erstmals der "Informationsdienst der Deutschen Arbeitsfront" 1935 die Vernachlässigung der Berichterstattung über die sozialen Leistungen in den Betrieben bemängelt hatte, weil die "Arbeitsbeschaffungs- und Wiederankurbelungsmaßnahmen" der Reichsregierung auch in den Geschäftsberichten ihren Niederschlag finden müßten (3), nahm sich bald darauf auch der "Völki-

(1) "Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht", 1935, Seite 252

(2) Semler in "Der Wirtschaftsprüfer", 1932, Seite 275; vgl. auch Hefenmehl in "Juristische Wochenschrift", 1937, Seite 504

(3) Zitiert nach "Der Wirtschaftstreuhänder", 1935, S. 469

sche Beobachter" dieses Problems an. (1) Diese Parteizeitung, die aus ihrer Feindseligkeit gegenüber den Aktiengesellschaften und den kapitalistischen Aktionären noch nie ein Hehl gemacht hatte, forderte kurzerhand, der Geschäftsbericht müsse von den Verwaltungen für die Gefolgschaften herausgegeben werden, und zwar in einer Form, daß auch die Aktionäre in ihm das finden könnten, was für sie wichtig sei.

Die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften sollten nach dem Willen der Parteifunktionäre also zu einem Propagandainstrument der Partei ausgebaut werden. Die DAF legte in ihrem Informationsdienst nämlich Wert darauf, daß nicht nur die Arbeiterschaft des betreffenden Betriebes, sondern die gesamte werktätige Bevölkerung über die sozialen Leistungen des Nationalsozialismus unterrichtet würde.

Obwohl das Aktiengesetz von 1937 diese Bestrebungen stillschweigend übergäng, berichteten unter dem Druck der Arbeitsfront immer mehr Unternehmungen über die sozialen Leistungen für ihre Belegschaften. Dieser Druck der Funktionäre löste z. T. sogar einen "Wettlauf um den sozialsten Betrieb" aus, der in den Geschäftsberichten seinen manchmal komischen Niederschlag fand. So berichtete z. B. eine Gesellschaft über den Bau einer neuen Klosettanlage unter der Überschrift "Freizeitgestaltung", eine andere Unternehmung rechnete ihre Ausgaben für Müllabfuhr unter "Schönheit der Arbeit" usw. (2)

Obwohl sich aus dem Aktiengesetz ein Anspruch der Belegschaft auf Unterrichtung durch den Arbeitgeber nicht ableiten ließ, bildeten sich doch allmählich gewisse Grundsätze für die Sozialberichte heraus. Nach dem "Wirtschaftstreuhandjahrbuch 1939" sollten die Unternehmungen in ihren Sozialberichten etwa zu folgenden Punkten Stellung nehmen: "Zahl und Alterszusammensetzung der Gefolgschaftsmitglieder, Veränderungen der Entlohnung und der Arbeitszeit, Urlaubsregelung, KdF-Reisen und Freizeitgestaltung, Nachwuchsschulung, Werkswohnungen, Siedlungen, Kamerad-

(1) Zitiert nach Horn in "Der praktische Betriebswirt", 1936, Seite 998

(2) Weste a. a. O. Seite 57/58

schaftshäuser und Erholungsheime, betriebliche Krankenfürsorge, Maßnahmen für "Schönheit der Arbeit", Weihnachts- und Abschlußgratifikationen, Jubiläumsgelder, Sonderzuwendungen und Gewinnbeteiligung der Gefolgschaft, Zuweisungen an Pensions-, Wohlfahrts- und Unterstützungskassen, Zahlungen an das Winterhilfswerk und an die Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft u. a. m." (1)

Diese Aufzählung für den Inhalt des Sozialberichts zeigt, daß hinter der Forderung, Sozialberichte zu veröffentlichen, nicht nur die Parteiinteressen gestanden haben mochten. Wahrscheinlich wäre auch ohne den Druck der Partei in der deutschen Wirtschaft der Gedanke des Sozialberichts zum Durchbruch gekommen, weil die Geschäftsberichte für die Belegschaft ein wichtiges Vorbeugungsmittel gegen Arbeitskämpfe darstellen können.

In Deutschland ist dieser Gesichtspunkt bis zum Kriegsende freilich kaum zum Ausdruck gekommen. Hier eröffnet sich nun für die Zukunft eine Aufgabe: Die Geschäftsberichte für die Belegschaften von allen Verkrampfungen befreien und zu einem wichtigen Faktor der Betriebspolitik zu machen. Die Geschichte der Geschäftsberichterstattung zeigt nicht nur den Weg, wie der Standpunkt der Aktionäre in der Frage der Publizität der Wirtschaft gewahrt werden kann, sondern auch, wie z. B. die übrigen Interessenten über die Unternehmungen unterrichtet werden können.

(1) Wirtschaftstreuhand-Jahrbuch 1939, Seite 239 ff.

II. K A P I T E L

Grundsätze der Geschäftsberichterstattung

Der Umfang der Geschäftsberichterstattung der Aktiengesellschaften wird nach den gesetzlichen Vorschriften einmal vom Katalog für den Pflichtinhalt des Geschäftsberichts bestimmt, und dann noch von den sog. Generalklauseln. Die negative Generalklausel lautet dabei wie folgt: "Die Berichterstattung kann nur insoweit unterbleiben, wie überwiegende Belange der Gesellschaft oder eines beteiligten Unternehmens oder der gemeine Nutzen von Volk und Reich es fordern", die positive: "Die Berichterstattung hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaftslegung zu entsprechen."

Die Grundsätze, die für einen Großteil der deutschen Aktiengesellschaften bei der Abfassung ihrer Geschäftsberichte bisher aber tatsächlich maßgebend waren, lassen sich in sehr vielen Fällen auf einen wesentlich kürzeren Nenner bringen: Die Geschäftsberichte sind so knapp zu halten, daß die gesetzlichen Vorschriften ebengerade noch erfüllt werden. Für die Praxis galt also in sehr vielen Fällen nicht die Maxime, den Aktionären, Gläubigern und der Öffentlichkeit so viel als nur irgend möglich mitzuteilen und nur soviel als unumgänglich notwendig zu verschweigen. In den Augen sehr vieler Gesellschaftsleitungen stellte vielmehr derjenige Geschäftsbericht die beste Lösung des Publizitätsproblems dar, der seinen Lesern am meisten verbergen konnte.

Der Gesetzgeber wollte durch die Formulierung der Generalklauseln gerade solche Praktiken verhindern. Der tatsächliche Erfolg dieser Maßnahme war vollkommen unbefriedigend. Die Generalklauseln haben nämlich vollkommen versagt, wenn es darum ging, die Geschäftsberichte inhaltlich zu erweitern. Es sei hier nur noch an die Frage einer Offenlegung der Bewertungspolitik und der Umsatzzahlen erinnert. Um so durchschlagender allerdings wirkte es sich aus, wenn die Berichterstattung unter Berufung auf die "Schutzklausel" eingeschränkt werden durfte. Die Aufstellung von Grundsätzen für die Geschäftsberichterstattung durch den Gesetzgeber hat sich also als wenig erfolgreich erwiesen. Wenn Grundsätze für die Geschäftsberichterstat-

tung überhaupt aufgestellt werden sollten, dann kann und darf dies nur auf die Initiative der Wirtschaft selbst erfolgen. Die besten Grundsätze in Gesetzen usw. helfen nämlich gar nichts, wenn ihre praktische Durchsetzung von den Unternehmungen sabotiert wird. Um den Widerstand der Gesellschaften aber von vornherein auszuschalten, ist es erforderlich, daß die Wirtschaft die Notwendigkeit einer ausreichenden Berichterstattung und damit auch die Notwendigkeit solcher Grundsätze klar erkennt. Vor allem muß dabei auf den Zusammenhang Berichterstattung - Kapitalbeschaffung hingewiesen werden. Der Kapitalmangel vieler Unternehmungen hat das Werben dieser Unternehmungen um die Sparer wieder notwendig gemacht. Wenn man diese Kreise für die Aktie und die Obligation wieder- oder gar neugewinnen will, dann wird an erster Stelle aller Bemühungen die Wieder- oder Neugewinnung des Vertrauens dieser Kreise in die Aktiengesellschaften stehen müssen. Die Information aber ist die Grundlage jeder Vertrauenswerbung. (1)

Bei der Berichterstattung ist nun zunächst auf die Form der Unterrichtung zu achten. Das wichtigste an einem Geschäftsbericht muß sein, daß der Bericht bei seinen Lesern "ankommt". Als ersten Grundsatz für die Abfassung eines Geschäftsberichts könnte man deshalb vielleicht nennen, die Geschäftsberichte müssen so abgefaßt sein, daß sie für jeden Leser verständlich sind. Die Verfasser des Berichts müssen sich dabei in die Lage ihrer Leser versetzen: Welchem Personenkreis gehören die Leser des Geschäftsberichts an, welcher Bildungsschicht, welchem Beruf? Frauen wollen anders angesprochen werden als Männer. Und schließlich wäre bei diesem Punkt noch zu überlegen, welche Interessen der Leserkreis verfolgt. Erst wenn auf alle diese Fragen eine Antwort gefunden ist, kann der Geschäftsbericht erfolgreich sein.

Ein zweiter Grundsatz für die Abfassung eines Geschäftsberichts muß die unbedingte Wahrheit des Berichts sein. Der gute Geschäftsbericht hat deshalb viele Parallelen zur guten Werbung; Klarheit und Wahrheit müssen seinen Inhalt bestimmen.

(1) Vgl. "Spannungsfeld Wirtschaft und Öffentlichkeit", Sonderheft des "Volkswirt" vom 31. 3. 1956, Seite 14

Neben die Forderung nach Wahrheit und Klarheit der Geschäftsberichte, tritt als dritter Grundsatz noch das Postulat der Vollständigkeit. Diese Forderung wird man allerdings im Vergleich mit den beiden anderen Grundsätzen als die schwächste bezeichnen müssen, weil das Prinzip der Vollständigkeit der Angaben in gewissen Fällen durchbrochen werden darf. Trotzdem wird im Interesse der Leser des Berichts auch auf die Erfüllung dieser Forderung zu achten sein.

I. Grundsatz für die Geschäftsberichterstattung: Klarheit

Das Postulat der Klarheit für den Geschäftsbericht könnte aus der positiven Generalklausel des Aktiengesetzes abgeleitet werden. Nach der Ansicht des Reichsgerichts ist ein Geschäftsbericht klar, wenn er so abgefaßt ist, daß ein hinreichend gebildeter Kaufmann seinen Inhalt verstehen kann. Dieser Ansicht pflichten auch die meisten Kommentare bei. Nur Adler/Düring/Schmaltz weisen darauf hin, daß der Geschäftsbericht so klar abgefaßt sein muß, daß sein Inhalt auch von einem nicht branchekundigen Kaufmann verstanden werden kann. (1)

Es muß bezweifelt werden, ob durch die Ansicht des Reichsgerichts und der Mehrzahl der Kommentare auch das Interesse der Allgemeinheit an den Geschäftsberichten genügend gewahrt wird. Schon Gerstner hat in den frühen Anfängen seiner "Bilanzanalyse" immer wieder betont, daß dem Publikum mit den Geschäftsberichten erst dann richtig gedient ist, wenn ihren Inhalt jeder mann verstehen kann. Gerstner wies insbesondere darauf hin, daß auch beispielsweise viele "Frauen und Offiziere" zu den Aktionären zählten, die über keinerlei kaufmännische Kenntnisse verfügten, zweifellos aber doch ein Recht besäßen, über die Unternehmungen regelmäßig unterrichtet zu werden, denen sie ihr Geld anvertraut hätten. (2)

-
- (1) Adler/Düring/Schmaltz: "Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft", 2. Auflage, Stuttgart 1948, § 128, Tz. 3
- (2) Gerstner: "Bilanzanalyse", 1. Auflage, Berlin 1912, Seite 57

Diese Auffassung findet in der letzten Zeit immer mehr Verständnis. So hat z. B. der Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer Düsseldorf in einem Gutachten festgestellt, daß im Geschäftsbericht auf Satzungsbestimmungen, Gesetzestexte usw. nicht verwiesen werden darf, da man den Lesern des Geschäftsberichts nicht zumuten könne, "diesen an Hand von Gesetzestexten zu entschlüsseln". (1)

Dieselbe Ansicht vertritt der Bundesminister der Justiz, der in einem besonderen Fall eine zahlenmäßige Angabe der Belastung der Gesellschaft durch Aufsichtsratsvergütungen fordert. Die Gesellschaften dürfen in diesem Falle nicht schreiben, die Belastung der Gesellschaft durch die Aufsichtsratsvergütung habe DM ... betragen, zuzüglich der darauf entfallenden Steuern. Die Aktionäre seien überfordert, wenn man bei ihnen eine Kenntnis der Steuergesetze voraussetze. (2)

Auch die heute weit verbreiteten Bestrebungen, die Belegschaften über die Geschäftsberichte mit den Sorgen und Problemen der Unternehmensleitungen vertraut zu machen, fordern eine Revision der Ansicht, die Geschäftsberichte hätten nur auf kaufmännisch vorgebildete Leser Rücksicht zu nehmen.

Die Bemühungen, die Geschäftsberichte lesbar zu gestalten, stecken bei uns in Deutschland noch in den Kinderschuhen. In den Vereinigten Staaten hat man damit schon viel experimentiert und auch gewisse Erfolge erzielt. Allerdings wurde bislang in den USA auch keine Patentmedizin gefunden, die das Problem der "Lesbarkeit" der Geschäftsberichte endgültig gelöst hätte. Es wurden aber einige Methoden entwickelt, die eine Beurteilung der Lesbarkeit und Klarheit eines Geschäftsberichtes ganz wesentlich erleichtern können. Eine solche Methode wurde z. B. von Rudolf Flesch angegeben. (3)

Flesch entwickelte eine Formel, die nach übereinstimmen-

(1) Gutachten Nr. 2/1951 in "Die Wirtschaftsprüfung", 1951, Seite 461

(2) Vgl. "Die Wirtschaftsprüfung", 1952, Seite 506

(3) Flesch: "The Art of Plain Talk"

der Ansicht der amerikanischen Public Relations-Berater bei der Beurteilung der Lesbarkeit von Geschäftsberichten wirksam angewendet werden kann. Die Formel ermöglicht eine Bewertung der Schwierigkeiten beim Lesen der Geschäftsberichte, die dann als "sehr leicht" bis "sehr schwierig" zu verstehen eingestuft werden können. Als "sehr leicht" verständlich werden nach dieser Methode z. B. die sog. "Comic Strips" beurteilt, als "sehr schwierig" wissenschaftliche Werke. Die Formel von Flesch basiert auf folgenden Feststellungen:

1. Je mehr Wörter in einem Satz vereinigt sind, desto größere Schwierigkeiten bereitet das Lesen dieses Satzes.
2. Die Verwendung von zusammengesetzten, langen Wörtern ist möglichst zu vermeiden.
3. Je mehr persönliche Berührungspunkte der Leser in einem Text vorfindet, desto leichter ist der Text für ihn zu verstehen.

Im Anschluß an Flesch hat ein Public Relations-Berater der Standard Oil eine mathematische Formel entwickelt, die auch eine zahlenmäßige Bewertung, oder besser gesagt, "Benotung" der Lesbarkeit eines Geschäftsberichtes ermöglicht. (1)

Eine sehr große Bedeutung wird in den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Lesbarkeit der Geschäftsberichte den Illustrationen beigemessen. Der Leser, ganz besonders der kaufmännisch weniger erfahrene Leser, wird in den meisten Fällen den ausführlichsten Geschäftsbericht enttäuscht und ungelesen auf die Seite legen, wenn er schon auf den ersten Blick feststellen muß, daß sich der Geschäftsbericht in erster Linie aus Zahlen zusammensetzt. Die größte Gefahr für die Lesbarkeit des Geschäftsberichts liegt nämlich darin, daß der Bericht ein "Zahlenfriedhof" ist und nicht mehr.

Die Amerikaner sind deshalb sogar dazu übergegangen, ihre Geschäftsberichte nicht nur durch einzelne Illustrationen aufzulockern, sondern wollen das Bild zum Träger der In-

(1) Vgl. Peters: "Communication Within Industry", New York 1950, Seite 149

formation selbst machen. So hat z. B. das "American Iron and Steel Institute" einen Geschäftsbericht in der Form eines "Comic Strip" unter dem Titel: "Die Geschichte von Andrew dem Aktionär" herausgegeben. (1) Die Standard Oil Company of New Jersey ließ über ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1947 einen Film anfertigen, der in zahlreichen Lichtspieltheatern der Vereinigten Staaten als Werbefilm gezeigt worden ist. Zugleich wurde über denselben Geschäftsbericht ein Hörspiel "Understanding a Jersey Annual Report" verfaßt und über die amerikanischen Rundfunkstationen gesendet. (2)

Es bedarf wohl nur weniger Einwendungen, die diese amerikanischen Praktiken der Geschäftsberichterstattung für Deutschland als ungeeignet erscheinen lassen. Einmal wird es in Deutschland kaum eine Aktiengesellschaft geben, deren Aktienbesitz so weit gestreut ist, daß sich die Anfertigung von Filmen und Hörspielen lohnte.

Eine Popularisierung der Geschäftsberichte durch sog. "Comic Strips" aber ist in Deutschland gänzlich undiskutabel. Die Geschäftsberichte durch Primitivierung lesbarer zu gestalten, dürfte in Deutschland überhaupt keinen Erfolg haben. Man kann in dieser Frage Farr nur beistimmen, der meinte, durch die Veröffentlichung eines Geschäftsberichts in der Form eines "Comic Strips" müsse das Vertrauen in die Solidarität einer Unternehmung erschüttert werden, ganz abgesehen davon, daß ein solcher Geschäftsbericht mit den gesetzlichen Vorschriften nicht in Einklang gebracht werden könnte. (3)

In diesem Zusammenhang darf auch die Gefahr nicht verkannt werden, daß gerade unter dem Deckmantel, die Geschäftsberichte lesbarer und leichter verständlich zu machen, der tatsächliche Erkenntniswert der Berichte leiden könnte. So wertvoll Illustrationen für die Lesbarkeit der Geschäftsberichte sein mögen, primitive graphische Darstellungen, sog. Kuchenschnitte, dürfen genaue zahlenmäßige Angaben auf gar keinen Fall ersetzen.

(1) Peters a. a. O. Seite 73

(2) Peters a. a. O. Seite 59

(3) Farr: Formen moderner Publizität und Rechenschaftslegung", in "Betrieb", 1954, Seite 956

Trotzdem sollte auch in Deutschland dem Problem größere Beachtung geschenkt werden, wie die Geschäftsberichte lesbarer und verständlicher gestaltet werden könnten. Es ließen sich zwar einige Beispiele von Geschäftsberichten nennen, deren Verfasser sich offensichtlich um eine verständliche und fesselnde Darstellung bemüht haben, das Gros der deutschen Geschäftsberichte ist nach dem alten Rezept abgefaßt: Langatmig und erschreckend unpersönlich werden die einzelnen Punkte abgehandelt und man hat immer das Gefühl, hier entledigt sich jemand einer Pflicht, durch die allein dem Buchstaben des Gesetzes genügt werden soll, aber ja nicht mehr.

Grundverkehrt wäre es nun, diesem offenkundlichen Mißstand in der deutschen Geschäftsberichterstattung nach der üblichen Methode durch eine gesetzliche Vorschrift abzu helfen. Die Initiative zur Verbesserung der Lesbarkeit der Geschäftsberichte kann nur von den Gesellschaften selbst ausgehen. Die Unternehmungsleitungen müssen erst davon überzeugt werden, daß gut unterrichtete Aktionäre, Gläubiger und Mitarbeiter, kurz gesagt, ein gut unterrichtetes Publikum für die Gesellschaft von Vorteil sind. Erst wenn an dieser Tatsache nicht mehr gezweifelt werden kann, wird bei der Abfassung der Geschäftsberichte auf die Wünsche der Interessenten an die Lesbarkeit und Klarheit der Geschäftsberichte in einem geeigneten Maße eingegangen werden.

Die Wirtschaftsverbände könnten sich auf diesem Gebiete große Verdienste erwerben, wenn sie ihre Mitglieder immer wieder auf die Bedeutung einer guten Publizität hinweisen würden. So werden in Großbritannien alljährlich in einem von den Wirtschaftsverbänden veranstalteten Wettbewerb die besten Geschäftsberichte prämiert; Hauptgesichtspunkte für die Bewertung der Geschäftsberichte sind die Angemessenheit der Informationen und die Form der Darstellung. Dieser Wettbewerb hat in der englischen Wirtschaft große Resonanz gefunden; alljährlich beteiligen sich ungefähr 500 Gesellschaften an diesem Wettbewerb. (1) Auch in den Vereinigten Staaten finden solche Wettbewerbe regelmäßig statt. Das Edison Institut, die Vereinigung der

(1) Vgl. "Der Wirtschaftsprüfer", 1954, Seite 17 und 207

amerikanischen Elektrizitätswerke prämiert z. B. alljährlich den originellsten und aufschlußreichsten Geschäftsbericht der amerikanischen Energiewirtschaft. (1)

Der Gedanke einer Prämiierung des originellsten Geschäftsberichts ist m. E. nicht schlecht, wenn man diese Wettbewerbe auf die Beurteilung der Lesbarkeit und Klarheit der Geschäftsberichte beschränkt. Für die Beurteilung des materiellen Gehalts eines Geschäftsberichts scheint eine Jury eines solchen Wettbewerbs allerdings weniger geeignet zu sein, da diese Jury wahrscheinlich nicht über die Möglichkeiten verfügen wird, die Angaben in dem betreffenden Geschäftsbericht auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Diese Feststellung aber sollte keine Einschränkung des Werts einer solchen Veranstaltung bedeuten; der Wettbewerb hat seine Aufgabe voll und ganz erfüllt, wenn durch ihn die Geschäftsleitungen veranlaßt werden, auf die Lesbarkeit und Klarheit der Geschäftsberichte etwas mehr als bisher zu achten.

II. Grundsatz der Geschäftsberichterstattung: Wahrheit

Wie das Prinzip der "Klarheit", läßt sich auch der Grundsatz der "Wahrheit" aus der positiven Generalklausel des Aktiengesetzes ableiten, nach der der Vorstand einer Aktiengesellschaft zur "getreuen Rechenschaftslegung" im Geschäftsbericht verpflichtet ist. (2)

Die besondere Treuepflicht, die der Vorstand gegenüber den Aktionären der Gesellschaft zu beachten hat, verbietet jeden Verstoß gegen das Gebot der unbedingten Wahrheit für alle Veröffentlichungen der Gesellschaft. Das Aktiengesetz stellt darüber hinaus durch § 296 die unwahre Darstellung oder Verschleierung der Verhältnisse der Gesellschaft im Geschäftsbericht unter Strafe. Das Strafmaß erstreckt sich in der Regel auf Gefängnis von einem Tag bis zu fünf Jahren (früher auch Geldstrafe); in besonders schweren Fällen kann sogar auf Zuchthaus und Verlust der bürgerli-

- (1) "Amerikanische Dampfkraftwerke im Rahmen der Elektrizitätswirtschaft", RKW-Auslandsdienst, Heft 8, S. 216
- (2) Teichmann/Köhler: "Aktiengesetz-Kommentar", 3. Auflage, Heidelberg 1950, Seite 275

chen Ehrenrechte erkannt werden. (§ 296, Abs. II Akt. Ges.)

Das Gesetz gibt selbst keine Definition der "Unwahrheit"; die Anwendung der Strafvorschriften des Aktiengesetzes muß sich deshalb auf die Definitionen der Kommentare und des Reichsgerichts stützen. In den einzelnen Entscheidungen des Reichsgerichts werden Fälle angegeben, in denen nach Ansicht des Reichsgerichts die Darstellung der Verhältnisse einer Gesellschaft im Geschäftsbericht unwahr ist. So erblickte in einem Falle das Reichsgericht in "bewußt unwahren Schätzungen" im Geschäftsbericht eine Unwahrheit im Sinne der Strafvorschriften. (1) Allerdings sollen nur "grobe, in die Augen springende Fehlschätzungen" strafbar sein. (2)

Auch Urteile, die vom Vorstand zum Geschäftsergebnis abgegeben werden, können nach der Ansicht des Reichsgerichts unwahr sein und den Vorstand strafbar machen. (3) So darf auch nicht hingenommen werden, wenn ein Vorstand im Geschäftsbericht ein Jahresergebnis als "erfreulich" bezeichnet, wenn es in Wirklichkeit gar nicht erfreulich gewesen ist.

Als "unwahre Darstellung" kann man auch die Unterlassung von ungünstigen Angaben im Geschäftsbericht betrachten, die zur richtigen Beurteilung der Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres unbedingt notwendig gewesen wären, um zu vermeiden, daß durch diese Unterdrückung die Lage der Gesellschaft günstiger erscheint, als dies in Wirklichkeit der Fall ist.

Eine allgemeine Definition des Begriffes "unwahr" findet man im Kommentar von Teichmann/Köhler: "Unwahr sind alle Darstellungen, wenn sie geradezu Wahrheitswidriges enthalten." (4) Allerdings fällt unter den juristischen und strafbaren Tatbestand der unwahren Darstellung im Geschäftsbericht nur eine zu günstige Schilderung der Geschäftsergebnisse. Gegen eine "vorsichtige Bewertung" im

(1) RGStr. 14/80

(2) Schlegelberger/Quassowski: "Kommentar zum Aktiengesetz", 3. Auflage, Berlin 1939, Anmerkung 7 zu § 296

(3) RGStr. 38/199

(4) Teichmann/Köhler a. a. O. Seite 567

Jahresabschluß hat der Gesetzgeber und der Jurist nichts einzuwenden, auch wenn diese vorsichtige Bewertung durch eine gefärbte und vielleicht auch geradezu unwahre Darstellung im Geschäftsbericht begründet wird. Die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften sind eben einseitig auf den Schutz der Gläubigerinteressen eingestellt und lassen durch das "Niederstwertprinzip" jede Unterbewertung und damit auch eine rücksichtslose "Stille Reserven-Politik" zu. Bei der Aktiengesellschaft kommt dann noch das Interesse der Gesellschaft hinzu, das nach dem Willen des Gesetzgebers durch eine Politik der stillen Reserven gewahrt werden darf.

Diese Billigung einer unwahren Darstellung der Gesellschaftsergebnisse zur Wahrung bestimmter Interessen durch den Gesetzgeber mag für die bisher übliche Praxis der Geschäftsberichterstattung noch angegangen sein. Wenn man dem Geschäftsbericht aber eine neue Funktion zuteilen will, nämlich eine Verbindung zu den Aktionären herzustellen, um ein besseres Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Aktionären zu schaffen, dann versagt dieser juristische Begriff der "Zweckwahrheit" im Geschäftsbericht vollständig. Der Aktionär hält nämlich einen Geschäftsbericht schon dann für unwahr, wenn ihm die Verhältnisse mit Absicht so geschildert werden, daß bei einer angeblich "vorsichtigen Bewertung" eine Dividendenzahlung zwar nicht verantwortet werden kann, bei einigermaßen gutem Willen der Verwaltung aber ohne weiteres zu vertreten gewesen wäre. Die Unterbewertung mag in diesem Falle von der Gesellschaft so oder so begründet werden: Die Begründung ist auf jeden Fall unaufrichtig. Dabei ist es völlig nebensächlich, ob gegen das Gebot der unbedingten Wahrheit in der Geschäftsberichterstattung zum Nutzen der Gläubiger oder der Unternehmung verstoßen worden ist. Auf der Basis der Unaufrichtigkeit in den gegenseitigen Beziehungen läßt sich auf gar keinen Fall die erwünschte Gemeinschaft zwischen Aktionären und Gesellschaft aufbauen. Interessant ist in diesem Zusammenhang vielleicht die Ansicht von Karl Jaspers, der meint: "In der Gemeinschaft zwischen Menschen als Menschen ... gilt keine Begrenzung der Wahrhaftigkeit auf einen Zweck und eine Ordnung, sondern die grenzenlose Wahrhaftigkeit ist Bedingung für die Verwirklichung echter Gemeinschaft."(1)

(1) Jaspers: "Von der Wahrheit", München, Seite 557

Der Geschäftsbericht, der den Aktionären durch eine gefärbte Darstellung die Notwendigkeit einer willkürlich vorgenommenen Unterbewertung schmackhaft machen will, ist nach der Definition von Jaspers also bereits unwahr, auch wenn diese Unterbewertung vom Gesetzgeber ausdrücklich sanktioniert worden ist. Der Geschäftsbericht, der eine Unwahrheit enthält, ist demzufolge auch nicht mehr in der Lage, die Funktion zu erfüllen, die ihm zugedacht ist, nämlich die Aktionäre als die Mitglieder der Gemeinschaft "Aktiengesellschaft" über die Tätigkeit dieser Gemeinschaft zu unterrichten.

Ursprüngliches Ziel der Aktiengesellschaft ist es, für die Aktionäre gewinnbringend tätig zu werden. Diese Ziele sind aber in sehr vielen Gesellschaften durch andere Ziele verdrängt worden, etwa von dem Ziel, die Gesellschaft mit allen Mitteln zu vergrößern oder den leitenden Männern der Gesellschaft möglichst große Macht zu verschaffen. Dieser Wechsel in der Zwecksetzung der Unternehmung mag darauf zurückzuführen sein, daß sich die leitenden Männer der Gesellschaft von ihren Aktionären emanzipieren konnten. Auf jeden Fall aber ist durch den Wechsel in der Zwecksetzung der Aktiengesellschaft auch die ursprünglich vorhanden gewesene Gemeinschaft mit den Aktionären zu Ende gegangen. Damit aber hat auch der Geschäftsbericht seinen Zweck verloren. Weiter Geschäftsberichte an die Aktionäre versenden, heißt in diesem Falle nur, weiter den Anschein erwecken, als bestünde auch die alte Gemeinschaft noch weiter. Und in dieser Tatsache liegt die große Unwahrheit der Geschäftsberichterstattung des "Unternehmens an sich": Das Unternehmen verhält sich noch gemeinschaftsmäßig, wo gar keine Gemeinschaft mehr besteht. Jaspers meint dazu: "Es ist unwahrhaftig, sich gemeinschaftsmäßig zu verhalten, wo gar keine Gemeinschaft ist." (1)

Diese Worte von Jaspers gelten zweifellos auch für viele sog. "Sozialberichte". Es ist augenblicklich große Mode, von den Angestellten und Arbeitern als den "Mitarbeitern" zu sprechen und die "Betriebsgemeinschaft" besonders herauszustreichen. In den Sozialberichten, Werkzeiteungen und sonstigen Publikationen solcher Betriebe ist dann von die-

(1) Jaspers: a. a. O. Seite 557

ser ominösen "Betriebsgemeinschaft" zu hören. Uneingestandener Zweck solcher Veröffentlichungen ist es aber zweifellos in der Mehrzahl der Fälle, durch diese Maßnahmen ein innerbetriebliches Gegengewicht gegen unternehmerfeindliche Organisationen oder auch nur gegen das traditionelle Mißtrauen der Arbeitnehmer den Arbeitgebern gegenüber zu schaffen. Tatsächlich aber ist es den Unternehmern oft gar nicht ernst mit der Verwirklichung einer tatsächlichen Betriebsgemeinschaft. Auch in diesem Falle ist der Sozialbericht in sich bereits eine Unwahrheit.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Geschäftsbericht mit einem Beitrag liefern soll, die Wirtschaft aus der "splendid isolation" zu befreien. Durch diese neue und wichtige Aufgabe wird die Weckung und Förderung gegenseitigen Vertrauens durch den Geschäftsbericht mit einer seiner wichtigsten Funktionen. Das Vertrauen der Aktionäre, Gläubiger und Belegschaftsmitglieder, kurz, das Vertrauen des Publikums, können die Unternehmungen aber nur dann gewinnen, wenn sich die wechselseitigen Beziehungen auf dem sicheren Fundament der vollständigen und unteilbaren Wahrheit entwickeln können.

III. Grundsatz der Geschäftsberichterstattung Vollständigkeit (1)

Als dritten Grundsatz der Geschäftsberichterstattung kennt das Aktiengesetz das Prinzip der Vollständigkeit des Geschäftsberichts. Die Frage, ob ein Geschäftsbericht vollständig ist oder nicht, läßt sich an Hand des Gesetzes zunächst unschwer beantworten: Der Geschäftsbericht ist vollständig, wenn über die in § 128, Abs. II, Ziffer 1 - 9 aufgeführten Tatbestände berichtet worden ist. Darüber hinaus ist zur Vollständigkeit des Geschäftsberichts notwendig, daß auch über Vorgänge von besonderer Bedeutung berichtet worden ist, die nach Schluß des Geschäftsjahres eingetreten sind. (§ 128, Abs. I, Satz 2 Akt. Ges.) Wenn die Berichterstattung über solche Vorgänge nach Schluß des Geschäftsjahres unterlassen worden ist, hat der Wirtschafts-

(1) Vgl. Höchersteiger: "Das Vollständigkeitsprinzip im Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft",
Münchner Diss., 1953

prüfer gegen diese Unterlassung einzuschreiten. (1) Die Unterlassung der Berichterstattung über solche Vorgänge nach Schluß des Geschäftsjahres würde nämlich auch einen Verstoß gegen das Gebot der Wahrheit bedeuten, wenn die Kenntnis dieser Vorgänge zu einer wesentlich anderen Beurteilung des Geschäftsablaufs im vergangenen Geschäftsjahr führen müsse. Durch seine Berufsauffassung aber sei der Wirtschaftsprüfer nach der Ansicht des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer Düsseldorf verpflichtet, den Bestätigungsvermerk einzuschränken oder ganz zu verweigern, wenn er einen groben Verstoß gegen die Wahrheit feststellen muß.

Der Wirtschaftsprüfer ist allerdings nach der Ansicht des Hauptfachausschusses nicht verpflichtet, seine Prüfung auf die Vorgänge in der Unternehmung über den Abschlußzeitraum hinaus auszudehnen. Er habe aber auch darauf zu achten, daß in der sog. "Vollständigkeitserklärung" des Vorstandes auch die "wichtigen Angaben über Vorgänge" enthalten sind, "die nach Schluß des Geschäftsjahrs eingetreten sind."

Nach § 140 Abs. III Akt. Ges. könne der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk unter zwei Voraussetzungen einschränken oder gar verweigern, wenn er die Berichterstattung über Vorgänge nach Schluß des Geschäftsjahres beanstanden zu müssen glaubt.

1. "Wenn der Geschäftsbericht ... offensichtlich eine falsche Darstellung von den Verhältnissen der Gesellschaft erweckt, "
2. "die geeignet ist, das durch den Jahresabschluß vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft zu verfälschen".

Der Hauptfachausschuß hält diese Ansicht allerdings für abwegig.

Inzwischen hat sich auch der Bundesgerichtshof hinter die Stellungnahme des Hauptfachausschusses gestellt. Das Gericht fordert nämlich vom Wirtschaftsprüfer, daß dieser bei festgestellter Überschuldung der geprüften Gesellschaft

(1) Stellungnahme Nr. 1/1953 des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer Düsseldorf in "Die Wirtschaftsprüfung", 1953, Seite 16 ff.

einen entsprechenden Hinweis im Lagebericht der Gesellschaft zu veranlassen hat. (1)

Den Ausführungen des Hauptfachausschusses und der Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofes wird man wohl ohne Einschränkung beipflichten können. Die Öffentlichkeit ist nämlich nicht nur an der Vollständigkeit des Geschäftsberichts interessiert, sondern auch an der zeitgerechten Veröffentlichung. Je später die Bilanzen und Geschäftsberichte in die Hände des Publikums gelangen, desto geringer wird der Gegenwartswert der Veröffentlichungen für die Interessenten. Zugegeben, wichtige Gründe mögen für eine möglichst späte Einberufung der Hauptversammlung sprechen, wie z. B. die Ausnutzung der steuerlichen Grenztermine. Diese Tatsache darf aber auf keinen Fall dazu führen, daß die Publizitätspflichten der Gesellschaft zum Schaden des Publikums umgangen werden können.

Das Prinzip der Vollständigkeit des Geschäftsberichts ist vielen Verwaltungen unangenehm. Diese Verwaltungen suchen sich dann dadurch zu helfen, daß sie in der Hauptversammlung zwar den vollständigen Geschäftsbericht zur Verlesung bringen und auch beim Handelsregister einreichen, an die Interessenten aber stark gekürzte Auszüge des Original-Geschäftsberichts versenden. Solche Berichte sind dann meist mit "Bericht des Vorstands für das Jahr ..." in Fettdruck überschrieben und in Klammern und Kleindruck folgt verschüchtert der Hinweis "Auszug".

Raffiniert ist diese Methode dann, wenn diese Auszüge fast den vollständigen Text des Originalgeschäftsberichts enthalten bis auf die ihrem Umfang nach nicht ins Gewicht fallenden Meldungen, die der Vorstand unterdrücken will. So fallen in dem einen Bericht die Angaben über die Vorstandsbezüge unter den Tisch, in einem anderen Auszug sucht man vergebens nach Angaben über die Zugehörigkeit des Unternehmens zu einem Kartell oder einem anderen absatzregelnden Verband, in einem dritten Bericht ist die Berichterstattung über die Konzernzusammenhänge unterschlagen worden usw. Der Leser, der die Überschrift des gekürzten

(1) Urteil des Bundesgerichtshofes vom 15. 12. 1954 zitiert nach "Die Wirtschaftsprüfung", 1955, Seite 138

Berichts nicht ganz genau studiert hat, wird folglich annehmen, daß die Gesellschaft kartellfrei ist oder in keinerlei Konzernabhängigkeiten steht, weil darüber im Geschäftsbericht nichts enthalten ist und Fehlanzeigen üblicherweise nicht notwendig sind. (1)

Grundsätzlich kann zwar gegen die Versendung von gekürzten Geschäftsberichten nichts eingewendet werden, wenn in der Überschrift auf die Tatsache gebührend hingewiesen wird, daß es sich um einen Auszug handelt, daß der Prüfvermerk des Wirtschaftsprüfers sich nicht auf diesen Bericht bezieht usw. Auf diesen Hinweis aber kann im Interesse der Öffentlichkeit nicht verzichtet werden. (2)

Stellt der Wirtschaftsprüfer allerdings fest, daß sein Prüfungsvermerk unter einem solchen gekürzten Bericht erscheint, hat er die Richtigstellung oder die Aufnahme eines entsprechenden Hinweises zu veranlassen. Der Fachausschuß hat es 1934 in diesem Falle als zweckmäßig angesehen, daß der Wirtschaftsprüfer an den Vorstand und an den Vorsitz der Aufsichtsrates mit dem Ersuchen herantritt, einen entsprechenden Hinweis in den Geschäftsbericht noch nachträglich aufzunehmen. (3)

Wenn sich der Vorstand einer solchen Richtigstellung des Geschäftsberichtes widersetzt, hat der Wirtschaftsprüfer einen zivilrechtlichen Anspruch auf die Richtigstellung. Im Interesse der Allgemeinheit aber besteht auch noch ein öffentlich-rechtlicher und unter Umständen strafrechtlicher Schutz. (4)

Die Veröffentlichung eines unvollständigen Geschäftsberichts ist wie die eines unwahren Berichtes nach § 296 Akt. Ges. unter Strafe gestellt. Das Postulat der Vollständigkeit des

(1) Vgl. Rechtsgutachten in "Der Wirtschaftstreuhand", 1936, Seite 355

(2) Lauterbach: "Zur Veröffentlichung der Jahresabschlüsse" in "Der Wirtschaftstreuhand", 1936, S. 250

(3) Gutachten des Fachausschusses Nr. 8/1934 in "Der Wirtschaftstreuhand", 1936, Seite 250

(4) "Wirtschaftsprüfung als Element gesunder Wirtschaftsentwicklung" Band 10 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1955, Seite 90

Geschäftsberichts geht aber deswegen nicht so weit als das der unbedingten Wahrheit. Der Geschäftsbericht muß wahr sein; von der Pflicht, in dem Geschäftsbericht nur wahre Angaben zu machen, gibt es nach dem Aktiengesetz keinen Dispens - mit der einen Ausnahme vielleicht, daß Unterbewertungen keine Unwahrheit in der Geschäftsberichterstattung bedeuten. Vollständig aber muß der Geschäftsbericht nur insoweit sein, als "überwiegende Belange der Gesellschaft oder eines beteiligten Unternehmens oder der gemeine Nutzen von Volk und Reich" nicht eine Einschränkung der Berichtspflichten zu rechtfertigen vermögen.

Außerdem darf eine Mitteilung im Geschäftsbericht unterbleiben, wenn durch die Mitteilung der Gesellschaft mehr geschadet würde, als den Aktionären und übrigen Interessenten genützt wird. (1)

An die Anwendung der Schutzklausel ist aber im Interesse aller Beteiligten ein strenger Maßstab anzulegen. Die Gefahr, daß die Veröffentlichung gewisser Tatsachen der Gesellschaft Unannehmlichkeiten bringen kann, rechtfertigt auf gar keinen Fall die Anwendung der Schutzklausel. Vielfach wird z. B. die Anschauung vertreten, eine Anwendung der Schutzklausel sei bereits dann gerechtfertigt, wenn durch die Veröffentlichung bestimmter Tatsachen der Kredit der Unternehmung gefährdet wird. Diese Auffassung ist aber auf gar keinen Fall vertretbar, da man ja gerade darin die Schutzfunktion des Geschäftsberichts für die Öffentlichkeit erblicken muß, daß die zukünftigen Kreditgeber und Aktionäre ihre Risiken richtig abschätzen können. (2) Auf diesen Standpunkt hat sich auch ganz eindeutig das Reichsgericht gestellt. (3)

Die Berichterstattung über eingetretene Verluste darf nach der Rechtsprechung nicht einmal dann unterbleiben, wenn die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates die Verluste aus der eigenen Tasche gedeckt haben. Die Strafkam-

(1) Adler/Düring/Schmaltz a. a. O. § 128, Teilz. 5

(2) Vgl. Horn in "Der praktische Betriebswirt", 1936, Seite 992

(3) RGStr. 38/200 und 49/364 zit. nach Nußbaum in "Juristische Wochenschrift", 1932, Seite 2585

mer des Landgerichts Leipzig verurteilte den Vorstand und den Aufsichtsrat einer Unternehmung, weil sie einen Verlust im Geschäftsbericht nicht mitgeteilt haben, den sie aus eigenen Mitteln abgedeckt hatten. Das Gericht gab in seiner Begründung zu diesem Urteil zwar zu, daß die Angeklagten nicht aus unlauteren Motiven gegen die Berichtspflicht verstoßen hätten. "Auf der einen Seite stand ihre Verpflichtung zur Wahrheit, auf der anderen Seite standen die Interessen der Gesellschaft . . . Wenn sie in diesem Konflikte die Pflicht zur Wahrheit hintangesetzt und die Interessen der Gesellschaft höher gestellt haben als diese und das Gesetz, so ist ihre Handlung . . . vom rechtlichen Standpunkt zu verurteilen." (1)

Dieses Urteil fand in der Öffentlichkeit seinerzeit große Beachtung, weil kurz nach Bekanntwerden dieses Urteils folgender Fall vorgekommen ist: Der Direktor einer Aktiengesellschaft hatte eine größere Summe Geldes unterschlagen. Der Bruder des Direktors versprach, den in mehrere hunderttausend Mark gehenden Betrag aus eigenen Mitteln zu ersetzen, wenn die Gesellschaft sich verpflichtete, die Mitteilung der Unterschlagung im Geschäftsbericht der Gesellschaft zu unterdrücken. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft lehnte dieses Ansinnen aus Furcht vor einem Gesetzesverstoß ab. Der Direktor verschwand, der Bruder zahlte nichts, die Gesellschaft verlor fast die Hälfte ihres Grundkapitals. (2) Simon erblickte in solchen Vorkommnissen eine "Überspannung des Offenheitsprinzips", konnte aber nicht umhin, die Berichtspflicht auch in diesem Falle anzuerkennen. (3) Ob unter geltendem Recht über diesen Fall noch berichtet werden müßte - er ereignete sich lange Jahre vor dem ersten Weltkrieg -, ist umstritten. Schlegelberger/Quassowsky jedenfalls fordern in diesem Falle keine Berichterstattung. (4) Anderer Meinung sind Adler/Düring/Schmaltz, die den Aktionären auf gar keinen Fall das Recht nehmen lassen wollen, sich über die Vertrauenswürdigkeit ihrer Gesellschaftsorgane zu unterrichten. (5)

(1) Simon a. a. O. Seite 409

(2) Simon a. a. O. Seite 409 ff.

(3) Simon a. a. O. Seite 409

(4) Schlegelberger/Quassowsky a. a. O. Anm. 20 zu § 128

(5) Adler/Düring/Schmaltz a. a. O. § 128 Tz. 5

M. E. läßt sich diese Frage nur vom Interessentenstandpunkt her betrachtet in wirklich befriedigender Weise lösen. Die Berichterstattung brachte in diesem Falle den Aktionären und sonstigen Interessenten keinerlei Vorteile. Ganz im Gegenteil, durch die Berichterstattung wurde die Vermögenssubstanz der Gesellschaft auf das Empfindlichste beeinträchtigt. Dieser Verlust wurde aber nach der Lage der Dinge durch die Berichterstattung erst "realisiert"; das wahre Interesse der Aktionäre und sonstigen Beteiligten wäre in Wirklichkeit durch das Schweigen des Aufsichtsrates zu schützen gewesen. Durch die Berichterstattung aber wurde der Gesellschaft und damit indirekt auch den Aktionären ein wesentlich größerer Schaden zugefügt, als sie aus der Berichterstattung Nutzen ziehen konnten. Ein Verschweigen der Unterschleife des Direktors wäre in diesem Falle also unter Berufung auf die Schutzklausel ohne weiteres zu verantworten gewesen.

Steuerliche Gründe rechtfertigen in der Regel eine Geheimhaltung von berichtspflichtigen Tatsachen nicht, auch wenn die Geheimhaltung im Interesse der Unternehmung und der Aktionäre geboten wäre; die Belange des Staates gehen auf jeden Fall privaten Interessen vor. (1) Die Steuerverwaltung wird allerdings wohl nur in Ausnahmefällen auf den Geschäftsbericht als Auskunftsmittel zurückgreifen, da ihm durch die Abgabenordnung ja viel geeignetere Mittel zur Nachprüfung der Steuerpflichten der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Deshalb muß auch der Ansicht von Fischer widersprochen werden, der für die mangelhafte Geschäftsberichterstattung der letzten Jahre die Furcht der Unternehmungen vor den Steuerbehörden verantwortlich machen will. (2)

Die Wahrung der Interessen von Einzelaktionären rechtfertigt im allgemeinen keine Unterlassung der Berichterstattung. Eine Anwendung der Schutzklausel läßt sich nur dann vertreten, wenn sich die Interessen der beteiligten Aktionäre mit denen der Gesellschaft decken. Dieser Fall liegt dann vor, wenn z. B. ein Vertrag zwischen der Gesellschaft und einem Aktionär oder Aufsichtsratsmitglied der Gesell-

(1) Adler/Düring/Schmaltz a. a. O. § 128 Tz. 5

(2) Fischer in "Mensch und Arbeit", 1953, Seite 105

schaft und dem Aktionär zugleich Vorteile bringt, der Abschluß des Vertrages aber durch vorzeitiges Bekanntwerden unmöglich gemacht würde. (1) Für das wirksame Eingreifen der Schutzklausel aber ist in diesem Falle nicht das Interesse des Einzelaktionärs oder Aufsichtsratsmitglieds entscheidend, sondern allein das Interesse der Unternehmung. So darf eine Berichterstattung z. B. auch dann unterbleiben, wenn noch schwebende Verhandlungen, etwa über eine Beteiligung oder eine Fusion durch eine verfrühte Mitteilung scheitern könnten oder wenn durch die Berichterstattung ein anhängiger Rechtsstreit ungünstig beeinflußt würde. (2) Der Schutz der Konzernunternehmungen kann eine Berichterstattung dann verbieten, wenn durch das Bekanntwerden der Konzernzugehörigkeit einer abhängigen Unternehmung ein Schaden zugefügt werden könnte. Dabei sei nur an den Fall gedacht, daß eine abhängige Gesellschaft auch die Konkurrenten der Obergesellschaft beliefert. Wenn nun zu erwarten steht, daß eine Konkurrenzfirma der Konzerngesellschaft bei Kenntnis der tatsächlichen Eigentumsverhältnisse als Abnehmer verloren gehen wird, so hat die Angabe der Konzernbeziehungen im Geschäftsbericht der Ober- und Untergesellschaft unter Berufung auf die Schutzklausel zweifellos zu unterbleiben. Allerdings wäre in diesem Falle wohl zu prüfen, ob der Umfang der Lieferungen an die Konkurrenten diese einschneidende Maßnahme rechtfertigen kann.

Als weiteren Grund für die Inanspruchnahme der Schutzklausel gibt das Gesetz die Wahrung öffentlicher Interessen an. "Militärische und politische Interessen gehen privatrechtlichen Interessen an der Offenlegung regelmäßig vor." (3) Die Konsequenzen für die Anwendung der Schutzklausel zur Wahrung öffentlicher Interessen mögen zwar heute nicht mehr so einschneidend sein, als dies 1938 bei der ziemlich raschen Umstellung der deutschen Industrie auf Kriegsproduktion noch der Fall war. Trotzdem aber kann man unter den heutigen Verhältnissen auch der Ansicht von Teichmann/Köhler aus dem Jahre 1950 nicht mehr beipflichten, die den "gemeinen Nutzen von Volk und Reich" nicht mehr als einen

(1) Adler/Düring/Schmaltz a. a. O. § 128 Tz. 6

(2) Schlegelberger/Quassowsky a. a. O. Anm. 20 zu § 128

(3) Adler/Düring/Schmaltz a. a. O. § 128 Tz. 5

wichtigen Grund ansahen, der eine Unterlassung der Berichterstattung gerechtfertigt hätte. (1) Zweifellos wird in den kommenden Jahren die Berichterstattung über die Rüstaufträge des Staates durch eine Neuformulierung der Schutzklausel genau so verhindert werden müssen, wie sie auch unter dem nationalsozialistischen Regime verhindert worden ist. Daran dürfte auch die Tatsache nichts ändern, daß die Formulierung der Schutzklausel zur Wahrung der Interessen des Staates in absehbarer Zeit geändert werden wird.

Es wurde schon einmal darauf hingewiesen, daß im Interesse des Publikums an die Anwendung der Schutzklausel ein strenger Maßstab angelegt werden muß. Vor allem muß verhindert werden, daß durch die Unterdrückung von an sich berichtspflichtigen Angaben ein falsches Bild der Lage der Gesellschaft gezeichnet wird. Die Schutzklausel gestattet zwar "das Verschweigen gewisser Geschäftsvorgänge, jedoch nur mit der Einschränkung, daß das Verschweigen nicht zu falschen Angaben führen darf; was der Geschäftsbericht sagt, muß richtig sein, er braucht nur nicht vollständig zu sein. Jedenfalls muß er als Ganzes ein richtiges Bild ergeben." (2)

Was eben gesagt worden ist, gilt auch für die Berichterstattung über Vorgänge, die nach Schluß des Geschäftsjahres eingetreten sind. Der Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer Düsseldorf befürwortet die Anwendung der Schutzklausel zwar auch bei der Berichterstattung über Vorgänge, die nach Abschluß des Geschäftsjahres sich abgespielt haben, ist aber der Ansicht, daß auch in diesem Falle gegen das Gebot der unbedingten Wahrheit nicht verstoßen werden darf. (3)

Um nun zu vermeiden, daß durch Unterdrückung von Angaben im Geschäftsbericht über die tatsächliche Lage der Gesellschaft ein falsches Bild entsteht, muß die Unterdrückung ungünstiger Angaben im Geschäftsbericht auf andere Weise ausgeglichen werden. Die Kommentare sind sich durchweg vor allem darüber einig, daß durch die Anwen-

(1) Teichmann/Köhler a. a. O. Seite 285

(2) RGStr. 68/245 zitiert nach "Der Wirtschaftsrehänder", 1935, Seite 14

(3) Vgl. Ausführungen auf Seite 51 ff.

dung der Schutzklausel auf keinen Fall "insgesamt der Anschein einer nicht vorhandenen Kreditwürdigkeit erweckt wird." (1) Da könne einmal dadurch erreicht werden, daß die Gesellschaft sich bei der Berichterstattung über "an sich günstige Vorfälle" Reserve auferlegt. (2) Noch besser erscheint aber der Vorschlag, die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Schutzklausel müßten umso schärfer überprüft werden, je stärker das allgemeine Bild der Gesellschaft durch das Fehlen von Angaben verfälscht wird. (3) Über die Anwendung der Schutzklausel in einem bestimmten Falle ist aber nicht zu berichten, da dadurch nur der Zweck der Geheimhaltung gefährdet würde.

Besteht bei der Prüfung der Frage, ob die Schutzklausel in einem konkreten Fall angewendet werden kann, ein Interessenkonflikt zwischen außenstehenden Dritten und der Gesellschaft, so müssen die Belange Dritter, also der Aktionäre, Gläubiger usw. den Interessen der Gesellschaft grundsätzlich vorgehen. In diesem Zusammenhang muß der Ansicht von Walb widersprochen werden, die Aktionäre hätten sich durch den Erwerb der Aktien und damit der Mitgliedsrechte an der Gesellschaft den Zielen der Gesellschaft untergeordnet und müßten deshalb dulden, daß das Wohl der Gesellschaft ihren eigenen Interessen vorgeht. (4)

Diese Gewichtsverteilung bei der Abwägung der einzelnen Interessen an der Geschäftsberichterstattung ist besonders wichtig für die Gläubiger. Den Aktionären bleibt nämlich immer noch die Lösung ihres Verhältnisses zur Gesellschaft durch einen Verkauf ihrer Aktien. Die Gläubiger jedoch können ihr Verhältnis zur Gesellschaft aus eigenem Willen nur sehr schwer, wenn überhaupt, lösen. Für sie ist deshalb eine rechtzeitige Unterrichtung über die Kreditwürdigkeit des Schuldners geradezu von "lebenswichtiger" Bedeutung. (5)

(1) Teichmann/Köhler a. a. O. Seite 285

(2) Walb: "Der Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft", Halle/Saale 1938, Seite 17

(3) Teichmann/Köhler a. a. O. Seite 285

(4) Vgl. RGStr. 49/364 zit. nach Adler/Düring/Schmaltz a. a. O. § 128 Tz. 6

(5) Walb a. a. O. Seite 18 und 19

Für die Interessenten an der Berichterstattung der Gesellschaft ist freilich das Problem der "Vollständigkeit" des Geschäftsberichts noch lange nicht gelöst, wenn der Bericht nach dem Aktiengesetz als "vollständig" bezeichnet werden kann. Die generelle Lösung der Geschäftsberichterstattung im Aktiengesetz für alle Aktiengesellschaften mußte immer wieder berücksichtigen, daß bei vielen Gesellschaften das Problem einer Unterrichtung der Aktionäre durch den Geschäftsbericht überhaupt nicht besteht. Diese Gesellschaften widersetzen sich folglich auch einer nach ihrer Ansicht unangemessenen Berichtspflicht. Auf der anderen Seite aber standen die Aktionäre von Gesellschaften, deren einziges Informationsmittel über die Gesellschaft die veröffentlichten Bilanzen, Erfolgsrechnungen und Geschäftsberichte abgeben mußten. Der Katalog der Pflichtangaben für die Geschäftsberichte aller Aktiengesellschaften mußte deshalb fast zwangsläufig auf dem Wege eines Kompromisses festgestellt werden. Das Ergebnis dieses Kompromisses war nicht zuletzt die sog. "Verlustliste" des Geschäftsberichts, auf der die markantesten Punkte vielleicht die Angabe der Prinzipien der Bewertungspolitik der Unternehmung und die Umsatzziffern sein dürften.

Gegen die Grundsätze der Geschäftsberichterstattung Klarheit, Wahrheit und Vollständigkeit in den veröffentlichten Berichten ist in den vergangenen Jahren mit oder ohne Absicht oft verstoßen worden. Diese Haltung der Gesellschaften zur Publizität hat sich aber bereits gerächt.

III. K A P I T E L

Das Interesse der Aktionäre am Geschäftsbericht

Hauptanlaß für die Berichterstattung der meisten Unternehmungen ist die aktienrechtliche Vorschrift, nach der die Vorstände aller Aktiengesellschaften zur jährlichen Geschäftsberichterstattung ihren Aktionären gegenüber verpflichtet sind. Vor Inkrafttreten des Aktiengesetzes im Jahre 1937 hatte der Geschäftsbericht die wichtige Aufgabe, den Aktionären die zur Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft notwendigen Aufklärungen zu geben. Nach § 127 des Aktiengesetzes hat der Vorstand den Geschäftsbericht jetzt nur noch zur "Verhandlung über die Entlastung" der Gesellschaftsorgane in der Hauptversammlung vorzulegen.

Obwohl also eine wichtige Funktion des Geschäftsberichts durch das Aktiengesetz weggefallen ist, sind die verbleibenden Aufgaben für sich allein doch noch wichtig genug, um eine mangelhafte Geschäftsberichterstattung als großen Nachteil zu empfinden. Obwohl schon wiederholt versucht worden ist, die Geschäftsberichterstattung der Unternehmungen durch eine Neufassung der gesetzlichen Vorschriften zu verbessern, haben die Klagen der Geschäftsberichtsinteressenten über die mangelhafte Publizität der Unternehmungen trotzdem nicht mehr aufgehört. Verantwortlich für diese bedauerliche Erscheinung sind in erster Linie natürlich die Unternehmungsleitungen, die sich über die berechtigten Wünsche der Aktionäre hinwegsetzen. Aber auch die Aktionäre selbst sind an dieser für sie an sich verhängnisvollen Entwicklung nicht ganz schuldlos.

Um das mangelnde Verständnis der Gesellschaftsorgane für die Informationsbedürfnisse der Aktionäre genauer durchleuchten zu können, darf das Problem auf gar keinen Fall für sich allein betrachtet werden. Die schlechte Publizität der Aktiengesellschaften ist nämlich nur das äußere und deshalb auch klar sichtbare Symptom einer latenten Krise der Beziehungen der Gesellschaften zu ihren Aktionären. Durch die Selbstfinanzierung erhielten die Unternehmungen ein Instrument in die Hand, das sie zumindest in ertragreichen Jahren von den Aktionären in finanzieller Hinsicht voll-

ständig unabhängig werden ließ. Die Expansion der Gesellschaften erfolgte immer mehr aus "eigener Kraft"; die Aktionäre wurden von den Unternehmensleitungen im Laufe dieser Entwicklung immer mehr nur als ein lästiges Hindernis betrachtet, das diese Ausweitung nur zu stören drohte.

Das Problem ist bekannt und wurde bereits von verschiedenen Seiten eingehend untersucht. Schon frühzeitig hat sich mit dieser Entwicklung Walther Rathenau auseinandergesetzt, der die Emanzipation der Unternehmungen oder besser gesagt, die Emanzipation der leitenden Männer in den Unternehmungen von den Aktionären als eine Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung im Spätkapitalismus beurteilte. Er bezeichnete diese Erscheinung als eine "Substitution des Grundes" der Aktiengesellschaft. (1)

Rathenau hielt diese Entwicklung für mehr oder weniger zwangsläufig und glaubte damit auch die Rechtfertigung dieser Emanzipation der Manager von den Aktionären gefunden zu haben. Rathenaus Ansichten fanden teilweise begeisterte Verfechter. So entwickelte z. B. Haußmann im direkten Anschluß an seine Gedankengänge die sog. "Theorie des Unternehmens an sich" (2), die dann ihren Höhepunkt in der Auffassung Müller-Erzbachs gefunden hat, der dem Aktionär nur noch die Rechte eines Gesellschaftsgläubigers zugestehen will. (3)

Durch diese Überlegungen namhafter Aktienrechtler wurde nicht nur der Ausschluß der Aktionäre von allen Verwaltungsangelegenheiten der Gesellschaften theoretisch begründet, auch die planmäßige Einschränkung des Rechts der Aktionäre auf Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse der berichtspflichtigen Unternehmungen durch die Gesellschaftsorgane konnte damit gerechtfertigt werden. Die Theorie des "Unternehmens an sich" fand dann bis zu einem gewissen Grad sogar die offizielle Billigung durch den Gesetzgeber im Aktiengesetz von 1937, in dem bekanntlich das

(1) Rathenau: "Vom Aktienrecht", Berlin 1918, Seite 8

(2) Haußmann: "Vom Aktienwesen und vom Aktienrecht" Berlin 1928

(3) Müller-Erzbach: "Das private Recht der Mitgliedschaft als Prüfstein eines kausalen Rechtsdenkens", Weimar 1948, Seite 31.

sog. "Führerprinzip" eine große Rolle spielt.

Der Grund für die Ausschaltung der Aktionäre aus dem Leben der Gesellschaften und damit auch für das Schlechterwerden der Berichterstattung der Gesellschaften in der Öffentlichkeit liegt also in erster Linie in der veränderten Einstellung der Unternehmensleitung. Aber auch die Aktionäre selbst sind, wie schon gesagt, nicht ganz unschuldig, wenn nicht gar mitschuldig an dieser Entwicklung, weil sie sich diese Entwicklung überhaupt gefallen ließen. Der Grund für die Machtlosigkeit der Aktionäre und damit wohl auch für ihre bemerkenswerte Passivität in diesen für sie doch außerordentlich wichtigen Fragen wird wohl darin zu suchen sein, daß die Aktionäre in sich uneinig sind.

Die Aktionäre sind keine homogene Masse, die mit ihrer Kapitalsanlage in der Gesellschaft jeweils die gleichen Ziele verfolgt. Es lassen sich nämlich mindestens drei große Aktionärsgruppen unterscheiden, die nebeneinander zur gleichen Zeit in fast jeder größeren Aktiengesellschaft vertreten sind, deren Einstellung zur Gesellschaft und damit auch zur Publizität der Gesellschaft grundlegend voneinander verschieden sind.

Die erste Aktionärsgruppe bilden einmal die sog. "Unternehmensaktionäre", die in vielen Fällen selbst in den Gesellschaften als Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder tätig sind. Diese Aktionäre, die "ein primäres Interesse an dem Gedeihen des wirtschaftlichen Unternehmens haben, das die Aktiengesellschaft betreibt", wollen möglichst viele Aktien der Gesellschaft erwerben, um auf die Unternehmung einen maßgeblichen Einfluß ausüben zu können. (1)

Wenn der Unternehmensaktionär diese einflußreiche Stellung in der Gesellschaft einmal erreicht hat, wird er auf Grund seiner eigenen Tätigkeit in der Leitung der Gesellschaft oder wenigstens auf Grund seiner guten Beziehungen zur Verwaltung des Unternehmens meistens auch über sehr gute direkte Informationsmöglichkeiten verfügen, so daß er kaum mehr auf den offiziellen Geschäftsbericht der Gesellschaft angewiesen sein wird. Da deshalb bei den Unternehmensaktionären gar kein Bedürfnis nach einem schriftli-

(1) Schmulewitz: "Die Verwaltungsaktie", Berlin 1927, S. 4

chen oder gar gedruckten Geschäftsbericht besteht, werden sich diese einflußreichen Aktionäre, die auf Grund ihrer starken Position in der Gesellschaft eine Verbesserung der Publizität ohne weiteres erzwingen könnten, auch kaum für eine Ausweitung dieser für sie uninteressanten Berichterstattung einsetzen.

Die Unternehmensaktionäre werden vielfach sogar ihre eigenen Interessen mit denen der Verwaltung gleichsetzen und eher auf eine Einschränkung der offiziellen Berichterstattung hinarbeiten, weil durch die Verhinderung einer Gewinnausschüttung an die übrigen Aktionäre auch die Macht der Unternehmensaktionäre steigt. Die Ausschüttung der Gewinne kann aber am leichtesten dadurch vermieden werden, daß die Gewinne erst gar nicht bekannt geworden sind. Diese Tatsache zeigt sich wieder ganz besonders deutlich im BGH-Urteil vom 24. 1. 1957. (1) In dem dabei entschiedenen Fall hatte der Vorstand einer Aktiengesellschaft im Jahresabschluß einen Reingewinn von 488. 210, 31 DM ausgewiesen und ursprünglich eine Dividende von 6 % vorgeschlagen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft billigte diese Entscheidung nicht. Vorstand und Aufsichtsrat kamen deshalb überein, noch zu bereits gebildeten Rücklagen zusätzlich eine weitere von 480. 000, -- DM für Rationalisierungszwecke zu bilden. Diese Maßnahme wurde vom Gericht nicht gebilligt. Wenn der Jahresabschluß einmal festgestellt sei, könne er auch durch Hauptversammlungsbeschluß nicht mehr geändert werden. Der mitgliedsrechtliche Gewinnanspruch der Aktionäre dürfe auch von der Hauptversammlung nicht mehr eingeschränkt werden.

Von den Unternehmensaktionären wird man also kaum erwarten können, daß sie sich für eine Erweiterung der Berichterstattung der Unternehmungen auf die Offenlegung der stillen Reserven einsetzen. Die Leidtragenden dieses stillen Einverständnisses der Unternehmensaktionäre mit der Verwaltung sind die sogenannten "Anlageaktionäre", neben den Unternehmensaktionären die zweitwichtigste Aktionärsgruppe.

Auch die Anlageaktionäre wünschen, daß die Gesellschaft

(1) BGH-Urteil vom 21. 1. 1957 in "Der Betrieb", 1957, Seite 160

mit Erfolg arbeitet und sind insofern ohne weiteres mit den Unternehmensaktionären vergleichbar. Die Anlageaktionäre unterscheiden sich aber von den Unternehmensaktionären grundsätzlich durch das Ziel, das sie mit ihrer Investition verfolgen. Die Unternehmensaktionäre wollen durch eine möglichst hohe Beteiligung Einfluß auf die Unternehmung gewinnen, die Anlageaktionäre dagegen wollen ihr Kapital möglichst gewinnbringend anlegen. Für die Anlageaktionäre ist deshalb die Dividendenhöhe der Maßstab, mit dem sie ihre Papiere beurteilen.

Die Anlageaktionäre verfügen außerdem im Gegensatz zu den Unternehmensaktionären meistens auch über keinerlei Einfluß in den Organen der Gesellschaft. Es stehen ihnen deshalb auch in der Regel nicht die Informationsmöglichkeiten der Unternehmensaktionäre zur Verfügung. Der Anlageaktionär ist daher allein auf die Mitteilung der Verwaltung in den offiziellen Publikationen der Gesellschaft angewiesen, also auf die veröffentlichten Bilanzen, Erfolgsrechnungen und Geschäftsberichte.

Die dritte Aktionärsgruppe bilden die sogenannten "Spekulationsaktionäre". Diese Aktionärsgruppe unterscheidet sich von den beiden anderen Gruppen dadurch, daß sie die Wertpapiere nicht als eine dauernde Kapitalanlage betrachtet, von der sie an erster Stelle eine Rendite in Form einer Dividende erwartet. Für die Spekulationsaktionäre stellen die Aktien vielmehr in der Hauptsache nur ein Mittel zum "Börsenspiel" dar. Sie wollen die Papiere in der Regel nicht in ihrem Besitz behalten, sondern sofort wieder abstoßen, wenn sie dadurch einen Kursgewinn erzielen können. Ihr Interesse richtet sich nicht auf das Unternehmen, sondern auf das Wertpapier an sich. (1)

Der Spekulationsaktionär steht bei den Verwaltungen zumeist nicht im besten Ansehen, weil die Verwaltungen für ihre Wünsche bei den Spekulanten am wenigsten Verständnis finden werden. Den Unternehmungsleitungen liegt deshalb sehr viel daran, daß mit den Aktien ihrer Gesellschaft möglichst wenig spekuliert wird. Da aber nun in Kreisen der Wirtschaft nicht selten die Ansicht vertreten wird, daß mit Aktien umso mehr spekuliert werde, je mehr über die Gesellschaft

in der Öffentlichkeit bekannt sei, glaubt man auf Seiten der Verwaltungen, daß durch die Einschränkung der Berichterstattung auch die Aktienspekulation bekämpft werden könne. Diese Ansicht wurde z. B. im Enquêteausschuß von Direktoren großer Unternehmungen als Begründung für die mangelhafte Berichterstattung ihrer Unternehmungen angegeben. (1)

Dieser Ansicht kann aber auf gar keinen Fall beigetreten werden. Richtig ist vielmehr, daß gerade durch das Fehlen einer ausreichenden offiziellen Berichterstattung über die Unternehmungen die Spekulation unterstützt wird. Der Spekulant wird sich bei seinen Dispositionen ja nur in den seltensten Fällen von den offiziellen Informationen in den Geschäftsberichten leiten lassen. Der Spekulationsaktionär sucht auch gar keine kontinuierliche Nachrichtenquelle über das Unternehmen, er sucht nach dem "Tip". Die Spekulation basiert deshalb in sehr vielen Fällen gerade auf dem Fehlen von offiziellen Nachrichten. Eine mangelhafte Unterrichtung der Öffentlichkeit durch die Gesellschaften fördert nämlich die Entstehung von Gerüchten, die gerade von den Spekulanten als Tips ganz besonders geschätzt werden.

Eine mangelhafte Berichterstattung erreicht also gerade das Gegenteil von dem, was sie eigentlich erreichen sollte, nämlich die Spekulation erschweren. Eine Erweiterung der ordentlichen Geschäftsberichterstattung wäre m. E. sogar der beste Weg, um die Spekulation mit Wertpapieren einzuschränken.

Wenn sich auch die Interessen der Aktionäre hinsichtlich ihrer Ziele kaum auf einen Nenner bringen lassen werden, so lassen sich doch gemeinsame Wünsche aller Aktionäre an die Berichterstattung der Unternehmungen feststellen. Voneinander verschieden sind nur die Wege, auf denen die einzelnen Aktionärsgruppen zu den für sie notwendigen Informationen über "ihr" Unternehmen zu gelangen versuchen. Der Unternehmensaktionär erfährt alles Wissenswerte von der Verwaltung direkt, der Anlageaktionär ist auf die regelmäßigen Geschäftsberichte angewiesen und der Spekulationsaktionär hält sich an seine Tips. Ganz unabhängig von den Wegen, auf denen die einzelnen Aktionäre zu ihren

(1) Vgl. Enquêtebericht a. a. O. Seite 268 und 445

Nachrichten gelangen, ist, was die Aktionäre von den Gesellschaften erfahren wollen. Das typische Aktionärsinteresse verlangt zunächst von der Verwaltung der Gesellschaft eine Berichterstattung über die Entstehung und die Verwendung der Gewinne der Unternehmung. Sie wollen aber auch vor allem die Machtbefugnisse des Vorstands kontrollieren, um so zu verhindern, daß sie vom Vorstand in der Hauptversammlung der Gesellschaft überspielt werden können.

Wenn auch nicht alle Aktionäre auf den Geschäftsbericht als Informationsmittel angewiesen sein werden, so wird man doch auf eine gute Berichterstattung der Unternehmungen im Aktionärsinteresse größten Wert legen müssen. Man will heute das sparende Publikum wieder für die Aktie gewinnen. Es wäre unternehmenspolitisch unerwünscht, wenn man die Werbung für das Aktiensparen auf das spekulative Moment abstellen würde. Auch wird man kaum erwarten dürfen, daß aus den jetzt angesprochenen Kreisen noch recht viele Unternehmensaktionäre gewonnen werden können. Bei den neu zu gewinnenden Aktionären wird es sich vielmehr in den meisten Fällen um Anlageaktionäre handeln. Der Anlageaktionär aber ist auf die offizielle Berichterstattung der Unternehmungen angewiesen, weil er nur sehr selten über die Möglichkeiten der Unternehmensaktionäre verfügt und aus Risikogründen auf Börsengerüchte wenig Wert legt.

I. Berichterstattung über die Gewinnentstehung und -verteilung

1. Schilderung des Geschäftsverlaufs durch den Vorstand

Durch das Aktiengesetz ist der Vorstand einer jeden Aktiengesellschaft verpflichtet, in einem Lagebericht zum Geschäftsverlauf und zur wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft Stellung zu nehmen. Dieser Teil des Geschäftsberichts ist für die Aktionäre ganz besonders wichtig, weil sie daraus wichtige Rückschlüsse auf die Qualität ihrer Aktien ziehen können, wenn der Vorstand seine Berichtspflichten ernst genommen hat.

Was dieser Lagebericht im einzelnen zu enthalten hat, geht aus dem Gesetz nicht hervor. Es lassen sich aber gerade aus der Fachliteratur Punkte ableiten, über die in den Lageberichten der Gesellschaften im Aktionärsinteresse un-

bedingt berichtet werden sollte. Recht brauchbar erscheint eine Aufgliederung des Berichts in eine Darstellung der innerbetrieblichen Ereignisse, die sich im Laufe des vergangenen Geschäftsjahres auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ausgewirkt haben, und außerbetriebliche Vorgänge, die den Geschäftsgang der Gesellschaft beeinflußt haben. (1)

In sehr vielen Geschäftsberichten findet man im Rahmen des Lageberichts Angaben über die konjunkturelle Entwicklung des Wirtschaftszweiges, dem das berichtende Unternehmen angehört. Diese Ausführungen sind für die Aktionäre gewiß wertvoll; sie sollten sich aber in einem Rahmen halten, der der Bedeutung dieser Ausführungen zukommt. Man kann nämlich in sehr vielen Fällen beobachten, daß Gesellschaften über solchen mehr allgemein gehaltenen Ausführungen die eigentliche Unternehmensberichterstattung vernachlässigen. Manchmal möchte man bei der Lektüre solcher Berichte beinahe sogar vermuten, diese Abschweifungen erfolgten mit Absicht, um den Leser eines derartigen Berichts vom eigentlichen Berichtszweck, den Leser mit dem berichtenden Unternehmen vertraut zu machen, abzulenken. Diese Entwicklung darf auf gar keinen Fall gutgeheißen werden, weil durch das Einreißen solcher Praktiken den Beteiligten, den Aktionären, Gläubigern und der Allgemeinheit ein schlechter Dienst erwiesen würde. Versucht eine Gesellschaft auf diese Weise ihre Berichtspflichten zu umgehen, sollte der Wirtschaftsprüfer einschreiten. Eine derartige Einschränkung der Geschäftsberichterstattung widerspricht nämlich den Bestrebungen des Gesetzgebers, "den Geschäftsbericht so klar und ausführlich zu gestalten, daß er auch wirklich eine Ergänzung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung darstellt." (2)

Für das Eingreifen des Wirtschaftsprüfers in einem solchen Fall hat die gesetzliche Bestimmung keine Bedeutung, daß der als Lagebericht bezeichnete Teil des Geschäftsbe-

(1) Vgl. Ludewig: "Die Darstellung der wirtschaftlichen Lage im Bericht über die aktienrechtliche Jahresabschlußprüfung", Düsseldorf 1955, Seite 47

(2) Gerstner: "Bilanzanalyse", 11. Auflage, Berlin 1944, Seite 224

richts aus der aktienrechtlichen Pflichtprüfung ausgeklammert bleiben soll. Der Wirtschaftsprüfer hat nämlich den Jahresabschluß und Geschäftsbericht auch daraufhin zu überprüfen, ob sich die Interessenten an Hand des Geschäftsberichts tatsächlich ein Bild über die Gesellschaft machen können. (1)

Wenn der Vorstand der Gesellschaft also seiner Verpflichtung nicht nachgekommen ist, im Geschäftsbericht auch tatsächlich die Verhältnisse seiner Gesellschaft zu diskutieren und man dafür ein mehr allgemein gehaltenes Bild der Volkswirtschaft oder der Branche findet, der das berichtende Unternehmen angehört, so hat der Wirtschaftsprüfer auf jeden Fall eine Abänderung oder eine Ergänzung des Lageberichts zu veranlassen.

2. Berichterstattung über die Bewertungspolitik

Eng mit der Berichterstattung über die Gewinnentstehung der Gesellschaft hängt die Darstellung der Bewertungspolitik des Unternehmens zusammen. Da die Bewertung mit der Frage der stillen Reserven verbunden ist, sträuben sich natürlich die Unternehmensleitungen die Bewertungsgrundsätze ihren Aktionären gegenüber bekanntzugeben. Andererseits aber wünschen die Aktionäre gerade über die stillen Reserven unterrichtet zu werden, weil von ihnen nicht nur der Wert der Aktien, sondern auch die Höhe ihrer Dividenden bestimmt wird.

Der Gesetzgeber hat die Bildung stiller Reserven durch die Unternehmungen ausdrücklich zugelassen und deshalb auch eine Offenlegung im Geschäftsbericht nicht vorgesehen. Da im Geschäftsbericht aber die Lage der Gesellschaft darzulegen ist, die Lage der Gesellschaft aber aufs engste mit dem Vorhandensein stiller Reserven verknüpft ist, ließe sich gleichsam über eine Hintertüre eine Verpflichtung der Unternehmungen ableiten, über die stillen Reserven zu berichten. Tatsächlich gibt es nicht wenige Verfechter dieser Anschauung; vor allem aus dem Lager der Betriebswirtschaftslehre haben sich immer wieder Stimmen erhoben, die unter Hinweis auf diese Bestimmung die Offenlegung der

(1) Karoli: "Bilanzprüfung und Prüfungsergebnis",
Leipzig 1934, Seite 60

stillen Reserven forderten. (1)

In diesem Zusammenhang wurde von den Befürwortern einer Offenlegung der stillen Reserven wiederholt darauf hingewiesen, daß nach § 128 Absatz II Akt. Ges. die Gesellschaften verpflichtet seien, stille Reserven offenzulegen, wenn ihre Bildung auf Änderungen in der Bewertungspolitik der Unternehmung zurückgeführt werden müsse. Es wurde deshalb auch empfohlen, die Berichterstattung über die Bildung stiller Reserven gerade deshalb weiter auszubauen, weil hier bereits Ansatzpunkte für eine Offenlegung der stillen Reserven vorhanden seien. (2)

Obwohl man also aus der Formulierung des § 128 Abs. I und II Akt. Ges. auf den Willen des Gesetzgebers schließen könnte, die stillen Reserven müßten über den Geschäftsbericht bekanntgegeben werden, so lehrt im Gegensatz dazu die Erfahrung, daß in der Praxis die stillen Reserven aus den Geschäftsberichten genau so wenig hervorgehen wie aus den Bilanzen. Diese Praxis kann sich dabei ohne weiteres auf die Äußerungen der Mitarbeiter der Aktienrechtsnovelle 1937 stützen; weder Schmölder noch Quassowski, beide Mitarbeiter der Novelle von 1931, sehen eine Veranlassung, warum man aus der Formulierung des § 260 a HGB auf einen nunmehr bestehenden Publizitätszwang für die stillen Reserven schließen müßte. (3)

Damit wäre der große Konflikt kurz angedeutet, der sich in dem Problem der Berichterstattung über die stillen Reserven zeigt: Hier die Interessen der Verwaltung (nicht notgedrungen auch die Interessen der Unternehmungen), die an der Notwendigkeit der stillen Reserven festhalten und dort die Interessen der Aktionäre, die eine Offenlegung der stillen Reserven verlangen.

Den Aktionären geht es bei dem ganzen Streit über die stillen Reserven um ihr Grundrecht auf einen gerechten Anteil am Gewinn der Unternehmung. Kein Wunder, daß sich der

(1) Vgl. z. B. Schmalenbach: "Die Aktiengesellschaft", 7. Auflage, Köln und Opladen 1950, Seite 32

(2) Vgl. Götze in "Die Wirtschaftsprüfung", 1955, Seite 53

(3) Schmölder in "Juristische Wochenschrift", 1931, Seite 2631 und Quassowski, ebd. Seite 2915

Aktionär gerade hier gegen das Überspieltwerden durch die Verwaltungen zur Wehr setzt. "Selbst dem Kleinaktionär mit seinem geringen Aktienbetrag kann man es nicht zumuten, daß er sein Geld sozusagen *à fond perdu* zur Verfügung stellt, ohne gewisse, genau bezeichnete Ansprüche aus dieser Leistung zu gewinnen: Ansprüche auf Information, Mitbestimmung, wenn auch nur in beschränktem Maße, Kontrolle und Gewinnabzug. Streichung dieser Rechte bedeutet ... Wegräumen aller Hindernisse für die Auswirkung egoistischer Großaktionärsinteressen und uneingeschränkten Verwaltungsabsolutismus." (1)

Die stillen Reserven bedrohen diese "Aktionärsgrundrechte" sehr stark. Durch sie erhalten nämlich selbstherrliche Verwaltungen tatsächlich eine Möglichkeit, sich ihrer Verantwortung vor der Hauptversammlung zu entziehen. Durch Überabschreibungen in guten Jahren kann den Aktionären ihr Recht auf den Gewinn der Gesellschaft streitig gemacht, durch heimliche Auflösung dieser Reserven ein geschäftlicher Mißerfolg vertuscht werden. Die heimliche Auflösung von stillen Reserven läßt darüberhinaus bei den Aktionären ein falsches Bild von der Rentabilität und der Vermögenslage der Gesellschaft entstehen.

Die Möglichkeit, durch Bildung und Auflösung stiller Reserven die Kontrollfunktion der Hauptversammlung auszuschalten, ist aber nicht der einzige Grund, warum die Aktionäre für die Offenlegung der stillen Reserven eintreten. Die Finanzierung der Unternehmungen durch Sonderabschreibungen hat in den Nachkriegsjahren unter dem Einfluß der Steuergesetzgebung einen Umfang angenommen, der geradezu als ungesund bezeichnet werden muß. Das Statistische Bundesamt hat im Dezemberheft 1955 von "Wirtschaft und Statistik" die Abschlüsse von 860 Gesellschaften für 1953 und 1954 untersucht. Aus dieser Untersuchung läßt sich entnehmen, daß Unternehmungen der Industrie, der Energiewirtschaft und des Baugewerbes mit einem Aktienkapital von 11,7 Mrd. DM oder 78 % des Gesamtkapitals der in diesen Bereichen tätigen Aktiengesellschaften, allein nach § 36 IHG für 1954 876 Mio. DM abgeschrieben haben.

(1) Marx: "Die Bedeutung der Interessenkollision für das Aktienstimmrecht", 1927, Seite 121

Dazu kommen dann noch die steuerverlagernden Abschreibungen nach § 7 a ff EStG, die Zuführungen an Pensionsrückstellungen usw. Demgegenüber wurden die offenen Rücklagen nur um die bescheidene Summe von insgesamt 97 Mio. DM erhöht. Die Aktienneuemissionen für 1954 betrugen im Vergleich dazu etwa 320 Mio. DM. Die tatsächliche Bedeutung dieser Gewinnverlagerung aber läßt sich in ihrem vollen Umfang erst dann erkennen, wenn man berücksichtigt, daß der Saldo der ausgewiesenen Jahresgewinne- und -verluste nur um 1,1 % des Gesamtkapitals angestiegen ist.

Die Aktionäre wurden durch diese steuerliche Begünstigung der stillen Reserven gezwungen, den ihnen zustehenden Anteil an den Gewinnen der Unternehmungen unfreiwillig wieder in den Gesellschaften anzulegen. Die Verwaltungen versicherten Jahr für Jahr ihren Aktionären, höhere Dividenden könnten wegen der damit verbundenen steuerlichen Belastung nicht bezahlt werden. In der Regel wurden die Aktionäre dann noch mit dem Hinweis getröstet, durch die überhöhten Abschreibungen hätten sich ja die Substanzwerte ihrer Aktien erhöht und sie seien dadurch mehr als reichlich entschädigt worden.

Die Sonderabschreibungen als Folge übertriebener Steuern haben also erreicht, daß der Aktionär durch den Staat gleichsam gezwungen worden ist, seine Einkünfte aus den Aktien wieder in den Gesellschaften anzulegen. Nicht ganz zu Unrecht wurden deshalb die Aktiengesellschaften als die "Sparbüchse des Aktionärs" bezeichnet (1) oder noch besser ausgedrückt, könnte man die Aktiengesellschaften auch als die "Zwangssparbüchse" des Aktionärs bezeichnen.

Die Argumente der Unternehmungsleitungen für die Inanspruchnahme der steuerlichen Vergünstigungen sind insoweit begründet, als dadurch die Substanz der Betriebe vor einer zu weitgehenden Besteuerung gerettet werden konnte. Auf die Dauer aber ist es unmöglich, wenn die zu Lasten des ausschüttungsfähigen Gewinns gehenden Sondervergünstigungen des Steuerrechts unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Anspruch genommen werden. Eine Berichterstat-

(1) Vgl. "Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 14. Januar 1956, Seite 12

tung der Gesellschaften über den Umfang der steuerlichen Sonderabschreibungen hätte wenigstens erreicht, daß der wirkliche Wert der Aktien leichter errechenbar geworden wäre. Die Schwierigkeiten der Bewertung von Aktien durch die "stille" Inanspruchnahme der steuerlichen Vergünstigungen waren deshalb schon wiederholt von Großspekulant~~en~~ zum Nachteil vieler Kleinaktionäre ausgenutzt worden. (1)

Wenn man nun den Kapitalmarkt wieder funktionsfähig machen will, muß zuerst das Problem der Publizität der Reservenbildung gelöst sein. Einen sehr willkommenen Vorstoß in der Richtung einer Offenlegung der stillen Reserven hätte das Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission zumindest für einen Teil der deutschen Wirtschaft bringen können. Die auf diesem Gesetz basierende Mustersatzung für die neugeordneten Unternehmungen der deutschen Kohle- und Stahlindustrie forderte nämlich, daß die von ihr betroffenen Unternehmungen ihren Geschäftsberichten eine konsolidierte Bilanz beizufügen hätten. Die bisherige Literatur über die Konzernbilanzen hatte aber als Hauptfordernis für die Konsolidierung die Auflösung der stillen Reserven in den Einzelbilanzen der Konzerngesellschaften angegeben. (2) Für die konsolidierten Bilanzen aber, die nach der Mustersatzung für die neugeordneten Unternehmungen den Geschäftsberichten der betreffenden Konzernobergesellschaften beizufügen sind, hat man wieder einmal mit Erfolg den Ausweis der stillen Reserven in den Geschäftsberichten wegdiskutiert. Es läßt sich deshalb wohl kaum schlüssig beweisen, daß die "kaum hoch genug einzuschätzenden praktischen und psychologischen Schwierigkeiten" einer Offenlegung der stillen Reserven (3) zu überwinden sind.

(1) "Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung"
vom 14. Januar 1956, Seite 12

(2) Vgl. z. B. Daehn: "Konzernbilanzen unter besonderer Berücksichtigung der Konzernbilanzen in England und den Vereinigten Staaten", Berlin 1934 Seite 29 und Bores: "Konsolidierte Bilanzen und andere Bilanzierungsmethoden für Konzerne und Kontrollgesellschaften", Leipzig 1935, Seite 176 ff.

(3) Fuchs/Gerloff: "Die konsolidierte Bilanz", Köln 1954, S. 65

3. Berichterstattung über die Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen

Die Verwaltungsausgaben sollen die Gesellschaft möglichst wenig belasten; der Vorstand ist deshalb zu sparsamem Wirtschaften verpflichtet. Darin decken sich die Interessen der Unternehmung und der Aktionäre. Da der Vorstand überhöhte Gewinnausschüttungen an die Aktionäre meistens als unvorteilhaft für die Gesellschaft betrachtet und deshalb zu verhindern suchen wird, sollen andererseits die Aktionäre durch den Geschäftsbericht in die Lage versetzt werden, auch ihrerseits die Höhe der Zuwendungen an Vorstand und Aufsichtsrat einer eingehenden Kontrolle zu unterwerfen. Nach § 128, Absatz II, Ziffer 7 Akt.Ges. hat der Vorstand deshalb die Gesamtbelastung der Gesellschaft durch Leistungen an Vorstand, Aufsichtsrat und ähnliche Institutionen der Gesellschaft mit verwaltungsähnlichen Funktionen im Geschäftsbericht anzugeben. (1) Auch über Vergütungen, die ein Treuhänder erhält, ist zu berichten. (2) Eine Berichterstattung über die Vergütungen an Treuhänder darf nur dann unterbleiben, wenn die Vergütung für die Tätigkeit dieser Personen von einer staatlichen Stelle, z. B. auch der Besatzungsmacht festgelegt worden ist. (3) Daß die Berichterstattung in diesem Falle suspendiert ist, unterstreicht nur die Bedeutung des Geschäftsberichts als Kontrollmittel, das verhindern soll, daß sich die Verwaltungen aus eigener Machtvollkommenheit hohe Bezüge zu Lasten des verteilungsfähigen Gewinns zuschanzen.

Anzugeben sind die "Gesamtbezüge" des Vorstands, Aufsichtsrats usw. Der Begriff der Gesamtbezüge deckt sich im Prinzip mit dem Ausweis der Gehälter in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Belastung ist hier wieder auf jeden Fall zahlenmäßig anzugeben. (4)

-
- (1) Vgl. Walb a. a. O. Seite 70
 - (2) "Wirtschaftsprüfer-Jahrbuch 1954" Seite 373
 - (3) Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer Düsseldorf in "Die Wirtschaftsprüfung" 1952, Seite 23
 - (4) Fachgutachten Nr. 2/1951 des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer Düsseldorf, in "Die Wirtschaftsprüfung", 1951, Seite 461

Nicht ganz unumstritten sind allerdings gewisse Zusätze, die dem Kundigen die zahlenmäßige Errechnung der Gesamtbezüge ohne besondere Schwierigkeiten ermöglichen, den Unkundigen aber doch leicht irreführen können.

Ein solcher Zusatz ist z. B.: "Die Aufsichtsratsbezüge betrugen DM . . . , zuzüglich des in gleicher Höhe von der Gesellschaft getragenen Steuerabzugs". Das Fachgutachten Nr. 2/1951 des Instituts der Wirtschaftsprüfer Düsseldorf wertete den Zusatz "in gleicher Höhe" als zahlenmäßige Angabe und bejahte damit auch seine Zulässigkeit. Die Bundestagsfraktion der SPD richtete nach der Veröffentlichung dieses Gutachtens unter dem 11. September 1952 an die Bundesregierung eine "Kleine Anfrage", um zu erfahren, ob der Bundesminister der Justiz die von dem Institut der Wirtschaftsprüfer vertretene Ansicht teile. Der Minister teilte in seiner Beantwortung der "Kleinen Anfrage" mit, daß von seiner Seite keine Bedenken bestünden, eine solche Praxis zu bejahen. Die Angabe sei ausreichend, daß die Gesellschaft eine Steuer "in gleicher Höhe" wie die bezahlte Vergütung übernommen habe. Diese Formulierung mache nämlich auch solchen Lesern des Geschäftsberichts die steuerliche Belastung der Gesellschaft deutlich, die eine ausreichende Kenntnis der Steuergesetze nicht besäßen. (1)

Nicht ganz einheitlich ist die Stellungnahme zu der Frage, ob die Bezüge von Vorstandsmitgliedern auch dann angegeben werden müssen, wenn diese Personen auch in ihrem eigentlichen Berufsgebiet, als Ingenieure oder Chemiker beispielsweise, tätig sind. Walb verneint in diesem Falle die Berichtspflicht, weil diese Tätigkeit mit den Aufgaben von Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern nichts mehr zu tun hätten. (2)

Dieser Ansicht kann nicht zugestimmt werden, da sich aus einer solchen Auslegung leicht Umgehungsmöglichkeiten der Berichtspflichten konstruieren lassen. Nur Bezüge des Aufsichtsrats, die für eindeutig außerhalb der eigentlichen Aufsichtsratsstätigkeit liegende Dienste gezahlt werden, z. B. für Rechtsberatung oder technische Gutachten, brauchen nicht angegeben zu werden. Vergütungen aber, die auf Grund

(1) Vgl. "Die Wirtschaftsprüfung", 1952, Seite 505

(2) Walb a. a. O. Seite 69

eines Vorstandsvertrags bezahlt werden, müssen jedoch auf jeden Fall im Geschäftsbericht mitgeteilt werden. (1)

Angabepflichtig sind im Geschäftsbericht aber nicht nur die festen Bezüge der Verwaltungsträger, sondern alle Zuwendungen, die ihren Mitgliedern in Form von Geld- oder Sachwerten zugeflossen sind. Hierher gehören vor allem einmal die Tantiemen, die von der Gesellschaft nach § 77 Akt. Ges. gewährt werden. Dann aber sind auch alle Aufwandsentschädigungen, Provisionen, Versicherungszahlungen und sonstige Nebenleistungen aller Art berichtspflichtig. Dadurch soll verhindert werden, daß die als lästig empfundene Berichtspflicht über die Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen umgangen werden können. In der Praxis macht sich nämlich zusehends das Bestreben der Verwaltungen bemerkbar, die Höhe dieser Bezüge zu verschleiern, eine Entwicklung, die im Interesse der Aktionäre unbedingt verhindert werden muß. Allerdings sollte man bei der Beurteilung der Frage nicht kleinlich sein, ob in einem Einzelfall eine Umgehung der Berichtspflicht vorliegt. So sind z. B. Reisekosten, die ein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied erhält, nicht berichtspflichtig, wenn sie nicht überhöht sind. Auch Vertrauensspesen müssen solange nicht angegeben werden, als sie den Rahmen des Angemessenen nicht übersteigen.

Um die Belastung der Gesellschaft durch die Verwaltungsträger mit der nötigen Klarheit ausweisen zu können, hat der Gesetzgeber den gesonderten Ausweis der Bezüge vorgeschrieben. So genügt es z. B. nicht, wenn es in einem Geschäftsbericht heißt: "Die Bezüge gemäß § 128, II, 7 Akt. Ges. betragen X Mark, bzw. Y Mark", weil dadurch dem Leser nicht genügend klar werden kann, für wen diese Summe aufgewendet worden ist. (2) Auch geht es nicht an, bei der Berichterstattung zu diesem Punkt auf Satzungsbestimmungen zu verweisen. Der Geschäftsbericht darf "dem Leser weder Rechenexempel aufgeben, noch soll er ihm die Nachprüfung dadurch verleiden, daß er zunächst zu einem

(1) Wirtschaftstreuhand-Jahrbuch, 1939, Seite 246

(2) Adler/Düring/Schmaltz a. a. O. § 128 Tz. 43 und Gutachten Nr. 1/2934 in "Der Wirtschaftstreuhand", 1934, Seite 64.

Vergleich mit dem Gesetz oder der Satzung zwingt". (1)

Die Berichtspflicht über die Gesamtbezüge von Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft entspricht den Interessen der Unternehmung und der Aktionäre in gleichem Maße. Die Aktionäre werden dem Vorstand und Aufsichtsrat in der Regel sehr genau auf die Finger sehen, wenn es darum geht, die Belastung der Gesellschaft durch Verwaltungsausgaben in ungebührlicher Höhe zu erhöhen. Sie werden dies sogar um so sorgfältiger tun, je mehr die Verwaltung die Wahrung der Interessen der Unternehmung als Vorwand benutzt, um die Dividenden der Aktionäre zu verkürzen.

4. Berichterstattung über die Belastung der Gesellschaft durch soziale Aufwendungen

Im Rahmen des Erläuterungsberichtes hat der Vorstand auch Angaben über die sozialen Leistungen zu machen, weil die Löhne, Gehälter und sozialen Aufwendungen in den meisten Betrieben die Gewinne der Unternehmungen am meisten beeinflussen.

Daneben aber hat sich auch die Usance herausgebildet, dem Lagebericht im Geschäftsbericht auch einen sog. "Sozialbericht" beizufügen. Dieser Teil des Lageberichts ist zwar in den meisten Unternehmungen besonders auf die sozialpolitischen Ziele der Unternehmungsleitungen abgestellt und in der Hauptsache für die Belegschaft bestimmt. Das ist besonders dann der Fall, wenn eine Gesellschaft keinen getrennten Sozialbericht für die Belegschaft herausgibt. Aber auch dann, wenn eine Unternehmung für ihre Mitarbeiter einen besonderen Sozialbericht herausgebracht hat, darf eine Erläuterung der sozialen Leistungen der Gesellschaft im Geschäftsbericht für die Aktionäre nicht fehlen.

Die freiwilligen Sozialleistungen, die ja in der Hauptsache zu Lasten des Gewinns der Gesellschaft gehen, haben in den letzten Jahren ganz außerordentlich zugenommen. Diese Entwicklung wurde noch durch die Steuergesetzgebung gefördert, weil diese Aufwendungen in der Regel auch vom steuerpflichtigen Gewinn der Unternehmung abgesetzt werden konnten. Für die Berichterstattung im Geschäftsbericht

aber darf es keine Rolle spielen, ob diese Gewinnverlagerung durch zusätzliche Sozialleistungen aus steuerlichen oder sonstigen Gründen vorgenommen worden sind. Die Aktionäre haben auf jeden Fall ein Recht, von der Verwaltung über die Verwendung des Gewinns unterrichtet zu werden, gleichgültig, zu welchem Zweck oder aus welchem Anlaß die Gewinn disposition erfolgt ist.

Die Fälle häufen sich immer mehr, daß die freiwilligen sozialen Aufwendungen für die Belegschaft die Ausgaben für Aktionäre, Vorstand und Aufsichtsrat zusammengekommen bei weitem übersteigen. Zwar hat auch der Aktionär ein Interesse daran, daß die Arbeitnehmer in der Gesellschaft mit den Leistungen der Gesellschaft zufrieden sind und dadurch der Betriebsfrieden gewährleistet bleibt. Der Aktionär ist aber auch derjenige, zu dessen Lasten der übertriebene Sozialaufwand in erster Linie geht. Hier müßte der Hauptversammlung eine Kontrollmöglichkeit eröffnet werden, um Auswüchsen auf diesem Gebiet zu steuern. Die erste Voraussetzung für eine wirkungsvolle Intervention der Hauptversammlung ist aber eine genaue und zuverlässige Berichterstattung der Gesellschaft über die Verwendung ihrer Gewinne. Es genügt dabei auf gar keinen Fall, daß die Berichterstattung der Gesellschaft über die freiwilligen sozialen Aufwendungen auf den für die Belegschaft bestimmten Sozialbericht beschränkt bleibt.

Eine genaue Erläuterung der freiwilligen sozialen Aufwendungen im Geschäftsbericht für die Aktionäre ist vor allem dann notwendig, wenn für diese Aufwendungen hauptsächlich steuerliche Gründe maßgeblich waren. Der Gesetzgeber hat nämlich gewisse Sozialleistungen steuerlich so stark begünstigt, daß Unternehmungen nicht selten einen Großteil ihres Gewinns auf diese Weise verausgaben und ihren Aktionären kurzerhand das Nachsehen ließen. Hierher gehören zunächst einmal die Zuwendungen an betriebliche Pensions- und Unterstützungskassen. Der an sich sehr großen Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung trug der Gesetzgeber einmal nämlich dadurch Rechnung, daß die Zuwendungen an solche Kassen steuerfrei gelassen wurden, dann aber auch, daß die Zuwendungen an diese Kassen den Unternehmungen selbst zur Inanspruchnahme der Leistungen verfügbar bleiben konnten. Diese steuerbegünstigte Verwendung

des Gewinns wirkte sich also auch sehr günstig auf die Liquiditätslage dieser Unternehmungen aus.

Es genügt, wenn die Gesellschaft in ihrem Geschäftsbericht die jährlichen Zuwendungen an solche Kassen angibt. Nur der erste Geschäftsbericht nach der Gründung der Pensionskasse sollte auch die Rechtsform, Satzung und andere Gründungsmodalitäten näher erläutern. Wenn die Gesellschaft Pensionsverpflichtungen auf sich genommen hat, zu deren Abdeckung die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen errechneten Rücklagen der Kasse nicht ausreichen, kann eine Erwähnung dieser Haftung der Gesellschaft aus dem Pensionsversprechen an die Belegschaft auch nach § 128, Absatz II, Ziffer 6 Akt. Ges. als Haftungsverhältnis, das aus der Bilanz nicht ersichtlich ist, in Frage kommen.

Außer den Zuwendungen an betriebliche oder außerbetriebliche Pensionskassen sollte im Geschäftsbericht für die Aktionäre auch über die steuerbegünstigten Darlehen zur Förderung des Wohnhausbaues für Belegschaftsmitglieder berichtet werden. Gerade auch von dieser Möglichkeit haben zahlreiche Unternehmungen bereits Gebrauch gemacht (und werden bis zum Auslaufen der Vergünstigungen 1959 wohl auch noch Gebrauch machen).

Vielfach wurden auch durch die Unternehmungen direkt Wohnbaugesellschaften gegründet, die allein vom Stammhaus mit Kapital versorgt worden waren, um für die Belegschaftsmitglieder Wohnungen zu bauen. Auch über derartige Unternehmungen sollte mindestens im Jahre ihrer Gründung im Geschäftsbericht näher berichtet werden. In späteren Berichten aber sollten regelmäßig die Zuführungen an diese Wohnbaugesellschaften angegeben sein, um den Aktionären ein der Wahrheit entsprechendes Bild über die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft zu vermitteln.

Der Geschäftsbericht sollte also nicht zuletzt den Aktionären eine Möglichkeit geben, die Angemessenheit des Sozialaufwands der Unternehmung zu kontrollieren. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Verwaltungen der Hauptversammlung jeden Pfennig erst abtrotzen müßten, den sie freiwillig für die Belegschaft ausgeben wollen. Andererseits aber wäre eine Kontrolle des Sozialaufwands der Gesellschaft durch die Aktionäre wohl auch das beste Mittel, um eine

Übersteigerung des Sozialaufwands zu Lasten des Gewinns zu verhindern. Bisher wurde mancher Luxus auf sozialem Gebiet damit gerechtfertigt, daß man erklärte, diese Ausgaben bezahle in erster Linie das Finanzamt, eine Annahme, die bei genauerem Zusehen in sehr vielen Fällen überhaupt nicht zutrifft. Dieses Argument verliert auf alle Fälle mit dem Abbau der gegenwärtig noch sehr hohen Steuerlast an Überzeugungskraft. Schließlich werden sich auch auf diesem Gebiet Rentabilitätsüberlegungen wieder durchsetzen müssen. Eine Kontrolle des Sozialaufwands durch die Hauptversammlungen wäre deshalb auch für die Unternehmungen von größtem Vorteil.

5. Berichterstattung über bestehende Genußrechte

Durch die Einräumung von Genußrechten gewährt die Gesellschaft den Begünstigten Vermögensrechte, die den Aktionärsrechten stark ähneln. Die Genußrechte sichern den Genußgläubigern meist einen Anteil am Reingewinn der Gesellschaft zu, teilweise aber auch noch andere Vorzüge, wie Anteil am Liquidationserlös oder ein Recht auf Benutzung der Anlagen der Gesellschaft. Jedenfalls greifen die Genußrechte tief in die Interessensphäre der Aktionäre ein.

Genußrechte entstehen durch Vertrag der gewährenden Gesellschaft mit dem Ersterwerber des Genußrechts. (1) Zur Einräumung eines Genußrechts ist in der Regel die Zustimmung der Hauptversammlung nicht erforderlich, da der Abschluß von Genußverträgen in der Regel innerhalb der Vertretungsmacht des Vorstands der Gesellschaft liegt. (2)

Es liegt auf der Hand, daß durch die unkontrollierte Einräumung von Genußrechten durch den Vorstand die Rechte der Aktionäre ganz empfindlich beeinträchtigt werden. Diese Tatsache wird zwar von Ritter bestritten, der der Ansicht ist, die Genußgläubiger seien nicht am Reingewinn, sondern an einer Art "Rohgewinn" beteiligt, an dem die Aktionäre keinerlei Rechte besäßen. (3) Gegen diese Ansicht

(1) Baumbach/Hueck: Kommentar zum Akt.Ge., a.a.O. S. 407

(2) Ritter: Kommentar zum Aktiengesetz, 2. Auflage, Berlin und München 1939, Seite 411

(3) Wenn man den Reingewinn plus den Genußgläubigern zustehenden Betrag ohne Verwechslungsgefahr so be-

von Ritter läßt sich einwenden, daß das Aktiengesetz den Aktionären über das Bestehen und die Neuschaffung von Genußrechten ein Informationsrecht eben deshalb ausdrücklich zugebilligt hat, weil die Kenntnis über das Bestehen von Genußrechten für die Aktionäre so wichtig ist.

Die Notwendigkeit der Neuschaffung von Genußrechten ist vom Vorstand im Geschäftsbericht nicht nur rein informativ mitzuteilen, sondern in jedem Falle zu begründen. Auf diese Forderung sollte man im Interesse der Aktionäre nicht verzichten, wenn sich auch nur ganz selten ein Grund für eine Beanstandung finden dürfte. Besonders ausführlich ist dabei auf sog. "Absplißgenußscheine" einzugehen, durch die meistens unverhältnismäßig hohe Gewinne verschleiert werden sollen. (4) Einer besonderen Begründung der Schaffung solcher Genußrechte bedarf es ganz besonders dann, wenn diese Rechte nur ganz bestimmten Aktionärsgruppen gewährt worden sind. Unterbleibt diese Begründung im Geschäftsbericht, kann bei den unberücksichtigt gebliebenen Aktionären leicht der Verdacht aufkommen, der Vorstand habe ihm nahestehenden Aktionären Sondervorteile zukommen lassen.

Der Gesetzgeber hat wohl in Anbetracht der ganz besonders verwickelten Probleme, die sich im Zusammenhang mit den Genußrechten ergeben, erst verhältnismäßig spät im Gesetz eine Regelung für die Genußrechte vorgesehen. Noch in der Begründung zum 1. Entwurf eines Aktiengesetzes kommt dieser Standpunkt ganz offen zum Ausdruck. (5) Auch die Novelle von 1931 beschränkte sich auf die Einführung einer Berichtspflicht über die Genußscheine, "die im Laufe des Geschäftsjahrs ausgegeben worden sind". Erst im Aktiengesetz wurde auch eine Berichterstattung über das "Bestehen" von Genußrechten vorgesehen. Gerade weil der Gesetzgeber sich mit den Genußscheinen kaum befaßt hat, sollte man die vorhandenen Vorschriften besonders genau beachten. Eine strenge Auslegung der Publizitätsvorschriften über die Genußscheine ist nämlich nicht nur im Interesse der Aktionäre erforderlich, sondern könnte auch den schlechten

zeichnen kann. Ritter (a. a. O.) tut dies.

(4) Schmalenbach: "Aktiengesellschaft", a. a. O. Seite 67

(5) Entwurf, a. a. O. Seite 124

Einfluß der Genußscheine auf die Durchsichtigkeit und Klarheit des Effektenmarktes verringern. (1)

6. Berichterstattung über die Konzernzugehörigkeit

Die Berichterstattung über die Konzernbeziehungen der Gesellschaft ist für die Aktionäre aus verschiedenen Gründen besonders wichtig: vor allem sind die Aktionäre natürlich daran interessiert, von der Gesellschaft zu erfahren, wie sich die Konzernzugehörigkeit auf ihre Dividendenaussichten ausgewirkt hat. Diese Berichterstattung der Gesellschaften dient in erster Linie natürlich dem Schutze der konzernfreien Minderheitsaktionäre.

Hier ist zunächst zu berichten, ob eventuell bestehende Verrechnungspreise für konzerninterne Umsätze die Gewinne der berichtenden Gesellschaft geschmälert haben. Durch eine entsprechende Gestaltung der Konzernverrechnungspreise ist es nämlich ohne weiteres möglich, eine abhängige Gesellschaft über Jahre hinaus ohne Gewinn zu lassen.

Als klassischen Fall kann man in diesem Zusammenhang die russischen Aktiengesellschaften vor dem ersten Weltkrieg nennen. Der Aktienbesitz dieser Gesellschaften befand sich größtenteils in deutschen Händen. Über Lizenzverträge und den Verkauf des gesamten Exports an die deutschen Obergesellschaften wurden die Gewinne der russischen Gesellschaften fast ausnahmslos nach Deutschland verlagert. "Damals war das russische Geschäft das beste, und in der Öffentlichkeit erschien es immer als das schlechteste!"(2)

Nun mögen die eben geschilderten Verhältnisse aus der Vorkriegszeit einen Extremfall darstellen. Trotzdem aber ist er wichtig genug, um ihn hier anzuführen. Vor dem Enquêteausschuß wurde nämlich von befragten Wirtschaftsführern dieses Beispiel als Illustration dafür genommen, daß die Wirtschaft in gewissen Fällen die Publizität zu scheuen hat.

Um eine solche Knebelung der Minderheitsaktionäre auch in viel harmloseren Fällen zu vermeiden, wurde die Be-

(1) Schmalenbach: "Aktiengesellschaft", a. a. O., Seite 82

(2) Enquêtebericht a. a. O. Seite 255

richtspflicht für die Konzernbeziehungen eingeführt. Die planmäßige Absaugung der Gewinne einer beherrschten Gesellschaft durch den Konzern beeinträchtigt nämlich nicht nur das Dividendenrecht der Minderheitsaktionäre; die Minderheitsaktionäre können vielmehr durch die Manipulationen des Konzerns veranlaßt werden, ihre Aktien zu einem für den Konzern günstigen Kurs zu veräußern, weil sie durch andauernde Dividendenlosigkeit ihrer Aktien über den tatsächlichen Vermögenswert der Papiere getäuscht worden sind.

Trotzdem aber sind in manchen Fällen Gewinnregulierungen im Konzerninteresse nicht zu vermeiden. Diese Gewinnregulierungen dürfen jedoch auf gar keinen Fall unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorgenommen werden. Sind Gewinnregulierungen notwendig, dann sollte darüber zunächst im Geschäftsbericht der beherrschten Gesellschaft berichtet werden. Dadurch würden die Minderheitsaktionäre in dieser Gesellschaft in die Lage versetzt, die Maßnahmen der Konzernspitze zu prüfen und eventuell vor Gericht anzufechten, wenn der Konzern nicht für eine entsprechende Entschädigung aufkommt.

Im Enquêteausschuß hat vor allem Flechtheim darauf hingewiesen, daß die Berichterstattung der Gesellschaften über die Konzernbeziehungen gar nicht ernst genug genommen werden kann, weil ohne eine ausreichende Berichterstattung den geschädigten Minderheitsaktionären der Nachweis unmöglich ist, daß sie von der konzerngebundenen Mehrheit in der Hauptversammlung in eigennütziger Weise geschädigt worden sind.⁽¹⁾ Diese Schädigung der Minderheitsaktionäre kann nach der Ansicht von Flechtheim außer durch die bereits genannte Gewinnverlagerung durch konzerninterne Verrechnungspreise etwa dadurch erfolgt sein, daß die Mehrheit im Konzerninteresse beschließt, eine Marke der beherrschten Gesellschaft aufzugeben oder eine Fabrik stillzulegen usw.

Die Berichterstattung über die Einflüsse der Konzernbeziehungen auf die Gewinnentstehung in der beherrschten Unternehmung ist für die Aktionäre aber nicht nur dann wichtig, wenn die Unternehmung ohne Gewinn gehalten wird. Wenn

(1) Enquêtebericht a. a. O., Seite 32 ff.

der Konzern gute Dividenden ausschüttet, werden sich die Aktionäre zwar wenig darum kümmern, wie diese Gewinne entstanden sind.

Diese Haltung der Aktionäre ist verständlich, manchmal aber nicht ganz ungefährlich, besonders dann, wenn die Gewinne aus konzerninternen Umsätzen mit Untergesellschaften stammen, die sich am Ende dann als unrentabel und zahlungsunfähig erweisen. Die regelmäßige Dividendenzahlung durch die Obergesellschaft kann nämlich dann von den in der Verwaltung vertretenen Hauptaktionären nur zu dem einen Zweck vorgenommen worden sein, um ahnungslose Kleinaktionäre zum Stillhalten zu veranlassen und dadurch den Hauptaktionären eine Gelegenheit zu verschaffen, ihre gefährdeten Papiere zu noch einigermaßen guten Kursen abzustoßen.

Als Beispiel für einen solchen Fall kann man den Zusammenbruch der Helios - Elektrizitätsgesellschaft angeben. Diese Gesellschaft hatte jahrelang beste Dividenden gezahlt, obwohl sie in Wirklichkeit in sehr schlechter finanzieller Lage war. Die Dividendenzahlung war ihr nur deshalb möglich, weil sie an mehrere Tochtergesellschaften große, sonst unverkäufliche Lieferungen ausgeführt und dabei sehr gut verdient hatte. Nach dem Zusammenbruch der Tochtergesellschaft mußte schließlich völlig unerwartet auch die Muttergesellschaft liquidieren. (1)

Der Fall Helios löste seinerzeit eine eingehende Diskussion darüber aus, ob die Bilanzierungspraxis der Helios gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen habe. Das Reichsgericht aber erklärte das Verfahren der Helios für zulässig. (2) Die herrschende Meinung schloß sich dem Reichsgerichtsurteil an. (3)

Diese Auffassung des Reichsgerichts und der Literatur mag

(1) Enquêtebericht a. a. O., Seite 34 ff.

(2) Fuchs/Gerloff: "Die konsolidierte Bilanz", a. a. O., S. 37

(3) Vgl. Rehm, a. a. O. Seite 357/58, 485, 504;
Schmalenbach: "Gutachten über die Bilanzen der Helios-AG in Köln-Ehrenfeld", unveröffentlichtes Manuskript, ausschnittsweise mitgeteilt von Fuchs/Gerloff, a. a. O., Seite 44 ff.

zwar formaljuristisch unanfechtbar sein, für die Aktionäre dieser Gesellschaft aber war diese höchsttrichterliche Anerkennung der Manipulationen der Helios ein schwacher Trost. Die Aktionäre der Helios wurden durch den Zusammenbruch der Gesellschaft vollkommen überrascht und deshalb auf das empfindlichste geschädigt. Eine ausreichende Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie die Beifügung der Einzelbilanzen der Untergesellschaften im Geschäftsbericht der Obergesellschaft hätte ihnen rechtzeitig die Augen geöffnet und vielleicht auch noch den Verkauf der Papiere zu einigermaßen erträglichen Bedingungen ermöglicht. Vor allem wäre es für die Aktionäre wichtig gewesen, wenn sie im Geschäftsbericht Aufklärung über die Bonität der Konzerndebtoren erhalten hätten, so wie es heute von maßgebenden Aktienrechts-Kommentaren zwar gefordert, in der Praxis aber meistens nicht durchgeführt wird. (1)

Der Fall der Helios-AG stellte keinen Einzelfall dar. (2) Von vielen Seiten wurde deshalb der Erlass besonderer Bilanzierungsvorschriften für die Konzerne gefordert. Diese Forderung geht aber ohne Zweifel zu weit und wurde mit Recht vom Gesetzgeber bisher nicht beachtet. Von gemäßigter Seite wurde aber eine Erweiterung der Publizität der Konzernbeziehungen vorgeschlagen. Es wäre im Interesse aller Beteiligten zu begrüßen, wenn dieser Vorschlag stärkere Berücksichtigung finden würde.

7. Berichterstattung über gesetzlich vorgeschriebene Gewinnverwendung

a) Berichterstattung über Gewinnverwendung nach dem Anleihestockgesetz

Durch das Anleihestockgesetz vom 4. Dezember 1934 durften die Gesellschaften nicht mehr als 6 % des Gewinns ausschütten. Nur dann, wenn die Dividende im Vorjahr mehr als 6 % betrug, durfte mehr ausgeschüttet werden, aber

(1) Adler/Düring/Schmaltz, a. a. O., § 128 Tz. 79

(2) Erwähnenswert wären vielleicht noch die Grundstücksmanipulationen der Leipziger Bank, die konzernrechtliche Luftkonstruktionen der AG für Trebertrocknung u. d. Kreuger Konzern

auch dann im Höchstfall nur 8 %. Der restliche, an sich den Aktionären zustehende Teil des Reingewinns war unverzüglich nach der Beschlußfassung über die Gewinnverteilung der Deutschen Golddiskontbank in Berlin zu überweisen. Die Bank hatte den ihr überwiesenen Betrag für die Aktionäre in Reichsanleihen anzulegen und den Anleihestock treuhänderisch für die Aktionäre zu verwalten.

Der Gesetzgeber war sich dabei darüber im Klaren, daß dieses Gesetz sehr weitgehend in den Rechtsbereich der Aktionäre eingreifen mußte. Ihm lag - ebenso wie auch den anderen Beteiligten, Unternehmungen und Aktionären - sehr viel daran, daß hier von vornherein ganz klare Verhältnisse geschaffen wurden. Nach Art. 12 der 1. Durchführungsverordnung vom 27. 2. 1935 sah der Gesetzgeber deshalb eine differenzierte Berichterstattung der abgabepflichtigen Gesellschaft über alle mit dem Anleihestockgesetz zusammenhängenden Fragen vor. Erforderlich war danach die Angabe der Jahreszuweisung an den Anleihestock und der bisherigen Gesamtzuweisung. Weiter mußten Einzelangaben getrennt nach den einzelnen Aktionärsgattungen, Genußscheininhabern, Gewinnobligationären und nach den Empfängern verdeckter Gewinnausschüttungen im Geschäftsbericht enthalten sein.

Das Interesse der verschiedenen Gewinnberechtigten an diesen Angaben in den Geschäftsberichten war naturgemäß sehr groß. Durch dieses Gesetz wurde nämlich ihr Hauptrecht der Gesellschaft gegenüber, nämlich das Recht auf die Ausschüttung des Gewinns der Gesellschaft ganz entschieden beeinträchtigt. Da insbesondere aber auch die große Masse der Anlageaktionäre ihren Aktienbesitz nach der Höhe der Dividenden zu beurteilen pflegt, hatten diese Kreise durch die so quasi uniformierten Dividenden keine Anhaltspunkte mehr für die Bewertung ihrer Papiere. Die Offenlegung der Abführungen sollte deshalb den Aktionären und sonstigen Gewinnberechtigten vor allem auch eine Bewertung ihrer Gesellschaftsanteile ermöglichen. (1)

Andererseits aber wollte der Gesetzgeber den Aktionären eine Möglichkeit verschaffen, daß sie von sich aus leicht nachprüfen konnten, ob sie ihre Dividende zu Recht bezo-

(1) Vgl. "Der Wirtschaftstreuhänder", 1935, S. 367 u. 451

gen hatten. Nach § 7 Anleihestockgesetz waren nämlich die Aktionäre zur Erstattung der Gewinnanteile verpflichtet, die ihnen gegen die Vorschriften des Anleihestockgesetzes ausgezahlt worden waren. Gerade diese Vorschrift bedeutete für die Aktionäre ein Risiko; besonders betroffen von diesem Risiko waren natürlich diejenigen Aktionäre, die auf den Ertrag ihrer Papiere zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts angewiesen waren und die von den Gesellschaften überwiesenen Beträge umgehend verbrauchen wollten.

b) Berichterstattung über Gewinnverwendung nach dem Investitionshilfegesetz

Das Investitionshilfegesetz ähnelt in sehr vielen Beziehungen dem Anleihestockgesetz. Bei der Investitionshilfe handelt es sich um eine einmalige Abgabe mit Zwangsanleihecharakter gegen den Erwerb von Wertpapieren, deren Bemessungsgrundlage der Rohgewinn und die Umsätze der Jahre 1950 und 1951 waren. Die Investitionshilfe wurde nach einem festen Satz (3,5 %) erhoben. Der Gewinn entsprach bei den Aktiengesellschaften dem körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn für die Kalenderjahre 1950 und 1951, der zudem noch um die außerordentlichen Abschreibungen zu erhöhen war.

Die Investitionshilfe bedeutete also im wesentlichen eine Belastung des sonst ausschüttbaren Gewinns der Gesellschaft. Wenn auch die als Gegenwert für die Investitionshilfe ausgegebenen Wertpapiere nicht namens der Aktionäre angelegt werden, sollten die Aktionäre doch über alle damit zusammenhängenden Fragen unterrichtet werden. In der Praxis ist dieser Wunsch der Aktionäre ja auch schon in zahlreichen Fällen durch eine Erwähnung im Geschäftsbericht neben der Bilanzierung berücksichtigt worden.

c) Berichterstattung über den Lastenausgleich

Die Lastenausgleichsangaben sind ihrem Charakter nach eine Kapitalschuld, durch die "der populäre Gedanke einer großen, einmaligen Vermögensabgabe" verwirklicht werden sollte.⁽¹⁾ Dieser Charakter zeigt sich deutlich bei der bi-

⁽¹⁾ Bühler: "Steuerrecht", II. Band, 2. Auflage, Wiesbaden 1953, Seite 221

lanziellen Behandlung der Abgaben, der jederzeit möglichen Ablösung, beim Übergang auf einen Zessionar und bei der in Ausnahmefällen möglichen Kündigung der Kapitalschuld.

Die Durchführung einer solchen Abgabe forderte aber eine weitgehende Verrentung der Abgabe. Diese Abgaben, die auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes entrichtet werden, sind zwar grundsätzlich unabhängig vom Ertrag des abgabepflichtigen Unternehmens. Es wird aber nicht bestritten, daß die laufenden Beiträge aus dem Ertrag der Unternehmung bestritten werden können. (1) Diese Tatsache wurde auch vom Gesetzgeber zumindest teilweise anerkannt, wenn die Vierteljahreszahlungen aus der Vermögensabgabe zu einem Drittel bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer als abzugsfähig anerkannt worden sind.

Wenn man nun das grundsätzliche Recht des Aktionärs auf Information über die Gewinne der Unternehmungen anerkennt, muß man auch die Berichterstattung über die Einflüsse des Lastenausgleichsgesetzes auf die Gewinne der Unternehmungen entsprechend ausbauen. Da ja das Interesse der Gläubiger ebenfalls ein genaueres Eingehen auf die Auswirkungen des Lastenausgleichsgesetzes auf die Unternehmungen verlangt, sollte es nicht allzu schwierig sein, auch den Standpunkt der Aktionäre bei der Berichterstattung in gebührender Weise zu berücksichtigen.

II. Berichterstattung über die Herrschaftsverhältnisse in der berichtenden Gesellschaft

Die Kapitalsammlungsfunktion der Aktiengesellschaft hat die Herrschaftsverhältnisse in den Gesellschaften undurchsichtig werden lassen. Das Kapital der Gesellschaft ist in zahlreiche Anteile aufgespalten, die sich häufig in Streubesitz befinden. In einem solchen Falle ist manchmal die Verwaltung der Gesellschaft selbst bis zum Tage der Hauptversammlung darüber im Ungewissen, welche Mehrheitsverhältnisse sich auf dieser Versammlung finden werden. Noch unklarer sind die Verhältnisse natürlich für den außerhalb der Gesellschaft stehenden Aktionär. So wichtig eine Berichterstattung der Gesellschaft über die Mehrheitsverhältnisse für die Aktionäre wäre, unter den gegebenen Umstän-

(1) Bühler, a. a. O., Seite 222

den ist eine Berichterstattung meistens nicht möglich. Die notwendige Voraussetzung für eine Berichterstattung über die Besitzverhältnisse in einer Gesellschaft wäre die Abschaffung der Inhaberaktien; die Vorteile dieser Aktienart aber für die Kapitalbeschaffung sprechen für ihre Beibehaltung.

Aus den gleichen Gründen ist deshalb auch eine Berichterstattung über den Umfang des Aktienbesitzes nicht möglich, der hinter der Verwaltung der Gesellschaft steht. Die Mitglieder der Verwaltung der Gesellschaft brauchen sich als Aktionäre nicht schlechter behandeln zu lassen, als die übrigen in den Organen der Gesellschaft nicht vertretenen Aktionäre. Sie sind deshalb auch nicht verpflichtet, ihren eigenen Besitz an Aktien den anderen Aktionären mitzuteilen.

Anders aber verhält es sich bei den sog. "Herrschaftsaktien", die für die Rechnung der Gesellschaft von beauftragten Dritten oder von der Gesellschaft selbst erworben worden sind. Als solche "Herrschaftsaktien" gelten vor allem die eigenen Aktien, die früher so beliebten Vorratsaktien und die gebundenen Aktien. Hier haben die Aktionäre ein Recht, von der Verwaltung zu erfahren, warum und zu welchen Bedingungen diese Aktien aus Mitteln der Gesellschaft erworben bzw. wieder veräußert worden sind. Dieses Recht wurde vom Gesetzgeber nur teilweise anerkannt. Die Berichterstattung über die Berichterstattung über die eigenen und die Vorratsaktien wurde in den Katalog für den Pflichtinhalt des Geschäftsberichts aufgenommen, die Berichterstattung über die gebundenen Aktien aber ausdrücklich offen gelassen.

Eng mit der Berichterstattung über die Herrschaftsaktien hängt die Berichtspflicht der Gesellschaften über die Bezugsaktien bei bedingter Kapitalerhöhung und der Ausgabe von Aktien der laufenden Finanzierungsbedürfnisse der Gesellschaft aus dem genehmigten Kapital zusammen. Auch hier erhält die Verwaltung der Gesellschaft eine Möglichkeit, in die Herrschaftsverhältnisse einer Gesellschaft regulierend einzugreifen, ohne daß die Hauptversammlung davon etwas erfahren müßte oder gar Einspruch erheben könnte.

Schließlich wäre im Geschäftsbericht noch zu berichten, ob sich die Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft durch den Beitritt zu einem Konzern geändert haben. Die Berichtspflicht hängt in diesem Falle weniger von dem Erwerb oder dem Besitz von Aktien der berichtenden Gesellschaften durch einen Konzern ab, wenn auch in den allermeisten Fällen das Konzernverhältnis durch Stimmenmacht begründet sein dürfte. Das Kriterium für die Konzernzugehörigkeit ist vielmehr, ob die Gesellschaft in ihrer Geschäftsführung abhängig geworden ist. Dabei ist es gleichgültig, ob der Konzern durch Beteiligung, Interessengemeinschaft, Pacht- oder Betriebsüberlassungsverträge, Betriebsführungsverträge usw. entstanden ist.

1. Berichterstattung über die Herrschaftsaktien

a) Berichterstattung über "eigene Aktien"(1)

Die vom Gesetzgeber festgelegte Berichtspflicht über die eigenen Aktien dient Gläubigern und Aktionären einer Gesellschaft in gleichem Maße. Durch sie sollen nämlich die Minderheitsaktionäre über die sonstigen Kautelen des § 65 Akt. Ges. hinaus davor geschützt werden, daß sie durch den Aufkauf von eigenen Aktien mit Mitteln der Gesellschaft durch die Verwaltung geschädigt werden können. Es ist zwar ein Grundsatz des deutschen Aktienrechts, daß sowohl Stimmrecht, als auch Dividendenanspruch aus den eigenen Aktien ruhen. Trotzdem aber steigt die Macht der im Vorstand oder Aufsichtsrat sitzenden Aktionäre, wenn es gelingt, durch Einräumung besonderer Vorteile oppositionelle Aktionäre zum Verkauf ihrer Aktien an die Gesellschaft zu bewegen. Durch den Ankauf eigener Aktien aber können manchmal die in den Organen vertretenen Aktionäre erreichen, daß sie die Majorität in der Hauptversammlung erlangen, ohne daß sie dafür mit eigenen Mitteln Aktien kaufen mußten.

Die Berichterstattung über den entgeltlichen Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft ist für die außerhalb der Verwaltung stehenden Aktionäre auch deshalb wichtig, weil die Verwaltung durch den Rückkauf eigener Aktien ihr nahestehenden Aktionären Sondervorteile zukommen lassen kann.

(1) Vgl. die Ausführungen in Abschnitt D dieser Arbeit zur Frage der eigenen Aktien

Der Erwerb von eigenen Aktien in schlechten Zeiten und bei immer weiter absinkenden Kursen bedeutet ja allein schon einen Vorteil für die Verkäufer dieser Papiere. Der Aktionär, dem sein Papier von der Gesellschaft abgenommen wird, wird außerdem aus der Gefahrengemeinschaft der Aktiengesellschaft entlassen und kann sein Kapital retten, wenn das der anderen Aktionäre verloren geht. (1)

Bei der Berichterstattung über den Erwerb eigener Aktien ist deshalb vor allem anzugeben, ob den übereignenden Aktionären besondere Vorteile für die Veräußerung ihrer Aktien eingeräumt worden sind. Hier wäre vor allem das Versprechen zu nennen, daß ein eventuell bereits bestehender Anstellungsvertrag als Vorstandsmitglied verlängert werden soll, oder daß die Verwaltung der Gesellschaft sich verpflichtet, für die Wahl des Aktionärs in den Aufsichtsrat der Gesellschaft einzutreten. (2)

Sind eigene Aktien im Berichtsjahr veräußert worden, so ist über die Veräußerung im Geschäftsbericht zu berichten. Dabei ist vor allem der Verkaufszweck zu erläutern. Das Vorhandensein eigener Aktien in einer Gesellschaft birgt nämlich für die außerhalb der Geschäftsleitung stehenden Aktionäre die dauernde, latente Gefahr in sich, daß diese Papiere gerade zu einem Zeitpunkt auf den Markt kommen, der für diese Aktionäre ungünstig ist, den in der Verwaltung vertretenen Aktionären aber Vorteile bringt. Da auch die Bedingungen, unter denen die Aktien veräußert werden, für die Unternehmungsaktionäre vorteilhaft sein können, ist im Geschäftsbericht auch die Angabe von Art und Höhe des Verkaufspreises erforderlich. Außerdem ist noch zu berichten, wie die Erlöse aus der Veräußerung der eigenen Aktien disponiert worden sind. (3)

Von besonderem Interesse für die außerhalb der Verwaltung stehenden Aktionäre ist auch die Mitteilung aller Abreden der Geschäftsleitung mit dritten Personen, die für die Rechnung der Gesellschaft Aktien der Gesellschaft auf eige-

(1) Schlegelberger/Quassowski, a. a. O.

(2) Schlegelberger/Quassowski, a. a. O., Anmerkung 10 zu § 128

(3) Schlegelberger/Quassowski, a. a. O., Anmerkung 10 zu § 128

nen Namen übernommen haben.

Für die Berichtspflicht über die eigenen Aktien ist es ohne Bedeutung, ob die eigenen Aktien entgeltlich oder unentgeltlich von der Gesellschaft erworben worden sind. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil für den unentgeltlichen Erwerb von eigenen Aktien die Begrenzungen des § 65 Aktiengesetz keine Geltung mehr besitzen.

Die Berichtspflicht über die eigenen Aktien erlischt erst mit der Veräußerung und der Mitteilung dieser Veräußerung samt aller Nebenumstände im Geschäftsbericht. Dasselbe gilt, wenn die eigenen Aktien von dem Aktionär zunächst für Rechnung der Gesellschaft erworben, später aber dann auf eigene Rechnung übernommen wurden. Auch in diesem Falle sind die genauen Bedingungen der Übernahme anzugeben. Die Berichtspflicht erlischt auch in diesem Falle erst mit der Berichterstattung über diese Übernahme.

b) Berichterstattung über Vorratsaktien

Die Berichterstattung über die Vorratsaktien gehört nach § 128, Absatz II, Ziffer 1 Akt.Ges. zum Pflichtinhalt des Geschäftsberichts. Die Finanzierung der Gesellschaft durch Vorratsaktien war bis zur Aktienrechtsnovelle 1931 sehr beliebt und z. T. auch notwendig, da eine Kapitalerhöhung ohne die Einrichtung der Vorratsaktien in vielen Fällen unmöglich gewesen wäre. Die Gesellschaft, die ihr Kapital erhöhen wollte, konnte nämlich nur mit Hilfe der Vorratsaktien eine günstige Marktlage für den Absatz ihrer jungen Aktien abwarten bzw. die Anzahl der auf den Markt kommenden jungen Aktien so regulieren, daß die Kurshöhe ihrer Papiere von dem gestiegenen Angebot nicht zu stark beeinflußt werden konnte.

Daneben aber bedeuteten die Vorratsaktien für die Verwaltungen auch ein Druckmittel ihren Aktionären gegenüber, da bis 1931 der Verwaltung das Stimmrecht auch aus den Vorratsaktien zur Verfügung stand. Nach heute geltendem Recht ist jedoch die Funktion der Vorratsaktien als ein Machtmittel der Verwaltung beendet. Denn einmal trifft heute den Unternehmer der Vorratsaktien die Haftung auf die volle Einlage, und außerdem ruht auch das Stimm- und Dividenden-

recht aus den Vorratsaktien. (1) Darüberhinaus wurde auch noch die Berichtspflicht über die Vorratsaktien eingeführt. Durch die Einführung des genehmigten Kapitals wurde zudem ein sehr gutes Finanzierungsmittel geschaffen, das die Vorratsaktien beinahe überflüssig erscheinen läßt. Es wurde deshalb m. E. schon mit Recht die Frage diskutiert, ob die Einführung der Berichtspflicht für die Vorratsaktien überhaupt noch notwendig war. (2)

c) Berichterstattung über "gebundene Aktien"

Die Aktienrechtsnovelle aus dem Jahre 1931 verpflichtete die Gesellschaften auch zur Berichterstattung über die "gebundenen Aktien". Unter gebundenen Aktien versteht man nach der Legaldefinition von § 260 a, Absatz III, Ziffer 3 HGB Aktien, durch deren Besitz "der Aktionär durch ausdrückliche oder stillschweigende Vereinbarung zu Gunsten der Gesellschaft, einer abhängigen Gesellschaft oder einer Konzerngesellschaft in der Ausübung der Aktienrechte oder in der Veräußerung oder sonstigen Verfügung über die Aktie gebunden ist."

Die Novelle von 1931 führte die Berichtspflicht über die gebundenen Aktien deshalb ein, weil die gebundenen Aktien der Verwaltung der Gesellschaft die Möglichkeit geben, das Stimmrecht aus diesen Aktien gegen die Aktionäre in der Hauptversammlung zu gebrauchen. Berichtet werden mußte nach der Novelle über die Anzahl der gebundenen Aktien und die Art der Bindung. Unter der Art der Bindung waren Angaben zu machen über die Regelung des Stimmrechts, des Dividendenrechts und des Anspruchs auf den Liquidationserlös aus den gebundenen Aktien. (3)

Das Aktiengesetz bedeutete in dieser Entwicklung insofern einen Rückschritt, als jetzt über die gebundenen Aktien im Geschäftsbericht nicht mehr berichtet werden muß. Die Aufhebung der Berichtspflicht über die gebundenen Aktien wird wohl mit der Durchsetzung des bekannten "Führerprinzips" im Aktienrecht zusammenhängen. Als Begründung für die-

(1) Baumbach/Hueck, a. a. O., Seite 111

(2) Hefermehl in "Juristische Wochenschrift",
1937, Seite 505

(3) Staub/Pinner, a. a. O., Anmerkung 14 zu § 260 a HGB

se Maßnahme findet man wenigstens in Publikationen aus der damaligen Zeit angegeben, daß man die Schaffung von gebundenen Aktien nicht verhindern und ihr Vorhandensein keinerlei Kontrollen seitens der Aktionäre aussetzen sollte. "Solche, freiwillig, im beiderseitigen Interesse übernommene Bindungen dienen vielfach der Konsolidierung, der Verwaltung und dem Schutze der Gesellschaft vor Angriffen." (1)

Diese Ansichten sind heute nicht mehr tragbar. Nach den Grundsätzen gewissenhafter und getreuer Rechnungslegung müssen alle Vereinbarungen der Gesellschaft mit ihren Aktionären über die Ausübung des Stimmrechts usw. auch ohne formelle Verpflichtung durch den Gesetzgeber mitgeteilt werden, wenn die Lage der Gesellschaft von dieser Bindung beeinflußt werden kann. (2)

Allerdings scheint die Durchsetzung des Führerprinzips in der Verfassung der Aktiengesellschaft nicht der einzige Grund für die Aufhebung der Berichtspflicht über die gebundenen Aktien gewesen zu sein. Hefermehl nennt nämlich als Grund auch die Tatsache, daß sich Unklarheiten über den Begriff der gebundenen Aktien ergeben hätten und man deshalb von der Festlegung einer formellen Berichtspflicht für die gebundenen Aktien wieder abgekommen sei. (3)

Hefermehl scheint seine Ansichten aus dem Jahre 1937 über die gebundenen Aktien geändert zu haben. In der Denkschrift der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz zur Aktienrechtsreform, deren redaktionelle Gestaltung Hefermehl besorgte, empfiehlt er die Wiedereinführung der Berichtspflicht über die gebundenen Aktien in der Formulierung der Novelle von 1931. Nur durch die Wiedereinführung dieser Vorschrift, meint Hefermehl heute, könne einer mißbräuchlichen Verwendung der gebundenen Aktien zum Schaden der

-
- (1) 2. Bericht über die Arbeiten des Aktienrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht in: "Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht", 1935, Seite 252
- (2) "Wirtschaftsprüfer-Jahrbuch 1954" Seite 368
- (3) Hefermehl in: "Juristische Wochenschrift", 1937, Seite 505

eigentlichen Aktionäre vorgebeugt werden. (1)

Allerdings sollte man es mit der Wiedereinführung der Berichtspflicht über die gebundenen Aktien genug sein lassen. Man könnte die gebundenen Aktien sehr leicht ganz ausschalten, wenn man ihnen das Stimmrecht entziehen würde und sie auch am Gewinn der Gesellschaft nicht mehr partizipieren ließe. Man darf dabei nämlich nicht übersehen, daß die freiwillige Bindung von Aktionären sehr wohl auch dem Wohle der Gesellschaft dienen kann. (2)

2. Berichterstattung über Maßnahmen der Gesellschaft zur Kapitalbeschaffung auf dem Kapitalmarkt

a) Berichterstattung über Bezugsaktien aus bedingter Kapitalerhöhung

Das Aktiengesetz eröffnete der Aktiengesellschaft durch die Einführung der Wandelobligation eine Möglichkeit, durch eine Verbindung der im allgemeinen als ziemlich sicher zu beurteilenden Gläubigerposition mit den spekulativen Aussichten auf Kapital und Gewinn der Aktiengesellschaft attraktivere Bedingungen zu bieten, als dies durch das Angebot von Aktien oder Obligationen allein der Fall sein könnte. Durch die Ausübung der Rechte aus den Wandelobligationen können die Herrschaftsrechte der ursprünglichen Aktionäre über die Gesellschaft ganz empfindlich beeinträchtigt werden, wenn plötzlich in der Hauptversammlung der Gesellschaft neue Aktionärsgruppen auftreten.

Das Recht der Wandelobligationäre auf Umtausch ihrer Wandelobligation in Aktien wird in der Regel von der Gesellschaft durch eine bedingte Kapitalerhöhung abgesichert. Da der einmal gefaßte Beschluß der Hauptversammlung, das Gesellschaftskapital bedingt zu erhöhen, nicht mehr umgestoßen werden kann (1), beschränken sich die Möglichkei-

- (1) "Denkschrift zur Reform des Aktienrechts", herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz, Düsseldorf 1952, S. 46
- (2) Denkschrift, a. a. O., Seite 46
- (3) Ein nachträglicher Beschluß der Hauptversammlung, der den Erstbeschluß über die bedingte Kapitalerhöhung rückgängig machen würde, wäre nach § 159, Absatz IV, Akt. Ges. nichtig

ten der Aktionäre auf die Kontrolle der Ausgabe der Bezugsaktien. Nach § 128, Absatz II, Ziffer 4 Akt. Ges. hat nämlich der Vorstand über die Aktien zu berichten, die bei bedingter Kapitalerhöhung im Geschäftsjahr bezogen worden sind.

Wäre diese Bestimmung nicht in den Katalog des Pflichtinhalts der Geschäftsberichte aufgenommen worden, könnte sich die Ausgabe neuer Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung beinahe vollständig unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollziehen. Während nämlich bei der ordentlichen Kapitalerhöhung die Durchführung in das Handelsregister eingetragen werden muß und erst nach erfolgter Eintragung die Ausgabe junger Aktien erfolgen darf, können bei bedingter Kapitalerhöhung die jungen Aktien ohne vorherige Anmeldung oder Eintragung zum Handelsregister ausgegeben werden.

Die Berichterstattung über die Ausgabe von Bezugsaktien aus der bedingten Kapitalerhöhung soll den Aktionären nicht nur den notwendigen Überblick über die Kapitalverhältnisse ihrer Gesellschaft vermitteln; die Angaben im Geschäftsbericht haben den Aktionären auch die Nachprüfung darüber zu erleichtern, ob die bedingte Kapitalerhöhung nach § 159, Absatz III Akt. Ges. überhaupt zulässig ist.

Die Angaben über die Bezugsaktien aus der bedingten Kapitalerhöhung haben sich in erster Linie auf den Übernahmekurs und die Verwendung des erlangten Kapitals zu beziehen. Notwendig ist im Interesse der Alt-Aktionäre ferner eine Angabe darüber, ob sich die Ausgabe der Bezugsaktien auf den ursprünglich vorgesehenen Ausgabezweck beschränkt hat. Außerdem hat der Zeitpunkt der Ausgabe der Bezugsaktien aus der bedingten Kapitalerhöhung aus dem Geschäftsbericht eindeutig hervorzugehen. (1)

Es genügt auf gar keinen Fall, daß die Gesellschaft nur über den tatsächlichen Bezug von Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung berichtet. Es ist vielmehr notwendig, daß auch der Beschluß der bedingten Kapitalerhöhung im Geschäftsbericht mitgeteilt wird. Obwohl natürlich die Alt-Aktionäre die Möglichkeit haben, das Vorhandensein und den Inhalt

solcher Beschlüsse aus dem Handelsregister zu erfahren, ist es doch gerade dem Kleinaktionär nicht zuzumuten, jeweils das Handelsregister einzusehen. Die Kleinaktionäre können deshalb zweifellos ein berechtigtes Interesse geltend machen, den Inhalt solcher Beschlüsse auch aus den Geschäftsberichten zu erfahren. (1)

b) Berichterstattung über das genehmigte Kapital

Neben der bedingten Kapitalerhöhung dient vor allem das genehmigte Kapital der Deckung der laufenden Finanzierungsbedürfnisse der Gesellschaft. Das genehmigte Kapital ist nicht in der Bilanz zu vermerken. Umso höher ist deshalb die Berichtspflicht zu bewerten, die sich aus § 128, Absatz II, Ziffer 4 Aktiengesetz ergibt. Nach dieser Vorschrift ist im Geschäftsbericht die Höhe des genehmigten Kapitals anzugeben. Wurden im Geschäftsjahr Aktien auf Grund dieses Beschlusses ausgegeben, haben Vorstand und Aufsichtsrat im Geschäftsbericht auch die Höhe der Neumission bekanntzugeben, aufgeschlüsselt nach Geld- und Sacheinlagen. Außerdem ist über die Ausübung des Bezugsrechts der Aktionäre zu berichten und die Aktiengattung der neu ausgegebenen Papiere anzugeben. Schließlich ist noch auf die bilanzielle Behandlung der Emission im Geschäftsbericht näher einzugehen. (2)

Durch die Berichterstattung soll eine Kontrolle der Verwaltung durch die Aktionäre ermöglicht werden. Ohne diese Kontrollmöglichkeit könnte nämlich der Vorstand unter Ausnutzung seiner außerordentlich starken Position in der Gesellschaft die Durchführung der Kapitalerhöhung fast vollständig unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchführen. Dies mußte vor allem auch deshalb verhindert werden, weil die Hauptversammlung durch die Ermächtigung an den Vorstand, von sich aus neue Aktien auszugeben, auf die Verwaltung wesentliche Rechte übertragen muß. Die Verwaltung hat dadurch Vollmacht erhalten, die Emission nach ihrem Gutdünken durchzuführen, ohne befürchten zu müssen, daß

(1) Adler/Düring/Schmaltz, a. a. O., § 128, Tz. 27
und Spohr in "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", 1937, Seite 473

(2) Adler/Düring/Schmaltz, a. a. O., § 128, Tz. 29

eine beabsichtigte Kapitalerhöhung am Widerstand der Aktionäre scheitern könnte.(1) Der Vorstand soll zwar vor der Begebung von jungen Aktien die Zustimmung des Aufsichtsrates einholen; eine ohne diese Zustimmung vorgenommene Emission ist aber gültig und für die Gesellschaft verbindlich. (2)

Die Berichterstattung über die Begebung junger Aktien aus dem genehmigten Kapital ist für die Aktionäre vor allem dann wichtig, wenn sie glauben, der Vorstand habe durch die Emission der Gesellschaft geschadet und habe sich deshalb regreßpflichtig gemacht. Die Berichterstattung ist aber auch dann für die Aktionäre von Bedeutung, wenn sie vom Vorstand keine Gelegenheit erhalten haben, ihr Bezugsrecht auszuüben.

Durch die Angaben im Geschäftsbericht sollen die Aktionäre ferner nachprüfen können, ob sich der Vorstand an die von der Hauptversammlung beschlossene Einschränkung gehalten hat. Zwar hat auch das Registergericht bei der Anmeldung der Durchführung der Kapitalerhöhung nachzuprüfen, ob sich der Vorstand der Gesellschaft an die Einschränkungen gehalten hat; wenn der Vorstand aber die Einschränkungen trotzdem nicht beachtet, ist die Emission doch gültig vorgenommen und unwiderrufbar. (3)

Den Aktionären bleibt in einem solchen Fall nur noch der Weg einer Schadensersatzklage gegen den Vorstand. Zu einer ausreichenden Nachprüfung darüber, ob sich der Vorstand an die Einschränkungen der Hauptversammlung gehalten hat, ist erforderlich, daß auch der Ermächtigungsbeschluß im Geschäftsbericht mitabgedruckt worden ist. (4)

(1) Schlegelberger/Quassowski, a. a. O., Anmerkung 3 zu § 169 Akt. Ges.

(2) Baumbach/Hueck, a. a. O., Seite 386

(3) Schlegelberger/Quassowski, a. a. O., Anmerkung 15 zu § 169 Akt. Ges.

(4) Baumbach/Hueck, a. a. O., Seite 319 und "Wirtschaftsprüfer-Jahrbuch 1954", Seite 364

3. Berichterstattung über die Einflüsse von Konzernbeziehungen auf die Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft

Am einschneidendsten wirkt sich auf die Herrschaftsverhältnisse in einer Gesellschaft wohl die Konzernzugehörigkeit aus. Nach § 128, Absatz II, Ziffer 8 Akt. Ges. sind deshalb die Gesellschaften verpflichtet, über alle aus Konzernbeziehungen abzuleitenden Folgen auf die Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft zu berichten. Der Umfang der Berichterstattung hängt dabei in erster Linie von den schutzwürdigen Interessen der Aktionäre und der Gläubiger der berichtspflichtigen Unternehmung ab. Wenn die Konzernbildung durch Stimmenmacht erfolgt ist, hat die Berichterstattung auf die Minderheitsaktionäre besondere Rücksichten zu nehmen. Die Minderheitsaktionäre werden dabei wohl vor allem Wert darauf legen, den Umfang der Beherrschung durch das führende Unternehmen zu erfahren. Es wurde vielfach auch schon gefordert, der Erwerb einer Aktienmajorität eines Unternehmens durch eine andere Gesellschaft sollte dem Publizitätszwang unterworfen werden. Die Ausdehnung der Publizität auf solche Transaktionen überhaupt wäre für die Minderheitsaktionäre des betreffenden Unternehmens natürlich äußerst vorteilhaft. So wurde z. B. vorgeschlagen, die Aufkäufer sollten zur Abgabe eines öffentlichen Angebotes an die Aktionäre der betreffenden Gesellschaft auf Übernahme ihrer Aktien verpflichtet werden. Dann könne die Verwaltung der zu übernehmenden Gesellschaft ihre Aktionäre in ihrem Geschäftsbericht oder durch sonstige Veröffentlichungen vor der Annahme des Angebotes warnen. Die anbietende Gesellschaft hätte dann ihre Gegenargumente öffentlich darzulegen. Die Aktionäre könnten dann ihre Entscheidung über Annahme bzw. Ablehnung des Übernahmeangebotes in Ruhe treffen. (1)

Vom theoretischen Standpunkt aus betrachtet, wäre eine solche Information der Aktionäre über die Fusionsabsichten einer anderen Gesellschaft selbstverständlich ganz außerordentlich zu begrüßen. Der Kapitalmarkt würde an Durchsichtigkeit wesentlich gewinnen und mancher Spekulation zum Schaden der Anlageaktionäre - gerade dieser Gruppe

(1) Enquêtebericht, a. a. O., Seite 96

der Aktionäre sollte ja aus den Bestrebungen zur Erweiterung der Publizität am meisten profitieren - von vornherein die Spitze abbrechen. Für die Praxis aber sind solche wohlgemeinten Ratschläge wertlos. Die Übernahme einer Gesellschaft durch eine andere wäre wahrscheinlich von Anfang an unmöglich, weil bei vorzeitigem Bekanntwerden von Fusionsabsichten die Kurse der Papiere der zu übernehmenden Gesellschaft in der Regel so stark anziehen, daß dadurch die Einbeziehung einer Gesellschaft in einen Konzern aus finanziellen Gründen uninteressant werden dürfte.

Wenn die Aktienmajorität einer Gesellschaft aber einmal erworben ist, darf einer rückhaltlosen Aufklärung der nunmehr neuentstandenen Konzernbeziehungen nichts mehr im Wege stehen. Dabei ist auch besonders darauf zu achten, daß die Berichtspflicht nicht umgangen wird. So kann ein Konzernverhältnis auch durch Gleichordnung von zwei Gesellschaften entstehen. Dieses Verhältnis liegt bei einer wechselseitigen Verflechtung von Unternehmungen mit gleich hohem Aktienbesitz an der anderen Gesellschaft vor. In diesem Falle muß auf der Berichtspflicht für beide Gesellschaften besonders bestanden werden, wenn beide Gesellschaften in Personalunion von den gleichen Vorständen geleitet werden.

Nicht selten kommen in der Praxis auch sog. "Ringbeteiligungen" vor; in diesem Falle besitzt z. B. die Gesellschaft A die Mehrheitsbeteiligung an der Gesellschaft B, die Gesellschaft B besitzt wieder die Mehrheit an der Gesellschaft C, die ihrerseits wieder bei der Gesellschaft A Hauptaktionärin ist. Solche Abhängigkeitsverhältnisse sind für die Minderheitsaktionäre dieser Gesellschaften besonders gefährlich, weil durch die Ringbeteiligung die Hauptversammlungen aller beteiligten Gesellschaften praktisch ausgeschaltet werden können. Die Konzernleitung ist in einem solchen Falle dann tatsächlich "unbeschränkter Herr der beteiligten Unternehmungen". (1) Eine wirklich ausreichende Kontrolle über solche Gebilde würde wohl nur über die Einführung einer konsolidierten Bilanz möglich gemacht werden können. (2)

(1) Trumpler, a. a. O., Seite 366

(2) Trumpler, a. a. O., Seite 367

Die Konzernbildung braucht aber nicht immer durch Stimmenmacht zu erfolgen. Wenn die Konzernbildung nicht durch Stimmenmacht erfolgt ist, kommt einer zuverlässigen Unterrichtung der Aktionäre über die Konzernabhängigkeit natürlich eine noch größere Bedeutung zu, weil dann der Kreis der Interessenten an dieser Berichterstattung noch erheblich größer geworden ist. Die Verwaltung hat deshalb im Geschäftsbericht genaue Angaben darüber zu machen, worauf das Abhängigkeitsverhältnis zurückzuführen ist, z. B. auf einen Interessengemeinschaftsvertrag, auf Personalunion der Vorstände, auf Pacht-, Betriebsüberlassungs-, Lizenz-, Lieferungsverträge oder auch Treuhandabkommen. Aus den Angaben hat auch hervorzugehen, welchem Konzern die Unternehmung angehört. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich bei der berichtspflichtigen Gesellschaft um die Ober- oder die Untergesellschaft des Konzerns handelt. Es ist für die Aktionäre einer Konzerngesellschaft manchmal nämlich ebenso wichtig, daß die Gesellschaft mitteilt, welche anderen Gesellschaften von ihr beherrscht werden, wie daß die eigene Gesellschaft von einer anderen Unternehmung beherrscht wird. Die finanziellen Verhältnisse der Obergesellschaft hängen nämlich meistens mit dem Status ihrer Untergesellschaften eng zusammen. Hier sei nur noch einmal an den Fall der Helios-AG erinnert, die durch den Zusammenbruch ihrer Untergesellschaften selbst zur Liquidation gezwungen worden ist.

IV. K A P I T E L

Das Interesse der Gläubiger am Geschäftsbericht

Das Aktiengesetz enthält nur wenige Schutzbestimmungen für die Gläubiger der Aktiengesellschaft; der Gläubiger der Aktiengesellschaft hat durchaus nicht mehr Rechte, als sie auch dem Gläubiger einer natürlichen Person oder einer Personengesellschaft aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Handelsgesetzbuch oder der Konkursordnung zustehen. Daß der Gläubiger der Aktiengesellschaft vom Aktiengesetz beinahe stillschweigend übergangen wurde, trifft ganz besonders hart den Obligationengläubiger der Gesellschaft. Obwohl sich seine Stellung in der Gesellschaft praktisch von der eines Kleinaktionärs kaum unterscheidet, gewährt das Aktiengesetz doch dem Aktionär ganz bestimmte Rechte und ganz besonders auch ein Recht auf Information durch die Gesellschaftsorgane über die geschäftliche Lage der Unternehmung.

Der Obligationär wird über die Gesellschaft offiziell nur durch den Börsenprospekt unterrichtet und ist später bei der Beurteilung der Schuldnerschaft fast ausschließlich auf die Wirtschaftspresse angewiesen. Das Schuldverschreibungsgesetz vom 4. Dezember 1899 hat zwar grundsätzlich auch ein Informationsbedürfnis der Obligationäre anerkannt, bringt aber nur einige, in ihrem Umfang zudem noch sehr beschränkte Vorrechte für die Besitzer von Schuldverschreibungen. Insbesondere hat nach diesem Gesetz der einzelne Obligationär grundsätzlich keinerlei Anspruch auf Informationen über die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft. (1) Der Gesetzgeber anerkennt nur ein Informationsrecht der Obligationäre als Gesamtheit. Die Ausübung dieses Informationsrechts wurde deshalb von der Einberufung einer Gläubigerversammlung abhängig gemacht, die einen

(1) Es besteht also nach deutschem Recht kein Anspruch der Obligationäre auf Information, ähnlich dem des französischen Rechts auf "communication", vgl. Lederer: "Die Verwaltungs- und Kontrollbefugnisse der Obligationäre einer Aktiengesellschaft nach inländischem und ausländischem Recht", Marburg, 1941, Seite 101

Gläubigervertreter zu bestellen hat. Dieser Gläubigervertreter ist erst dann zur Ausübung der Rechte befugt, die nach dem Schuldverschreibungsgesetz den Obligationären zustehen. (1)

Der Gläubigervertreter besitzt vor allem das Recht der Teilnahme an der Hauptversammlung der Gesellschaft. Er ist zu dieser Versammlung von der Gesellschaft durch Sondermitteilung einzuladen und hat in der Hauptversammlung ein Recht auf Gehör. Er kann aber nicht wie ein Aktionär von der Verwaltung Auskunft verlangen. (2) Ein besonderes Auskunftsrecht besitzt der Gläubigervertreter nur dann, wenn von der Hauptversammlung Beschlüsse gefaßt werden sollen, von denen die Rechte der Obligationäre direkt betroffen werden. Dieses Recht ist gegebenenfalls sogar vor Gericht erzwingbar.

Das Gläubigerschutzgesetz hat dem Gläubigervertreter ausserdem ausdrücklich das Recht zugebilligt, in den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht der Gesellschaft Einblick zu nehmen. Diese Bestimmung war 1899 noch notwendig, weil nach Art. 239 ADHGB nur die Aktionäre zur Einsichtnahme des Jahresabschlusses der Gesellschaft legitimiert waren.

Es muß bezweifelt werden, ob durch das Schuldverschreibungsgesetz den Informationsbedürfnissen des einzelnen Obligationengläubigers der Gesellschaft heute noch Rechnung getragen werden kann. Der Obligationengläubiger besitzt zwar heute die Möglichkeit, die Publikationen der Gesellschaften beim Handelsregister einzusehen, vielfach aber findet der Gläubiger in diesen Publikationen nicht das, was für ihn in erster Linie interessant ist. Gewisse Angaben in den Geschäftsberichten werden zwar für Gläubiger und Aktionäre gleichermaßen wichtig sein. Zu denken wäre dabei nur an die Berichterstattung der Geschäftsleitung über die allgemeine Lage des Unternehmens und an die Schilderung des Geschäftsablaufs im vergangenen Jahr. Das Schwergewicht des Gläubigerinteresses aber wird sich doch auf ganz bestimmte Berichtsteile konzentrieren. Der Gläubiger will mittels der veröffentlichten Bilanzen, Erfolgsrechnun-

(1) Vgl. § 1 Abs. II Schuldverschreibungsgesetz

(2) Vgl. "Betriebsberater", 1952, Seite 765

gen und Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften nachprüfen können, ob diese Gesellschaften auch in Zukunft noch kreditwürdig genannt werden können. Er wird deshalb den Geschäftsbericht unter dem Gesichtspunkt der Kreditwürdigkeitsprüfung betrachten und seinen Wert nach seiner Brauchbarkeit für die Zwecke einer Kreditwürdigkeitsprüfung beurteilen.

Diese umfaßt neben der Aufstellung eines Kreditstatus, die Prüfung der Rentabilität und der Liquidität der Unternehmung. (1) Für die Aufstellung eines den Umständen entsprechenden und deshalb in manchen Beziehungen sehr oberflächlichen Kreditstatus' durch den Gläubiger der Gesellschaft werden sich vor allem die Angaben über die Bewertungspolitik der Unternehmung eignen, ferner die Berichterstattung über die Beeinflussung der Haftungsverhältnisse durch das Vorhandensein eigener Aktien z. B., den Umfang der aus der Bilanz nicht ersichtlichen Haftungsverhältnisse usw.

Eine Rentabilitätsprüfung wenigstens in groben Zügen sollte im Interesse der Gläubiger die Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung im Geschäftsbericht ermöglichen. Sehr wichtig wäre in diesem Zusammenhang auch die Angabe der Umsatzzahlen im Geschäftsbericht; für den Kreditgeber wäre es auch wertvoll, im Geschäftsbericht nähere Angaben über die saisonalen und konjunkturellen Schwankungen der Umsatzzahlen und die durchschnittliche Lagerdauer zu erhalten, die "für die Entschließungen des Kreditgebers maßgebliche Ziffern" (2) darstellen.

Noch sehr schlecht ist es in den deutschen Geschäftsberichten mit den Angaben über die Liquiditätslage der Gesellschaften bestellt. Gerade aber eine Erläuterung der Liquiditätslage ist für den Gläubiger von entscheidender Wichtigkeit, weil eine Reihe von Verpflichtungen in der Bilanz regelmäßig nicht ausgewiesen werden kann, die Kenntnis dieser Verpflichtungen aber gerade für die Beurteilung der künftigen Ertragsituation unentbehrlich ist.

(1) Hintner: "Praxis der Wirtschaftsprüfung", 3. Auflage, Stuttgart 1949, Seite 38

(2) Hintner, a. a. O., Seite 39

Schließlich sind für den Gläubiger noch die Angaben über die Art der Finanzierung der Gesellschaft interessant. Dabei wird wohl vor allem die Berichterstattung über die Maßnahmen der Gesellschaft zur Beschaffung von Kapitalien auf dem freien Kapitalmarkt besonders beachtet werden, aber auch die Angaben über die Bewertungspolitik und damit zumindest die andeutungsweise Offenlegung der stillen Reserven enthalten wichtige Hinweise für die Gesellschaftsgläubiger.

Der Gläubiger beurteilt den Geschäftsbericht also nach den Gesichtspunkten der Kreditwürdigkeitsprüfung. Es ist dabei selbstverständlich, daß dem Käufer einer einzelnen Obligation von der Gesellschaft für eine Kreditwürdigkeitsprüfung nicht die gleichen Möglichkeiten eingeräumt werden können, die für einen Großgläubiger eine Selbstverständlichkeit darstellen. Die immer fühlbarer werdende Kapitalknappheit in den Unternehmungen hat aber bereits mehrere große Gesellschaften veranlaßt, die beinahe schon in Vergessenheit geratene Obligation als vortrefflich geeignetes Finanzierungsmittel wieder in den Vordergrund zu rücken. Die Neuemission von Obligationen steht vor dem gleichen Problem wie die Neuemission von Aktien: Das Vertrauen des anlageseuchenden Publikums muß für die Obligation wieder zurückgewonnen werden. Bei dieser Zurückgewinnung des Vertrauens kommt den Geschäftsberichten eine überragende Rolle zu. Es ist deshalb heute wichtiger als je zuvor, daß die Gesellschaften ihre Berichtspflichten auch im Gläubigerinteresse ernst nehmen.

I. Berichterstattung über eigene Aktien

Die Berichterstattung der Aktiengesellschaften über das Vorhandensein eigener Aktien ist für die Gläubiger der Gesellschaft deshalb sehr wichtig, weil sie dadurch nämlich dem Geschäftsbericht entnehmen können, inwieweit das auf der Passivseite der veröffentlichten Bilanz ausgewiesene Grundkapital der Gesellschaft auch tatsächlich vorhanden ist und haftet.

Die Berichtspflicht über den Bestand und Neuerwerb eigener Aktien im Berichtsjahr ist vom Gesetzgeber nicht ohne Grund in das Aktiengesetz, und vorher schon in die Aktien-

rechtsnovelle von 1931 aufgenommen worden. Der Erwerb eigener Aktien war nämlich in den Jahren vor und während der Wirtschaftskrise ein weit verbreitetes Mittel, bei Gesellschaften, die sich nicht in Liquidation befanden, Kapitalrückzahlungen zu ermöglichen, ohne daß dies in der Öffentlichkeit bekannt werden mußte. Diese Kapitalrückzahlungen erfolgten ursprünglich in vielen Fällen unbeabsichtigt, wenn man durch den Erwerb eigener Aktien die im Verlaufe der Wirtschaftskrise rapide abfallenden Kurse dieser Papiere abfangen wollte. Die Wirtschaftspresse und die Juristen billigten seinerzeit solche Stützungskäufe ohne weiteres. Ja, man bezeichnete sogar in den Finanzblättern alle Maßnahmen zur Kursstützung als ein "nobile officium" der Gesellschaften. (1)

Der Rückkauf eigener Aktien erfolgte aber nicht in allen Fällen nur zur Kursstützung. Ein Großteil dieser Transaktionen war nämlich von vornherein als Sanierungsmaßnahme gedacht, obwohl man natürlich seitens der Gesellschaft in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer Sanierung nicht zugeben wollte. (2)

Die Aktienrückkäufe bedeuteten natürlich eine ganz gewaltige Hilfe für die Aktionäre dieser Gesellschaften, die ihre Aktien so zu einigermaßen erträglichen Kursen abstoßen konnten, die im weiteren Verlaufe der Wirtschaftskrise in ihrem Werte wahrscheinlich ad infinitum abgesunken wären. Für die Gläubiger der Gesellschaft allerdings waren diese Manipulationen zu Gunsten der Aktionäre sehr gefährlich. Sie mußten es sich nämlich gefallen lassen, daß nicht nur das haftende Eigenkapital der Gesellschaft verringert wurde, sondern auch die liquiden Mittel der Gesellschaft zum Ankauf fast wertloser Aktien zu überhöhten Kursen verbraucht wurden.

Der Gesetzgeber wollte durch die Neuregelung der Vorschriften über die eigenen Aktien erreichen, daß sich ihr Erwerb durch die Gesellschaften einmal innerhalb annahmbarer Grenzen vollzog und dann, daß die Öffentlichkeit und damit die von solchen Manipulationen besonders bedrohten Gläubiger rechtzeitig über diese Ankäufe unterrichtet wer-

(1) Enquêtebericht, a. a. O., Seite 11

(2) Schmalenbach: "Aktiengesellschaft", a. a. O., Seite 196

den konnten.

Gerade in der Publizität solcher Transaktionen liegt für die Gläubiger der größte Schutz. So ist z. B. im Juni 1931 bekannt geworden, daß die Daimler-Benz AG eigene Aktien in größerer Anzahl "zu besonderen Zwecken" erworben hatte. Über diese "besonderen Zwecke" allerdings war in der Öffentlichkeit nichts näheres bekannt. Dieses Vorgehen der Gesellschaft wurde von der öffentlichen Meinung sehr stark kritisiert. Die Rückkäufe wurden daraufhin eingestellt. (1)

Unsolide Gesellschaften konnten durch solche Methoden ihren wahren Status bis zum Konkurs verbergen. Dies zeigte sich, als die Wirtschaftskrise auf ihrem Höhepunkt angelangt war. Bis dahin hatten die gesetzlichen Bestimmungen über die eigenen Aktien kaum größeres Interesse gefunden, obwohl sich der Gesetzgeber schon wiederholt mit diesem Problem befaßt hatte. (2) Auch eine Publizitätspflicht war für die eigenen Aktien bis zur Aktienrechtsnovelle von 1931 nicht vorgesehen. (3)

Die Aktienrechtsnovelle von 1931 beendete diese für die Gesellschaftsgläubiger verhängnisvolle Entwicklung. Die Novelle begrenzte nämlich nicht nur den Erwerb eigener Aktien zahlenmäßig, sondern führte auch die Berichtspflicht für die eigenen Aktien ein. Die Gesellschaft hat dabei im Geschäftsbericht nachzuweisen, daß der Erwerb der eigenen Aktien zur Abwendung eines "schweren Schadens" von der Gesellschaft, nicht aber von den Aktionären notwendig war. (4) Dabei müssen die "gesamten Umstände" dieser außerordentlichen Maßnahme im Geschäftsbericht angegeben werden.

Das Grundkapital der Aktiengesellschaft soll nach dem Willen des Gesetzgebers als Haftungsstock im Interesse der

(1) Schmalenbach: "Aktiengesellschaft", a. a. O., Seite 196

(2) Vgl. z. B. Art. 215, III ADHGB von 1870,
Art. 215 d ADHGB von 1884 und § 226 HGB

(3) Bezeichnenderweise kannte auch der Aktiengesetz-
entwurf von 1930 keine Berichtspflicht für die eigen-
en Aktien. Vgl. dazu Flechtheim in "Bankarchiv",
1931, Seite 11

(4) Baumbach/Hueck, a. a. O., Seite 319

Gläubiger der Gesellschaft unangetastet bleiben.(1) Der Erwerb eigener Aktien ist demzufolge unzulässig, wenn eine mengenmäßige Obergrenze von 10 % des Aktienkapitals überschritten worden ist oder wenn der Gesellschaft zwar ein Schaden droht, der Schaden aber auch durch andere Mittel als den Erwerb eigener Aktien abgewendet werden kann. Die Berichterstattung über den Erwerb eigener Aktien wird dabei in sehr vielen Fällen für die Ausübung des Einspruchsrechtes entscheidend sein, weil für die Geltendmachung des Einspruchsrechts die Beweislast derjenige zu tragen hat, der den Einspruch erhebt. (2)

Besonders wichtig für die Gesellschaftsgläubiger ist die Berichterstattung über den Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft dann, wenn es sich bei den zurückgekauften Papieren um noch nicht voll einbezahlte Aktien handelt, da dadurch das Recht der Gesellschaft auf die noch ausstehende Einlage zum Erlöschen kommt. Man wird auch in einem solchen Falle dem Gesellschaftsgläubiger ein Einspruchsrecht gegen den Erwerb zubilligen müssen, da nach Schlegelberger/Quassowski diese Transaktion unzulässig ist, wenn dem der Gesellschaft drohenden Schaden auch durch Erwerb voll bezahlter Aktien abgeholfen werden kann. (3)

Im Gläubigerinteresse ist durch das Aktiengesetz nicht nur für den Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft selbst die Berichtspflicht eingeführt worden, sondern auch für den Erwerb durch abhängige Gesellschaften. Diese Verschärfung der Bestimmungen über die eigenen Aktien ist zu begrüßen, weil ohne diese Vorschrift die Kautelen des § 65 Akt. Ges. zu leicht hätten umgangen werden können.

II. Berichterstattung über Maßnahmen der Gesellschaft zur Kapitalbeschaffung auf dem Kapitalmarkt

Die Gläubiger der Aktiengesellschaft haben zweifellos ein sehr großes Interesse daran, daß sie über alle Veränderungen des haftenden Grundkapitals der Schuldner-Gesellschaft zuverlässig unterrichtet werden. Dazu gehört nicht nur die Kapitalerhöhung durch Vorzugsaktien, sondern auch durch

(1) Müller/Erzbach, a. a. O., Seite 122

(2) und (3) Schlegelberger/Quassowski, a. a. O.,
Anmerkung 5 zu § 65 Akt. Ges.

das genehmigte Kapital, von dessen Vorhandensein die Gläubiger erst aus dem Geschäftsbericht erfahren.

Für die Gläubiger aus Wandelschuldverschreibungen ganz besonders wichtig ist die Berichterstattung über das bedingte Kapital. Die Wandelobligationen bieten ihren Inhabern nämlich neben ihrer gesicherten Stellung als Gläubiger und ihrer Beteiligung an Gewinn und Kapital der Gesellschaft ein besonderes Bezugsrecht. Eine Sicherung dieses Rechts der Wandelobligationäre gewährleistet die durch das Aktiengesetz neueingeführte bedingte Kapitalerhöhung. Die bedingte Kapitalerhöhung schützt die Wandelobligationäre nämlich davor, daß ihnen das Umtausch- und Bezugsrecht von der Gesellschaft nicht nur versprochen wird, sondern sie ihr Wahlrecht auch gegen einen späteren Widerspruch der Hauptversammlung zu einem ihnen genehmen Zeitpunkt ausüben können. Nun hat das Aktiengesetz zwar eine Berichterstattung über die näheren Umstände der bedingten Kapitalerhöhung nicht direkt vorgesehen. Es entspricht aber den Grundsätzen einer getreuen Rechnungslegung, daß die Gesellschaft in ihrem Geschäftsbericht auch den Inhalt eines Beschlusses der bedingten Kapitalerhöhung mitteilt. (1)

Nach § 128, Absatz II, Ziffer 3 Akt. Ges. ist dabei zunächst der Betrag anzugeben, für den im Geschäftsjahr Aktien bei bedingter Kapitalerhöhung bezogen worden sind. Die Angabe erstreckt sich auf den Übernahmekurs und den Verwendungszweck der durch die Kapitalerhöhung erlangten Mittel. Wenn der Wandelobligationär von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht hat, ist er automatisch Mitglied der Aktiengesellschaft geworden und hat damit seinen Gläubigerstatus eingebüßt. Die Berichtspflicht über die aus der bedingten Kapitalerhöhung erlangten Beträge entspricht dem Sicherungsbedürfnis der übrigen Gesellschaftsgläubiger; dieses Gläubigerinteresse ist vom Gesetz als überragend geschätzt. (2)

Dem Schutze der übrigen Gesellschaftsgläubiger dient auch die Vorschrift, daß der Unterschied zwischen dem Ausgabebetrag der Wandelobligationen und dem höheren Nennbetrag der gewährten Aktien aus dem Gewinn der Gesellschaft,

(1) Adler/Düring/Schmaltz, a. a. O., § 128 Tz. 27

(2) Müller/Erzbach, a. a. O., Seite 104

der freien Rücklage oder durch Aufzahlung des Umtauschberechtigten gedeckt wird. (1) Durch die Berichterstattung über alle näheren Umstände des Umtausches der Obligationen in Aktien kann deshalb auch seitens der Gläubiger der Gesellschaft nachgeprüft werden, ob Aktien unter ihrem Nennbetrag zu Lasten des haftenden Grundkapitals ausgegeben worden sind. (Fall der verbotenen Unterparieemission)

III. Berichterstattung über Haftungsverhältnisse, die aus der Bilanz nicht ersichtlich sind

In einer Unternehmung sind zahlreiche Risiken vorhanden, die sich einer bilanziellen Erfassung aus verschiedenen Gründen entziehen und deshalb auch für den Bilanzkritiker irrelevant bleiben müssen. Solche Risiken liegen z. B. in den sog. Eventualverpflichtungen, die sehr leicht zu wirklichen Verbindlichkeiten werden können, ohne daß die Unternehmung darauf einen Einfluß nehmen könnte. Außer den Eventualverpflichtungen gehen auch Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen von Gegenständen des Umlaufvermögens und von Forderungen aus der Bilanz nicht hervor.

Den Interessen der Gläubiger, die vom Bestehen solcher Belastungen des Schuldnervermögens auf die Kreditwürdigkeit des Schuldners schließen, dient deshalb die Einführung der Berichtspflicht für alle "aus der Jahresbilanz nicht ersichtlichen Haftungsverhältnisse, einschließlich von Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen, sowie von Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln und Schecks". (§ 128, Abs. II, Ziffer 6 Akt. Ges.)

Damit wäre ein Problem zumindest seiner Lösung näher gebracht worden, das die juristische und betriebswirtschaftliche Bilanzliteratur seit jeher stark beschäftigte. Zunächst neigte in diesem Punkt die Ansicht der Fachliteratur dazu, die Eventualverbindlichkeiten aus dem Giralobligo z. B. als vollwertige Schuldposition in die Bilanz selbst aufzunehmen. (2) Dieser Auffassung aber wurde mit Recht widersprochen, da im Augenblick der Weitergabe der Wechsel oder Schecks eine tatsächliche Verpflichtung der weitergebenden Gesellschaft nicht besteht; von einer tatsächlichen Verbindlichkeit

(1) Schlegelberger/Quassowski, a. a. O. Anmerkung 5 zu § 166

(2) Vgl. Rehm, a. a. O., Seite 230

kann man nämlich erst dann sprechen - wie gleich von Anfang an gegen die oben angeführten Ansichten eingewendet wurde -, wenn die Regreßforderung auch tatsächlich geltend gemacht worden ist. (1)

Im Aktiengesetz wurde die Behandlung der Eventualverbindlichkeiten nicht einheitlich geregelt; je nach der realen Bedeutung dieser Verbindlichkeiten für die finanzielle Lage der Gesellschaft wurde entweder Bilanzierung oder Angabe im Geschäftsbericht vorgesehen. Diese Differenzierung der Eventualverbindlichkeiten durch den Gesetzgeber kann nur begrüßt werden. Die Gläubiger der Gesellschaft auf der einen Seite wollen nämlich von der Gesellschaft erfahren, ob und in welchem Umfang Eventualverbindlichkeiten vorhanden sind. Andererseits aber gibt es Eventualverbindlichkeiten in so großer Zahl, deren vollständige Erfassung in der Bilanz das Zahlenwerk der Bilanz nur entstellen würde. Die Passivierung von Eventualverbindlichkeiten sieht das Aktiengesetz nur dann vor, wenn diese Verbindlichkeiten aus Bürgschaften oder Gewährleistungsverträgen stammen. Die Passivierung von Eventualverbindlichkeiten suspendiert dabei die Berichtspflicht. Es kann sich allerdings als notwendig erweisen, im Erläuterungsbericht auf die Bürgschaften oder Gewährleistungsverträge noch näher einzugehen.

Von der Berichtspflicht erfaßt werden vor allem die Verbindlichkeiten, die sich aus dem Wechsel- oder Scheckobligo ergeben, sowie Akzeptverbindlichkeiten, die ausnahmsweise in der Bilanz nicht ausgewiesen werden können. Eine Befreiung von der Berichtspflicht über solche Haftungsverhältnisse ergibt sich nur dann, wenn durch eine entsprechende Formulierung des Indossaments (sog. "Ohne Obligo-Klausel") die Haftung ausgeschlossen worden ist.

Die Angabe des Giralobligos hat zahlenmäßig zu erfolgen. Ein bloßer Hinweis auf das Bestehen und die Art der Haftung genügt in der Regel nicht, denn den Beteiligten kommt es ja gerade auf die Kenntnis der Höhe des Obligos ganz besonders an. (2) Eine Ausnahme von dieser Regel verdient hier erwähnt zu werden: Für die sog. "Arbeitsbeschaffungswechsel" der Reichsregierung in den dreißiger Jahren war

(1) Vgl. Simon: "Betrachtungen", a. a. O., Seite 403 ff.

(2) Adler/Düring/Schmaltz, a. a. O., § 128, Tz. 14

die Angabe der Höhe des Obligos nicht erforderlich; hier waren aber wohl in erster Linie politische Gründe ausschlaggebend. (1)

Die Bonität der Akzeptanten spielt bei der Prüfung darüber keine Rolle, ob eine Verbindlichkeit aus dem Giralobligo berichtspflichtig ist. Die Praxis mancher Aktiengesellschaften, das Wechselobligo bestimmter Akzeptanten unzweifelhafter Bonität (z. B. eines öffentlichen Auftraggebers, der Bundesbahn usw.) im Geschäftsbericht nicht anzugeben, kann deshalb nicht gebilligt werden. (2) Die Bonität der Akzeptanten ist danach seitens der Gesellschaft nur bei der Bemessung einer eventuell erforderlichen Rückstellung in der Bilanz zu berücksichtigen.

Bestritten ist, ob die Verbindlichkeiten aus Kautions- und Mobilisierungswechseln im Geschäftsbericht angegeben werden müssen. Die Berichtspflicht wird teilweise verneint mit der Begründung, durch einen Mobilisierungswechsel werde nur eine gewöhnliche Verbindlichkeit, z. B. ein Bankkredit, in einen Wechselkredit umgewandelt. Die Berichtspflicht bejaht hingegen Walb mit dem m. E. durchschlagenden Argument, daß der Mobilisierungswechsel durch einen gutgläubigen Wechselinhaber ohne weiteres zur Vorlage gebracht werden kann. Allerdings empfiehlt auch Walb einen gesonderten Ausweis solcher Eventualverbindlichkeiten aus Mobilisierungswechseln, um eine ungesunde Aufblähung der ausgewiesenen Haftungsverhältnisse zu vermeiden. (3)

Auch die Stellungnahmen zur Frage der Angabe des Obligos aus Kautionswechseln im Geschäftsbericht sind nicht einheitlich. Als Kautionswechsel bezeichnet man Wechsel, die bei einer Bank, bei einem Treuhänder oder einer sonstigen Stelle hinterlegt sind und nur dann in Verkehr gebracht werden dürfen, wenn der Aussteller mit der Erfüllung seiner Verbindlichkeiten in Verzug gekommen ist. Nach Trumpler (4) und Adler/Düring/Schmaltz (5) unterliegen Kautions-

(1) Vgl. Gutachten des Fachausschusses Nr. 7/1934 in "Der Wirtschaftstreuhänder", 1934, Seite 528

(2) Stellungnahme des Hauptfachausschusses, mitgeteilt in "Die Wirtschaftsprüfung", 1951, Seite 19

(3) Walb, a. a. O., Seite 62

(4) Trumpler: "Die Bilanz der Aktiengesellschaft",

wechsel nur dann der Berichtspflicht, wenn die Kautionswechsel zu Gunsten Dritter ausgestellt worden sind. Adler/Düring/Schmaltz überlegen aber, ob es in diesem Falle nicht noch besser wäre, die Kautionswechsel wie Bürgschaften zu behandeln und als solche in die Vorspalte der Bilanz aufzunehmen. (6)

Anderer Meinung sind Welland (7) und Schlegelberger/Quassowski (8), die das Obligo aus Kautionswechseln auf jeden Fall im Geschäftsbericht angegeben wissen wollen. Noch weiter geht Walb, dem die Erwähnung des Obligos aus Kautionswechseln im Geschäftsbericht nicht genügt. Walb fordert die Passivierung der Kautionswechsel, weil der Wechselanspruch von dem Wechselinhaber ohne Rücksicht auf die Berechtigung geltend gemacht werden könne. Die Angabe des Obligos aus Kautionswechseln im Geschäftsbericht genügt nach Walb nur dann, wenn am Bilanzstichtag auf keinen Fall mit der Vorlage dieser Wechsel gerechnet werden muß. (9) Ob eine solche Differenzierung in der Behandlung der Kautionswechsel angebracht ist, erscheint zweifelhaft; im Interesse der Gläubiger wäre es jedenfalls von Vorteil, wenn der Gesetzgeber zu diesem Problem in eindeutiger Weise Stellung nehmen würde.

Ähnlich zu beurteilen ist die Behandlung der Gefälligkeitsakzepte, deren Höhe auf jeden Fall im Geschäftsbericht anzugeben ist, wenn sie nicht gar passiviert werden müssen. Die Angabe des Obligos aus Akzeptverbindlichkeiten darf dabei auf gar keinen Fall um den Betrag der Gefälligkeitsakzepte vermindert im Geschäftsbericht ausgewiesen werden. (10)

Allgemein bekannte Haftungsverhältnisse müssen auch im Geschäftsbericht nicht angegeben werden. Darunter fallen

Basel, 1950, Seite 240

(5) Adler/Düring/Schmaltz, a. a. O., § 128, Tz. 38

(6) Adler/Düring/Schmaltz, a. a. O., § 128, Tz. 38

(7) Welland, zitiert nach "Wirtschaftstreuhand-Jahrbuch 1939", Seite 244

(8) Schlegelberger/Quassowski, a. a. O., § 128, Anmerk. 14

(9) Walb, a. a. O., Seite 61

(10) Vgl. Semler in "Der Wirtschaftsprüfer", 1932

Seite 276

z. B. Eventualverbindlichkeiten, die auf einer gesetzlichen Verpflichtung beruhen, z. B. zur Erstattung von Bergschäden, Ansprüche Dritter aus der Tierhalter- und Kraftfahrzeughaftung usw. mit denen im täglichen Verkehr gerechnet werden muß.

Ganz besonders wichtig ist der Geschäftsbericht für die Gläubiger einer Aktiengesellschaft deshalb, weil sie aus ihm den Umfang der Pfandbestellungen, Sicherungsübereignungen, Sicherungsabtretungen, nicht branchenüblichen Eigentumsvorbehalten des Umlaufvermögens der Schuldner-Gesellschaft entnehmen können. Aus der Bilanz gehen dingliche Belastungen des Aktivvermögens nämlich nur in Ausnahmefällen hervor (z. B. durch den gesonderten Ausweis von Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden).

Die Bedeutung der Sicherungsübereignung in der Wirtschaft ist unter dem Einfluß der prekären Lage vieler Unternehmungen dauernd angestiegen, so daß man beinahe heute schon sagen kann, daß der Realkredit den Personalkredit vollständig verdrängt hat. Durch die Absicherung ihres Kredits erfahren die begünstigten Gläubiger zweifellos einen ganz beachtlichen Vorteil vor den übrigen Gläubigern. So steht z. B. nach § 771 ZPO dem begünstigten Gläubiger ein Interventionsrecht zu, durch das er die Pfändung einer ihm übereigneten Sache beim Schuldner wirksam verhindern kann.

Diese bevorzugte Stellung der gesicherten Gläubiger bringt natürlich eine entsprechende Einbuße der Rechte der übrigen Gläubiger auch im Konkurs mit sich. Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise traf der Gesetzgeber im Rahmen der Aktienrechtsnovelle die Bestimmung, daß sämtliche, aus der Bilanz nicht ersichtlichen Belastungen des Aktivvermögens einer Aktiengesellschaft im Geschäftsbericht angegeben werden müssen, um die tatsächliche Vermögenslage der Gesellschaften durchsichtiger zu machen. Eine Alternative zu dieser Lösung wäre die gesonderte Aufnahme der abgesicherten Verbindlichkeiten in die Bilanz gewesen. Diese Lösung hätte den Bedürfnissen der Gläubiger sicher noch besser entsprochen, als die Angabe im Geschäftsbericht; von dieser Möglichkeit hat aber der Gesetzgeber wohl auf das Drängen der Wirtschaft hin keinen Gebrauch gemacht.

Wenn für die Publizierung der Belastung des Gesellschaftsvermögens durch Pfandbestellungen also schon das schwächere Publizitätsmittel, nämlich der Geschäftsbericht, gewählt worden ist, dann erscheint es zweckmäßig, an den Umfang der Berichterstattung über diesen Punkt einen strengen Maßstab anzulegen. So haben also z. B. die Banken auch dann auf die Belastung ihres Aktivvermögens hinzuweisen, wenn sie bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau einen Kredit aufgenommen und dafür die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheiten zur Verfügung gestellt haben. Allerdings wird in diesem Falle die Angabe der Größenordnung der Haftungsverhältnisse genügen. (1)

Auch auf die Belastung des Gesellschaftsvermögens durch den Lastenausgleich ist in diesem Zusammenhang bei der Berichterstattung einzugehen, wenn nicht etwa die Lastenausgleichsschuld bereits in der Vorspalte der Bilanz ausgewiesen sein sollte. Aber auch wenn die Höhe der Schuld aus der Bilanz selbst hervorgehen sollte, kann auf eine Berichterstattung über die Behandlung der Lastenausgleichsabgaben im Gläubigerinteresse nicht ganz verzichtet werden. Die genaue Prüfung der durch den Lastenausgleich entstandenen Verpflichtungen der Gesellschaften gehört ja auch als ein wichtiger Bestandteil zur Kreditwürdigkeitsprüfung, weil die künftige Rentabilität und Liquidität der Gesellschaft von dieser Schuld sehr stark beeinflußt werden wird. (2)

Die Berichterstattung über die Auswirkungen des Lastenausgleichs auf die Lage der berichtenden Gesellschaft muß in dem Jahre besonders ausführlich gehalten sein, in dem der Lastenausgleich sich erstmals ausgewirkt hat. (3) Aber auch in den späteren Jahren müssen Änderungen in der Behandlung der Abgaben im Geschäftsbericht erläutert werden. Karoli fordert z. B. im Falle einer vorzeitigen Ablösung einzelne Abgaben über die Art der Berechnung des Gegenwartswerts und des Ablösungsbetrags, über aufgelöste Rücklagen, über durch die Ablösung frei gewordene Buchgewinne usw.

(1) Vgl. Wirtschaftsprüfer-Jahrbuch 1954", Seite 370

(Fußnote) und "Die Wirtschaftsprüfung" 1954, Seite 90

(2) Vgl. Hintner in "Taschenbuch für Betriebswirte 1954", Seite 126

(3) Karoli in "Der Wirtschaftsprüfer", 1952, Seite 322

Bei der Prüfung, ob in einem Einzelfalle eine dingliche Belastung im Geschäftsbericht angegeben werden muß, ist bedeutungslos, ob die belastete Sache beim Sicherungsgeber bilanziert ist. Deshalb ist auch die Weiterbelastung empfangener Sicherheiten, die ja beim Sicherungsnehmer nicht aktiviert werden, im Geschäftsbericht mitzuteilen. Die Angaben über dingliche Belastungen des Gesellschaftsvermögens haben in erster Linie dem Schutze der Gläubiger zu dienen. Dabei aber ist es vollständig gleichgültig, ob die Sicherung durch bilanzierte oder nicht bilanzierte Vermögensteile erfolgt ist. (1) Die Weiterbelastung von fiduziärischem Vermögen ist deshalb im Geschäftsbericht in gleicher Weise angabepflichtig, wie die Belastung von Vermögensteilen, die in der Bilanz nicht mehr erscheinen, weil sie inzwischen bereits abgeschrieben worden sind.

Ebenso wie allgemein bekannte Eventualverbindlichkeiten im Geschäftsbericht nicht angegeben werden müssen, bleiben auch die gesetzlichen Pfandrechte der Vermieter, Verpächter, Lagerhalter, Spediteure und Frachtführer von der Berichtspflicht befreit. Solche Pfandrechte sind erst dann im Geschäftsbericht anzugeben, wenn die Haftungsgefahr einzutreten droht, etwa weil wesentliche Miet- oder Pacht-schulden, rückständige Lagergebühren usw. eine Geltend-machung der Ansprüche der Vermieter, Verpächter, Lagerhalter usw. erwarten lassen. Erst dann, wenn in einem derartigen Fall das Risiko "ungewöhnlich oder erheblich" ist, sind derartige Eventualverbindlichkeiten im Geschäftsbericht anzugeben oder gar in der Bilanz durch eine Rückstel-lung zu berücksichtigen. (2)

Berichtspflichtig sind nur die passiven Haftungsverhältnisse. Die sog. "Eventualanprüche" werden anders bewertet, als die Eventualverbindlichkeiten. Heute gilt eine Forderung als besonders gut, wenn sie dinglich gesichert ist. In der Vor-weltkriegszeit war dies anders. Rehm forderte z.B. noch im Geschäftsbericht einen Hinweis darauf, ob ein gewährter Kredit "ein offener oder ein bedeckter" ist, weil in der Zeit des Personalkredits tatsächlich ein "bedeckter" Kredit die

(1) Ruckdeschel in "Der Wirtschaftsprüfer",
1934, Seite 75

(2) Trumpler: "Die Bilanz der AG", Seite 241

Güte dieser Forderung in Frage stellte. (1)

IV. Berichterstattung über die stillen Reserven

Für den Gläubiger gibt es bei der Schuldner-Gesellschaft kein Problem der stillen Reserven. Das Interesse des Gläubigers beschränkt sich in der Regel darauf, daß das haftende Vermögen des Schuldners die Verbindlichkeiten zu decken vermag. Vom Gläubigerstandpunkt aus gesehen, ist eine Politik der stillen Reserven seitens der Schuldner-Gesellschaft deshalb nur zu begrüßen, weil dadurch Vermögenswerte den Aktionären vorenthalten werden, die das haftende Vermögen der Gesellschaft vergrößern. Tatsächlich ist auch die Wahrung der Gläubigerinteressen ein Hauptargument der Befürworter von stillen Reserven. Der Gläubiger wird demzufolge auch kaum großen Wert darauf legen, daß durch eine ausführliche Berichterstattung der Gesellschaft über ihre Bewertungspolitik die Schaffung von weiteren stillen Reserven verhindert wird.

Der Gläubiger hat also in der Regel an der Berichterstattung der Gesellschaft über die Bewertungspolitik nichts auszusetzen, wenn durch sie die Bildung stiller Reserven ermöglicht wird. Anders aber liegt die Interessenlage bei der Auflösung stiller Reserven.

Hier werden eher die Aktionäre auf eine Verheimlichung dieses Vorgangs in der Öffentlichkeit hinwirken, da die Gesellschaft dadurch vielleicht Dividenden ausschütten kann, die im vergangenen Geschäftsjahr nicht verdient worden sind. Nach den Grundsätzen getreuer Rechnungslegung aber ist an die Berichterstattung über die Auflösung stiller Reserven ein wesentlich strengerer Maßstab anzulegen, als an die Berichterstattung über die Bildung. Im Gläubigerinteresse soll nämlich auf alle Fälle verhindert werden, daß in den Veröffentlichungen der Gesellschaft eine zu günstige Ertragslage vorgetäuscht wird. (2)

Die Ansichten darüber, wann eine Auflösung stiller Reserven im Geschäftsbericht mitgeteilt werden muß, sind nicht einheitlich. Das Reichsgericht ist z. B. der Auffassung, daß

(1) Rehm, a. a. O., Seite 860 (Fußnote IV)

(2) Walb, a. a. O., Seite 39

über die Auflösung stiller Reserven nur dann berichtet werden muß, wenn sie den Gepflogenheiten eines ordentlichen Kaufmanns nicht mehr entspricht. (1)

Es erscheint mehr als fraglich, ob diese verhältnismäßig freizügige Auffassung des Reichsgerichts den Ansprüchen der Gläubiger an die Publizität der Aktiengesellschaft genügen kann. Jedenfalls wird man eine Verfälschung schlechter Jahresergebnisse in gute durch die versteckte Auflösung stiller Reserven nicht billigen können. Eine entsprechende Erläuterung von unterlassenen oder zu geringen Abschreibungen - einer Methode zur Auflösung stiller Reserven - im Geschäftsbericht ist nach den Grundsätzen einer getreuen Rechnungslegung unerlässlich. Hat der Vorstand im Geschäftsbericht über derartige Vorgänge nichts berichtet, sollte der Wirtschaftsprüfer eine Unterrichtung der Öffentlichkeit veranlassen. Weigern sich Vorstand und Aufsichtsrat, den Geschäftsbericht auf Ansuchen des Prüfers in dieser Hinsicht zu ergänzen, empfiehlt sich inkrassen Fällen die Einschränkung oder gar Verweigerung des Prüfungsvermerks. Auf jeden Fall aber sollte eine entsprechende Bemerkung im Prüfungsbericht enthalten sein.

Besonders wichtig ist für die Gläubiger die Berichtspflicht dann, wenn es sich um die sog. "automatische" Auflösung von stillen Reserven beim Vorratsvermögen handelt. Durch Höherbewertung von Vorräten entstandene Erträge müssen nämlich nicht unter den außerordentlichen Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesen werden und würden deshalb nicht bekannt werden, wenn nicht im Geschäftsbericht darüber zu berichten wäre.

Eine Auflösung stiller Reserven ist also auf jeden Fall im Geschäftsbericht zu diskutieren. Von der Berichtspflicht entbindet dabei nicht einmal, daß die Auflösung unter den außerordentlichen Erträgen ausgewiesen worden ist. (2) Diese Tatsache ist an sich überraschend. Normalerweise nennt man nämlich den Geschäftsbericht ein "Publizitätsmittel minderen Ranges", weil er eigentlich nur die Aufgabe hat, das den Interessenten noch mitzuteilen, was durch das Zahlenwerk der Bilanz und der Erfolgsrechnung nicht genügend

(1) Reichsgericht zitiert nach Weste, a. a. O., Seite 96

(2) Vgl. "Wirtschaftstreuhänder-Jahrbuch 1939", S. 240

zum Ausdruck gebracht werden kann.

V. Berichterstattung über die Konzernbeziehungen

Den Anstoß für die Diskussion über die Konzernpublizität gab die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Die rasch aufeinander folgenden Unternehmenszusammenbrüche zeigten damals ganz klar, daß die bis dahin üblichen Kautelen nicht mehr ausreichten, um das Publikum und vor allem die Gläubiger der Konzerne vor Verlusten zu schützen. Als bestes Mittel für eine wirksamere Konzernkontrolle wurde seinerzeit von zahlreichen Schriftstellern die gesetzliche Einführung der Konzernbilanzierung gefordert; diese Forderung wurde aber weder 1931 noch 1937 berücksichtigt, weil nach der amtlichen Begründung erst die Herausbildung einheitlicher Grundsätze für die Aufstellung einer konsolidierten Bilanz abgewartet werden sollte. Als wichtigsten Ansatzpunkt für eine verbesserte Konzernkontrolle brachte die Aktienrechtsnovelle von 1931 den gesonderten Ausweis der Beteiligungen und der Forderungen an Konzernunternehmen, sowie die Verpflichtung, im Geschäftsbericht auf die Konzernbeziehungen näher einzugehen. Diese Regelung war für die Gläubiger kein Vorteil, wie die Erfahrungen gezeigt haben. Die sehr dehnbaren Vorschriften über die Konzernberichterstattung konnten nämlich ohne gleichzeitige Vorlage konsolidierter Bilanzen eine wirksame Konzernkontrolle nicht ermöglichen.

Die Konzernkontrolle durch eine ausreichende Berichterstattung ist im Interesse der Konzerngläubiger aber unbedingt erforderlich. Ein Beispiel mag das Problem deutlicher machen: Eine Holdinggesellschaft A hinterlegt ihren Beteiligungsbesitz an Wertpapieren der Gesellschaft B bei der Bank C als Sicherheit für einen Bankkredit. Die Gesellschaft B aber hatte bereits vorher bei einer anderen Bank gegen Verpfändung ihrer gesamten Aktiva selbst einen Kredit in Anspruch genommen. Praktisch wurde dadurch das Vermögen der Gesellschaft B zweifach von den Kreditgebern beliehen. Dieses Beispiel mag primitiv sein. Es zeigt aber deutlich, was z. B. Westphal mit der Bemerkung meinte, durch die Konzernbildung seien dem Kreditgewerbe die Grundla-

gen für die Kreditgewährung entzogen worden. (1)

Diese Ansicht ist in ihrer krassen Formulierung zweifellos übertrieben. Wahr ist aber, daß die Banken durch Konzernmanipulationen in ganz erheblichem Maße geschädigt worden sind, weil sie bei ihren Kreditwürdigkeitsprüfungen die Konzernverhältnisse zu wenig berücksichtigt hatten. Die Banken verlangen deshalb heute vor der Gewährung eines größeren Kredits an eine Konzerngesellschaft neben der Vorlage einer Einzelbilanz auch noch die einer konsolidierten Bilanz für den Gesamtkonzern.

Ein weiterer Punkt, der eine gute Konzernberichterstattung als besonders wichtig erscheinen läßt, ist die Möglichkeit, durch verschiedene Bilanzstichtage in den einzelnen Konzerngesellschaften frisierte Einzelbilanzen zu veröffentlichen. Eine Benachteiligung der Gesellschaftsgläubiger ist dabei um so leichter möglich, als in den meisten Fällen auch der Wirtschaftsprüfer bei der Prüfung der Einzelgesellschaften nicht den Überblick besitzen kann, der zur Aufdeckung solcher Manipulationen notwendig wäre. Als klassischen Fall könnte man hier vielleicht den Kreugerkonzern anführen, bei dem Wertpapiere aus dem Besitz von beherrschten Gesellschaften vorübergehend in das Portefeuille der Obergesellschaft genommen und dort bilanziert worden sind. Die schwedischen Wirtschaftsprüfer konnten diesen Schiebung unmöglich auf die Spur kommen, da die fraglichen Wertpapiere einer schweizerischen Untergesellschaft des Kreugerkonzerns gehörten, die von ihnen nicht geprüft werden konnte.

Eine Einbeziehung der Konzernverhältnisse in die Kreditwürdigkeitsprüfung ist also unbedingt notwendig. Eine Bank wird vor der Hingabe eines größeren Darlehens an eine Konzerngesellschaft die Vorlage einer Konzernbilanz verlangen und auf Grund ihrer Machtposition wohl auch erreichen können. Die übrigen Gläubiger einer Konzerngesellschaft aber werden in der Regel auf das angewiesen bleiben müssen, was die Gesellschaft unter dem Druck der gesetzlichen Publizitätsvorschriften in ihrer Bilanz, Gewinn- und Verlust-

(1) Westphal: "Die Publizität im deutschen Konzernwesen und ihre Wahrung durch die Wirtschaftsprüfung", Leipzig 1937, Seite 50, Diss.

rechnung und ihrem Geschäftsbericht anzugeben verpflichtet ist. Die Konzernpublizität de lege lata gewährt aber dem Gläubiger noch nicht den Einblick in die Verhältnisse des Konzerns, den er zur richtigen Beurteilung der Vermögensverhältnisse einer einzelnen Konzerngesellschaft benötigt.

Das Problem der Konzernpublizität wird m. E. erst dann einer Lösung ziemlich nahe sein, wenn alle Konzerne zur Veröffentlichung ihrer konsolidierten Bilanzen verpflichtet sind. Die Mustersatzung für die neugeordneten Unternehmungen der Kohle- und Eisenindustrie weist dabei den Weg: Die Veröffentlichung der konsolidierten Bilanzen in den Geschäftsberichten der Obergesellschaften der Konzerne. Diese Methode empfiehlt sich nicht nur aus Kostengründen (Insertionskosten!), sondern auch deshalb, weil sich die konsolidierte Bilanz in den Rahmen der Erläuterungen der Konzernverhältnisse im Geschäftsbericht sehr gut einfügen läßt. (1)

VI. Berichterstattung über die Liquiditätslage der Unternehmung

Ein wichtiger Bestandteil der Kreditwürdigkeitsprüfung ist die Prüfung der Zahlungsbereitschaft einer Unternehmung. Grundlage und Ausgangspunkt der Liquiditätsrechnung ist zwar die Bilanz und die gebräuchlichste Methode der Liquiditätsberechnung ist deshalb auch die Bilanzkritik. Da der Gläubiger einer Aktiengesellschaft in den meisten Fällen, der Obligationsgläubiger sogar ausschließlich bei seinen Liquiditätsberechnungen auf die Ergebnisse der externen Bilanzkritik angewiesen sein wird, die externe Bilanzkritik aber auf die Kenntnis der Bewertung, der Umsätze usw. nicht verzichten kann, besitzt der Geschäftsbericht für den Gläubiger auch bei der Liquiditätsberechnung größten Wert. (2)

Der Geschäftsbericht muß dem Bilanzkritiker also auf jeden Fall für seine Arbeiten wichtiges Ergänzungsmaterial liefern. Er würde aber für die Liquiditätsberechnung noch ganz erheblich an Wert gewinnen, wenn er auch eine Darstellung

(1) Vgl. die Ausführungen in den Kapiteln III und VI

(2) Vgl. die Ausführungen in Kapitel VII

der Geldbewegung enthielte. (1) Diese Geldbewegungsdarstellung könnte dabei zunächst in Anlehnung an die Bauersche "Bewegungsbilanz" in Tabellenform erfolgen. Für die Zwecke der Geschäftsberichterstattung besser geeignet wäre aber die Darstellung der Geldbewegung nach amerikanischem Muster in Berichtsform. (2) Eine Geldbewegungsdarstellung im Geschäftsbericht wäre für die Gläubiger einer Unternehmung zweifellos von größtem Wert.

(1) Vgl. Strobel: "Die Liquidität", 2. Aufl., Stuttgart 1953, Seite 150

(2) Käfer: "Der Liquiditätsausweis, ein neuer Bestandteil der Jahresrechnung", Zürich 1949 zit. nach Strobel a. a. O., Seite 154 mit mehreren Beispielen amerikanischer Statements of Sources and Application of Funds (= Geldbewegungsdarstellungen)

V. K A P I T E L

Das Interesse der Belegschaft am Geschäftsbericht

I. Das Problem

Es besteht in der Arbeiterschaft ein sehr großes Interesse an den Problemen der Wirtschaft im allgemeinen und deshalb auch ganz bestimmt an denen des eigenen Betriebes im besonderen. Dieses Informationsbedürfnis über die wirtschaftliche Lage des Betriebes ist aber leider von den maßgeblichen Stellen der Wirtschaft noch viel zu wenig anerkannt. Um so besser wissen sich die unternehmensfeindlichen Interessentengruppen in den Betrieben dieses Informationsbedürfnisses zu bedienen. Zeitweise bestanden in der Bundesrepublik an die 600 kommunistische Werkzeugzeitungen. Die Bedeutung dieser Beeinflussung der Arbeitnehmerschaft durch solche Sprachrohre der Kommunisten kann man am besten aus dem offenen Geständnis der westdeutschen KP-Zeitung "Freies Volk" vom 21. Juni 1953 ersehen, die damals meinte: "Die Betriebszeitung ist die Hauptwaffe der Betriebsgruppe im Betrieb!" (1)

Die kommunistischen Parolen in diesen Werkzeugzeitungen fallen bei der Arbeiterschaft auf fruchtbaren Boden, weil sich die Arbeiter in der Regel vollkommen falsche Vorstellungen über die tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten in den Unternehmungen machen. Eine große westdeutsche Zeitschrift veranstaltete eine Umfrage unter den Arbeitnehmern verschiedener Unternehmungen und stellte fest, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz der öffentlichen Meinung z. B. über das Verhältnis der Gewinne der Unternehmungen zu den freiwilligen sozialen Aufwendungen richtige Vorstellungen besitzt. (2)

In diesem Zusammenhange ist es sehr interessant, das Ergebnis einer amerikanischen Umfrage mit den deutschen Erfahrungen zu vergleichen. In einer Zusammenfassung mehrerer Befragungen repräsentativer Schichten des ame-

(1) Zitiert nach Simons: "Handbuch der betrieblichen Publizistik", München 1954, Seite 219

(2) Forberg in "Sonderheft des Volkswirt", a. a. O., S. 25

rikanischen Volkes ergab sich ein für amerikanische Verhältnisse bestürzendes Bild:

25 % der Bevölkerung wünschte eine Veränderung im politischen, sozialen und wirtschaftlichen System des Landes; 43 % der Bevölkerung nimmt allen Ernstes an, sie würde im Falle einer Sozialisierung höhere Löhne erhalten; nur einer unter fünf befragten Angestellten hatte eine genaue Kenntnis über seine eigene Stellung in seinem Betrieb und der Wirtschaft. (1)

Dabei muß berücksichtigt werden, daß in den Vereinigten Staaten die betriebliche Publizistik bereits viel weiter entwickelt ist als bei uns. In Deutschland ist eine Berichterstattung der Unternehmensleitung der Belegschaft gegenüber noch sehr selten; das kann man schon daraus erkennen, daß bei uns jeder gute Sozialbericht in den Wirtschaftszeitungen eingehend besprochen wird. In den USA haben dagegen bereits im Jahre 1947 28 % eines repräsentativen Querschnitts der amerikanischen Gesellschaft besondere Sozialberichte veröffentlicht, eine Zahl, die seither wahrscheinlich noch angestiegen ist (1954 waren es immerhin erst 22 %). (2) Und doch konnten diese Sozialberichte noch nicht verhindern, daß sich in der Öffentlichkeit derart falsche Vorstellungen über die Unternehmungen bilden konnten.

Die unternehmensfeindlichen Kräfte in den deutschen Unternehmungen nützen die Chance, die ihnen das Informationsbedürfnis der Arbeitnehmer einerseits und die mangelhafte betriebliche Berichterstattung der Unternehmensleitungen andererseits bietet. Die kommunistischen Werkzeitungen haben deshalb zum Teil Erfolge, die geradezu sensationell wirken. Erinnert sei hier nur an die Ergebnisse der letzten Betriebsratswahlen in großen westdeutschen Industriebetrieben. (3)

Die Aktivität der unternehmensfeindlichen Kräfte in den Betrieben auf publizistischem Gebiet zeigt, daß die Unterneh-

(1) Zit. nach "The Traffic Club of New York Bulletin", Feb. 1948

(2) Untersuchung der Opinion Research Corporation aus dem Jahre 1947, zitiert nach Peters, a. a. O., S. 57

(3) Vgl. z. B. "Der Spiegel", 1955, Nr. 51, Seite 31

mungen von sich aus für eine objektive Unterrichtung der Belegschaft über die tatsächliche wirtschaftliche Situation der Firma sorgen sollten. Gerade im Hinblick auf die Erfolge der kommunistischen Werkzeugzeiungen muß festgestellt werden, daß die Information der Belegschaft eine wichtige Führungsaufgabe im Unternehmen darstellt. (1)

II. Rechtliche Grundlagen der Berichterstattung gegenüber der Belegschaft

Das Aktiengesetz hat zum Problemkreis "Sozialbericht" und einem Recht der Belegschaften auf Information durch die Unternehmensleitungen nicht Stellung genommen, obwohl diese Fragen bereits in weiteren Kreisen diskutiert wurden. Ob und inwieweit im Geschäftsbericht für die Aktionäre über die sozialen Leistungen der Gesellschaft berichtet werden muß, hängt deshalb einzig und allein davon ab, ob diese Berichterstattung für die Aktionäre zur Beurteilung der Lage der Gesellschaft notwendig ist.

Die Auffassungen zu dieser Frage gehen allerdings auseinander. Adler/Düring/Schmaltz halten z. B. den Geschäftsbericht der Gesellschaft für unvollständig, wenn der "Sozialbericht" fehlt, (2) der Kommentar von Baumbach/Hueck hingegen erwähnt den Sozialbericht überhaupt nicht. Fest steht jedenfalls, daß sich aus dem Aktiengesetz direkt keine Rechtsansprüche der Arbeitnehmer auf eine Berichterstattung der Unternehmensleitung über die wirtschaftliche Lage der Firma ableiten lassen. Um so wichtiger ist es für die Arbeitnehmer deshalb, daß ihnen neuerdings durch das Betriebsverfassungsgesetz grundsätzlich ein Recht auf Information zugestanden worden ist.

Aber auch dem Betriebsverfassungsgesetz ist vorerst ein Informationsrecht des einzelnen Arbeitnehmers noch fremd. Ein ausdrückliches Informationsrecht billigt das Gesetz nur einem besonders zu bildenden "Wirtschaftsausschuß" zu, der in Betrieben mit mehr als 500 Arbeitnehmern vor allem der gegenseitigen Unterrichtung der Sozialpartner in wirtschaft-

(1) Vgl. "Volkswirt" Sonderheft vom 31. 3. 1956, Seite 80

(2) Adler/Düring/Schmaltz a. a. O., § 128, Tz. 12

lichen Angelegenheit zu dienen hat. (1)

Dieser Ausschuß hat nach § 67, Abs. II Betr. Verf. Ges. einen Anspruch auf laufende Unterrichtung über alle wirtschaftlichen Fragen im Betrieb. Die Berichtspflicht des Unternehmers erstreckt sich dabei sogar auf die Pläne im vorbereitenden Stadium. (2) Insbesondere aber hat der Unternehmer über folgende Punkte vor dem Ausschuß zu berichten: 1. Fabrikations- und Arbeitsmethoden; 2. Produktionsprogramm; 3. die wirtschaftliche Lage des Unternehmens; 4. die Produktions- und Absatzlage; 5. sonstige Vorgänge, welche die Interessender Arbeitnehmer besonders berühren. (Vgl. § 67, Abs. III Betr. Verf. Ges.)

Die Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses hat unaufgefordert zu erfolgen. Der Unternehmer ist aber nur insoweit zur Auskunftserteilung verpflichtet, als die Ausführung der Pläne des Unternehmens durch eine vorzeitige Bekanntgabe nicht verhindert oder gestört werden kann. Eine Störung der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Unternehmensleitungen und Wirtschaftsausschuß durch eine übertriebene Geheimniskrämerei ist jedoch zu vermeiden. (3)

Die Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses hat an Hand von Unterlagen zu erfolgen; zu den Unterlagen gehört neben der Handelsbilanz auch die Steuerbilanz. (4) Darüberhinaus hat der Unternehmer dem Ausschuß den Jahresabschluß zu erläutern und einen Bericht über die Lage der Gesellschaft zu geben.

Eine allgemeine Verpflichtung des Unternehmens, dem Betriebsrat oder dem Wirtschaftsausschuß den Jahresabschluß vorzulegen, besteht allerdings nicht. Dem Bundestag hatte zwar bei der Beratung des Betriebsverfassungsgesetzes ein Antrag vorgelegen, die Pflichten des § 143 Akt. Ges. auch auf die Vertretungen der Belegschaften auszudehnen; der

(1) Dietz: "Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz", München und Berlin 1953, Übersicht vor § 67

(2) Galperin: "Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz", 2. Auflage, Heidelberg 1953, Anmerkung 26 zu § 67

(3) Galperin, a. a. O., Anmerkung 26 zu § 67

(4) Galperin, a. a. O., Anmerkung 26 zu § 67

Antrag wurde jedoch abgelehnt. (1) Der Arbeitgeber sollte allerdings die Vorlage des Jahresabschlusses den Mitgliedern der Arbeitnehmervertretungen nicht verweigern, wenn der Abschluß nach § 143 Akt. Ges. veröffentlicht werden muß. (2)

Der Unternehmer hat vor dem Wirtschaftsausschuß vierteljährlich die Lage der Gesellschaft zu erläutern. In diesem Lagebericht sind alle für die Arbeitnehmer wichtigen Fragen zu behandeln. Solche wichtige Fragen sind z. B. die Entwicklung der Beschäftigtenzahl, geplante Betriebsumstellungen, der Umfang und die Zusammensetzung der sozialen Leistungen, das Produktionsprogramm und die allgemeine Marktlage. (3)

Dieser Lagebericht soll neben den Mitgliedern der Arbeitnehmervertretungen auch die übrige Arbeiterschaft über die wirtschaftliche Bedeutung ihrer Arbeit, über die Lage des Unternehmens und seine voraussichtliche Entwicklung unterrichten. (4)

Die Berichterstattung von den Arbeitnehmervertretungen soll in der Regel mündlich erfolgen. Der Unternehmer hat zwar das Recht, nicht aber die Pflicht, den Lagebericht schriftlich zu erstatten. Dieses Recht ist für den Unternehmer dann bedeutungsvoll, wenn die einzelnen Betriebsstätten des Unternehmens räumlich weit auseinanderliegen und eine mündliche Berichterstattung deshalb mit größeren Schwierigkeiten verbunden wäre.

Durch das Betriebsverfassungsgesetz wurde also ein Informationsrecht der Belegschaft in der Betriebsverfassung verankert, das in mehr als einer Beziehung über die Anforderungen an die Berichterstattung der Gesellschaften ihren Aktionären gegenüber hinausgeht. Das Informationsrecht ist zwar zunächst auf die Vertretungen der Arbeitnehmer beschränkt; für die kommende Entwicklung einer regelmäßigen Geschäftsberichterstattung der Unternehmungen ihren

(1) Fitting/Kraegeloh: "Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz", 3. Aufl., Frankfurt und Berlin 1953, Anmerkung 15 zu § 69

(2) Fitting/Kraegeloh, a. a. O.

(3) und (4) Galperin, a. a. O., Anmerkung 15 zu § 69

Mitarbeitern gegenüber wird dies allerdings kein Hindernis sein. Wichtig ist an der Regelung der Geschäftsberichterstattung der Unternehmungen vordem Vertretern der Arbeitnehmer vor allem, daß der Gesetzgeber der Belegschaft ein Informationsrecht überhaupt zugestanden hat.

Nach dieser grundsätzlichen Anerkennung des Informationsrechts der Arbeitnehmer durch den Gesetzgeber dürfte die Einführung einer besonderen Berichtspflicht der Gesamtbelegschaft gegenüber nur noch eine Frage der Zeit sein.

III. Voraussetzungen für eine Berichterstattung der Belegschaft gegenüber

Vor der Einführung einer möglichen Berichtspflicht der Unternehmer vor ihren Mitarbeitern, wird man sich zunächst einmal darüber klar werden müssen, in welcher Form diese Berichterstattung zu erfolgen hat. Dann aber wird vor allem zu überlegen sein, welche organisatorischen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, wenn die Belegschaft zuverlässig unterrichtet werden soll.

Als wichtige Vorarbeit zur Aufstellung eines Sozialberichts ist die Einführung eines "Sozialkontenplans" empfohlen worden (1). Zweck dieses Sozialkontenplans ist die Zusammenfassung aller Aufwendungen für die Mitarbeiter und die Aufstellung eines "Sozialtats", der über den materiellen Stand der betrieblichen Sozialarbeit Aufschluß geben kann. Der Sozialkontenplan eignet sich nicht nur dazu, eine zuverlässige Beurteilung des Kostenfaktors "Arbeit" im Betrieb zu ermöglichen, sondern liefert erst wirklich verlässiges Material für den Sozialbericht. Ohne eine solche, bis ins Einzelne differenzierte Methode zur Erfassung des innerbetrieblichen Sozialaufwands ist es buchtechnisch oft nämlich gar nicht möglich, den freiwilligen Sozialaufwand von dem gesetzlich vorgeschriebenen zu trennen. Es sei hier nur an die verschiedenen Geldzuwendungen an die Belegschaft (Jubiläumsspenden, Gratifikationen usw.) erinnert, die zunächst in den meisten Fällen unter den Löhnen und Gehältern ausgewiesen werden. Im Sozialbericht ist aber ein gesonderter Ausweis unbedingt erforderlich.

(1) Spiegelhalter in "Der Arbeitgeber", 1952, Seite 545

Durch die Einführung eines Sozialkontenplans soll auch die richtige Abgrenzung von Bezügen ermöglicht werden, die an Personen gezahlt werden, die nur zur Betreuung der Mitarbeiter angestellt worden sind. Diese Bezüge wurden bisher ebenfalls meistens unter den Gehältern bzw. Löhnen ausgewiesen, obwohl sie zu den freiwilligen sozialen Aufwendungen gerechnet werden müssen. Zu denken wäre in diesem Zusammenhang an die Löhne und Gehälter für die Werksschwester, die Werkskindergärtnerin, die nur die Kinder der im Betrieb beschäftigten Frauen zu betreuen hat, den Bibliothekar, Sportlehrer usw.

Ebenso wie die freiwilligen sozialen Aufwendungen von den Löhnen bzw. Gehältern für die Sozialberichterstattung genau abgegrenzt werden müssen, so sind auch in den allgemeinen Unkosten freiwillige soziale Aufwendungen versteckt. Durch den Sozialkontenplan soll also auch der gesonderte Ausweis der anteiligen Heizungs-, Reinigungs-, Instandhaltungskosten für Gemeinschaftsräume, Lehrlingsheime usw. ermöglicht werden.

Wenn der Geschäftsbericht für die Belegschaft ohne diese notwendigen organisatorischen Voraussetzungen abgefaßt werden muß, ergeben sich fast zwangsläufig zwischen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einerseits und dem Geschäfts- bzw. Sozialbericht andererseits Diskrepanzen, die die Glaubwürdigkeit des Sozialberichts empfindlich beeinträchtigen müssen. So hat z. B. eine chemische Fabrik (Aktienkapital 5,6 Mio DM) für das Jahr 1953 eine Lohn- und Gehaltssumme von 3,14 Mio DM) ausgewiesen. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung dieser Gesellschaft geht ferner hervor, daß die Firma 134.000,-- DM für freiwillige soziale Leistungen ausgeworfen hat. Im Geschäftsbericht dagegen findet man die Angabe, daß allein 306.000,-- DM für Weihnachtsgratifikationen aufgewendet worden seien. Außerdem berichtet die Gesellschaft, daß sie auch noch für die betriebliche Altersfürsorge, für verbilligte Ferienaufenthalte und die Schaffung verbilligten Wohnraums Vorsorge getroffen habe. (1)

Vergleicht man in diesem Falle die Angaben in der Bilanz und der Erfolgsrechnung mit denen des Geschäftsberichts,

(1) Nach Plum in "Der Arbeitgeber", 1954, Seite 653

dann kann man nur feststellen, daß es dabei am Zusammenhang der verschiedenen Mitteilungen fehlt. Der Arbeitnehmer, der naturgemäß den Angaben der Unternehmer über die Leistungsfähigkeit des Unternehmens und die Angemessenheit der betrieblichen Sozialleistungen skeptisch gegenübersteht, wird auf solche Differenzen sofort hinweisen und wohl vermuten, daß man ihn durch den Sozialbericht hinter Licht führen wollte. Die mangelhafte Ausgestaltung des Rechnungswesens kann in einem solchen Falle den Erfolg des Sozialberichts ernsthaft in Frage stellen.

IV. Inhalt des Geschäftsberichts für die Belegschaft, Form und Verteilung

Es ist nicht ganz einfach, festzustellen, was die Belegschaft von der Unternehmungsleitung erfahren will. Es wurde zwar vielfach versucht, Sozialberichte einer Erfolgskontrolle zu unterwerfen; so veranstaltete z. B. die Zellstoffabrik Waldhof einen Test unter ihren Belegschaftsmitgliedern, um Anhaltspunkte über den Erfolg ihrer anerkannt guten Sozialberichte zu erhalten. Dieser Test konnte allerdings nur eines mit ziemlicher Sicherheit beweisen: Das "Ankommen" eines Sozialberichts ist durch Tests kaum meßbar. Nur 3 % der Belegschaft haben auf den Test überhaupt geantwortet, obwohl für die Beantwortung der Testfragen sogar sehr schöne Preise ausgesetzt waren. Als die Testmethode versagte, wurden die Belegschaftsmitglieder in der Form eines Interviews über den Geschäftsbericht für die Belegschaft befragt. Dabei zeigte sich, daß von 201 Befragten 171 eine Unterrichtung der Belegschaft über die wirtschaftliche Lage ihres Unternehmens begrüßten. In 94 Fällen wurde der Sozialbericht auch von den Familienangehörigen gelesen.

Ganz allgemein wurde durch die Interviews festgestellt, daß die Ausführungen über das Unternehmen das weitaus größte Interesse fanden. Erst mit ziemlichem Abstand folgte in der Wertschätzung der Leser die Berichterstattung über die Sozialleistungen des Unternehmens. (1)

(1) Simon a. a. O., Seite 63

Daraus zeigt sich, daß das Schwergewicht im Sozialbericht nicht in den Luxusbädern, Idealsportplätzen usw. liegen darf, sondern in der Berichterstattung über die Arbeitsmöglichkeiten, über die Beschäftigungslage, die Arbeitsplatzgestaltung, die Einkommensverhältnisse, die Aufstiegsmöglichkeiten und die Begabtenförderung liegen muß.

Das Interesse der Arbeitnehmer an der Berichterstattung über diese Frage rührt daher, weil sie dem Bedürfnis des Arbeitnehmers nach Sicherheit entgegenkommt: Der Arbeiter wünscht, daß sein Arbeitsplatz gesichert ist und er dadurch sich und seinen Angehörigen einen angemessenen Lebensstandard erhalten kann. Der Arbeiter will wissen, ob er in seiner Firma vorwärts kommen kann und welche Möglichkeiten ihm zur Verfügung stehen, um dieses Ziel zu erreichen. Das besondere Interesse der Belegschaftsmitglieder gehört deshalb der Zahl der Beförderungen; aber auch die Zahl der Arbeitsjubilare wird ihre Aufmerksamkeit finden.

In größeren Unternehmungen sollte man den Belegschaftsmitgliedern an Hand von Schaubildern und Tabellen den organisatorischen Aufbau der Unternehmung zeigen. Der Mitarbeiter erhält dadurch wenigstens teilweise den Überblick über die Organisation der Gesamtunternehmung zurück, der durch das Größerwerden des Betriebes verloren gegangen ist. Der Geschäftsbericht für die Belegschaft erhält dadurch eine weitere Aufgabe, nämlich, "dem Arbeiter die geistige Bewältigung des Betriebes als seines persönlichen Lebensraumes zu erleichtern, ihm dadurch die Entwicklung jener moralischen Kräfte zu ermöglichen, die ihn standsicher und wetterfest im Betrieb machen..." (1)

Auf jeden Fall aber sollte man bei der Abfassung des Sozialberichts vermeiden, dem Arbeiter nur die sozialen Leistungen des Unternehmens vor Augen zu stellen. Diese Art von Sozialberichten gerät nämlich sehr leicht in den Geruch der Propaganda und der "self congratulation" und wird von der Belegschaft abgelehnt.

Diese Gefahr besteht nicht, wenn für die Aktionäre und die Mitarbeiter ein gemeinsamer Bericht veröffentlicht wird.

(1) Stockburger in "Der Arbeitgeber", 1955, Seite 789

So haben z.B. die Mannesmann Röhrenwerke-AG für die Aktionäre und die Belegschaft einen gemeinsamen Geschäftsbericht herausgebracht, und zwar mit der Begründung, daß 30 % der Mannesmann-Aktionäre Rentner- und Arbeiterkreisen entstammten. (1)

Auch in den Vereinigten Staaten ist man von der Abfassung eines gesonderten Geschäftsberichts für die Arbeiterschaft wieder abgegangen, weil durch den besonderen Sozialbericht unter den Belegschaftsmitgliedern der Verdacht aufgekommen ist, man wolle die Arbeiter mittels dieser Berichte "dumm halten". (2)

Ob der Geschäftsbericht für die Aktionäre und die Belegschaft nun gemeinsam abgefaßt wird oder ob die Belegschaft durch einen besonderen Sozialbericht informiert werden soll, der Bericht für die Belegschaft muß auf das Informationsbedürfnis der Mitarbeiter Rücksicht nehmen. Da es nicht ganz einfach ist, das Interesse der Arbeitnehmer an den einzelnen Beiträgen im Sozialbericht zu messen, sollte zumindest die Belegschaftsvertretung bei der Abfassung des Sozialberichts ein Wort mitzureden haben. Vorteilhaft wäre vielleicht die Übertragung der Redaktion der Sozialberichte auf den Betriebsrat oder den Arbeitsdirektor der Firma. (3)

Interessant ist dabei ein Ausblick in die Regelung der Sozialberichterstattung nach dem neuen schwedischen Aktiengesetz: In Schweden hat der Arbeitsdirektor (verkställande direktor) nach § 127 A. B. Lag sogar der Hauptversammlung der Gesellschaft Auskünfte darüber zu erteilen, was von der Gesellschaft für die Belegschaft während des Geschäftsjahrs geleistet worden ist. (4)

Schließlich wären noch einige Bemerkungen zur äußeren Form der Sozialberichte anzufügen. Die Aufmachung der Sozialberichte soll den natürlichen Grenzen entsprechen, die dem Aufwand für den Bericht durch die Höhe der Löhne und Gehälter und der freiwilligen Sozialaufwendungen gesetzt

(1) Geschäftsbericht der Mannesmann Röhrenwerke-AG für das Jahr 1952/53, Seite 12

(2) Vgl. "Der Betrieb", 1950, Seite 86

(3) Groß in "Der Wirtschaftsprüfer", 1954, Seite 218

(4) Vgl. "Die Wirtschaftsprüfung", 1954, Seite 218

sind. Ist der Sozialbericht zu üppig aufgemacht, kann dies leicht den Vorwurf bei den Mitarbeitern entstehen lassen: "Für das Geld hätte etwas besseres gemacht werden können." Schließlich darf aber auch nicht vergessen werden, daß auch für den Sozialbericht der Satz gilt: "Jede Mark, auch die hierfür ausgegebene, muß zuerst verdient werden." (1)

Wenn die Aufmachung des Sozialberichts auch nicht übertrieben werden soll, so braucht er auf der anderen Seite auch nicht geradezu ärmlich aussehen. Den Mittelweg einschlagen, dürfte auch hier das Beste sein. Der Bericht soll attraktiv und zugleich haltbar sein, weil das Heft ja nicht nur von dem Mitarbeiter allein, sondern mindestens von seinen Angehörigen und eventuell sogar von seinen Bekannten und Nachbarn gelesen werden soll.

Zur Verteilung der Sozialberichte wäre zu bemerken, daß eine Verbindung des Berichts mit der Lohntüte möglichst vermieden werden sollte. Der Arbeitnehmer reagiert nämlich in der Regel negativ, wenn die Lohnzahlung mit Propaganda ganz gleich welcher Art verbunden werden soll. Zusammen mit der Lohntüte sollten demzufolge nur Mitteilungen verbreitet werden, die mit der Lohnzahlung direkt zusammenhängen, wie Erläuterungen zu den Abzügen, Wechsel in der Lohnberechnungsmethode u. ä.

Auch eine Verteilung der Sozialberichte im Betrieb selbst oder bei Betriebsfeiern kann nicht empfohlen werden. Die Papierstöße, die nach solchen Feiern auf den Tischen liegen zu bleiben pflegen, sagen nur, daß der Geschäftsbericht wegen offensichtlicher Mängel bei seiner Verteilung bei der Belegschaft nicht "angekommen" ist.

Die beste Verteilungsmethode für die Sozialberichte dürfte deshalb die direkte Übersendung durch die Post sein. Der Empfänger des Berichts fühlt sich geschmeichelt und wird deshalb in einer ruhigen Stunde gerne zu dem Bericht greifen und ihn durchlesen.

Die Entwicklung der Berichterstattung der Unternehmungen ihren Mitarbeitern gegenüber ist noch keineswegs abgeschlossen. Leider haben sich gerade auf dem Gebiete der

(1) Simons, a. a. O., Seite 63

betrieblichen Publizistik viele Dilettanten versucht und die ganze Diskussion über die Werkzeitungen, Sozialberichte usw. in Mißkredit gebracht. (1) Dabei aber sollte doch nicht übersehen werden, daß sich hinter dieser Diskussion ein echtes Problem verbirgt.

(1) Goossens spricht in diesem Zusammenhang von einer "Konjunktur der Scharlatane" (in "Mensch und Arbeit", 1953, Seite 67)

VI. KAPITEL

Das Interesse der Öffentlichkeit am Geschäftsbericht

I. Grundsätzliches

Dem Aktiengesetz ist der Gedanke einer Unterrichtung der Öffentlichkeit durch die Unternehmungen unbekannt. Seine Vorschriften beziehen sich in erster Linie auf die Regelung der mitgliedschaftlichen Rechte und Pflichten der Aktionäre gegenüber ihrer Gesellschaft. Aus diesem Grunde spielt auch der Gedanke des Gläubigerschutzes nur am Rande herein, weil auch der Gläubiger, und nicht einmal der Obligationengläubiger kein Mitglied der Gesellschaft ist. Auch die Stellung der Arbeitnehmer in der Gesellschaft wird durch das Aktiengesetz nicht geregelt; das Verhältnis Arbeitgeber - Arbeitnehmer wurde durch arbeitsrechtliche Vorschriften ausserhalb des Aktiengesetzes neu geordnet. Es kann deshalb auch nicht überraschen, daß das Aktiengesetz auch auf die Unterrichtung der Allgemeinheit durch die Aktiengesellschaften keinerlei Einfluß genommen hat.

Besteht aber überhaupt eine Notwendigkeit, daß die Allgemeinheit durch die Gesellschaften über ihre Geschäftstätigkeit unterrichtet wird? Diese Frage läßt sich unter zweierlei Gesichtspunkten betrachten. Das DIVO-Institut für Markt- und Meinungsforschung führte im Juli 1954 eine Untersuchung über aktuelle Wirtschaftsfragen durch und stellte dabei fest, daß 40 % eines repräsentativen Querschnitts der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik nicht wissen, was eine Aktie ist. Bezeichnenderweise aber wußten einige von denjenigen, die mit dem Begriff "Aktie" nur sehr unklare Vorstellungen verbanden, daß die Aktien eigentlich vom Staate verboten werden müßten, weil sie einigen Bevorrechteten ein parasitäres Leben auf Kosten anderer ermöglichten. . . . (1)

Den Aktiengesellschaften können solche Ansichten im Volke auf gar keinen Fall gleichgültig sein. Heute, wo man die breite Masse der Sparer für die Aktie wieder gewinnen will, muß vor allem die falsche Ansicht zerstreut werden, die

(1) Vgl. Sweerts-Sporck im "Volkswirt"-Sonderheft "Wertpapier und Sparer", a. a. O., Seite 28

Aktie gehe den kleinen Mann nichts an und sei nur die Sache einer ganz begrenzten begüterten Oberschicht. Der Geschäftsbericht muß also von diesem Gesichtspunkt her gesehen ein Teil der Public Relations-Arbeit der Betriebe werden.

Wenn aber die Bedeutung des Geschäftsberichts für die Öffentlichkeit im rechten Lichte erscheinen soll, dann darf man nicht nur seine Werbefunktionen im Auge haben. Der Geschäftsbericht muß nämlich im Interesse der Öffentlichkeit auch eine gewisse Kontrolle der Unternehmungen ermöglichen. Der Aktionär beansprucht besondere Informationsrechte, weil seine eigenen finanziellen Verhältnisse von der wirtschaftlichen Situation der Unternehmung mitbestimmt werden. Den Gläubigern und Arbeitnehmern der Unternehmungen will man besondere Informationsrechte einräumen, damit auch sie sich über die Firma, der sie ihr Geld zur Verfügung gestellt haben, bzw. bei der sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, ein klares Bild machen können. Immer aber stehen die persönlichen Berührungspunkte der einzelnen Interessenten an der Berichterstattung im Vordergrund. Wenn nun eine Unternehmung auf Grund ihrer überragenden Stellung am Markt die wirtschaftlichen Verhältnisse einer ganzen Volkswirtschaft beeinflussen kann, dann muß in gleicher Weise auch ein Informationsrecht der Allgemeinheit über die geschäftlichen Maßnahmen dieser Unternehmung geschaffen werden.

Die Schaffung eines solchen Informationsrechts der Allgemeinheit darf allerdings auf gar keinen Fall in den Rahmen eines Aktiengesetzes gepreßt werden, weil die Wahrung der Rechte der Öffentlichkeit auf eine entsprechende Unterrichtung durch die Wirtschaft nicht von einer bestimmten Rechtsform abhängig gemacht werden darf. Wenn schon ein öffentliches Interesse an einer Konzern-, Kartell- oder Monopolberichterstattung besteht, dann kann die Rechtsform der betroffenen Unternehmung gleichgültig sein. Das Kriterium für die Entstehung einer Berichtspflicht in einem solchen Falle muß eben dann die Tatsache der Konzern-, Kartell- oder Monopolzugehörigkeit der Unternehmung sein. Es wäre ein Unding, wenn man eine kleine Aktiengesellschaft zwingen wollte, in ihrem Geschäftsbericht auch noch den Standpunkt der Öffentlichkeit zu vertreten, nur weil das Unter-

nehmen zufällig in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft betrieben wird, eine GmbH. aber von der Berichtspflicht freiließe, die auf Grund ihrer Größe oder ihrer Bedeutung in der Volkswirtschaft im Interesse der Öffentlichkeit eigentlich berichten müßte. Eine solche Regelung wäre auf die Dauer höchst ungesund. Einige wenige Gesellschaften mbH. sind deshalb bereits heute freiwillig bereit, vor der Öffentlichkeit in einem Geschäftsbericht Rechenschaft abzulegen, (z. B. das Volkswagenwerk und die Robert Bosch GmbH.). Eine solche Initiative an sich nicht publizitätspflichtiger Unternehmungen kann nur begrüßt werden,"denn keine Maßnahme könnte das immer wieder auftretende Gerede von den Großen, die vor dem Licht der Öffentlichkeit etwas zu verbergen haben, besser widerlegen als die Herausgabe von Geschäftsberichten durch nichtpublizitätspflichtige Unternehmungen". (1)

II. Berichterstattung volkswirtschaftlich bedeutsamer Unternehmungen

Eine Berichterstattung im Interesse der Öffentlichkeit ist ohne Rücksicht auf die Rechtsform eines Unternehmens notwendig, wenn eine Unternehmung in einer Marktwirtschaft durch ihre Größe oder ihren Marktanteil eine Gefahr für das Wettbewerbsprinzip der Marktwirtschaft bilden kann.(2) Die Berichterstattung ist aber auch dann notwendig, wenn die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens die Interessen der Allgemeinheit besonders stark beeinflussen kann oder ihre Erzeugnisse für die Versorgung der Bevölkerung von lebenswichtiger Bedeutung sind.

Der Gedanke, Unternehmungen im Interesse der Öffentlichkeit zu einer besonders ausführlichen Berichterstattung zu zwingen, ist der deutschen Gesetzgebung an sich nicht unbekannt, wenn bisher von dieser Möglichkeit auch nur ein einziges Mal Gebrauch gemacht worden ist. Im Hypothekenbankengesetz vom 13. Juli 1899 wurden nämlich die Hypothekenbanken zu einer besonders ausführlichen Berichterstattung im Interesse der Öffentlichkeit verpflichtet, weil der

(1) Sonderheft des "Volkswirt" vom 31. 3. 1956, a. a. O., S. 78

(2) Vgl. die Ausführungen in Abschnitt III dieses Kapitels

Staat sowohl die Interessen der Gläubiger als auch die der Schuldner dieser Institute schützen wollte. So haben z. B. die Hypothekenbanken nach § 28 Hypothekenbankengesetz über die Deckung der ausgegebenen Pfandbriefe zu berichten, die beliehenen Objekte näher anzugeben, die Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen zu nennen und außerdem über die Verwertung von Grundstücken zu berichten, die von der Bank zur Verhütung von Verlusten übernommen werden mußten. Weiter ist mitzuteilen, wie hoch sich die Zinsenzahlungen eines Jahres belaufen, wieviele Hypotheken im abgelaufenen Geschäftsjahr zurückbezahlt worden sind und welchen Beschränkungen sich die Bank hinsichtlich der Rückzahlungen unterworfen hat.

Diese spezifizierten Angaben in den Geschäftsberichten der Hypothekenbanken haben einmal dem Schutze der Pfandbriefgläubiger zu dienen, die sich ja in der Hauptsache aus den kleinen Sparern, also meistens wirtschaftsunkundigen Leuten rekrutieren. Der Staat hat ein Interesse daran, daß die Spareinlagen dieser kleinen Leute möglichst risikolos angelegt werden. Andererseits aber stammen auch die Hypothekenschuldner vielfach aus den gleichen Kreisen. Auch für die Hypothekenschuldner sollte an Hand der Geschäftsberichte nachgeprüft werden können, daß einmal ihre Sicherheiten von den Banken nicht willkürlich niedrig bewertet wurden, ihre Belastung durch Zinsen und Amortisation aber im Rahmen des Erträglichen blieb. (1)

Leider blieben die Vorschriften des Hypothekenbankengesetzes über eine besondere Berichtspflicht der Gesellschaften im Interesse der Öffentlichkeit ein Einzelfall. Mindestens ebenso wichtig wie bei den Hypothekenbanken wäre nämlich die Einführung einer besonderen Berichtspflicht auch z. B. für die Unternehmungen der öffentlichen Hand. Diese Unternehmungen sind nach der bisherigen Regelung nur dann zur Berichterstattung verpflichtet, wenn sie in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betrieben werden. Es ist beinahe absurd, daß in einem solchen Falle das - übrigens gar nicht vorhandene - Aktionärsinteresse herhalten muß, um in der Öffentlichkeit wenigstens einige wenige An-

(1) Vgl. Leitner: "Grundriß der Buchhaltung und Bilanzkunde", Leipzig 1911, II. Band, Seite 242

haltungspunkte über diese Unternehmungen zu erhalten. Über die sicher sehr zahlreichen staatlichen und kommunalen Unternehmungen in der Rechtsform der GmbH, aber ist in der Öffentlichkeit überhaupt nichts in Erfahrung zu bringen.

Der Staatsbürger verfolgt das Anwachsen des sog. "Staatskapitalismus" mit größtem Befremden; er befürchtet nämlich - und in dem einen oder anderen Falle nicht einmal zu Unrecht - , daß nicht selten solche Betriebe mit Steuergeldern finanziert und erst dadurch in die Lage versetzt werden, den Steuerzahlern Konkurrenz zu machen. Der Mangel an Publizität für solche Unternehmungen ist ein Herd dauernden Mißtrauens; eine Beendigung dieses unhaltbaren Zustandes wäre deshalb dringend zu wünschen.

Eine Berichtspflicht im Interesse der Öffentlichkeit für Unternehmungen, die für die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern verantwortlich sind, ist im deutschen Rechtsgebiet bisher nicht bekannt. Anders in den Vereinigten Staaten. Durch den Public Utility Holding Company Act vom 26. 8. 35 wurden dort Unternehmungen besonderen Publizitätsvorschriften unterworfen, wenn sie lebenswichtige Güter, wie z. B. elektrischen Strom und Gas produzieren. Die Einführung der Publizität für solche Unternehmungen wäre auch bei uns zu empfehlen, weil durch den monopolartigen Charakter solcher Unternehmungen die Konsumenten geschädigt werden können. Die Tätigkeit solcher Unternehmungen wird deshalb in der Öffentlichkeit immer mit großem Mißtrauen verfolgt. Eine gewisse Großzügigkeit in der Berichterstattung dieser Unternehmungen wäre deshalb sowohl für die Konsumenten als auch für die Unternehmungen selbst von größtem Vorteil.

III. Berichterstattung über die Zugehörigkeit der Gesellschaft zu preis- und absatzregelnden Verbänden

Durch das Aktiengesetz wurde die Berichterstattung der Gesellschaften über die Zugehörigkeit zu preis- und absatzregelnden Verbänden zwingend vorgeschrieben (§ 128, Absatz II, Ziffer 9). Die Berichtspflicht des Aktiengesetzes hat allerdings nur formellen Charakter. Es genügt nämlich, wenn die Namen der Verbände angegeben werden, denen das Un-

ternehmen angehört. (1) Die herrschende Meinung hält dabei weder die Angabe der anderen Verbandsmitglieder noch der Quoten für erforderlich.

Die enge Ausgestaltung der Berichtspflicht über die Zugehörigkeit der Unternehmung zu preis- oder absatzregelnden Verbänden kann den Ansprüchen der Allgemeinheit an die Kartell- bzw. Monopolpublizität auf gar keinen Fall genügen. Dies braucht uns allerdings nicht zu überraschen. Die vom Aktiengesetz geforderten Angaben sollen zunächst ja nur den Aktionären mitteilen, was für sie zur Beurteilung der Ertragslage der Unternehmung notwendig ist. Und dazu gehört eben auch die Berichterstattung über die Kartellbindungen, die das Unternehmen eingegangen ist.

Diese allzu einseitige Ausrichtung der Berichterstattung der Unternehmungen über ihre Kartellbindungen auf die Wünsche der Aktionäre ist aber heute in einer Zeit nicht mehr tragbar, in der ein Großteil des Volkes monopolistische Bestrebungen scharf ablehnt und ein Verbot oder doch wenigstens eine scharfe Kontrolle der Kartelle und Monopole fordert. Eine bedeutende Rolle in der Kontrolle monopolistischer Bestrebungen spielten seit jeher besondere Vorschriften über die Kartellpublizität. (2) Besonders ausgebaut ist die Kontrolle von marktbeherrschenden Unternehmungen durch die Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten. (3)

Wenn man bei uns eine Kontrolle der marktbeherrschenden Unternehmungen durch eine entsprechende Monopol- und Kartell-Publizität möglich machen will, sollte man sich aber hüten, amerikanische Methoden kritiklos zu übernehmen. Auf einen Ausbau der Publizitätsvorschriften für die Kartelle und Monopole sollte man aber trotzdem nicht verzichten, auch wenn die tatsächliche Bedeutung von Publizitätsvorschriften für die Monopolkontrolle bestritten wird.

Dem begreiflichen Wunsch der öffentlichen Meinung, hinter die Kulissen des "big business" zu schauen, stellen die Ver-

(1) Vgl. z. B. Teichmann/Köhler, a. a. O., Anmerkung 4., Ziffer 9 zu § 128

(2) Vgl. z. B. Liefmann: "Kartelle und Trusts", 1918, S. 268

(3) Vgl. Haußmann: "Die wirtschaftliche Konzentration an ihrer Schicksalswende", Basel 1940, Seite 333 ff.

treter desselben "big business" ihren eigenen Wunsch als mindestens gleichberechtigt gegenüber, ihre Geschäftsgebarung und Konkurrenzgeheimnisse nicht unnötig der Öffentlichkeit bekanntgeben zu müssen. Dieser Interessengegensatz zwischen den Großunternehmungen und der Öffentlichkeit wird in erster Linie für das Scheitern einer wirksamen Kartellkontrolle durch Publizitätsvorschriften verantwortlich gemacht. Die Öffentlichkeit wird nämlich über die entscheidenden Fragen entweder überhaupt nicht orientiert oder aber die Unterrichtung vollzieht sich in einer Weise, "daß ihr mit einer Fülle weniger wichtiger Angaben Sand in die Augen gestreut wird". (1)

Haußmann zählt zu den Skeptikern, wenn es um eine wirksame Monopolkontrolle durch Publizitätsvorschriften geht, aber auch er gesteht der Öffentlichkeit unter zwei Voraussetzungen auf jeden Fall ein Informationsrecht zu:

1. Das Informationsrecht muß der Wahrung der Wirtschaftsordnung dienen und vermeiden helfen, daß z. B. die freie Marktwirtschaft durch die Konzentrationsbewegungen in ihrem Kern ausgehöhlt wird.
2. Es muß eine staatliche Kontrollstelle vorhanden sein, die die Angaben der Kartelle usw. in jeder Hinsicht nachprüfen kann.

In der Diskussion über die Kartell- und Monopolpublizität wird meistens die Bedeutung der Geschäftsgeheimnisse in einem Kartell z. B. überschätzt. Wirkliche Geschäftsgeheimnisse gibt es aber gerade bei den Kartellen nur in Ausnahmefällen. Ein Unternehmer, der einem Kartell beitrifft, wird kaum übersehen, daß seine Vertragspartner im Grunde genommen nur Konkurrenten sind, die wahrscheinlich auch jede Gelegenheit wahrnehmen werden, aus dem Kartell wieder auszubrechen, wenn sie darin für sich einen Vorteil sehen. Die einzelnen Kartellmitglieder werden deshalb sehr vorsichtig zu Werke gehen, wenn es darum geht, den Kartellpartnern wichtige Geschäftsgeheimnisse anzuvertrauen. (2)

Die Einführung einer wirklich guten Konzernpublizität wird wohl einer gesetzlichen Regelung vorbehalten bleiben müs-

(1) Haußmann a. a. O.

(2) Vgl. Liefmann, a. a. O., Seite 268 ff.

sen. Allerdings sollte die Kartellpublizität nicht im Aktiengesetz, sondern in einem besonderen Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verankert werden. "Wer eine überragende Stellung am Markt besitzt, trägt auch eine besondere volkswirtschaftliche Verantwortung. Ihm wird er am besten gerecht, wenn er seine Verhältnisse offenlegt. Tut er das nicht, so erweckt er Mißtrauen und gibt Tendenzen Nahrung, die sehr viel mehr fordern als Publizität." (1)

1°. Berichterstattung über die Konzernbeziehungen

Für die großen Konzerne gilt ähnliches wie für die Kartelle und Monopole. Es kann gar nicht geleugnet werden, daß die "dunkle Macht" der Konzerne in der deutschen Wirtschaft eine sehr bedeutende Rolle spielt. Bühler schätzt vorsichtig, daß etwa 80 % des in der Bundesrepublik arbeitenden Kapitals in Konzernzusammenhängen steht. (2)

Diese überragende wirtschaftliche Macht, die in den deutschen Konzernen verkörpert ist, wurde von den Alliierten zum Teil für die kriegerische Vergangenheit des deutschen Volkes verantwortlich gemacht. Die alliierte Dekonzentrationspolitik der Nachkriegsjahre fußt größtenteils auf dieser Vorstellung. Man wollte die deutschen Konzerne zerstören und hoffte, damit auch die deutsche wirtschaftliche Macht niederhalten zu können.

Die weltpolitische Entwicklung setzte diesen Komplexen der Besatzungsmächte allerdings ein schnelles Ende. Trotzdem aber wurde seitens der Alliierten Vorsorge wenigstens dafür getroffen, daß die Konzerne der deutschen Kohle- und Eisenindustrie zur Offenlegung ihrer Konzernbeziehungen verpflichtet wurden. Durch das Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission wurden diese Gesellschaften angehalten, in ihre Satzungen eine Bestimmung aufzunehmen, die die Verwaltungen verpflichtet, in den Geschäftsberichten der Kerngesellschaften die Einzelabschlüsse der Konzernunternehmungen und einen konsolidierten Abschluß für den Gesamtkonzern zu veröffentlichen. In der Mustersatz-

-
- (1) Rasch: "Deutsches Konzernrecht", 1955, Seite 307/308
(2) Bühler: "Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne", 2. Aufl., Berlin und Frankfurt 1953, Seite 189

zung für diese Unternehmungen heißt es nämlich wie folgt:

"Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind im Geschäftsbericht in jeder Hinsicht ausreichend zu erläutern. Die Erläuterung hat sich in gleicher Weise auch auf die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung von Unternehmungen zu erstrecken, bei denen die Gesellschaft mindestens die Hälfte der Anteilsrechte besitzt oder in anderer Form einen beherrschenden Einfluß ausübt...

Dem Geschäftsbericht ist ferner eine konsolidierte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung beizufügen, in die alle Unternehmungen einzubeziehen sind, bei denen die Gesellschaft mindestens die Hälfte der Anteile besitzt oder sonst einen beherrschenden Einfluß ausübt. Soweit dies nicht im Geschäftsbericht geschieht, sind auch dieser Bilanz Erläuterungen beizufügen. Die konsolidierte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung soll von dem Abschlußprüfer der Gesellschaft geprüft und bestätigt werden." (1)

Durch diese Bestimmung in der Mustersatzung wurde eine lebhafte Diskussion über die konsolidierte Bilanzierung ausgelöst. Die Publizierung einer Konzernbilanz in den Geschäftsberichten der "neugeordneten" Unternehmungen wurde als Folge einer Politik erklärt, die eingestandenermaßen das deutsche industrielle Potential zerschlagen wollte, und deshalb abgelehnt. Der Mustersatzung, "die kein Muster ist" (2), wurde weiter auch vorgeworfen, sie verhängte über einen Teil der deutschen Wirtschaft den Ausnahmezustand. (3)

Fest steht jedenfalls, daß durch die Bestimmungen der Mustersatzung die Bedeutung der Geschäftsberichte der betroffenen Unternehmungen ganz außerordentlich erhöht worden ist. Dies geht sogar soweit, daß man geradezu schon von einer "Entthronung" der Bilanz durch den Geschäftsbericht sprechen hört, während doch früher der Geschäftsbericht ganz allgemein nur als ein "Publizitätsmittel minde-

(1) Vgl. "Bericht der Stahltruhändlervereinigung", München und Berlin 1954, Seite 501

(2) Herchenröder/Schäfer/Zapp: "Die Nachfolger der Ruhrkonzerne", 2. Auflage, Düsseldorf 1954, Seite 31

(3) Fuchs/Gerloff, a. a. O., Seite 138

ren Ranges" angesehen wurde. Die Bestimmungen der Mustersatzung können zwar durch Hauptversammlungsbeschluß geändert werden und man wird abwarten müssen, ob sich die Konzernbilanzierung in den Geschäftsberichten als Teil der Satzungen der neugeordneten Unternehmungen halten kann. Eine Abänderung der Mustersatzung durch die Hauptversammlung ist aber nicht ganz einfach (1) und außerdem werden sich vermutlich manche Gesellschaften aus sonstigen (eventuell politischen) Gründen hüten, die Satzung gerade in diesem Punkte zu ändern. Eine Streichung der Vorschriften der Mustersatzung über die Veröffentlichung einer konsolidierten Bilanz dürfte deshalb in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sein.

Die Allgemeinheit besitzt ein Recht, über die Verflechtungen in der Wirtschaft und die Auswirkung dieser Verflechtungen auf die Volkswirtschaft unterrichtet zu werden. Bedauerlich ist dabei nur, daß wir erst einen Krieg verlieren mußten, um diesem Recht (und auch da nur für einen Teilbereich der Wirtschaft) zum Durchbruch zu verhelfen. Die Konzerne wirken sich nach allen Seiten des Wirtschaftslebens aus, denn durch sie werden nicht nur die Beziehungen zwischen Rohstoffproduzenten und Weiterverarbeitern, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beeinflußt, sondern auch der Geld- und Kapitalmarkt, die Wirtschaftskonjunktur, kurz gesagt, alle Bereiche wirtschaftlichen Handels und Zusammenlebens. (2)

Freilich sollte man sich hier wie überall vor Verallgemeinerungen hüten, um die Fehler der Alliierten zu vermeiden. Es kann aber nicht bestritten werden, daß die Konzerne eine wirtschaftliche Macht darstellen, die im Interesse der Öffentlichkeit überwacht werden muß. Die vielgeschmähte Mustersatzung für die neugeordneten Unternehmungen liefert dabei einen wertvollen Beitrag.

(1) Stahltreuhänderbericht, a. a. O., Seite 505

(2) Liefmann: "Kartelle, Konzerne und Trusts", Stuttgart 1927, Seite 333

VII. K A P I T E L

Das Interesse der Betriebswirtschaftslehre am Geschäftsbericht

Die Entwicklung der Betriebswirtschaftslehre wurde durch das Fehlen geeigneten Quellenmaterials sehr stark behindert. Unter Berufung auf die Wahrung ihrer Betriebsgeheimnisse weigerten sich die meisten Firmen, Außenstehenden Einblick in die Daten ihrer Buchhaltung und Kalkulation zu geben. Die Betriebswirtschaftslehre war und ist deshalb zum größten Teil auch heute noch auf die betrieblichen Publikationen, Jubiläumsschriften, Werkzeitungen, veröffentlichten Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und Geschäftsberichte als Forschungsobjekte angewiesen. (1)

Gerade weil diese Veröffentlichungen der Betriebe für die Entwicklung der Betriebswirtschaftslehre so wichtig gewesen sind, gehören die Vertreter der Betriebswirtschaftslehre auch zu den hartnäckigsten Vorkämpfern für eine Verbesserung der Geschäftsberichterstattung der Unternehmungen. Die übrigen Interessenten an den Geschäftsberichten, die Aktionäre, Gläubiger usw. haben deshalb in den Betriebswirten allzeit kampfbereite Bundesgenossen gefunden, wenn es um eine Erweiterung der Publizität in der Wirtschaft gegangen ist.

Die Wünsche der Betriebswirte an einer Erweiterung der Berichterstattung decken sich zumeist mit denen der anderen Interessenten. Die Motive für diese Bestrebungen unterscheiden sich aber vollkommen von den Gründen, die von den Aktionären, Gläubigern usw. für eine Erweiterung der Geschäftsberichte angegeben werden. Für die Aktionäre und Gläubiger stehen Vermögensinteressen im Vordergrund. Die Vertreter der Betriebswirtschaftslehre wollen dagegen allen Beteiligten in gleicher Weise dienen. Ihre Forschungen würden nämlich nicht nur die Betriebe in ihren Bestrebungen unterstützen, die Betriebsführung möglichst rationell zu gestalten. Sie würden vielmehr auch die Interessen der Aktionäre und Gläubiger wahren. Und schließlich dürfen auch

(1) Vgl. Rößle: "Allgemeine Betriebswirtschaftslehre",
3. Auflage, München 1953, Seite 18

die Motive nicht übersehen werden, die namhafte Vertreter der Betriebswirtschaftslehre für eine Unterrichtung der Belegschaften eintreten läßt. Wenn deshalb die Betriebswirte für eine Erweiterung der Geschäftsberichterstattung plädieren, dann geschieht dies nicht so sehr im eigenen Interesse, sondern in dem der Aktionäre, Gläubiger, Mitarbeiter und last not least der Betriebswirtschaften selber.

Wenn die Betriebswirtschaftslehre ihre Aufgaben als zuverlässige Beraterin der Praxis erfüllen will, dann muß sie mit der Praxis Fühlung halten und dadurch aktuell bleiben. Die Geschäftsberichte der Unternehmungen haben dabei die wichtige Funktion zu übernehmen, die Entwicklungstendenzen der betriebswirtschaftlichen Praxis aufzuzeigen. Der Wert eines Geschäftsberichts für die Betriebswirtschaftslehre hängt deshalb eng mit der Erfüllung dieser Funktion zusammen.

Ein Beispiel mag dies näher erläutern. Die moderne Technik hat den kapitalintensiven Betrieb geschaffen. Die dauernde Versorgung dieses Betriebs mit finanziellen Mitteln ist eine wichtige Führungsaufgabe seiner leitenden Männer. In den letzten Jahren nach dem Krieg war die Selbstfinanzierung geradezu die Finanzierungsmethode der Praxis. Neben ihr waren die Formen der externen Finanzierung, wie Obligationenausgabe oder Neuemission von Aktien ganz in den Hintergrund getreten. Die Betriebswirtschaftslehre mußte auf diese Entwicklung Rücksicht nehmen und hat dies auch getan. Die Selbstfinanzierung wurde wissenschaftlich untersucht, auf ihre Vorteile wurde hingewiesen und vor ihren Nachteilen gewarnt. Zur Feststellung des Umfangs der Selbstfinanzierung in den letzten Jahren mußten die Geschäftsberichte, die veröffentlichten Bilanzen und Erfolgsrechnungen der Unternehmungen immer wieder herangezogen werden. Die Untersuchungen über den Umfang der Selbstfinanzierung konnten aber infolge der gerade auf diesem Gebiet überaus mangelhaften Berichterstattung nur in beschränktem Maße vorgenommen werden. Eine wirklich gute Berichterstattung auf diesem Gebiete könnte deshalb der Betriebswirtschaftslehre bei der Erforschung der Finanzierungsmethoden unschätzbare Dienste erweisen.

Eine der wichtigsten Forderungen an den Geschäftsbericht für die Belegschaft zielt darauf ab, den Mitarbeitern die

Organisation der Unternehmung zu veranschaulichen, um dadurch das Betriebsbewußtsein der Arbeitnehmer zu fördern und zu festigen. Dieser Abschnitt der Geschäftsberichterstattung wäre auch für die Betriebswirtschaftslehre von größter Bedeutung. Jeder Betrieb ist seiner Eigenart entsprechend organisiert. Dabei spielt in sehr vielen Unternehmungen noch die empirisch gewonnene und traditionsgebundene Organisation eine Rolle, die sich in der Regel einer Begutachtung durch die wissenschaftlichen Methoden der Betriebswirtschaftslehre entzieht.

Die laufenden Untersuchungen über die Organisationsformen der Unternehmungen durch die Betriebswirtschaftslehre sind aber unentbehrlich, wenn offensichtliche Fehler in der Organisation solcher Betriebe aufgedeckt werden sollen.

Damit soll aber keineswegs behauptet werden, daß traditionsgebundene Organisationsformen unbedingt fehlerhaft sein müßten. Ganz im Gegenteil, die Betriebswirtschaftslehre könnte gerade aus traditionsgebundenen Organisationsformen auch manche wertvolle Anregungen ziehen und dann für die Allgemeinheit nutzbar machen. Zweckentsprechende Schaubilder wären dabei von größtem Wert. (1)

Geradezu unentbehrlich sind die Geschäftsberichte für den Betriebswirt bei der externen Bilanzkritik. Eine Bilanzkritik auf den veröffentlichten Bilanzen allein aufzubauen, wäre kaum möglich. Eine veröffentlichte Bilanz ist erst dann für die Bilanzkritik geeignet, wenn das Zahlenwerk der Bilanz durch entsprechende mündliche Auskünfte, mindestens aber durch zusätzliche Angaben in Werkzeitschriften, Börsenprospekten usw. vor allem aber in den Geschäftsberichten ergänzt und erläutert wird.

Der Geschäftsbericht erhält also für die Bilanzkritik die wichtige Aufgabe, dem Bilanzkritiker das benötigte Ergänzungs- und Erläuterungsmaterial zur Bilanz in die Hand zu geben. (2) Als Ergänzungsmaterial kämen nach Le Coutre

(1) Vgl. Walb E.: "Kaufmännische Betriebswirtschaftslehre", Leipzig 1938, Seite 36

(2) Vgl. Le Coutre: "Praxis der Bilanzkritik", 1. Band, Berlin 1926, Seite 125 ff.

einmal die Angaben über die Umsätze des Unternehmens im abgelaufenen Geschäftsjahr in Frage. Ohne Kenntnis der Umsatzzahlen und der Umsatzentwicklung ist eine Bilanzkritik kaum durchführbar. Dabei ist es in der Regel gleichgültig, ob die Umsätze mengen- oder wertmäßig mitgeteilt werden. (1) Die mengenmäßige Angabe hat den Vorteil, daß die Ziffern von preislichen Veränderungen unberührt geblieben sind; sie ist aber nur brauchbar, wenn es sich um Umsätze von Waren gleicher Art und Güte handelt. Auch gegen die Angabe von Umsatzziffern durch Indices hätte der Bilanzkritiker nichts einzuwenden, wenn für die Berechnung der Indices geeignete Basiszahlen gewählt worden sind. Der Bilanzkritiker legt also weniger Wert auf die Form der Mitteilung von Umsatzziffern, als darauf, daß überhaupt Angaben über die Umsatzentwicklung gemacht werden.

Ein Geschäftsbericht besitzt für den Bilanzkritiker also sehr großen Wert, wenn er durch ihn über die Umsatzentwicklung in einem Unternehmen unterrichtet wird. Neben den Umsatzzahlen aber bieten die Geschäftsberichte dem Bilanzkritiker noch sehr gutes Ergänzungsmaterial, wenn er durch den Bericht Näheres über die Höhe der gezahlten Löhne, die Zahl der im Unternehmen beschäftigten Arbeitskräfte, der geleisteten Arbeitstage, Schichten usw. erfährt.

Auch eine Berichterstattung über stattgefundene Streiks und sonstige Unzuträglichkeiten im personellen Bereich des Unternehmens ist für den Bilanzkritiker von Interesse. Aber auch eine Berichterstattung über die Auftragslage, die Lieferfristen, den Anteil der Exporterlöse an den Gesamterlösen - also Angaben, die in keinem Geschäftsbericht fehlen sollten - verschafft dem Bilanzkritiker wertvolle Unterlagen für seine Arbeit.

Neben dem notwendigen Ergänzungsmaterial soll der Geschäftsbericht dem Bilanzkritiker das mindestens ebenso wichtige Erläuterungsmaterial für die Bilanzkritik liefern. Unter Erläuterungsmaterial für die Bilanzkritik versteht Le Coutre alles, "was dazu dient oder dienen kann, dem Bilanzkritiker die Beurteilung des einzelnen Bilanzpostens

(1) Die Aktionäre wünschen die wertmäßige Angabe, um vom Umsatz auf den Gewinn der Unternehmung schließen zu können.

durch Beibringung gewisser Unterlagen zu ermöglichen." (1)
Darunter fallen vor allem die Angaben über die Bewertungspolitik des bilanzierenden Unternehmens. Le Coutre wünscht sich besonders eine Berichterstattung über die Bewertung von Beteiligungen; freilich wird man in den Geschäftsberichten gerade darüber nähere Ausführungen meistens vermissen. (2)

Zusammenfassend kann man die Bedeutung des Geschäftsberichts für die Bilanzkritik und damit auch für die Betriebswirtschaftslehre wie folgt beurteilen: Der Geschäftsbericht ist für den Betriebswirt eine Informationsquelle ersten Ranges, weil der Geschäftsbericht

1. durch seinen Veröffentlichungszweck über die Entwicklung eines Unternehmens direkten Aufschluß gibt;
2. durch sein regelmäßiges Erscheinen die notwendigen Mitteilungen zeitgerecht bringen kann;
3. in Form und Aufmachung eine gewisse Systematik erkennen läßt

und

4. durch den Verzicht auf tendenziöse Berichterstattung eine zuverlässige Unterrichtung seiner Leser fördern will. (3)

Ebenso bedeutungsvoll wie für die externe Bilanzkritik ist der Geschäftsbericht für den Betriebsvergleich. Der Betriebsvergleich wird ja in der Regel auf die Zahlen der veröffentlichten Bilanz und Erfolgsrechnung beschränkt bleiben müssen. Wenn das für den Betriebsvergleich zur Verfügung stehende Material lediglich aus Zahlen besteht, sollte die Gefahr nicht unterschätzt werden, "daß der betriebsunkundige Beurteiler seine eigene Meinung in die Ausdeutung der Zahlen hineinlegt." (4) Je ausführlicher der Ge-

(1) Le Coutre, a. a. O., Seite 127

(2) Vgl. z. B. die Angaben über die Bewertung der Beteiligungen im Geschäftsbericht der Farbwerke Höchst AG für 1954, Seite 15

(3) Vgl. Mayer: "Bilanzanalyse", Wiesbaden ca. 1951, S. 10

(4) Fischer: "Betriebswirtschaftslehre", 6. Auflage, 1952, Seite 329

schäftsbericht das Ziffernwerk der Bilanz und Erfolgsrechnung einer Unternehmung erläutern kann, umso wirksamer kann der externe Betriebsvergleich durchgeführt werden. So lassen sich die im Jahresabschluß vermerkten Abschreibungen für den Betriebsvergleich erst dann verwerten, wenn die Grundzüge der Bewertungspolitik einer Gesellschaft bekannt sind. Auch die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Löhne können erst dann zum Betriebsvergleich herangezogen werden, wenn der Einfluß der Arbeitszeit, Mehrschichtenarbeit usw. auf die Lohnhöhe festgestellt worden ist. Im Interesse der Betriebswirtschaftslehre wäre es deshalb wünschenswert, wenn die Geschäftsberichte in einer Form veröffentlicht würden, daß sie auch für Kurzuntersuchungen zur richtigen Beurteilung einer Unternehmung herangezogen werden könnten. Das RKW hat für solche Kurzuntersuchungen einen Übersichtsbogen herausgegeben. Es wäre dabei sehr vorteilhaft, wenn möglichst viele Unternehmungen ihre Geschäftsberichte an diesen Übersichtsbogen ausrichten würden. (1)

(1) Vgl. "Taschenbuch für Betriebswirte 1954", Seite 80

VIII. K A P I T E L

Der Geschäftsbericht im Ausland

Der große Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft verlangt, daß der durch den Krieg in Unordnung gebrachte Kapitalmarkt wieder in Ordnung gebracht wird. Man will die große Masse der Sparer auf den Kapitalmarkt aufmerksam machen und für den Ankauf von Wertpapieren gewinnen, weiß aber andererseits ganz genau, daß vorher die Rechtsstellung des einzelnen Aktionärs gegenüber der Gesellschaft verbessert werden muß. Diese notwendige Voraussetzung für die Wiedergesundung des Kapitalmarkts soll die geplante Reform des Aktienrechts schaffen.

Im Mittelpunkt dieser Aktienrechtsreform wird auch eine Reform der Publizität in der Wirtschaft stehen müssen. Deutscherseits wurde zu dem gesamten Problemkreis wiederholt Stellung genommen; bei der tatsächlichen Durchführung der Reform sollte der Gesetzgeber jedoch auch ausländische Erfahrungen berücksichtigen. Seit Inkrafttreten des deutschen Aktiengesetzes haben mehrere Staaten ihr Gesellschaftsrecht neugestaltet und damit z. T. sehr gute Erfahrungen gemacht. Neben den gesetzlichen Vorschriften über die Publizität in der Wirtschaft der ausländischen Rechte sollte aber auch die ausländische Praxis der Geschäftsberichterstattung zum Vergleich herangezogen werden, weil gerade das deutsche Beispiel gezeigt hat, daß sogar eine ziemlich ausführliche Regelung der Berichtspflichten der Gesellschaften im Aktiengesetz selbst eine befriedigende Publizität in der Wirtschaft allein nicht garantieren kann.

I. Die Geschäftsberichterstattung in den Vereinigten Staaten

Die einzelnen gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen der Vereinigten Staaten - in den USA ist der Erlaß gesellschaftsrechtlicher Vorschriften Sache der einzelnen Bundesstaaten - kennen kaum Bestimmungen über die Publizität der Aktiengesellschaften. Um die Unterrichtung der Aktionäre sicherzustellen, billigt das Common Law allen Aktionären das Recht zu, in die Bücher ihrer Gesellschaft Einblick zu

nehmen (right of inspection). (1) Dieses Recht ist durch Gerichtsbefehl (mandamus) erzwingbar und kann durch die Gesellschaftssatzung nicht ausgeschlossen werden. (2)

Der Vorstand einer amerikanischen Aktiengesellschaft ist nach dem in den USA geltenden Recht nicht verpflichtet, der Hauptversammlung seiner Gesellschaft eine Bilanz oder einen Gewinnverteilungsvorschlag vorzulegen. Die Mehrzahl der amerikanischen Aktiengesetze fordert vom Vorstand nur die Vorlage eines "annual report" vor einer öffentlichen, im Gesetze näher bezeichneten Stelle. Dieser Bericht, der bezeichnenderweise manchmal auch "report of existence" genannt wird, hat z. B. nach dem Aktiengesetz des Staates New Jersey folgende Angaben zu enthalten: Name und Anschrift der Gesellschaft, Art des Geschäfts, namentliche Angabe der Direktoren, Betrag des ausgegebenen und genehmigten Kapitals, Datum der nächsten Jahresversammlung und eine Mitteilung darüber, ob das Transfer- bzw. Stockbuch den Vorschriften entsprechend geführt worden ist. (3)

Obwohl sich also das amerikanische Gesellschaftsrecht um die Publizität der Gesellschaften fast überhaupt nicht gekümmert hat, ist die Unterrichtung des amerikanischen aktienkaufenden und -besitzenden Publikums durch die Gesellschaften viel besser als bei uns. Dies ist allein den amerikanischen Börsen zu verdanken, die im Interesse der Wertpapierbesitzer an die Publizität von Gesellschaften, deren Aktien an der Börse eingeführt sind, strenge Anforderungen richten. Die Aufstellung von Grundsätzen für die Geschäftsberichterstattung ist in den Vereinigten Staaten also nicht Sache des Gesellschaftsrechts, sondern allein Angelegenheit der Wertpapierbörsen.

Diese Regelung hat den Vorteil, daß die Berichtspflichten der Gesellschaften nach den Bedürfnissen der Interessenten an der Geschäftsberichterstattung ausgerichtet werden können. Gesellschaften, deren Aktien an einer Börse eingeführt

(1) Vgl. Art. 239 d ADHGB in der Fassung von 1884

(2) Trumpler: "Die AG nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht in den Vereinigten Staaten", Basel 1942, Seite 71 ff.

(3) Trumpler, a. a. O., Seite 128

sind, werden dadurch zu einer Offenheit ihren Aktionären gegenüber angehalten, die Familienunternehmungen und in Mehrheitsbesitz befindlichen Gesellschaften nicht zugemutet werden könnte.

Für die Regelung der Publizität der Gesellschaften durch die Börsen spricht, daß dadurch den einzelnen Unternehmungen freigestellt bleibt, ob sie sich den strengeren Vorschriften der Börsen unterwerfen wollen. Wenn nämlich eine Gesellschaft glaubt, daß sie aus irgendwelchen Gründen der Öffentlichkeit gegenüber zurückhaltender sein muß als andere Gesellschaften, dann zwingt sie niemand zur Publizität. Allerdings hat diese Unternehmung dann auch auf die Vorteile zu verzichten, die der öffentliche Verkauf von Aktien oder Obligationen für die Finanzierung der Gesellschaft mit sich bringen würde.

Die Anforderungen, die eine Wertpapierbörse an die Publizität einer Gesellschaft stellt, deren Aktien an der Börse eingeführt werden sollen, sind zunächst in der Börsenordnung der betreffenden Börse enthalten. So verlangt z. B. die Börsenordnung der New York Stock Exchange (New Yorker Wertpapierbörse), daß sich Gesellschaften, die ihre Wertpapiere an dieser Börse zum öffentlichen Handel einführen lassen wollen, in einem besonderen "agreement" (Übereinkommen) verpflichten, jährlich eine Bilanz, ein Surplus and Income Statement (Gewinn- und Verlustrechnung) für die eigene Gesellschaft selbst und dann noch für die beherrschten Gesellschaften zu veröffentlichen. Statt dessen kann auch eine konsolidierte Bilanz (consolidated balance sheet) bzw. eine konsolidierte Erfolgsrechnung veröffentlicht werden. Bilanzen und Erfolgsrechnungen müssen von einem Wirtschaftsprüfer (accountant) beglaubigt und mit dem ungekürzten Prüfungsbericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Aus dem Geschäftsbericht müssen die Grundlagen der Bewertungspolitik (principles of depreciation) hervorgehen. Abweichungen von diesen Grundsätzen sind besonders zu erläutern. Im Geschäftsbericht ist ferner anzugeben, ob und in welcher Höhe die Gesellschaft eigene Aktien besitzt. Bei Bonds ist außerdem jeweils mitzuteilen, ob und in welchem Umfang bei den Pfandsicherheiten Änderungen eingetreten sind. Die grundlegenden Bestimmungen über die Geschäftsberichterstattung der amerikanischen Gesellschaften

ten finden sich also im Börsenbericht. Die Bestimmungen der Börsenordnung werden aber dann noch durch entsprechende staatliche Vorschriften ergänzt, wenn öffentliche Interessen in der Berichterstattung der Gesellschaften gewahrt werden müssen. Hier wäre zunächst einmal der Securities Act vom 27. 5. 1933 zu nennen, durch den für Aktien und Obligationen der Prospektzwang eingeführt wird, wenn die betreffenden Wertpapiere öffentlich zum Verkauf kommen sollen. Diese Regelung erwies sich als dringend notwendig, weil in den Vereinigten Staaten der Handel mit Wertpapieren auch auf den sog. "over the counter markets" sehr weit verbreitet ist, das heißt, Wertpapiere werden außerhalb der Börse "über den Ladentisch" hinweg gehandelt oder sogar im Hausierhandel an den Mann gebracht. Das staatliche Eingreifen erwies sich als notwendig, da sich sehr häufig unsolide Gesellschaften solcher Methoden des Wertpapiervertriebs bedienten und dadurch unerfahrene Wertpapierkäufer schädigen konnten, weil über diese Gesellschaften mangels allgemeiner Publizitätsvorschriften nichts Genauereres bekannt war und diese Unternehmungen wohlweislich eine Börseneinführung ihrer Aktien unterließen.

Die Bestimmungen des Securities Act wurden durch den Securities Exchange Act vom 6. 6. 1934, geändert am 27. 5. 1936 wirkungsvoll ergänzt. Dieses Gesetz ist für die Beurteilung der Geschäftsberichterstattung in den Vereinigten Staaten besonders wichtig. Nach diesem Gesetz müssen alle Gesellschaften, die Wertpapiere öffentlich zum Verkauf anbieten, bei einer besonderen Aufsichtsbehörde, der Securities Exchange Commission (SEC) ein "registration statement" einreichen, das "alle Tatsachen und Rechtsverhältnisse enthält, die für die Beurteilung des Wertpapiers wichtig" und laufend zu erneuern sind. (1)

Der Inhalt des Statements ist gesetzlich vorgeschrieben; in ihm müssen z. B. folgende Angaben enthalten sein: (2)

- (1) Trumpler: "Die Börsengesetzgebung der Vereinigten Staaten", Berlin 1938, Seite 8
- (2) Die nur für eine Neuemission von Wertpapieren geltenden Bestimmungen wurden in der folgenden Aufstellung übergangen.

1. Name der Firma und Angabe des Staates, nach dessen Recht die Gesellschaft errichtet worden ist, Sitz der Hauptniederlassung und bei ausländischen Gesellschaften der Name des für die USA bevollmächtigten Vertreters der Gesellschaft;
2. Namen und Anschriften der leitenden Direktoren der Gesellschaft;
3. Gegenstand des Unternehmens; Einteilung des Aktienkapitals unter Angabe der eingezahlten Beträge, der Aktienzahl und -gattung; Angaben über besondere Stimm-, Umtausch- und Dividendenrechte, sowie über besondere Rechte am Liquidationserlös;
4. Angabe der Vorstandsbezüge im laufenden und vergangenen Geschäftsjahr, der Zuwendungen an Personen, die Direktorenaufgaben zu erfüllen haben, wenn diese Zuwendung \$ 25. 000. -- jährlich übersteigt;
5. Angabe der Nettoerträge der Wertpapiere und ihrer Börsenkurse in den letzten beiden Jahren vor Einreichung des Statements;
6. alle wichtigen Umstände aus Verträgen, die über den normalen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen;
7. Vorlage einer von einem Wirtschaftsprüfer (Certified accountant) bestätigten Bilanz, deren Stichtag nicht weiter als ein Jahr zurückliegen darf;
8. Vorlage der Gewinn- und Verlustrechnungen für die letzten drei Geschäftsjahre, aus denen die Gewinne und sonstigen Einkünfte (earnings and income) der Gesellschaft und der fixe und variable Aufwand der Firma hervorgehen müssen.

Über die im Gesetz vorgesehenen Bestimmungen für den Mindestinhalt des Statements hinaus kann die SEC jede ihr erforderlich erscheinende Information von den Gesellschaften verlangen. Darunter fällt vor allem auch das Recht der SEC, die Registration von der Vorlage einer konsolidierten Bilanz abhängig zu machen. Das Registration Statement ist öffentlich. Die SEC gibt täglich Berichte aus (Registration Record Securities Act of 1933), in denen alle bei der

SEC eingereichten Dokumente laufend veröffentlicht werden. Auf Wunsch übersendet die SEC einzelnen Interessenten auf deren Kosten Photokopien dieser Dokumente. (1)

Die SEC kann auf Antrag die Unterdrückung bestimmter Angaben in der veröffentlichten Fassung des Statements gestatten, wenn die Publizierung der Gesellschaft mehr schaden würde als sie der Öffentlichkeit nützt. Angaben, deren vertrauliche Behandlung durch die SEC gewünscht wird, sind getrennt vom übrigen Material mit einem entsprechenden Antrag bei der SEC einzureichen. Lehnt die SEC das Gesuch auf vertrauliche Behandlung dieser Angaben ab, bleibt es dem Antragsteller freigestellt, das Gesuch auf Registration überhaupt zurückzuziehen. Als vertraulich anerkannte Dokumente oder Mitteilungen bleiben natürlich auch von der Photokopierung ausgeschlossen.

Die Börsenordnungen der amerikanischen Wertpapierbörsen bilden also die Grundlage für die Geschäftsberichterstattung in den Vereinigten Staaten. Ergänzende staatliche Gesetze ermöglichen es aber interessierten Personen, die Richtigkeit der in den Geschäftsberichten enthaltenen Angaben jederzeit an Hand authentischen Materials nachzuprüfen; die sachliche Zuverlässigkeit der Geschäftsberichte ist dadurch gewährleistet.

Die Regelung der Publizität in der amerikanischen Wirtschaft unterscheidet sich also von der deutschen grundlegend: In den Vereinigten Staaten finden sich die Vorschriften über die Geschäftsberichterstattung nicht im Gesellschaftsrecht, sondern in den Börsenbestimmungen. Die amerikanischen Aktiengesellschaften sind also nicht kraft ihrer Rechtsform zur Veröffentlichung eines Geschäftsberichtes verpflichtet. Sie haben nur dann in der Öffentlichkeit über ihre Geschäftsergebnisse zu berichten, wenn die Rechenschaftslegung ihren Aktionären gegenüber nur durch die Publizierung eines Geschäftsberichts möglich ist. Der Interessentenstandpunkt bestimmt dann aber auch den Umfang und die Qualität der Geschäftsberichte. (2)

(1) Für die Anfertigung der Photokopien werden etwa 10 ¢ pro Seite berechnet

(2) Vgl. z. B. Sanders: "Company Annual Reports", besprochen von Groß in "Der Betrieb", 1950, Seite 86; vgl. auch Groß in "Der Wirtschaftsprüfer", 1952, S. 232/233

Der amerikanische Geschäftsbericht ist also dadurch charakterisiert, daß die Wünsche der Interessenten an einer Berichterstattung seitens der Wirtschaft auch für das Entstehen der Berichtspflicht der Gesellschaften entscheidend sind. Als maßgebliches Kriterium für die Berechtigung der Wünsche der Interessenten an der Berichterstattung gilt dabei allein, daß die Gesellschaft ihre Finanzierung über den Kapitalmarkt durchführt. Die Rechtsform der Unternehmung ist dagegen für das Entstehen der Berichtspflicht ohne Bedeutung. (1)

In Deutschland ist im Gegensatz dazu für die Entstehung der Berichtspflicht die Rechtsform entscheidend, unter der das Unternehmen betrieben wird. Diese Regelung hat den Vorteil, daß auch zahlreiche Großunternehmungen zur Veröffentlichung von Geschäftsberichten gezwungen werden, bei denen ein Aktionärsinteresse an einer Berichterstattung nicht besteht, weil die Gesellschaft aus anderen als Gründen der Finanzierung die Rechtsform der Aktiengesellschaft angenommen hat. Der Kreis der berichtenden Unternehmungen wurde deshalb in Deutschland durch die Bindung der Berichtspflicht an die Rechtsform wesentlich erweitert; allerdings aber brachte gerade diese Ausdehnung der Berichtspflicht auch große Nachteile mit sich: Bei der Festlegung des Geschäftsberichtsinhalts muß der Gesetzgeber immer auf den Standpunkt derjenigen Gesellschaften Rücksicht nehmen, bei denen ein Aktionärsinteresse am Geschäftsbericht nicht besteht. Da die Argumente dieser Gesellschaften gegen eine allzu weite Fassung der Berichtspflichten in vielen Fällen auch berechtigt sind, wurde bisher eine allseits befriedigende Regelung des Publizitätsproblems in der deutschen Wirtschaft immer noch verhindert.

II. Die Publizität in Schweden

Nach dem neuen schwedischen Aktiengesetz haben die Gesellschaften einen Geschäftsbericht zu veröffentlichen, der folgende Aufgaben zu erfüllen hat: (2)

- (1) Vgl. Schneider auf der Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer 1955, zit. nach "Die Wirtschaftsprüfung", 1955, Seite 106
- (2) Vgl. Hepner in "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", 1949, Seite 484

1. Er hat den Interessenten an der Berichterstattung einer Gesellschaft die Verhältnisse in der Unternehmung so zu schildern, daß eine Beurteilung des Vermögensstandes, der geschäftlichen Ergebnisse und der Verwaltungsführung im Berichtszeitraum möglich ist.
2. Anzugeben ist insbesondere die Durchschnittszahl der in der Gesellschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten und die Höhe der gezahlten Löhne und Gehälter. Dabei sind die Bezüge der Arbeiter, Angestellten, Mitglieder des Verwaltungsrates der Gesellschaft, der geschäftsführenden Direktoren und übrigen leitenden Angestellten gesondert auszuweisen.
3. Besonders einzugehen ist im Geschäftsbericht auf die Abschreibung- und Rückstellungspolitik des Unternehmens. Dabei sind insbesondere auch die Gründe für eine etwaige Durchbrechung der Bilanzkontinuität durch die Höherbewertung des Anlage- oder Umlaufvermögens über ihre Anschaffungspreise oder Herstellungskosten hinaus anzugeben. Aus dem Bericht muß ferner der Umfang der Höherbewertung und die bilanzielle Behandlung der dadurch entstandenen Buchgewinne hervorgehen.
4. Zu berichten ist auch über Ereignisse, die zwar nach Schluß des Geschäftsjahres eingetreten, für die Gesellschaft aber von wesentlicher Bedeutung sind.
5. Schließlich hat aus dem Geschäftsbericht noch ein Vorschlag zur Verwendung der Geschäftsergebnisse (z. B. auch für Abschreibungen, Rücklagen, Rückstellungen und Dividenden) hervorzugeben.

Besonders interessant für den deutschen Beobachter ist die Regelung der Konzernpublizität in der schwedischen Geschäftsberichterstattung. Das schwedische Aktiengesetz hat sich wohl unter dem Eindruck der schlechten Erfahrungen mit dem Kreugerkonzern mit der Konzernproblematik besonders eingehend befaßt. Der Gesetzgeber ging bei der Neuformulierung der gesetzlichen Vorschriften ganz bewußt von der Vorstellung aus, "daß das wesentlichste Mittel, einer ungesunden Konzernwirtschaft zu steuern, ... in den Vorschriften über den Konzernbericht" liegt. (1) Der Kon-

(1) Hepner a. a. O., Seite 487

zernbericht nach schwedischem Aktienrecht besteht aus zwei Teilen, von denen der eine als Teil des Geschäftsberichts für die Öffentlichkeit, der andere für die Behörden und die Revisoren der Gesellschaft bestimmt ist. Diese Zweiteilung des Konzernberichts wurde eingeführt, weil sich naturgemäß zahlreiche Angaben für eine allgemeine Veröffentlichung nicht eignen, für eine wirksame Konzernkontrolle durch Staat und Wirtschaftsprüfer jedoch nicht entbehrte werden können.

Im Geschäftsbericht der Obergesellschaft eines schwedischen Konzerns ist auf jeden Fall die Höhe des Gesamtgewinns anzugeben, der vom Konzern erzielt worden ist. Diese Angaben werden meistens noch durch die freiwillige Beifügung von konsolidierten Bilanzen und Erfolgsrechnungen ergänzt. (1)

Obwohl also in Schweden die Veröffentlichung einer konsolidierten Bilanz und Erfolgsrechnung im Geschäftsbericht gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, haben sich im Anschluß an die gesetzlichen Bestimmungen über den internen Konzernbericht doch schon gewisse Richtlinien herausgebildet, die auch bei der Veröffentlichung konsolidierter Bilanzen in den allgemeinen Geschäftsberichten Anwendung finden.

Charakteristisch für den schwedischen Geschäftsbericht ist es, daß soziale und öffentliche Interessen besonders berücksichtigt worden sind. Die Wünsche der Belegschaften an einer Unterrichtung durch die Gesellschaftsleitungen über die sozialen Verhältnisse in den Gesellschaften stehen den Wünschen der Aktionäre fast gleichberechtigt gegenüber. Der im schwedischen Aktienrecht besonders hervorstechende Gedanke einer Kontrolle der Wirtschaft durch die Öffentlichkeit mag wohl auf das Konto der sozialistischen Regierung Schwedens zurückzuführen sein.

III. Die Publizität in der Schweiz

Die Publizitätsvorschriften in der Schweiz sind vom Bilanzfeststellungsrecht der schweizerischen Aktionäre bestimmt worden. Nach dem schweizerischen Aktienrecht haben näm-

(1) Vgl. Krichhauff in "Die Wirtschaftsprüfung",
1954, Seite 222

lich die Aktionäre den Jahresabschluß ihrer Gesellschaft festzustellen. Die Publikationen der Gesellschaften sollen deshalb vor allem die Aktionäre in die Verhältnisse der Gesellschaft Einblick nehmen lassen, um ihnen eine verständige Ausübung ihres Stimmrechts zu ermöglichen.

Das schweizerische Obligationenrecht kennt ähnlich wie das deutsche Aktienrecht die Dreiteilung der Publikationen der Gesellschaften: Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und den Geschäftsbericht (Art. 724 Obl. Recht). Der Geschäftsbericht ist mindestens 10 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung zusammen mit der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung am Sitz der Gesellschaft und der Zweigniederlassungen zur Einsichtnahme aufzulegen. Während derselben Frist können die Aktionäre auch in den Prüfungsbericht Einblick nehmen (Art. 694, Abs. II, Obl. Recht).

Für den Inhalt des Geschäftsberichts finden sich im Obligationenrecht keinerlei Bestimmungen. Nach Ansicht der Kommentare sollen aber mindestens folgende Angaben im Geschäftsbericht enthalten sein (1):

1. Angaben über den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und die Kontrollstelle;
2. Darlegung der allgemeinen Lage der Gesellschaft;
3. Schilderung der Lage der Branche, der das Unternehmen angehört;
4. Berichterstattung über die Tätigkeit der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr, über die technische Entwicklung und Forschung, über den Auftragsbestand und schließlich über besondere Ereignisse.
5. Im nächsten Abschnitt des Geschäftsberichts soll die Verwaltung den Jahresabschluß näher erläutern. Besonders soll dabei auf Änderungen in der Bewertungspolitik der Gesellschaft eingegangen werden. Daran anschließend soll über die Veräußerung oder Neuanschaffung von Anlagen berichtet werden, ferner über die Liquiditätsslage, die Kundschaft und die Höhe eines eventuell vorhandenen Obligos aus Bürgschaften oder Garantiever-

(1) Nach Funk: "Kommentar des Obligationsrechts", II. Band, Teil 1, 1951, Seite 724

pflichtungen. Konzernobergesellschaften haben weiter noch über die geschäftliche Situation ihrer Untergesellschaften zu berichten. Außerdem müssen die Gesellschaften in diesem Teil des Geschäftsberichtes über die Begebung von Anleihen, den Erwerb eigener Aktien und außerordentliche Einnahmen aus Geschäften berichten, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen.

6. Zu berichten ist auch über die Zusammensetzung der Verwaltung der Gesellschaft und eventuelle Änderungen in der Verwaltung im Laufe des Berichtsjahres. An dieser Stelle soll die Verwaltung auch besondere Vorschläge für die Wahlen der Gesellschaftsorgane machen. Gegebenenfalls sollen in diesem Abschnitt des Berichts auch über die Kontrollstelle und die Revisoren nähere Angaben zu finden sein.

Der Geschäftsbericht der schweizerischen Aktiengesellschaft wird in der Regel abgeschlossen durch den Abdruck des Jahresabschlusses der Gesellschaft, des Berichts der Kontrollstelle und der Tagesordnung der bevorstehenden Hauptversammlung.

Über die Bildung und Auflösung stiller Reserven braucht nach schweizerischem Recht nicht berichtet zu werden. Die stillen Reserven sind vielmehr durch das Obligationenrecht ausdrücklich anerkannt worden. Über die stillen Reserven muß erst dann berichtet werden, wenn die letzten stillen Reserven der Gesellschaft aufgelöst sind und die Gesellschaft am Ende ihrer Finanzkraft steht. (1)

Der Prüfungsbericht, der nach Art. 696, Abs. I Obl. Recht von der Kontrollstelle der Hauptversammlung vorgelegt werden muß, entspricht etwa den deutschen Prüfungsvermerk. (2) Die Bedeutung der Prüfung der Gesellschaft und damit auch der Wert des "Prüfungsberichts" für die Publizität der schweizerischen Aktiengesellschaften sollte nicht überschätzt werden. Die Prüfung der Kontrollstelle bezieht sich nämlich nur auf die formelle Richtigkeit des Jahres-

(1) Steiger: "Das Recht der Aktiengesellschaft in der Schweiz", Zürich 1946, Seite 252

(2) Vgl. Art. 729 Obl. Recht

abschlusses der Gesellschaft. Es ist nicht Aufgabe der Kontrollstelle, die Geschäftsführung der Gesellschaftsleitung auf ihre Ordnungsmäßigkeit hin zu überwachen. Werden im Verlaufe der formellen Prüfung des Jahresabschlusses allerdings Mängel in der Geschäftsführung der Verwaltung festgestellt, so ist zunächst nur der Verwaltungsrat der Gesellschaft zu verständigen. Erst wenn trotz wiederholter Vorstellungen beim Verwaltungsrat nicht Abhilfe geschaffen wird, ist die Generalversammlung über die festgestellten Unregelmäßigkeiten zu unterrichten. Auf gar keinen Fall aber darfeinzelnen Aktionären von den Vorkommnissen Mitteilung gemacht werden. (1)

Die Vorschriften des schweizerischen Obligationenrechts über den Geschäftsbericht stellen vielleicht insofern einen Beitrag für eine kommende deutsche Aktienrechtsreform dar, als sie dem Aktionär bereits vor der Generalversammlung einen Rechtsanspruch auf die Vorlage eines Geschäftsberichts verschaffen. Im allgemeinen aber besitzt das schweizerische Recht dieselben Nachteile wie das deutsche Aktiengesetz. Die Pflicht zur Vorlage eines Geschäftsberichts ist mit der Rechtsform der Unternehmung verknüpft; der Gesetzgeber hatte also auf Gesellschaften ohne Aktionärsinteresse am Geschäftsbericht mindestens ebenso Rücksicht zu nehmen als auf alle übrigen Gesellschaften, deren Aktien sich in Streubesitz befinden. Der Wert der schweizerischen Geschäftsberichte für die Interessenten ist überdies noch stark eingeschränkt durch die fehlende aktienrechtliche Pflichtprüfung. Abgesehen von dem Rechtsanspruch der Aktionäre auf Vorlage des Geschäftsberichtes schon vor der Hauptversammlung wird das schweizerische Obligationenrecht der deutschen Aktienrechtsreform in der Frage der Geschäftsberichterstattung kaum neue Wege weisen können.

IV. Die Publizität in Großbritannien

In Großbritannien finden sich im Gesellschaftsrecht, ähnlich wie auch in den Vereinigten Staaten, keine besonderen Vorschriften über die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Durch den Company Act von 1948 wurde lediglich im Board of Trade eine Art Oberbehörde geschaffen, die auf

(1) Funk, a. a. O., Seite 396

Antrag der Aktionäre nachzuprüfen hat, ob die Berichterstattung der betreffenden Gesellschaft ausreichend und zutreffend war. (1) Dieser Behörde stehen alle Möglichkeiten zur Verfügung: Einsichtnahme in die Bücher und Schriften der zu überprüfenden Gesellschaft, Einvernahme der leitenden Beamten der Gesellschaft, wenn notwendig, sogar unter Eid usw. Wenn der Board bei einer Gesellschaft einen Verstoß gegen die Publizitätspflicht feststellt, kann er die Gesellschaft von der Begebung junger Aktien ausschließen, die Auflösung der Gesellschaft in die Wege leiten, den Vorstand der Gesellschaft strafrechtlich zur Verantwortung ziehen oder namens der Gesellschaft gegen Vorstand und Aufsichtsrat Schadensersatzansprüche geltend machen.

Allerdings konnte auch der Company Act von 1948 und der Board of Trade nicht verhindern, daß die englischen Geschäftsberichte von den Gesellschaften mit Absicht so knapp gefaßt werden, daß sie ihre Funktion kaum erfüllen können. Diesem Übelstand sucht man jetzt durch die Veranstaltung von Wettbewerben und der Prämiiierung der besten Geschäftsberichte abzuhelpen. (2)

(1) Charlesworth: "The Principles of Company Law", 5. Aufl., London 1949, Seite 183 ff.

(2) Vgl. auch die Ausführungen auf den Seiten 41 und 42 dieser Arbeit

Die Reform der Geschäftsberichterstattung

I. Das Problem einer bevorstehenden Aktienrechtsreform

Die Wiedergewinnung weiterer Kreise des Publikums für das Aktiensparen soll das Ziel einer kommenden Aktienrechtsreform sein. "Nur durch die Wiederherstellung der Rechte der Aktionäre, und zwar der Klein- wie der Großaktionäre, lassen sich die Interessen der Allgemeinheit am Aktienmarkt beleben und wachhalten", meinen in diesem Zusammenhang maßgebliche Vertreter einer umfassenden Aktienrechtsreform.⁽¹⁾ Unter dieser "Wiederherstellung der Rechte der Aktionäre" wird allerdings meistens nur das Recht der Aktionäre auf Feststellung des Jahresabschlusses verstanden und erst in zweiter Linie eine Verbesserung der Publizität der Gesellschaften. Die Forderung nach einer Publizitätsreform wird nämlich erst von der Forderung nach der Rückgabe des Bilanzfeststellungsrechts ("eines Grundrechts der Aktionäre") an die Hauptversammlung abgeleitet, weil - was richtig ist - der Aktionär sein Stimmrecht in der Hauptversammlung nur dann in verständiger Weise ausüben kann, wenn er zuerst über die Gesellschaft genauestens unterrichtet ist.

Nun lassen sich aber gegen diese Theorie der "Reaktivierung des Aktionärs" gewichtige Einwendungen erheben, auf deren eingehende Prüfung auch in der Diskussion über die Publizitätsreform nicht verzichtet werden darf. Gewiß, die Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz hat recht, wenn sie die Beschlußfassung über den Jahresabschluß zu den traditionellen Grundrechten der Aktionäre zählt. Sehr stark bezweifelt werden muß allerdings, ob die Rückgabe des Feststellungsrechts an die Aktionäre wirklich eine so unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der Aktienrechtsreform darstellt. Durch die Aktienrechtsreform will man besonders aus den Kreisen des Mittelstandes, der Arbeiter und Angestellten neue Käufer für Aktien

(1) Denkschrift, a. a. O., Seite 7; ähnliche Ansichten auch in: "Zur Reform des Aktienrechts", Schriftenreihe des DIHT, Bonn 1954, Seite 19 ff.

und Industrieobligationen gewinnen. Es erscheint dabei mehr als zweifelhaft, ob man nun gerade diesem Personenkreis das Wertpapiersparen schmackhafter machen kann, wenn man den Aktionären das Recht auf die Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaften zurückzugeben verspricht. Ein Großteil des zu gewinnenden Publikums wird sich unter einem solchen Recht ja wahrscheinlich nicht einmal etwas Konkretes vorstellen können.

Aber nicht nur von den Aktionären her dürfte die Wiedereinführung des Bilanzfeststellungsrechts der Hauptversammlung auf Verständnislosigkeit stoßen. Am meisten werden sich voraussichtlich die Verwaltungen der Gesellschaften gegen eine solche Entwicklung sträuben. Die Feststellung des Jahresabschlusses ist nämlich für eine Gesellschaft die wichtigste bilanzielle Entscheidung eines ganzen Jahres. Kann man es den Unternehmungen denn überhaupt zumuten, daß diese Entscheidung in die Hände von Personen gelegt wird, die mit den besonderen Verhältnissen der Gesellschaft nicht vertraut sind? Man kann zur Emanzipation der Manager stehen wie man will, aber man kann gerade in dieser Frage den Gesellschaften die Wahrung berechtigter Eigeninteressen nicht absprechen. (1)

Diese Konkurrenz der Interessen der Unternehmungen auf der einen und der Interessen der Aktionäre auf der anderen Seite spielte besonders bei den Beratungen der Studienkommission des Deutschen Juristentages über die Aktienrechtsreform eine große Rolle. Der zuständige Ausschuß konnte sich nämlich vor allem darüber nicht einigen, ob man die Rückgabe des Bilanzfeststellungsrechts an die Hauptversammlung hätte empfehlen sollen. Obwohl die Diskussion auch auf die Argumente für die Rückgabe sehr stark einging, kam man aber am Schluß doch zu der Überzeugung, daß der Hauptversammlung die sachliche Kompetenz fehle, "um über eine so komplizierte Materie, wie sie heute die Unternehmensbilanz darstellt, zu entscheiden." (2)

Wenn das Bilanzfeststellungsrecht nun aber trotz dieser

(1) Vgl. z. B. die Ausführungen von Marx, einem sonst entschiedenen Kritiker der Theorie des "Unternehmens an sich", a. a. O., S. 122

(2) Juristentag a. a. O., Seite 88

zweifelloos sehr gewichtigen Bedenken an die Hauptversammlung zurückgegeben werden sollte, dann wird man auf alle Fälle damit rechnen müssen, daß die Verwaltungen alle möglichen Mittel anwenden werden, die ihnen zur Verfügung stehen, um die Aktionäre zu einer ihnen genehmen Ausübung ihres Stimmrechts in der Hauptversammlung zu veranlassen. Die beliebteste Methode zur Erreichung dieses Ziels war früher eine ungenügende oder gefärbte Berichterstattung in der Hauptversammlung. Der Geschäftsbericht erhielt dadurch für die Verwaltung die Funktion, den Aktionären ihre eigenen Ansichten aufzuzwingen. Da eine falsche Berichterstattung immerhin vom Gesetzgeber unter Strafe gestellt war, wurden die Geschäftsberichte mit Absicht so knapp gehalten, als nur irgendwie möglich war. Die Gesellschaften begründeten denn auch ihren Widerstand gegen eine Erweiterung der Geschäftsberichte ganz offen damit, daß sie nur durch Zurückhaltung in der Berichterstattung ihren Standpunkt in den Hauptversammlungen durchsetzen könnten. Unter dem Einfluß solcher Überlegungen entstand die z. T. auch heute noch weitverbreitete Ansicht, daß der kürzeste Geschäftsbericht zugleich auch der beste sei.

Das Bilanzfeststellungsrecht der Hauptversammlung ist also einerseits selbst eine der Hauptursachen für die mangelhafte Publizität der deutschen Aktiengesellschaften. Andererseits aber wird dieses Recht gerade auch durch die Sabotierung der Geschäftsberichterstattung durch die Verwaltungen praktisch entwertet. Eine Verbesserung der Geschäftsberichterstattung ist deshalb nach der übereinstimmenden Ansicht aller Reformer die wichtigste Voraussetzung für die Wiederherstellung dieses "Grundrechts der Aktionäre".

Man ist auf Seiten der Befürworter einer Rückgabe des Bilanzfeststellungsrechts an die Hauptversammlung nun realistisch genug, von den Gesellschaften nicht eine freiwillige Erweiterung ihrer Geschäftsberichte zu erwarten, wenn hinterher die Aktionäre über den Jahresabschluß der Gesellschaft abstimmen dürfen. Soviel hat man sogar aus den früheren Erfahrungen mit dem Bilanzfeststellungsrecht gelernt. Nicht eingesehen aber hat man, daß durch eine gesetzliche Regelung allein das Publizitätsproblem nie zu lösen sein wird. Eine endgültige Lösung kann nur dann erreicht wer-

den, wenn die Gesellschaften freiwillig an der Lösung des Problems mitarbeiten.

Diese Situation verlangt eine eindeutige Entscheidung. Die Verwaltungen sind nämlich nur dann zur Mitarbeit bei der Lösung des Publizitätsproblems zu gewinnen, wenn der Gesetzgeber jeden Versuch unterläßt, die Befugnisse der Aktionäre auf die tatsächliche Betriebsführung auszudehnen. Die Feststellung des Jahresabschlusses ist eine reine Angelegenheit der Verwaltung, für die auch die Verwaltung in erster Linie die Verantwortung zu tragen hat. Aufsichtsrat und Hauptversammlung sollen die Geschäftsführung des Vorstandes überwachen, der Vorstand aber soll verwalten. Wenn nun durch die Übertragung des Bilanzfeststellungsrechts auf die Hauptversammlung die Verwaltung gezwungen wird, die Belange der Gesellschaft durch eine entsprechende Einschränkung der Geschäftsberichterstattung zu wahren, dann wird dadurch nicht nur das Feststellungsrecht selbst entwertet. Durch eine unvollständige oder gar falsche Berichterstattung wird vielmehr der Hauptversammlung auch die Möglichkeit genommen, die Geschäftsführung des Vorstandes auf ihre Recht- und Satzungsmäßigkeit hin zu überprüfen. Dadurch ist auch die Entscheidung der Hauptversammlung über die Entlastung der Gesellschaftsorgane illusorisch geworden. Bedauerlicherweise verliert dann die Hauptversammlung auch ihren im Grunde gerichtssähnlichen Charakter. (1)

Diese Entwicklung ist nachteilig vor allem für den Einzelaktionär. Eine mangelhafte Geschäftsberichterstattung nimmt nämlich dem Einzelaktionär die Möglichkeit, sich persönlich und in aller Ruhe über die Gesellschaft eine Meinung zu bilden. Der Aktionär will den Gesellschaftsorganen aber nicht nur in der Hauptversammlung durch seine Stimme Entlastung erteilen oder verweigern können, d. h., er will in Ruhe überlegen können, ob er die Aktie einer Gesellschaft weiterhin in seinem Besitz behalten oder aber abstoßen soll.

Hier wäre nun zu prüfen, wie den Aktionären am besten gedient werden kann, durch das rein formale Recht, den Jahresabschluß der Gesellschaft festzustellen oder durch die

(1) Vgl. Homburger: "Aktienrecht und Bilanzprüfer im neuen Aktienrecht", Berlin 1932, Seite 98

Schaffung realer Möglichkeiten zur Überwachung und Kontrolle der Gesellschaftsorgane. Solche Überlegungen standen vor allem bei den Beratungen der Studienkommission des Deutschen Juristentages im Vordergrund. Der zuständige Ausschuß kam schließlich zu der Überzeugung, daß einer Verbesserung der Geschäftsberichterstattung der Vorzug vor der Rückgabe des Bilanzfeststellungsrechts an die Hauptversammlung zu geben sei. Durch die Sicherung eines wirklichen Kontrollrechts könne nämlich das Interesse des Publikums eher gewonnen werden als durch das praktisch wertlose Recht auf die Feststellung des Jahresabschlusses, meinte die Kommission zu diesem Punkt. (1)

Der Ansicht des Juristentages ist grundsätzlich beizupflichten. Dem Aktionär geht es erfahrungsgemäß meistens nur um den Börsenkurs, um faire Dividenden und die möglichst risikolose Anlage seines Kapitals. Wenn diese Grundansprüche der Aktionäre an ihre Papiere befriedigend sind, wird der Durchschnittsaktionär ohne allzu großes Bedauern auf das imaginäre Bilanzfeststellungsrecht verzichten. Den Beweis für diese Behauptung liefert dabei nur allzu klar die immer wieder beklagte Bereitwilligkeit der Aktionäre, kurzerhand eine Bank durch eine Blankovollmacht mit der Wahrnehmung ihrer Interessen in den Hauptversammlungen zu beauftragen.

Um nun auf die Kernfrage der Aktienrechtsreform vorzustoßen: Die Aktie soll durch die Reformbestrebungen für das Publikum wieder attraktiv gemacht werden. Durch das Bilanzfeststellungsrecht kann der kleine Mann für die Aktie nicht gewonnen werden, weil dieses Recht für ihn keinen Wert besitzt. Der Aktionär kann nur durch eine moderne Form der Aktionärspflege gewonnen werden, deren wichtigste Grundlage eine regelmäßige Berichterstattung der Gesellschaft über ihre wirtschaftliche Lage sein muß. Nun wurde aber schon mehrfach begründet, warum sich die Verwaltungen mit allen Mitteln einer Erweiterung der Geschäftsberichterstattung zu widersetzen glauben müssen, wenn die Hauptversammlung über den Jahresabschluß der Gesellschaft zu beschließen hat. Alle Argumente der Verwaltungen gegen eine Erweiterung der Geschäftsberichterstattung kommen

(1) Juristentag, a. a. O., Seite 21

aber automatisch in Wegfall, wenn man auf die Rückgabe des Bilanzfeststellungsrechts an die Hauptversammlung verzichtet. Diese Situation ist für unseren heutigen Zustand typisch. Die Berichterstattung der Gesellschaften entspricht zwar nur in den allerwenigsten Fällen den tatsächlichen Notwendigkeiten, die Mangelhaftigkeit der Berichte kann jedoch heute nicht mehr begründet werden. Wenn heute die Publizität der Gesellschaften noch zu wünschen übrig läßt, dann ist dies allein auf eine schlechte Gewohnheit der Gesellschaften zurückzuführen. Der Erfolg der Publizitätsreform wird davon abhängen, daß die Gesellschaften mit dieser Gewohnheit Schluß machen. Dazu ist notwendig, daß die Unternehmensleitungen zunächst einmal davon überzeugt sind, daß sich die Hauptversammlungen aller ungerechtfertigten Eingriffe in die Geschäftsführung enthalten, andererseits aber auch klar erkennen, daß für die Wiedergesundung des deutschen Kapitalmarkts die Ausweitung der Unternehmensberichterstattung die wichtigste Voraussetzung darstellt.

II. Vorschläge zur Erweiterung der Geschäftsberichterstattung

Die Initiative zur Erweiterung der Unternehmensberichterstattung kann vom Staat, von den Banken, den Börsenzulassungsstellen, von industriellen Fachverbänden, von den Prüfvereinigungen und von wissenschaftlichen Kreisen ausgehen.

Die staatlichen Maßnahmen werden sich vor allem auf die Erweiterung der bereits vorhandenen Publizitätsvorschriften des Aktiengesetzes beziehen. Diese zentrale Regelung der Geschäftsberichterstattung durch den Staat hat den Vorteil, daß dadurch für alle Gesellschaften eine gemeinsame Rechtsgrundlage geschaffen wird. Sie hat aber auch den ganz großen Nachteil, daß sie notgedrungen von einem Modell einer typischen Aktiengesellschaft auszugehen hat, deren Aktien sich im Streubesitz, d. h. in den Händen zahlreicher Aktionäre befinden. Diese Regelung übersieht, daß sehr viele Unternehmungen die Rechtsform der Aktiengesellschaft unter ganz anderen Gesichtspunkten gewählt haben, als offensichtlich vom Gesetzgeber im Falle der typischen Aktiengesellschaft angenommen worden ist. Sehr häufig mögen

erb- oder familienrechtliche Überlegungen, in den vergangenen Jahren vielleicht auch steuerliche Motive für die Wahl der Aktiengesellschaft als Unternehmungsform maßgebend gewesen sein. In solchen atypischen Aktiengesellschaften fehlt aber dann das eigentliche Aktionärsinteresse an der Berichterstattung der Unternehmung und damit gleichzeitig aber auch die aktienrechtliche Begründung für die Entstehung der Berichtspflicht. Für solche Gesellschaften bedeutet die generelle Regelung der Berichtspflicht eine ungerechtfertigte Benachteiligung gegenüber anderen Unternehmungen. Am verständlichen Widerstand dieser atypischen Aktiengesellschaften sind deshalb auch bisher die meisten Bestrebungen gescheitert, die Geschäftsberichterstattung auf der Grundlage einer für alle Aktiengesellschaften geltenden Regelung zu erweitern.

Diese grundsätzlichen Einwände gegen eine generelle Lösung des Publizitätsproblems im Rahmen einer Aktiennovelle sind nicht neu. So haben sich z. B. schon im Jahre 1930 Reisch-Kreibig gegen eine Erweiterung der Publizitätsbestimmungen durch aktienrechtliche Vorschriften ausgesprochen und dafür vorgeschlagen, die Publizitätsreform den Börsen und vielleicht auch noch den Banken zu überlassen, um dadurch eine Differenzierung der Berichtspflichten der einzelnen Gesellschaften zu ermöglichen. Die Vorschläge Reisch-Kreibigs fanden damals aber ebenso wenig Berücksichtigung wie ähnlich formulierte der Industrie- und Handelskammer Berlin und des Verbandes Deutscher Bücherrevisoren.⁽¹⁾ In den dreißiger Jahren herrschte nämlich ein solcher Optimismus über den Erfolg des Pflichtkatalogs für die Verbesserung der Publizität, daß die skeptischen Stimmen glatt überhört wurden.

Nach den Erfahrungen von mehr als 20 Jahren ist dieser Optimismus verflogen; heute ist es möglich, den Wert des Pflichtkatalogs objektiv abzuschätzen. Der Pflichtkatalog hat zwar eine wesentliche Verbesserung für die Geschäftsbe-

(1) Reisch-Kreibig: "Bilanz und Steuer", Band II, Wien 1930, Seite 196; "Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Berlin", 1931, S. 138; Verband Deutscher Bücherrevisoren: "Zur Reform des Aktienrechts", 1930, Seite 23.

richtigerstattung gebracht, trotzdem aber stehen wir heute abermals vor einer Aktienrechtsreform, die sich im wesentlichen wieder mit den gleichen Problemen zu beschäftigen haben wird, mit denen sich auch schon die Reformer des Jahres 1931 auseinanderzusetzen hatten.

1931 wurde vor allem der Fehler gemacht, daß die Ansichten wirtschaftlicher Kreise über die Publizitätsreform zu wenig beachtet wurden. Eine Publizitätsreform kann nur dann Erfolg haben, wenn die Reform die Unterstützung der Wirtschaft findet. Eine generelle Erweiterung der Berichtspflichten für alle Gesellschaften wird nie die Zustimmung der Wirtschaft finden. So warnte z. B. der "Arbeitskreis zur Förderung der Aktie", eine Gemeinschaftsgründung des Bundesverbands der Deutschen Industrie, der Arbeitsgemeinschaft der Wertpapierbörsen, des Bundesverbands des Bankgewerbes und des Deutschen Industrie- und Handelstages eindrucklich vor einer Überspitzung der Berichtspflichten für alle Aktiengesellschaften. (1)

Besonders der deutsche Industrie- und Handelstag forderte als wichtigste Voraussetzung für das Gelingen einer Publizitätsreform die Differenzierung der Unternehmungen in solche, bei denen die Berichterstattung im Aktionärsinteresse tatsächlich notwendig ist, und andere, bei denen eine Berichterstattung aus anderen Gründen erforderlich erscheint. (2)

Dieser Auffassung schloß sich auch Schneider auf der Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer 1955 an. Schneider befürchtete als Folge einer generellen Erweiterung der Berichtspflichten für alle Aktiengesellschaften eine unternehmenspolitisch unerwünschte Flucht der Unternehmungen aus der Rechtsform der Aktiengesellschaft. (3)

Auch Reisch-Kreibitz nahmen die Neuauflage ihres Buches zum Anlaß, wiederum von einer Erweiterung der Berichtspflichten im Rahmen einer Aktienrechtsnovelle und damit auch von einer staatlichen Intervention abzuraten: "In der

(1) Vgl. "Die Wirtschaftsprüfung", 1953, Seite 470 und "Der Wirtschaftsprüfer", 1953, Seite 293

(2) DIHT, "Reform", a. a. O., Seite 38 und 52

(3) Vgl. "Die Wirtschaftsprüfung", 1955, Seite 106

Praxis wird die staatliche Einflußnahme viel unangenehmer und unmittelbarer empfunden als die der Banken und Börsenzulassungsstellen, wohl auch deshalb, weil Unternehmungen, die keine Bankkredite in Anspruch nehmen und deren Aktien an der Börse nicht notiert sind, nicht unter die Normung fallen." (1)

Nun ließe sich eine Erweiterung der Publizitätsvorschriften des Aktiengesetzes allenfalls noch mit der Begründung vertreten, dadurch könne das Problem am einfachsten und übersichtlichsten erfaßt und außerdem noch eine Berichterstattung im Interesse der Arbeitnehmer, der Öffentlichkeit usw. erzwungen werden. Die Belange dieser Interessentengruppen an der Berichterstattung der Unternehmungen dürfen aber auf gar keinen Fall durch aktienrechtliche Vorschriften geschützt werden. Die Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz weist auf diesen Umstand ganz besonders hin und warnt eindringlich davor, "auf dem Gebiete des Aktienwesens folgenschwere Entscheidungen zu treffen, die alle Unternehmungen ... angehen." Die Denkschrift wünscht dabei vor allem, daß in der Publizitätsreform ganz klar zwischen der Wahrung der Aktionärsinteressen und der Wahrung anderer Interessen unterschieden wird. Allein die Berichterstattung der Gesellschaften ihren Aktionären gegenüber sei ein aktienrechtliches Problem, bei der Publizität der Unternehmungen der Öffentlichkeit gegenüber aber handle es sich um ein "Problem des Unternehmens schlechthin", dessen Lösung den Bereich des Aktienrechts bei weitem übersteige. (2)

Es wäre aber auch nicht richtig, die Berichterstattung der Gesellschaften ihren Aktionären gegenüber aus dem Aktiengesetz vollständig auszuklammern, weil die aktienrechtlichen Bestimmungen über den Geschäftsbericht nicht den erhofften Erfolg gebracht haben. Die Berichterstattung der Gesellschaften ihren Aktionären gegenüber ist eine Frage der Verfassung der Aktiengesellschaft und gehört mithin auch in das Aktiengesetz.

Eine grundsätzliche Verpflichtung der Aktiengesellschaft

(1) Reisch-Kreibig: "Bilanz und Steuer", Band II, 1951, S. 90

(2) Denkschrift a.a.O., Seite 51

zur Berichterstattung in der Hauptversammlung, verbunden vielleicht mit einer Parallelbestimmung zum amerikanischen "right of inspection", würde aber vollständig ausreichen, um dem Aktionär seinen grundsätzlichen Anspruch auf Unterrichtung durch die Gesellschaftsorgane zu garantieren. Über den tatsächlichen Umfang der Berichterstattung aber müßten andere Institutionen zu befinden haben, die Fachverbände, die Prüfvereinigungen, wissenschaftliche Kreise und ganz besonders natürlich die Zulassungsstellen der Wertpapierbörsen.

III. Überwachung der Einhaltung der Publizitätsbestimmungen

Nach geltendem Recht haben die Registergerichte die Einhaltung der Publizitätsbestimmungen durch die Gesellschaften zu überwachen. Die Überprüfung der Geschäftsberichte durch den Registerrichter erstreckt sich allerdings nur auf die formelle, nicht aber auf die materielle Seite der Berichte. Das Fehlen eines öffentlichen Prüfungsorganes für die Publikationen der Aktiengesellschaften wird z. T. auch für das Versagen der bisherigen Regelungen der Geschäftsberichterstattung verantwortlich gemacht. Der Ausschuß des Juristentages hält z. B. alle Maßnahmen des Gesetzgebers zur Verbesserung der Geschäftsberichte solange für erfolglos, als nicht eine rechtspolizeiliche Kontrolle für die Geschäftsberichterstattung geschaffen worden ist. Der Ausschuß empfiehlt deshalb dringend "eine intensivere Mitwirkung staatlicher Stellen" bei der Prüfung der Geschäftsberichte. (1)

Es muß zugegeben werden, daß die gesellschaftsrechtlichen Kontrollorgane infolge des Strukturwandels der Wirtschaft nicht mehr in der Lage sind, die Aktionäre vor Übergriffen der Verwaltungen hinreichend zu schützen. Das Versagen der innergesellschaftlichen Kontrollorgane hatte deshalb schon früher den Ruf nach einer staatlichen Intervention laut werden lassen. Man forderte bereits die Einrichtung staatlicher Aktienämter, die die Aktiengesellschaften überwachen sollten. Von diesem Vorschlag ist man aber wieder abgekommen, weil man dem Staat nicht noch mehr Rechte

(1) Juristentag, a. a. O., Seite 20

zugestehen wollte als er an sich schon besitzt. Dieses Argument läßt sich auch gegen das Verlangen des Juristentages vorbringen, der, wie schon oben bemerkt, die Erfüllung der Publizitätspflichten seitens der Gesellschaften durch eine staatliche Aufsichtsstelle überwachen lassen will.

Einen recht brauchbaren Vorschlag zur Überwachung der Gesellschaften bei der Erfüllung ihrer Berichtspflichten machte Kühlewein. Kühlewein wünschte die Errichtung besonderer Wirtschaftskammern als Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, die diese wichtige Aufgabe übernehmen sollten.⁽¹⁾ Gegen diesen Vorschlag läßt sich einwenden, daß die einzelnen Gesellschaften kaum gezwungen werden können, sich einer Überwachung durch diese Kammern zu unterwerfen. Dann aber spricht gegen diesen Vorschlag Kühleweins die Tatsache, daß wieder einmal eine neue Einrichtung geschaffen werden müßte, die mindestens zunächst rein experimentellen Charakter tragen würde. Außerdem wäre es dringend zu wünschen, daß der Inflation solcher überbetrieblicher Verbände und Organisationen endlich einmal ein Riegel vorgeschoben würde.

Die Einrichtung besonderer Stellen zur Überwachung der Geschäftsberichterstattung würde sich erübrigen, wenn man die bereits vorhandenen Kontrollmöglichkeiten weiter ausbauen wollte. Hier wäre zunächst einmal der Einfluß der Prüfervereinigungen auf die Geschäftsberichterstattung zu nennen. Die Institute der Wirtschaftsprüfer haben in zahlreichen Gutachten zu Fragen des Aktienrechts Stellung genommen und dadurch bereits wertvolle Anregungen gegeben. Diese Gutachten, die von Instituten der Wirtschaftsprüfer laufend veröffentlicht werden, haben eine besondere Bedeutung deshalb, weil diese Gutachten für die Prüfer bindend sind. Die Hauptfachausschüsse der Institute der Wirtschaftsprüfer sind allerdings mit der Abfassung solcher Gutachten ziemlich vorsichtig; bei einer entsprechenden Ermunterung durch die zuständigen staatlichen Stellen und die Verbände der Wirtschaft könnte gerade für den Erkenntniswert der Veröffentlichungen der Aktiengesellschaften von einer angeregten Gutachtertätigkeit der Prüfervereinigungen viel er-

(1) in: "Der Betriebsberater", 1952, Seite 328

hofft werden.

Neben den Prüfervereinigungen aber müßten zur Überwachung der Gesellschaften und ihrer Veröffentlichungen vor allem die Zulassungsstellen der Wertpapierbörsen herangezogen werden. Die Beeinflussung der Publizität durch die Börsen beschränkt sich nach § 36 Börs. Ges. allein auf die Emissionsprospekte. Die Zulassungsstelle hat nach dieser Bestimmung die "Aufgabe und die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Publikum über alle zur Beurteilung der zu emittierenden Wertpapiere notwendigen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse so weit als möglich informiert wird". (1)

Die Zulassungsstelle hat demnach die Einführung von Wertpapieren an der Börse zu verhindern, wenn die Angaben im Prospekt unvollständig sind. Durch die Zulassung der Wertpapiere zum Börsenhandel soll de lege lata allerdings nicht mehr bezeugt werden, als daß den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geleistet ist und demnach keine Veranlassung vorliegt, das Zulassungsbegehren des Antragstellers abzulehnen. Die Zulassungsstelle hat nach derzeit geltendem Recht keinerlei Befugnis, die materielle Richtigkeit der in dem Prospekt enthaltenen Angaben nachzuprüfen. Bei der Ausübung ihrer Kontrollrechte ist die Zulassungsstelle also ausschließlich auf die Angaben des Antragstellers angewiesen; falsche Angaben im Prospekt sind allerdings strafbar. (§ 295 Abs. I, Ziffer 2 Akt. Ges.)

Die Bestimmungen des Börsenrechts über die Unterrichtung des Publikums entsprechen in keiner Weise den tatsächlichen Anforderungen des Publikums an den Prospekt einer Gesellschaft. Sie entsprechen auch keineswegs der Bedeutung, die der Zulassungsstelle einer Wertpapierbörse an sich zukommen könnte. Auf diesen Umstand hat ganz besonders Schmalenbach hingewiesen und sich dabei entschieden für eine Neuordnung des Börsenrechts ausgesprochen. (2)

Im Zuge einer solchen Börsenrechtsreform müßten die Zulassungsstellen zunächst einmal das Recht erhalten, die Angaben der Antragsteller auf ihre materielle Richtigkeit hin nachzuprüfen. Dann aber sollten die Zulassungsstellen von

(1) Göppert: "Das Recht der Börsen", Berlin 1932, S. 225

(2) Vgl. "Der Betrieb", 1950, Seite 220

Unternehmungen mit zugelassenen Wertpapieren ähnlich wie die amerikanische Securities Exchange Commission (SEC) auch die Vorlage der regelmäßigen jährlichen Geschäftsberichte verlangen dürfen. Dadurch würden die Börsen in die Lage versetzt, auch noch nach der Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel die Interessen der Wertpapierkäufer wahren zu können. Den Umfang dieser Informationen zu bestimmen, sollte den Börsen überlassen bleiben. Damit wäre den Ansprüchen des anlagesuchenden Publikums am besten zu genügen.

Diese Regelung würde auch der besonderen Lage der Familiengesellschaften Rechnung tragen. Diese Gesellschaften könnten sich dann nämlich entscheiden, ob sie sich den gesteigerten Anforderungen an ihre Berichterstattung unterwerfen wollen oder nicht. Der Preis für eine Befreiung von den erweiterten Berichtspflichten wäre aber dann der Verzicht auf die Vorteile einer Börseneinführung ihrer Wertpapiere. Der Widerstand dieser Gesellschaften, der bisher noch stets eine Ausweitung der Publizitätspflichten für alle Aktiengesellschaften verhindern konnte, wäre damit aus dem Wege geräumt.

Neben einer Überwachung der Geschäftsberichterstattung durch die Börsen ließe sich eine Verbesserung der Publizität nach französischem Muster durch die Veröffentlichung des Prüfungsberichts der ordentlichen Abschlußprüfer erreichen. In Frankreich ist der Abschlußprüfer seit der Aktienrechtsnovelle vom 31. 8. 1937 ein von der Hauptversammlung auf drei Jahre bestellter Treuhänder (1), der die Interessen der Aktionäre bei der Verwaltung der Gesellschaft zu wahren hat. (2) Zu den Pflichten der Commissaires gehört, daß sie die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, der Kassenhaltung, der Verwaltung der Wertpapierbestände und der anderen Werte der Gesellschaft nachzuprüfen haben. Außerdem sollen sie die Bilanzen und Geschäftsberichte auf

(1) Im Aktiengesetz von 1867 erscheinen die Prüfer entweder als Commissaires aux apports, d. h. als Gründungsprüfer oder als Commissaires aux comtes, d. h. als Abschlußprüfer

(2) Dalsace: "Manuel des Sociétés Anonymes", Paris 1947, Seite 98

ihre Richtigkeit hin überprüfen. Über diese Prüfung haben die Commissaires einen Prüfungsbericht anzufertigen, der im Gegensatz zu der Regelung im deutschen Aktienrecht nicht nur dem Vorstand und Aufsichtsrat, sondern auch der Hauptversammlung der Gesellschaft vorzulegen ist. Die Aktionäre haben durch diese Regelung also die Möglichkeit erhalten, an Hand des Prüfungsberichts die Angaben der Verwaltung in den aktienrechtlichen Publikationen nachzuprüfen.

Der Umfang der Berichterstattung der Wirtschaftsprüfer vor der Hauptversammlung der Gesellschaft ist zwar durch die Aktienrechtsnovelle der Jahre 1935 und 1937 stark eingeschränkt worden. Ursprünglich, d. h. nach dem Aktiengesetz von 1867 hatten die Prüfer eingehend die Lage der Gesellschaft zu erläutern und dabei weniger auf die rechnungsmäßigen Unterlagen der Gesellschaft einzugehen. Jetzt ist die Schilderung der Lage der Gesellschaft nicht mehr Aufgabe des Prüfers.⁽¹⁾ Inhalt des französischen Prüfungsberichts ist nun vielmehr wie bei uns die Feststellung des Prüfungsauftrags, die Abschätzung der Genauigkeit der Angaben des Vorstandes in den Publikationen der Gesellschaft, aber auch eine Stellungnahme zu den Prinzipien der Bewertungspolitik der berichtenden Gesellschaft.

Der Prüfungsbericht ist den Aktionären auf Verlangen vorzulegen und zu diesem Zweck zusammen mit der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und einer Liste aller Aktionäre spätestens 5 Tage vor der ordentlichen Hauptversammlung zur Verfügung der Aktionäre zu halten.⁽²⁾

Die Unabhängigkeit und das fachmännische Urteil des Commissaire wird durch die gerichtliche Bestellung des Prüfers gewährleistet. Der Prüfer muß den Hauptversammlungen der von ihm betreuten Gesellschaft beiwohnen. Er besitzt in der Hauptversammlung zwar kein Stimmrecht, kann aber in wichtigen Fällen selbst die Hauptversammlung einberufen.

Es kann bezweifelt werden, ob durch eine Veröffentlichung der Prüfungsberichte das Problem der Geschäftsberichter-

(1) Dalsace, a. a. O., Seite 100

(2) Dalsace, a. a. O., Seite 18 ff.

stattung gelöst werden kann. Es müßte in diesem Zusammenhang vor allem auf die Bedeutung der Schutzklausel hingewiesen werden, der in diesem Falle eine überragende Bedeutung zukommen müßte. Außerdem wäre dann wieder eine Trennung in Gesellschaften notwendig, die mit ihren Wertpapieren an den offenen Kapitalmarkt gehen und Gesellschaften, die sich in Mehrheitsbesitz befinden.

Vergleicht man diese beiden Möglichkeiten zur Verbesserung der Geschäftsberichterstattung, dann wird man einer Reform des Börsenrechts vor der Publizierung der Prüfungsberichte zweifellos den Vorzug geben müssen. Eine Reform des Börsenrechts wird sich ja auch aus anderen Gründen kaum mehr umgehen lassen; das heute geltende Börsenrecht ist nunmehr seit über 50 Jahren kaum mehr geändert worden. Wenn man nun den Kapitalmarkt "Börse" wieder funktionsfähig machen will, dann muß die rechtliche Verfassung der Börse den veränderten Umständen angepaßt werden. Es wäre aber sehr zu bedauern, wenn man diese einmalige Gelegenheit einer Börsenreform nicht auch gleichzeitig zu einer Reform der Publizität benützen würde.

IV. Organisatorische Voraussetzungen einer Publizitätsreform

In den bisherigen Ausführungen ist einer dezentralisierten Regelung der Geschäftsberichterstattung das Wort geredet worden. Das soll aber nicht heißen, daß in einer kommenden Aktienrechtsreform das Kapitel "Publizitätsreform" ausgeklammert werden dürfte. Tatsächlich sind natürlich auch im Aktiengesetz wichtige Voraussetzungen organisatorischer Art zu schaffen, wenn die Publizitätsreform Erfolg haben soll.

Hier wäre vor allem an die Zustellung der Geschäftsberichte zu denken. In den Vereinigten Staaten stößt die Zustellung der Geschäftsberichte auf keinerlei Schwierigkeiten, weil die Gesellschaften durch die Namensaktie stets über die Veränderungen in ihrem Aktienbesitz auf dem Laufenden gehalten werden. In Deutschland ist zwar ebenfalls nach dem Aktiengesetz die Namensaktie der Normfall, in Wirklichkeit aber ist die Namensaktie zum Ausnahmefall und die Inhaberaktie zum Regelfall geworden. Der Gesellschaft sind

deshalb die gegenwärtigen Besitzer ihrer Aktien offiziell nicht bekannt; sie verfügt deshalb auch in der Regel über kein Adressenmaterial ihrer Aktionäre und kann daher ihre Aktionäre auch nicht durch ein entsprechendes Aktionärsprogramm individuell betreuen.

Die Namensaktie würde dagegen den Gesellschaften für die Aktionärspflege große Vorteile bieten, ein Grund, der auch in Deutschland von den Befürwortern der Einführung der Namensaktie immer wieder angegeben wird. (1) Daneben verspricht man sich von der Einführung der Namensaktie eine größere Durchsichtigkeit des Aktienbesitzes einer Unternehmung und hofft, damit gleichzeitig die Anonymität des Aktienbesitzes mildern zu können.

Diese Gründe waren auch für die Stahltreuhändervereinigung maßgebend, als sie in ihrem Entwurf für eine Mustersatzung der neugeordneten Einheitsgesellschaften die Einführung der Namensaktie vorgeschlagen hatte. (2) Dieser Vorschlag wurde dann in die endgültige Fassung der Mustersatzung aufgenommen, wenn auch für die Alliierten die erleichterte Überwachung der Eigentumsverhältnisse in den neugeordneten Unternehmungen der Hauptgrund für die Einführung der Namensaktie gewesen sein mochte. Daß die oben angegebenen Gründe aber immerhin eine Rolle gespielt haben, kann man aus der Formulierung von § 13 Abs. II der Mustersatzung entnehmen; nach dieser Bestimmung sind die Aktionäre unter Übersendung der Tagesordnung und der Stimmkarte, sowie der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und des Geschäftsberichts zu der Hauptversammlung persönlich einzuladen.

Für die Aktionärspflege haben die Namensaktien unbestreitbare Vorteile; diesen Vorteilen aber treten mindestens ebenso viele beträchtliche Nachteile gegenüber. Durch die Abschaffung der Inhaberaktie würde der Verkehr der Aktien ganz entscheidend erschwert werden. Der Verkehr ist aber an der Fungibilität der Aktien in sehr großem Maße interessiert. Die Denkschrift der Schutzvereinigung rät deshalb

(1) z. B. von Hax in "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", 1950, S. 240, und DIHT, Reform a. a. O., S. 28 ff.

(2) Treuhänderbericht, a. a. O., Seite 244

von der Abschaffung der Inhaberaktien ab. (1) Auch die meisten Montangesellschaften sind mittlerweile wieder zur Inhaberaktie zurückgekehrt.

Auch die Kommission des Juristentages erkennt die unbestreitbaren Vorteile der Namensaktie an, weist aber ebenfalls darauf hin, daß sich in Deutschland die Namensaktien nur durch ein Verbot der Inhaberaktie einführen ließen. "Dieser Preis erscheint dem Ausschuß zu hoch" (2), weil seiner Ansicht nach die Fungibilität die unerläßliche Voraussetzung für die Kapitalsammlungsfunktion der Aktie darstellt. (3)

Wenn man nun also die Inhaberaktie nicht entbehren zu können glaubt, dann sollte man doch wenigstens versuchen, einen anderen Weg ausfindig zu machen, der den Unternehmen die begehrten Anschriften ihrer Aktionäre verschaffen könnte. Nach geltendem Recht kann sich der Aktionär gegen Hinterlegung einer Aktie bei der Gesellschaft durch eingeschriebenen Brief zu der Hauptversammlung einladen lassen. (§ 109 Akt. Ges.) Die Gesellschaft ist in diesem Falle zu der Einladung verpflichtet. Gemeinsam mit der Einladung zur Hauptversammlung ist dem Aktionär die Tagesordnung der Hauptversammlung mitzuteilen. Hier könnte man zunächst einmal die Bestimmung einbauen, daß die Gesellschaften der Einladung auch einen Abdruck der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Geschäftsberichts beizufügen haben.

Damit aber ist das Problem der Erfassung der Aktionäre durch ein ausgebautes Aktionärsprogramm noch keineswegs gelöst. Gerade der Kleinaktionär, der nur eine oder zwei Aktien einer Gesellschaft besitzt, wird sich nur schwer entschließen können, seinen Besitz einer ihm doch immerhin fremden Gesellschaft anzuvertrauen. Und außerdem würde dieses Verlangen an die Aktionäre erst recht die Fungibilität der Aktien beeinträchtigen.

Nun ließe sich hier wohl einwenden, die Hinterlegung einer Aktie käme ja doch nur dann in Betracht, wenn der hinterlegende Aktionär eine größere Anzahl Aktien der betreffen-

(1) Denkschrift, a. a. O., Seite 43

(2) Juristentag, a. a. O., Seite 91

(3) Juristentag, a. a. O., Seite 21

den Gesellschaft besitzt. Das ist richtig. Aber gerade dieser Einwand zeigt die Unbrauchbarkeit eines solchen Systems am deutlichsten. Der Großaktionär kann sich zu den Versammlungen der Gesellschaft einladen lassen, denn er wird an der Fungibilität einer einzelnen Aktie nicht im mindesten interessiert sein. Der Kleinaktionär, der keine Aktie zur Verfügung stellen kann oder will, weil er nur wenige Stücke besitzt, hat das Nachsehen. Die Reformbestrebungen sollten aber gerade dahin gehen, auch dem Kleinaktionär die Informationsmöglichkeiten des Großaktionärs zu verschaffen.

Andererseits muß man sich darüber im klaren sein, daß es den Gesellschaften nicht zugemutet werden kann, an alle Aktionäre, deren Anschriften ihr zu irgendeinem Zeitpunkt bekannt geworden sind, Geschäftsberichte zu versenden. Dieses Adressenmaterial würde wahrscheinlich sehr rasch veralten und die Folge wäre, daß die Gesellschaft jahrelang Geschäftsberichte an Personen versenden müßte, die ihre Papiere schon längst wieder veräußert haben.

Es ist aber nicht einzusehen, warum die Aktie gerade bei der Gesellschaft hinterlegt werden müßte, um die Gesellschaft zur Übersendung der Unterlagen für die Hauptversammlung zu verpflichten. Gadow/Heinichen halten z. B. die Gesellschaft für verpflichtet, ihren Aktionären die Unterlagen zu den Hauptversammlungen zu übersenden, wenn die Aktien bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt sind. Allerdings muß nach derzeit geltendem Recht dann in der Satzung der Gesellschaft eine entsprechende Vorschrift enthalten sein. (1)

Man sollte es den Gesellschaften nicht allzu leicht machen, die Aktionäre als anonyme Masse zu behandeln; le lege ferenda § 109 Akt. Ges. dahingehend zu erweitern, daß auch die Aufbewahrung der Aktie bei einer Wertpapierbank für die Übersendung der Unterlagen für die Hauptversammlung, also auch des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts, als hinreichend angesehen wird, würde für eine Verbesserung der Publizität der deutschen Aktiengesellschaften einen wesentlichen Fortschritt bedeuten. (2)

(1) Gadow/Heinichen, a. a. O., Anmerkung zu § 109 Akt. Ges.

(2) Vgl. auch die ähnlich lautenden Vorschläge in DIHT, "Reform", a. a. O., Seite 28

Im letzten Kapitel wurde versucht, einen Weg aufzuzeigen, auf dem man zu einer Verbesserung der Geschäftsberichterstattung kommen könnte. Dabei ist aber die Frage noch offen geblieben, was der Geschäftsbericht der Zukunft enthalten muß, um alle Beteiligten zufriedenzustellen.

Diese Frage ist verhältnismäßig einfach zu beantworten, aber doch nicht so einfach, daß sich ohne weiteres ein allgemein gültiger Katalog für den Pflichtinhalt eines Geschäftsberichts entwerfen ließe.

Der Geschäftsbericht für die Aktionäre z.B. hat auf alle diejenigen Punkte einzugehen, die ein außerhalb der Gesellschaft stehender Aktionär eben wissen muß. Erinuert sei hier nur an die Berichterstattung über Maßnahmen der Gesellschaftsleitung, von denen die Gewinne der Gesellschaft beeinflußt werden oder an die Angaben über die Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft. Für den Umfang der Berichterstattung muß dabei der Interessentenstandpunkt, in diesem Falle also das Informationsbedürfnis der Aktionäre maßgeblich sein. Das bedeutet bei Aktiengesellschaften mit weitverstreutem Aktienbesitz zweifellos eine bedeutende Erweiterung ihrer Berichtspflichten.

Zweifellos aber wird die Ausrichtung der Geschäftsberichte auf den Interessentenstandpunkt bei sehr vielen Gesellschaften, insbesondere bei den kleineren Unternehmungen, zu einer Einschränkung der Berichterstattung führen, wenn ein Aktionärsinteresse an der Berichterstattung nicht vorhanden ist. Die Differenzierung der Berichtspflichten der einzelnen Gesellschaften ist nämlich die wichtigste Voraussetzung für die Publizitätsreform, eine Tatsache, auf die im Rahmen dieser Arbeit schon wiederholt hingewiesen wurde.

Die zweitwichtigste Voraussetzung für das Gelingen der Publizitätsreform wäre sodann die Schaffung einer "rechtspolizeilichen Kontrolle", die von den Aktionären angerufen werden könnte, wenn hinsichtlich der Berichterstattung irgendwelche Differenzen zwischen der Gesellschaft und den

Aktionären auftreten sollten. (1) Im wesentlichen das Gleiche gilt auch für die Berichterstattung einer Unternehmung im Interesse der Gläubiger, der Arbeitnehmer, der Öffentlichkeit und der Betriebswirtschaftslehre. Es geht nicht an, daß wie bisher ein tatsächlich vielleicht gar nicht vorhandenes Aktionärsinteresse erhalten muß, um die Informationsansprüche dieser Kreise zu befriedigen. Eine wirklich gute Berichterstattung diesen Kreisen gegenüber ist nur dann möglich, wenn in den Geschäftsberichten der Interessentenstandpunkt der Arbeitnehmer oder der Öffentlichkeit beispielsweise selbständig berücksichtigt wird.

Die Verknüpfung der Berichtspflichten im Interesse dieser Kreise mit der Rechtsform eines Unternehmens läßt sich dabei allerdings nicht mehr verwirklichen. Eine derartige Regelung würde nämlich eine gefährliche Diskriminierung der betreffenden Rechtsform im Vergleich zu anderen Unternehmungsformen bedeuten. Wenn grundsätzlich schon z. B. ein Informationsanspruch der Arbeitnehmer anerkannt wird, dann darf die Gewährung bestimmter Informationsrechte nicht davon abhängig gemacht werden, daß der Arbeitnehmer in einer Aktiengesellschaft beschäftigt ist.

Auch für die Konzern-, Kartell- und Monopolpublizität ist es grundsätzlich ohne Bedeutung, in welcher Rechtsform die betroffenen Unternehmungen geführt werden. In diesem Falle muß eben dann der Interessentenstandpunkt der Öffentlichkeit als Rechtfertigung für die Entstehung einer Berichtspflicht anerkannt werden. Die Schaffung einer besonderen Berichterstattung für die Gläubiger, die Arbeitnehmer und die Öffentlichkeit übersteigt deshalb auch die Möglichkeiten des Aktienrechts und sollte deshalb auch außerhalb des Aktiengesetzes geregelt werden.

Der Erfolg einer kommenden Publizitätsreform ist direkt davon abhängig, ob es gelingt, den Interessentenstandpunkt in der Geschäftsberichterstattung zu wahren. Der Interessentenstandpunkt hat dabei nicht nur materiell den Inhalt eines Geschäftsberichts zu bestimmen, er muß auch für die formelle Ausgestaltung der Berichte die maßgebliche Richt-

(1) "Die Gestaltung der Unternehmungsformen", Verhandlungen des 39. Deutschen Juristentages 1952, Tübingen 1952, Seite 32

schnur sein, d.h. die Berichte müssen so abgefaßt sein, daß sie von jedem Leser verstanden werden können. Dem Empfänger des Geschäftsberichts ist nicht gedient, wenn er einen Bericht über "sein" Unternehmen erhält, den er schon nach der Lektüre der ersten Seite enttäuscht auf die Seite legt, weil er sich mangels Vorbildung schon in der Terminologie des Berichts nicht zurechtfindet. Notwendig ist deshalb eine "gezielte" Berichterstattung, die in erster Linie auf das intellektuelle Niveau des angesprochenen Leserkreises Rücksicht zu nehmen hat.

Die Notwendigkeit einer "gezielten" Publizität wird heute kaum noch bestritten. Daß die Geschäftsberichte auf den Interessentenstandpunkt abgestellt sein müssen, bedeutet aber nicht so sehr, daß die Unternehmungen unter allen Umständen je einen gesonderten Bericht für die Aktionäre, die Blegschaften usw. herausgeben müssen, als einen allgemein verständlichen Geschäftsbericht.

Dieser grundsätzlichen Forderung an einen wirksamen Geschäftsbericht tragen die amerikanischen Geschäftsberichte auf eine geschickte Art und Weise Rechnung. Die amerikanischen Gesellschaften veröffentlichen nämlich einen gemeinsamen Bericht für alle Interessentengruppen (Report to Stockholders, Employees, Customers and the Public). Dieser Bericht zerfällt in der Regel in zwei Teile. Im ersten Teil findet man einen stark vereinfachten Bericht, der auf die Bedürfnisse des "kleinen Mannes" abgestellt ist. Der zweite Teil des Berichts enthält dafür einen differenzierten Abschluß in der Fachsprache des Kaufmanns, der auch dem geschulten Bilanzleser geeignetes Material für seine Untersuchungen vermitteln kann. (1)

Den Geschäftsberichten kommt für die Wiedergesundung des deutschen Kapitalmarktes und die Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens in der Bundesrepublik eine gesteigerte Bedeutung zu. Die immer weiter fortschreitende Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens verlangt von den Unternehmungen eine stark erweiterte Offenlegung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Es genügt nicht mehr, daß allein den Eigentümern der Unternehmungen entsprechende Kontrollrechte eingeräumt werden. Auch die Öffentlichkeit will

(1) Vgl. Farr in "Betrieb", 1954, Seite 957

informiert sein.

Dieser Tatsache müssen die Unternehmungen Rechnung tragen. Das System der freien Wirtschaft wird von allen Seiten kritisch beobachtet. Viele Menschen erwarten auch heute noch von einer Änderung der herrschenden Wirtschaftsverhältnisse eine durchgreifende Besserung ihres Lebensstandards. Die Unternehmungen müssen sich oft mit Streiks und anderen Formen des Arbeitskampfes herumschlagen, die durch eine entsprechende Unterrichtung der Arbeitnehmer vermeidbar gewesen wären.

Eine gute Geschäftsberichterstattung dient also nicht zuletzt auch dem berichtenden Unternehmen selbst. Niemand bestreitet heute mehr, daß die Unternehmungen um das Vertrauen der Öffentlichkeit werben müssen. Am Anfang jeder Vertrauenswerbung aber muß die Information, die Wissensvermittlung stehen. (1)

(1) "Spannungsfeld Wirtschaft und Öffentlichkeit",
Sonderheft des "Volkswirt" vom 31. 3. 1956, Seite 14

L I T E R A T U R

I. Kommentare und Jahrbücher

- Adler/Düring/Schmaltz: "Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft", 2. Auflage, Stuttgart 1948
- Baumbach/Hueck: "Kommentar zum Aktiengesetz", 8. Auflage, München und Berlin 1954
- Beigel: "Lehrbuch der Buchführungs- und Bilanzrevision", 2. Auflage, Dresden 1914
- Dietz: "Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz", 3. Auflage, München und Berlin 1953
- Endemann: "Handbuch des deutschen Handels-, See- und Wechselrechts", Band I, Leipzig 1881
- Fitting/Kraegeloh: "Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz", 3. Auflage, Frankfurt und Berlin 1953
- Funk: "Kommentar des Obligationsrechts", Band II, Aarau 1951
- Gadow/Heinichen: "Aktiengesetz-Kommentar", 1939
- Galperin: "Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz", 2. Auflage, Heidelberg 1953
- Gareis/Fuchsberger: "Kommentar zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch", Berlin 1891
- Leitner: "Grundriß der Buchhaltungs- und Bilanzkunde", Band II, Leipzig 1911
- Makower: "Kommentar zum Handelsgesetzbuch", Berlin 1906
- Ritter: "Aktiengesetz", Berlin und München 1939
- Schlegelberger/Quassowski/Herbig/Geßler/Hefermehl: "Kommentar zum Aktiengesetz", 3. Auflage, Berlin 1939
- Simons: "Handbuch der betrieblichen Publizistik", München 1954

- Staub: "Kommentar zum Handelsgesetzbuch",
1. Auflage, Band I, Wien 1904
- Staub: "Kommentar zum Handelsgesetzbuch",
9. Auflage, Band I, Berlin 1912
- Staub/Pinner: "Kommentar zum Handelsgesetzbuch",
14. Auflage, Band II, Berlin und Leipzig
1933
- Taschenbuch für Betriebswirte, 1954
- Teichmann/Köhler: "Aktiengesetz-Kommentar", 3. Auflage,
Heidelberg 1950
- Wirtschaftsprüfer-Jahrbuch 1954, Düsseldorf 1954
- Wirtschaftstruehänder-Jahrbuch 1939, Leipzig 1938

II. Monographien

- Beckmann/Trültzsch: "Der Jahresabschluß nach dem neuen
Aktienrecht", 2. Auflage, Halle 1937
- Bericht der Stahltruhändlervereinigung: "Die Neuordnung
der Eisen- und Stahlindustrie", Berlin
und München 1954
- Bogardus: "The Making of Public Opinion", New
York 1951
- Bores: "Konsolidierte Erfolgsbilanzen und an-
dere Bilanzierungsmethoden für Konzer-
ne und Kontrollgesellschaften", Leipzig
1935
- Bühler: "Steuerrecht", Band II, 2. Auflage,
Wiesbaden 1935
- Bühler: "Steuerrecht der Gesellschaften und Kon-
zerne", 2. Auflage, Berlin und Frankfurt
1953
- Charlesworth: "The Principles of Company Law", 5. Auf-
lage, London 1949
- Daehn: "Konzernbilanzen", Berlin 1934
- Dalsace: "Manuel des Sociétés Anonymes", Paris 1947

- "Die Gestaltung der Unternehmungsformen", Verhandlungen des 39. Deutschen Juristentages, Tübingen 1952
- Enquêteausschuß: "Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur", Berlin 1928
- "Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien", veröffentlicht vom Reichsjustizministerium, Berlin 1930
- Fischer: "Allgemeine Betriebswirtschaftslehre", 6. Auflage, Heidelberg 1952
- Fuchs/Gerloff: "Die konsolidierte Bilanz", Köln 1954
- Gerstner: "Bilanzanalyse", 1. Auflage, Berlin 1912
- Gerstner: "Bilanzanalyse", 11. Auflage, Berlin 1944
- Göppert: "Das Recht der Börsen", Berlin 1932
- Hallstein: "Die Aktienrechte der Gegenwart", Berlin 1931
- Haußmann: "Die wirtschaftliche Konzentration an ihrer Schicksalswende", Basel 1940
- Haußmann: "Vom Aktienwesen und Aktienrecht", 1928
- Hefermehl: "Denkschrift zur Reform des Aktienrechts", herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz, Düsseldorf 1952
- Herchenröder/Schäfer/Zapp: "Die Nachfolger der Ruhrkonzerne", 2. Auflage, Düsseldorf 1954
- Hintner: "Praxis der Wirtschaftsprüfung", 3. Auflage, Stuttgart 1949
- Höchersteiger: "Das Vollständigkeitsprinzip im Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft", München 1953, Diss.
- Homburger: "Aktienrecht und Bilanzprüfer im neuen Aktienrecht", Berlin 1932

- Hueck: "Gesellschaftsrecht", 3. Auflage, München und Berlin 1951
- Hundhausen: "Werbung um öffentliches Vertrauen", Essen 1951
- Jaspers: "Von der Wahrheit", München 1947
- Käfer: "Der Liquiditätsausweis, ein neuer Bestandteil der Jahresrechnung", Zürich 1949
- Karoli: "Bilanzprüfung und Prüfungsergebnis", Leipzig 1934
- Le Coutre: "Praxis der Bilanzkritik", Band I, Berlin 1926
- Lederer: "Die Verwaltungs- und Kontrollbefugnisse der Obligationäre nach inländischem und ausländischem Recht", Marburg 1941
- Lehrer: "Der Bilanzvergleich", Berlin 1935
- Liefmann: "Kartelle, Konzerne und Trusts", Stuttgart 1927
- Liefmann: "Kartelle und Trusts", Berlin 1918
- Ludewig: "Die Darstellung der wirtschaftlichen Lage im Bericht über die aktienrechtliche Jahresabschlußprüfung", Düsseldorf 1955
- Marx: "Die Bedeutung der Interessenkollision für das Aktienstimmrecht", 1927
- Mayer: "Bilanzanalyse", Wiesbaden ca. 1951
- Müller-Erbach: "Das Aktienwesen seit der Inflationszeit" Tübingen 1926
- Müller-Erbach: "Das private Recht der Mitgliedschaft als Prüfstein eines kausalen Rechtsdenkens", Weimar 1948
- Netter: "Probleme des lebenden Aktienrechts" Berlin 1929
- Peters: "Communication Within Industry", New York 1950

- Rasch: "Deutsches Konzernrecht", 1955
- Rathenau: "Vom Aktienwesen", Berlin 1918
- Rehm: "Die Bilanzen der Aktiengesellschaften", München 1903
- Reisch/Kreibig: "Bilanz und Steuer", Band II, 1930 und Wien 1951
- Schmalenbach: "Die Aktiengesellschaft", 7. Auflage, Köln und Opladen 1950
- Schmalenbach: "Die dynamische Bilanz", 10. Auflage, Essen und Opladen 1948
- Schmulewitz: "Die Verwaltungsaktie", Berlin 1927
- Simon: "Betrachtungen über Bilanzen und Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften", Berlin 1906
- Steiger: "Das Recht der Aktiengesellschaft in der Schweiz", Zürich 1946
- Strobel: "Die Liquidität", Stuttgart 1953
- Trumpler: "Die Aktiengesellschaft nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der Vereinigten Staaten", Basel 1942
- Trumpler: "Die Bilanz der Aktiengesellschaft", Basel 1950
- Trumpler: "Die Börsengesetzgebung der Vereinigten Staaten", Berlin 1938
- "Untersuchungen zur Reform des Unternehmensrechts", Bericht der Studienkommission des Deutschen Juristentages, Teil I, Tübingen 1955
- Walb G.: "Der Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft", Halle 1938
- Walb E.: "Kaufmännische Betriebswirtschaftslehre", Leipzig 1938
- Welter: "Der Aktienrechtsentwurf", Sonderdruck der "Frankfurter Zeitung", Frankfurt 1930

- Weste: "Der Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft", Köln 1939
- Westphal: "Die Publizität im deutschen Konzernwesen", Leipzig 1937, Diss.
- Wiener: "Zur Reform der Aktiengesetzgebung", Berlin 1873
- "Wirtschaftsprüfung als Element gesunder Wirtschaftsentwicklung", Band 10 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1955
- Yoder: "Personnel Management and Industrial Relations", New York 1942
- "Zur Reform des Aktienrechts", Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages, Bonn 1954

III. Aufsätze

- Rehm in: "Deutsche Juristenzeitung", 1904, Seite 34
- Schmölder in: "Juristische Wochenschrift", 1931, Seite 2631
- Quassowski in: "Juristische Wochenschrift", 1931, Seite 2915
- Flechtheim: "Zur Aktienrechtsnovelle" in "Bankarchiv", 1931, Seite 11
- Semler in: "Der Wirtschaftsprüfer", 1932, Seite 275
- Nußbaum in: "Juristische Wochenschrift", 1932, Seite 2585
- Netter in: "Festschrift für Pinner", Berlin 1932, Seite 572
- xxx in: "Der Wirtschaftsprüfer", 1933, Seite 172
- Gutachten in: "Wirtschaftstrehänder", 1934, Seite 528
- Ruckdeschel in: "Wirtschaftstrehänder", 1934, Seite 75

- Gutachten in: "Wirtschaftstreuhänder", 1934, Seite 64
- xxx in: "Der praktische Betriebswirt", 1935, Seite 1026
- xxx in: "Wirtschaftstreuhänder", 1935, Seite 504
- xxx in: "Wirtschaftstreuhänder", 1935, Seite 14, 367 und 451
- xxx in: "Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht", 1935, Seite 252
- xxx in: "Völkischer Beobachter", 31. Januar 1936
- xxx in: "Der praktische Betriebswirt", 1936, Seite 998
- Gutachten in: "Wirtschaftstreuhänder", 1936, Seite 355
- Lauterbach: "Zur Veröffentlichung der Jahresabschlüsse" in "Wirtschaftstreuhänder", 1936, Seite 250
- Horn in: "Der praktische Betriebswirt", 1936 Seite 992
- Hefermehl: "Die Rechnungslegung im neuen Aktiengesetz", in "Juristische Wochenschrift", 1937, Seite 504
- Götze in: "Wirtschaftstreuhänder", 1937, Seite 326
- xxx in: "Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung", 1937, Seite 473
- "The Traffic Club of New York Bulletin", Februar 1948
- Hepner: "Bilanz und Revision im schwedischen Aktienrecht", in "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", 1949, Seite 484
- Groß in: "Betrieb", 1950, Seite 86 ff.
- Schmölder in: "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", 1950, Seite 279 und 286
- "Amtsblatt der Alliierten Oberkommission", 1950, Seite 299
- xxx in: "Betrieb", 1950, Seite 537

- Hax in: "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", 1950, Seite 240
- xxx in: "Betrieb", 1950, Seite 220
- xxx in: "Betriebsberater", 1952, Seite 328 und 765
- Minz in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1951, Seite 435
- xxx in: "Die Wirtschaftsprüfung", Seite 19, 1951
- Gutachten in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1951, Seite 461
- Groß in: "Wie wirbt man um den Aktionär in "Der Wirtschaftsprüfer", 1952, Seite 232
- "Amerikanische Dampfkraftwerke im Rahmen der Elektrizitätswirtschaft", RKW - Auslandsdienst, Heft 8, Seite 216
- Karoli in: "Der Wirtschaftsprüfer", 1952, Seite 322
"Die Wirtschaftsprüfung", 1952, Seite 23 und 505
- Spiegelhalter in: "Der Arbeitgeber", 1953, Seite 545
- xxx in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1953, Seite 16 und 333
- Fischer: "Geschäftsbericht und Sozialbericht" in "Mensch und Arbeit", 1953, Seite 67
- xxx in: "Der Arbeitgeber", 1953, Seite 1045
- Goossens in: "Mensch und Arbeit", 1953, Seite 67
- Vorschläge des "Arbeitskreises zur Förderung der Aktie", mitgeteilt in: "Wirtschaftsprüfer", 1953, Seite 293 und "Wirtschaftsprüfung", 1953 Seite 470
- Kriechhauff in: "Wirtschaftsprüfung", 1954, Seite 222
- Farr: "Formen moderner Publizität und Rechenschaftslegung in: "Betrieb", 1954, Seite 956
- xxx in: "Der Wirtschaftsprüfer", 1954, Seite 17 und 207

- Hintner in: "Taschenbuch für Betriebswirte 1954",
Seite 126
- Plum in: "Der Arbeitgeber", 1954, Seite 653
- Wertpapier und Sparer, Sonderheft des "Volkswirt" vom
23.4.1955
- xxx in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1955, Seite
106 und 138
- Götze in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1955, Seite
53
- xxx in: "Der Spiegel", 1955, Heft 51, Seite 31
- Stockburger in: "Motive und Aufgaben der betrieblichen
Publizistik" in "Der Arbeitgeber", 1955
Seite 789
- "Spannungsfeld Wirtschaft und Öffentlichkeit", Sonderheft
des "Volkswirt" vom 31. März 1956
- xxx in: "Deutsche Zeitung und Wirtschaftszei-
tung" vom 14. Januar 1956, Seite 12

L E B E N S L A U F

Ich bin am 20. Dezember 1931 als Sohn der Metzgermeisterseheleute Peter und Johanna Schmid, geb. Gerbl, geboren. Nach vierjährigem Volksschulbesuch in Rosenheim trat ich 1942 in das Gymnasium Rosenheim über, das ich 1951 mit dem Reifezeugnis wieder verließ. Von 1951 bis 1956 studierte ich dann an der Universität München Betriebswirtschaftslehre. 1954 im Juli legte ich die Diplomprüfung für Kaufleute, im April 1956 die Diplomprüfung für Handelslehrer ab. Seither bin ich als Helfer in Steuersachen tätig.

Alois Schmid

OFFSETDRUCK HEINZ HASINGER
Rosenheim und Bad Aibling

